



AIB

2V 7426 E

4,50 DM

Juli-August

Nr. 7-8/1981

12. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Von der Libanonkrise in den 5. Nahostkrieg?



Mittelamerika-Serie (3)
Mongolei: 60 Jahre
Revolution
Südafrika
Panama

Inhalt:

AIB-Aktuell: Schmidt – „ärmer dran“ als die Dritte Welt	3
Libanon – Naher Osten	
Wolfram Brönnner: Die neue Libanonkrise	4 – 6
Amnon Kapeliuk: Kriegsstimmung gegen die letzte Bastion der Palästinenser	7 – 9
Palästina	
15. Tagung des Palästinensischen Nationalrats: Politische Abschlusserklärung	10 – 11
Mongolei	
Gelegijn Adjaa: 60 Jahre mongolische Volksrevolution	12 – 16
Mongolei-Daten	14
Jumshagin Zedenbal: Stationen der Mongolischen Revolutionären Volkspartei	18 – 19
Handbaldir Noroventsen: Die allmähliche Emanzipation der mongolischen Frau	20 – 21
Afghanistan	
Philip Spillmann: An Ort und Stelle	22 – 24
Südafrika:	
Jürgen Ostrowsky: Kampfansage an die „Republik“	26 – 27
Bischof Desmond Tutu: Jetzt ist es Zeit zu handeln	28 – 29
Aufruf: Internationaler Workshop zur materiellen Hilfe für das Südliche Afrika	30
Mittelamerika	
Hanne Denk/Pia Grund: Krise und Revolution in Mittelamerika (3. Teil)	31 – 38
Philip Agee: Der US-Interventionismus soll wieder salonfähig gemacht werden	37
El Salvador	
Guillermo Ungo: Wir wollen keinen Todesdialog	43 – 44
Nikaragua	
Rita Cauli: Ein Volk in Alarmbereitschaft	45 – 46
Annemarie Salm: Kreuzzug gegen die Unwissenheit	48 – 51
Panama	
Gespräch mit Omar Torrijos: Wir sind ein widerspenstiges Land	52 – 55
Panama-Daten	54
Kolumbien	
Peter Garcia: Indios auf dem „Kriegspfad“ für ihre Rechte	56 – 57
Bolivien	
Interview mit Juan Emilio Sanchez: ... und jetzt geht General Meza	58
Lateinamerika	
Bericht vom ASK-Lateinamerika-Seminar	59 – 60
Willi Huismann: Die lateinamerikanische Offensive der Sozialistischen Internationale	61 – 65
Heinrich Werner: Thesen zur Rolle der Kirche im lateinamerikanischen Befreiungsprozeß	66
Kultur	
Jürgen Ostrowsky: „Gebt den Kampf nicht auf!“ Bob Marley, Reggae und der Rastafari-Mythos	67 – 69
Entwicklungsländer	
Rede Fidel Castros auf dem 2. Kongreß der Vereinigung der Dritte-Welt-Ökonomen: Das Dilemma unserer Zeit	70 – 73
Rückblick: Vor 10 Jahren: Numeiris „Abrechnung“ im Sudan	74
Rezensionen/Filme: Herrschaftsstrukturen in Afrika	75
Infodienst: Pharmakampagne, Unterschriften für El Salvador, Indianerlage in Guatemala/Paraguay, z. B. südkoreanische Arbeiter, aktuelle Buchhinweise, Die AAB – nicht einzuschüchtern	76
Kurzinformationen: WHO-Nestlé, Pakistan, Bangladesh, Sri Lanka, Kampuchea, Vietnam – China, Nordjemen, Zypern, Angola – USA, Südafrika, Grenada, Chile, Uruguay	78 – 79
Kommentar: Friedrich-Ebert-Stiftung: Südafrikaboykott nicht empfehlenswert	80



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25 DM; Ausland normal 30 DM, Luftpost Europa 35 DM, übrige Länder 50 DM; Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel.: 06421-24672

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, PschA Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 53390000), Konto 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatkowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Franz Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantw.), Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

Mitarbeiter: D. Baben, J. Borenstein, N. Biver, P. Grund, R. Hegewald, R. Jüngermann, P. Maaskola, H. Mayer, E. Schneider, M. Weber, B. Weng, E. Wernz

Redaktionsschluß: 11. 6. 1981

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bakanntgeben.

Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Anzeigen: demokrat, Deutsche Volkszeitung, Das Argument, frontal, Verlag Marxistische Blätter, Nicaragua-Aktuell, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Röderberg, rote blätter, Hammer Verlag

AIB-Aktuell: Schmidt - „ärmer dran“ als die Dritte Welt?

Plattheiten und rhetorische Rüpeleien in Sachen Entwicklungspolitik sind bei Bundeskanzler Helmut Schmidt nicht ganz neu. Vor Jahren bereits forderte er von der Dritten Welt unter dem Slogan „Entwicklungspolitik ist keine Einbahnstraße“, diese solle auf ihre Kernforderungen nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung kurzerhand verzichten, wenn sie mehr Entwicklungshilfe bekommen wolle. Jetzt gab der Kanzler erneut Sprüche zum besten, die in einer Runde bundesdeutscher Stammtischpolitiker nicht prägnanter hätten ausfallen können. Ausgerechnet vor der nun wirklich redlich um einen Ausweg aus der Sackgasse des sog. Nord-Süd-Dialogs bemühten Brandt-Kommission, die Ende Mai/Anfang Juni 1981 in Berlin-West zusammenkam, holte H. Schmidt – auf die Ursachen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise zu sprechen kommend – zu einem Rundumschlag aus: gegen die OPEC-Staaten wegen ihrer zu hohen Ölpreise und gegen den Rest der Dritten Welt wegen ihrer zu hohen Geburtenraten; die Entwicklungsländer seien nicht einmal in der Lage jene Schwierigkeiten zu lösen, die nur sie selbst und nicht die „Reichen“ lösen könnten. Und im übrigen sei selbst die Bundesrepublik gegenwärtig auf dem Weg, ein armes Land zu werden – „ärmer dran“ womöglich, als so manches Entwicklungsland?

Willy Brandt, der den Vorsitz der Nord-Süd-Kommission führt, war verärgert: „Die meisten Leute haben hierzulande nichts begriffen, die deutsche Politik ist rückständig, und die Intelligenz noch mehr, die politische wie die ökonomische.“ Die Kommissionsmitglieder Lakshmi Jha (Indien) und Lajachi Jakir (Algerien) drohten gar an, ihren Regierungen von der Teilnahme an der für Oktober 1981 geplanten Nord-Süd-Konferenz in Mexiko abzuraten. Sie hätten dafür allen Grund, wenn die sog. Offenheit des Bundeskanzlers vor den Kommissionsmitgliedern – wie Entwicklungshilfeminister Rainer Offergeld es verstand – „eine Generalprobe für den Nord-Süd-Gipfel“ gewesen sein sollte.

Für diesen Nord-Süd-Gipfel, bei dem etwa 20 Staatschefs zusammenkommen sollen, hat die Brandt-Kommission jetzt in Berlin-West „vorausschauende Schritte“ auf vier Gebieten empfohlen, die seit der Vorlage ihres Berichts Anfang 1980 noch dringlicher geworden sind: erstens ein globales Nahrungsmittelprogramm zur Bekämpfung des Welthungers, zweitens eine weltweite Energiestrategie, die den Sicherheitsbedürfnissen der Erzeuger und Verbraucher gleichermaßen Rechnung trägt, drittens ein zusätzliches finanzielles Hilfsprogramm vor allem für jene Staaten, die sich mit großen Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Schuldenproblemen konfrontiert sehen, und viertens eine Reform der internationalen Finanzierungsinstitutionen wie Weltbank und Weltwährungsfonds.

So begrenzt in ihrer Reichweite diese Vorschläge sind – auch ihre Verwirklichung wäre wahrscheinlich nicht mehr als kurzfristiges Krisenmanagement zur mühsamen Überbrückung aufklaffender weltwirtschaftlicher Gegensätze –, ihre Autoren haben wenigstens die Notwendigkeit zum Handeln erkannt. Andernorts, vor allem bei den ultraliberalen Ökonomen, die heute mehr und mehr die wirtschaftspolitischen Konzepte für die westlichen Regierungen liefern, wird längst jene brutale Rettungsboot-Theorie gehandelt, wonach die Welt gegenwärtig nicht mehr als eine bestimmte Anzahl Menschen tragen könne und die Überzähligen, sprich die heute 400-500 Mio Hungernden, schlicht hinausgeworfen, also dem Hungertod preisgegeben werden müßten, wenn nicht das ganze Boot untergehen solle.

Am Rockzipfel R. Reagans

Wie die Lage heute ist, machen einige nackte Zahlen deutlich (siehe auch Rede Fidel Castros vor dem Ökonomenkongreß von Havanna in diesem Heft). Das Wachstum des Bruttosozialprodukts der ärmeren Entwicklungsländer ging 1979 auf 1,5%, 1980 auf 1% zurück und dürfte 1981 voraussichtlich in den Minus-Bereich absinken. Dabei wächst die Bevölkerung dieser Länder weiterhin um durchschnittlich 2,5% pro Jahr. Die Verschuldung der Entwicklungsländer bei den kapitalistischen Industrieländern belief sich 1980 auf etwa 450 Mrd Dollar. Dies wäre nur halb so schlimm, wenn die Dritte Welt wenigstens in der Lage wäre, die sich daraus ergebenden Schuldendienstverpflichtungen aus ihren Exporterlösen zu bezahlen.

Daß dies nicht mehr möglich ist, liegt sowohl an den vor den Grenzen der imperialistischen Länder aufgetürmten Handelsbarrieren als auch daran, daß der überwiegende Teil der Entwicklungsländerschulden inzwischen auf private Banken (mit entsprechendem hohen Zinsen) entfällt. So braucht selbst ein „Schwellenland“ wie Mexiko 13,8 Monatsexporte, um den jährlichen Schuldendienst bezahlen zu können. Aus dieser Situation heraus könnte es schon bald, womöglich über Nacht, zu einem gigantischen Finanzkrach kommen, der



Krisengang des H. Schmidt (r.) und H. D. Genscher

den „Schwarzen Freitag“ des Jahres 1929 mehr als in den Schatten stellen würde.

Es ist kaum vorstellbar, daß Politikern vom Schlage eines Helmut Schmidt derartige Szenarios nicht bekannt sind. Daß sie nicht bereit sind, Konsequenzen daraus zu ziehen, liegt an etwas ganz anderem. Alles deutet darauf hin, daß Bonn auf dem Wege ist, auch in der Entwicklungspolitik dem von der neuen US-Administration unter Ronald Reagan vorgezeichneten Kurs zu folgen. Diese hat die Entwicklungshilfe inzwischen um 1/3 gekürzt und verteilt künftig nur noch Gelder an solche Regimes, die bereit sind, Washingtons Konfrontationskurs gegen das sozialistische Lager u.U. mitzumachen.

Das Hochrüstungsprogramm, dem H. Schmidt bei seinem Washington-Besuch Ende Mai d.J. erneut seine bedingungslose Unterstützung zugesichert hat, versperrt – zusammen mit dem Konfrontationskurs gegen fortschrittlichen Entwicklungen in Afrika, Asien und Lateinamerika – jeden Weg für Kooperations- und Kompromißlösungen, wie die Brandt-Kommission sie vorschlägt. Es ist eine traurige, aber wahre Tatsache, daß Länder mit dem stärksten Wirtschaftspotential bei den Rüstungsausgaben Spitzenpositionen einnehmen, während sie bei der Entwicklungshilfe weit hinten rangieren. Gemessen am Anteil am Bruttosozialprodukt liegen die USA unter den 17 kapitalistischen Industrienationen an letzter, die Bundesrepublik an unruhmlischer zehnter Stelle.

So kann auch das Entwicklungsproblem heute nicht mehr diskutiert werden, ohne auf die Abrüstung zu sprechen zu kommen. Und es ist gut, daß dieser Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung international immer stärkere Anerkennung findet, gerade so wie im Innern der Bundesrepublik in weiten Kreisen der Bevölkerung die Erkenntnis wächst, daß der forcierte Rüstungskurs heute unmittelbar zu Lasten des errungenen Wohlstands geht. Hier schließt sich der Kreis.

Es liegt im gemeinsamen Überlebensinteresse der Menschheit, die Rüstungslasten einzuschränken und die freiwerdenden Gelder für Zwecke der friedlichen Entwicklung hierzulande wie in der Dritten Welt zu verwenden. Daß inzwischen der 1 Mio Menschen in der Bundesrepublik den Krefelder Appell gegen die Stationierung der neuen NATO-Mittelstreckenraketen unterzeichnet haben und sich ebenso in Holland, Belgien u.a. machtvolle Antiatomraketen-Bewegungen formierten, ist ein ermutigendes Zeichen. Daß unter etablierten Bonner Politikern inzwischen Warnungen vor einer neuen außerparlamentarischen Oppositionsbewegung in Gestalt der Friedensbewegung um sich greifen, zeigt, daß „die da oben“ doch nicht ganz über den Willen „der da unten“ hinwegsehen können.

H. Schmidt und die sozialliberale Bundesregierung müssen diesen Lebensinteressen Rechnung tragen, müssen dem Reagan'schen Abenteuerkurs der Raketenrüstung, der Verweigerung von Abrüstungsverhandlungen bzw. Entspannungsschritten und des Ausschlagens gegen die Dritte Welt abschwören – oder sie werden sich selbst noch größere Schwierigkeiten einhandeln. Es liegt also bei ihnen selbst, sollten sie künftig noch „ärmer dran“ sein – wengleich auch nicht ganz so arm wie die Hungernden der Dritten Welt...

Wolfram Brönner Die neue Libanonkrise



Als ein kriegerischer Akt, der die ohnehin explosive Lage im Nahen Osten noch verschärfe, wurde der israelische Bombenangriff vom 7. Juni d.J. auf den irakischen Atomreaktor nahe Bagdad in aller Welt verurteilt. Selbst die Reagan-Administration, die laut Menachim Begin vorher „informiert gewesen“ sein soll, distanzierte sich von dem „Luftüberfall“. Präsident Reagan tat allerdings kurz darauf sein „Verständnis“ für den Überfall kund.¹

Der dreiste Aggressionsakt wurde denn auch in den arabischen Hauptstädten als „Herausforderung der gesamten arabischen Nation“ – so der Generalsekretär der Arabischen Liga Chadli Klibi – aufgenommen. Die in der israelischen Regierungserklärung bemühte Rechtfertigung, mit der Fertigstellung der Atomanlagen hätten ansonsten zwei westeuropäische Regierungen (die Frankreichs und Italiens) dem Irak zum Bau von Atomwaffen und deren Einsatz gegen Israel verholfen, sind eine ähnliche und erneute Herausforderung auch Westeuropas. Anfang Mai d.J. hatte M. Begin rüde Attacken gegen den Bundeskanzler und Frankreichs Präsidenten wegen geplanter Waffenexportgeschäfte mit Saudi Arabien gerichtet² – und damit gegen die in der Palästinafrage konzessionswilligere EG-Nahost-Position ausgeschlagen.

Die Versuche zur Rechtfertigung dieses Banditenstreichs gegen den Irak aber sind geradeso unglaubwürdig (anders als

längst das atomwaffenpotente Israel läßt Bagdad die Internationale Energie-Agentur ungehindert kontrollieren und hat 1969 den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet) wie das seit Anfang der neuen Libanonkrise andauernde Gerede des Premier- und Verteidigungsministers Begin von einer angeblichen existentiellen „Bedrohung“ Israels und der libanesischen Christen, die es durch israelische „Präventivschläge“ abzuwenden gälte.

„Bedrohung Israels“ durch Syriens SAM-Raketen?

Seit Anfang April 1981, als die israelische Armee mit massiven Angriffen auf libanesisches Territorium – den intensivsten seit ihrem Kriegskurs vom März 1978 – die neuerliche Krisenzuspitzung im Land der Zedern ins Rollen brachte, stößt das Begin-Regime die Konfliktparteien immer wieder an den Rand des 5. Nahostkrieges.

Auf den Siedepunkt trieb die Krise, nachdem Israel am 28. April 1981 im zentrallibanesischen Bekaa-Tal erstmalig die Arabische Friedensstreitmacht angegriffen und dabei zwei syrische Hubschrauber abgeschossen hatte. Syriens Präsident Hafez al-Assad beorderte daraufhin mehrere Batterien an SAM-Luftabwehrraketen in dieses Gebiet.

H. al-Assad bezeichnete diese Maßnahmen berechtigterweise als legitim, da Syriens Streitkräfte – als Teil der Arabischen Friedensstreitmacht (30.000 Mann) – auf den Beschluß der Arabischen Gipfelkonferenz vom Oktober 1976 hin im Libanon stationiert seien. Und nun habe Syrien mit den nahe den syrischen Grenzen aufgebauten Raketen zur „Selbstverteidigung mit Defensivwaffen“ gegriffen, da sich „Israel die Freiheit genommen hat, unsere Streitkräfte anzugreifen...“ Er fügte hinzu, daß „diese Raketen keine Zielpunkte innerhalb Israels treffen können“. Der Präsident un-



Milizionäre der Phalange in Beirut

terstrich ferner, Syrien werde den Versuchen Israels, seine Intervention in die inneren Angelegenheiten des Libanon und seine Aggressionsakte auszuweiten, Widerstand leisten.³

M. Begin setzte dem das kuriose Argument entgegen, die SAM-Raketen im Libanon bedeuteten eine „Bedrohung der Sicherheit Israels“. Er forderte ultimativ, wenn Damaskus sie nicht unverzüglich aus dem Libanon abzüge, „würden israelische Flugzeuge die Order erhalten, loszuschlagen“. Mitte Mai d.J. erhärtete M. Begin die Androhung eines allgemeinen Krieges gegen Syrien und seine Verbündeten im Libanon: „Von Zeit zu Zeit müssen wir uns dazu entscheiden, unsere Söhne in den Krieg zu schicken.“ In Jerusalemer Regierungskreisen verlautete zeitgleich, nur noch „ein Wunder“ könne eine diplomatische Beilegung der sog. Raketenkrise zwischen Israel und Syrien zustandebringen.⁴

Wie M. Begin später in einer turbulenten Knesset-Debatte ausplapperte, war es tatsächlich nur einem Zufall zu danken, daß nicht schon am 30. April d.J. ein israelisch-syrischer Krieg ausgebrochen war. Für diesen Tag nämlich hatte der Premier bereits den Befehl an die Luftwaffe ausgegeben, die syrischen Raketenstellungen im Libanon anzugreifen. Nur aufgrund der zu miserablen Wetterverhältnisse war die Attacke abgeblasen worden...

Unterdessen hatte US-Präsident Ronald Reagan einen Sonderbotschafter, den ehemaligen Vizeaußenminister Phillip C. Habib, auf Vermittlungstour in den Nahen Osten geschickt. Doch Ph. Habibs Mission zeitigte bis Mitte Juni d.J. kein konkretes Ergebnis – außer Zeit zu gewinnen. Die Frage ist nur wofür. Zur effektiveren Kriegsvorbereitung Israels? Oder zur Sondierung bei den Verbündeten? Syrischerseits wurden die US-Vorschläge kritisiert, sie hätten keine spezifischen Kompromißpunkte, nichts als „israelische Forderungen“ enthalten.

Mission Habibs: nichts als Zeitgewinn

In der Tat hatte sich R. Reagans Sonderbotschafter die israelische Position zu zeigen gemacht, Syrien müsse den Rückzug zum vorherigen Status quo antreten. Das wäre:

- der Abzug der syrischen Luftabwehrraketen aus dem Bekaa-Tal und auch aus dem Grenzgebiet auf syrischem Territorium bzw. die Zusage, nicht mehr auf israelische Kampf- und Aufklärungsflugzeuge über dem Libanon das Feuer zu eröffnen (seit 28.4.1981 wurden sechs dieser Flugzeuge, da-



M. Begin (l.) und US-Sonderkurier Habib (2. v. r.) in Jerusalem

von eines über syrischem Hoheitsgebiet abgeschossen);

- Räumung jener strategisch wichtigen Stellungen um die Stadt Zahle und auf dem Sannin-Gipfel, welche die Arabische Friedensstreitmacht in den Kämpfen vom April d.J. den libanesischen Rechtsmilizen wieder abgerungen hatte.⁶ Zweifellos zielt der erste Punkt dieses israelisch-amerikanischen Erpressungsversuchs gerade auch darauf ab, daß Syrien der israelischen Luftwaffe einen Freibrief für die künftig noch ungehindertere Terrorisierung der libanesisch-palästinensischen Zivilbevölkerung wie für die Eliminierung der Basen der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) im Libanon ausstellt. R. Reagans Nationaler Sicherheitsberater Richard Allen hatte am 31. März d.J. in diesem Sinne die israelischen Bombenflüge auf Ziele im Libanon als „gerechtfertigt“, da zur Verfolgung der „Terroristenorganisation“ PLO bestimmt, erklärt.⁷

Der zweite Punkt des israelisch-amerikanischen Erpressungsversuchs zielt darauf ab, die Positionsverluste der libanesischen Rechtsmilizen (Kataeb) vom April d.J. im Nachhinein wieder wettzumachen.^{7a}

Geheimpakt Israel – Phalange

In dieser ersten Phase der neuen Libanonkrise waren die Rechtsmilizen der Libanesischen Front, die seit 1975 unter Beshir Gemayels (Sohn des Führers der faschistischen Phalange-Partei Pierre Gemayel) Oberkommando vereinigt sind, zur Eroberung von Positionen außerhalb des von ihnen beherrschten sog. „Phalangistan“ (Zone unmittelbar nördlich von Beirut) offensiv geworden. Wie inzwischen u.a. durch M. Begins Erzählungen bekannt wurde, kam der Anstoß für den phalangistischen Versuch, Zahle und die gebirgige Verbindungsstraße nach Beirut fest in den Griff zu nehmen, aus Israel.

Im März d.J. hatte demnach Israels Generalstabschef Eitan bei einem Treffen mit Beshir Gemayel auf einem Kriegsschiff nahe der libanesischen Küste weitgehende militärische Absprachen getroffen. Zu diesem Zusammenspiel gehört bekanntlich schon seit dem Libanonkrieg 1975/76 eine umfangreiche israelische Ausbildungs- und Aufrüstungshilfe für die Libanesische Front. Neu aber war das Eingeständnis, daß die Begin-Regierung bereits im August 1978 ihren christlich-maronitischen Verbündeten im Nordlibanon in einer Übereinkunft zugesichert hatte, die israelische Luftwaffe würde im Falle von Luftkämpfen mit syrischen Streitkräften inter-



Syrische Soldaten der Arabischen Friedensstreitmacht

venierend eingreifen. Diese Garantie war von Eitan im März d.J. und in einer Verlängerung des Abkommens vom 8. April 1981 von der Begin-Regierung verlängert worden.⁸ Israels strategischer Hintergedanke: Im Fall einer vollen phalangistischen Kontrolle über die gebirgige Verbindung Beirut – Zahle hätten künftig israelische Truppen im Bedarfsfall rasch vom Mittelmeer her bis zur syrischen Grenze vorstoßen können; und Zahle liegt keine 50 km von Syriens Hauptstadt Damaskus entfernt.

Analog waren Anfang April d.J. von der Grenzenklave des Separatistenmajors Saad Haddad aus israelische Truppen und rechtslibanesischen Milizen zu Angriffen gegen das UN-Friedenskontingent FINUL wie gegen Stellungen der PLO und der Libanesischen Nationalbewegung (LNM-Einheitsfront der nationalprogressiven Kräfte unter Führung Walid Djoumblatts, des Vorsitzenden der Sozialistischen Fortschrittspartei) angetreten.

Neben der Absicht, die militärpolitische Präsenz dieser revolutionären Kräfte im Süden des Libanon zu dezimieren, gibt es hier offenbar ein weiteres strategisches Kalkül Israels: Über die Kontrolle von Zahle könnte es gelingen, eine direkte Verbindung zwischen dem „Freien Libanon“ des Majors Haddad (proklamiert 1978 nach Israels Besetzung des Gebietes südlich des Libanon) und dem verbündeten „Phalangistan“ im Norden herzustellen.

Damit könnte man künftig sowohl die PLO/LNM effektiver in die Zange nehmen als auch die Verteidigungsfähigkeit Syriens stark beeinträchtigen. Beides aber sind essentielle Ziele, welche die libanesischen Ultrarechte, Israel und die



Waffenbrüder im Südlibanon: S. Haddad (l.) und israelischer Exverteidigungsminister Weizmann

USA im Versuch der Destabilisierung des Libanon zusammenführten.

Der vorläufige Ausgang der neuen Libanonkrise aber geriet gar nicht nach dem Geschmack ihrer Urheber.

Die angestrebten Positionsgewinne um Zahle und im Bekaa-Tal blieben aus. Zwar gab Anwar al-Sadat beim Treffen mit M. Begin am 4. Juni d.J. die Zusicherung, Ägypten werde im Fall einer weiteren Eskalation im Libanon bzw. eines israelischen Krieges gegen Syrien diesem keinen militärischen Beistand leisten. Zwar forderte Präsident Sadat aus einem Munde mit Washington, Tel Aviv und der Phalange, die syrischen Streitkräfte bzw. die Arabische Friedensstreitmacht müßten aus dem Libanon abziehen, da sie angeblich Auslöser der Krise seien.⁹ Doch mit dieser Position blieb Ägypten in der arabischen Welt allein, während Syrien entgegen den Erwartungen des Alexander Haig seine vorherige relative Isolierung (den letzten Arabischen Gipfel hatte Syrien wegen Spannungen mit Jordanien und seiner Ableh-

nung des irakischen Krieges gegen den Iran boykottiert) durchbrechen konnte.

Syriens Standhaftigkeit in der Raketenkrise und der herausfordernde Kriegskurs M. Begins bewirkten nun im Gegenteil eine seit 1978 nicht mehr dagewesene Solidarisierung der arabischen Staaten mit dem arabischen Frontstaat, der PLO und dem Libanon. Das machte die außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 22./23. Mai d.J. in Tunis deutlich. Sie sicherte Syrien und dem Libanon verstärkte finanzielle und gegebenenfalls auch militärische Unterstützung zu.

Arabischer Gipfel – eine Überraschung

Sie bezeichnete die ungelöste Palästinafrage und Israels Libanonstrategie als eigentliche Ursachen der aktuellen Krise. Sie bekräftigten ferner ihre Ablehnung des Camp-David-Prozesses. Sie warnten die USA vor der Fortsetzung ihrer Unterstützung Israels. Und gerade Saudi Arabien stellte in Tunis klar, daß angesichts dieser Krisenentwicklung an den von A. Haig Anfang April 1981 in Riad geforderten „strategischen Konsens“ zugunsten der USA (siehe nachstehenden Beitrag von A. Kapeliuk) nicht zu denken sei.¹⁰ Die arabische Frontstellung gegen Israel hat sich mit dessen Aggressionsakt gegen den Irak noch verhärtet.

Das von der Arabischen Liga mit Vermittlungsanstrengungen im Libanon betraute Viererkomitee – mit Vertretern Syriens, Saudi Arabiens, Kuweits und dem Liga-Generalsekretär Ch. Klibi – führte dann am 8. Juni d.J. einen Waffenstillstand zwischen Syrien, der Libanesischen Nationalbewegung und den libanesischen Rechtsmilizen herbei. Diese Übereinkunft enthält allerdings noch keine detaillierten militärischen Vereinbarungen, klammert die PLO und die im Südlibanon postierten Haddad-Milizen aus. Außerdem wird sie durch P. Gemayels Weigerung, alle Verbindungen zu Israel aufzugeben – diese Forderung hatten Syrien und W. Djoumblatt nachdrücklich erhoben – beeinträchtigt. Und schließlich ist da noch M. Begins Drohung, Israels „Geduld“ gegenüber der Vermittlungsmission des Phillip Habib „hat Grenzen“.¹¹

Der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat warnte also nicht von ungefähr in einem Rundfunk-Interview: „Ich erwarte, daß Israel einen ständigen Aggressionskrieg führen wird... Wir erwarten einen großen Krieg. Er wird derzeit vorbereitet, und ich denke nicht, daß die Amerikaner wirklich irgendwelche Anstrengungen unternehmen, um die Situation zu beruhigen. Sie nehmen daran teil.“¹²

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 9.6.1981 und International Herald Tribune (IHT), Zürich, 9.6.1981; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.6.1981
- 2) Siehe Kommentar in: AIB 6/1981, S. 60
- 3) IHT, 21. und 29.5.1981
- 4) Afrique Asie, Paris, Nr. 240/25.5.1981; Le Monde, Paris, 12.5.1981; IHT, 11.5.1981; Time, New York, 25.5.1981
- 5) Ebenda
- 6) Vgl. IHT, 18. und 21.5.1981; Time, 25.5.1981; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2.6.1981; Stern, 11.6.1981; Afrique Asie, Nr. 241/8.6.1981
- 7) So R. Allen in einem ABC-Fernsehinterview vom 29.3.1981. Zit. nach: Palestine, Beirut, Nr. 6/1. - 15.4.1981
- 7a) Zur inneren Kräftekonstellation im Libanon und den ökonomisch-sozialen Krisenursachen seit 1975/76 siehe: AIB 9/1976, 1/1977, 5/1978, 9/1979 und 10/1980 sowie W. Brönnner, Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage, Frankfurt 1979, S. 192ff.
- 8) Stern, 11.6.1981 und IHT, 25.5.1981
- 9) Ebenda, 5.6.1981 und Time, 15.6.1981
- 10) Nach: Afrique Asie, Nr. 241/8.6.1981
- 11) IHT, 2.6.1981
- 12) Ebenda, 1.6.1981



Besuch A. Haigs (l.) bei M. Begin; israelische Panzerverbände haben wie im März 1978 Stellung im Südlibanon bezogen

Amnon Kapeliuk

Kriegsstimmung gegen die letzte Bastion der Palästinenser

Während seiner Reise durch den Nahen Osten Anfang April d.J. erinnerte General Alexander Haig daran, daß sein Land fest entschlossen sei, gegenüber Moskau eine Haltung der Stärke zu zeigen und gleichzeitig den proamerikanischen Regimes der Region verstärkte Unterstützung anzubieten mit der Perspektive, sie zu einigen.

Der israelische Premierminister Menachem Begin zog folgende Schlüsse aus seinem Treffen mit General Haig: „Wir werden zusammen für die Menschlichkeit kämpfen.“ In Kairo gab Präsident Sadat fast die gleichen Töne von sich. Dagegen ließen die Gesprächspartner des amerikanischen Staatssekretärs in Amman und Riad wissen, daß sie nicht dieser Meinung seien und daß die Hauptgefahr für den Frieden im Nahen Osten heute nicht von der Sowjetunion, sondern von der antipalästinensischen Haltung Israels ausginge.

Haigs „grünes Licht“ für Israels Falken

General Haig riskiert also einige Schwierigkeiten bei der Verwirklichung seines Versuchs, eine regionale Viererallianz zu schaffen, bei der sich Ägypten, Jordanien und Saudi Arabien um Israel gruppieren sollen. Vor allem, weil Begin und seine Partner von der nationalistischen Rechten sich weigern, ihren Teil zur Realisierung des neuen Verteidigungssystems zu liefern: eine Lockerung ihrer Haltung in der Palästinafrage.

Die Perspektive, daß ihre Armee eine Rolle im Golf spielen könnte, weckt jedoch die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Israelis. Der Chefredakteur der Tageszeitung Haaretz bemerkte in einem Kommentar zu dieser Möglichkeit: „Die Entsendung einer Brigade oder gar einer Division der israelischen Armee nach Abu Dhabi zum Beispiel könnte nicht improvisiert sein; man müßte ein ganzes System schaffen, um Streitkräfte solchen Umfangs aufnehmen zu können.“¹ Zur Rolle Syriens im Libanon hatte General Haig in Jerusa-

lem sehr „harte“ Erklärungen abgegeben. Er sprach von einer „Besatzungsarmee“, von „Brutalitäten“ usw. Die israelischen „Falken“ interpretierten diese Äußerungen sofort als „grünes Licht“ für eine Intervention großen Ausmaßes im Libanon. In einem Telegramm an seinen syrischen Amtskollegen Hafez El Assad anläßlich des syrischen Nationalfeiertags am 17. April dämpfte Präsident Reagan allerdings diesen Eifer: „Syrien könnte eine zentrale Rolle bei der Errichtung eines gerechten Friedens im Nahen Osten einnehmen“, schrieb er nun.

In der eigentlichen Libanonkrise verfolgen die Israelis seit langem zwei Ziele²: Einen gnadenlosen Kampf gegen die Palästinenser zu führen und den syrischen Einfluß im Lande durch die Unterstützung der christlichen Konservativen zu schwächen. Doch hat, seit dem Machtzuwachs durch die Rechten 1977, der Kampf gegen die im Libanon stationierten Palästinenser gewaltige Ausmaße angenommen, bei dem sowohl die Luftwaffe, als auch die Marine und die Landstreitkräfte eingesetzt werden.

Denn der Libanon ist die letzte Bastion der Palästinenser in der arabischen Welt geworden. General Raphael Eitan, Israels Generalstabschef, der gegenwärtig der Hauptverantwortliche für die Durchführung dieser Politik ist, stellte dazu klar: „Die (militärischen) Aktivitäten gegen die Feddayin im Libanon haben das Ziel, sie so stark zu schwächen, daß sie eines Tages, wenn wir zum entscheidenden Schlag ausholen, zusammenbrechen. Das kann sehr schnell passieren, in zwei Wochen, in einem Monat oder gar in einem Jahr. Auf jeden Fall bereiten wir uns darauf vor.“³

Der General präziserte ebenfalls, daß der libanesischer Luftraum von nun an ausschließlich für die israelischen Flugzeuge reserviert sei: „Jede Maschine, die sich einzumischen versucht, wird abgeschossen werden.“ Der stellvertretende Verteidigungsminister Mordechai Zippori ließ seinerseits mehrmals verlauten, daß der Kampf gegen die palästinensischen Feddayin von nun an über das gesamte libanesischer

Territorium ausgeweitet würde.

Gegenüber Syrien verändert sich die israelische Politik je nach der Haltung, die Damaskus gegenüber den Palästinensern einnimmt. Im Sommer 1976, als die syrischen Truppen die Feddayin bekämpften (inmitten des Libanonkrieges 1975/76; d. Red.), begrüßte der damalige Premierminister Itzhak Rabin diese Intervention, ohne sich übermäßig darüber zu beunruhigen, daß die Syrer die bekannte „rote Linie“ (entlang dem südlibanesischen Fluß Litani; d. Red.) überschritten hatten – was unter anderen Umständen als ein casus belli (Anlaß zum Krieg; d. Red.) angesehen worden wäre.

Die Drohungen begannen erst wieder, als Syrien das Lager wechselte. Übrigens hatten die Israelis schon 1976 im Libanon interveniert und zwar zugunsten der konservativen Christen sowohl im Norden (Phalangisten unter Pierre Gemayel und Chamounisten⁴) als auch im Süden (zugunsten des Exkommandanten Haddad). Seitdem hörte der Transport von Waffen und Munition in die christlichen Arsenale nicht mehr auf.

Es ist gewiß nicht das erste Mal, daß sich der Staat Israel in die inneren Angelegenheiten der arabischen Welt einmischte. Das war besonders der Fall beim Irak, als man zur Zeit der Schah-Regierung den Kurdenrebelln unter Barsani von iranischem Territorium aus Waffen lieferte (im Kurdenkrieg 1974/75; d. Red.) und im Sudan, wo man den christlichen Stämmen im Süden von äthiopischem Territorium aus zu Zeiten Haile Selassies (vor 1974 also; d. Red.) Beistand leistete. Das Neue ist die Offenheit der Einmischung im Libanon und, daß der israelische Premierminister diese öffentlich zugibt.

Austreibung der Palästinenser und Syriens

Die israelische Strategie zielt heute auch darauf ab, den Libanon von der syrischen Präsenz freizumachen. Die israelischen Führer hatten in der Vergangenheit die Teilung des Landes als kleineres Übel angesehen. Doch jetzt verwahrt man sich in Jerusalem dagegen, weil man darin eine Möglichkeit sieht, die syrische Präsenz im Libanon zu verewigen und eventuell sogar seine Ausdehnung im Süden zu favorisieren, wo die Mehrheit der Bevölkerung (ungefähr 60%) Schiiten sind.⁵

Von daher rührt die Versuchung der israelischen „Falken“, massiv zu intervenieren, um den Phalangisten die Machtübernahme zu ermöglichen. Seit der Beseitigung der Chamounisten im Viertel Ein Roumana in Ostbeirut hoffen die Phalangisten des Beschir Gemayel darauf, zur ersten militärischen und politischen Macht im Land im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 1982 zu werden. Und die Israelis zeigen nicht mehr mit Hilfe für sie.

Zur Rechtfertigung einer möglichen massiven Intervention liefern die Gegenwart der Feddayin und ihre Operationen gegen Israel den idealen Vorwand. So war im März 1978 dem Anschlag der Palästinenser auf der Autostraße Tel Aviv – Haifa (32 tote Israelis) unmittelbar die Invasion im Südlibanon gefolgt, und am Ende die Defacto-Teilung dieser Region zwischen den Kräften des Exkommandanten Haddad, der UNO-Truppe und den weiter nördlich platzierten palästinensischen Feddayin (siehe Libanon-Karte).

Die Kämpfe um Zahle zwischen Phalangisten und syrischen Truppen (vom April 1981; d. Red.) nährten in Israel die Pläne für eine massive militärische Intervention im Norden, wohin die Israelis noch nie ihre direkte Kampfführung ausdehnten. Und alles deutet darauf hin, daß die Medien die Köpfe der Menschen darauf einzustimmen suchten, indem sie erschütternde Beschreibungen von der christlichen Gemeinschaft lieferten, die von den „barbarischen Moslems“



Artilleriestellung der Phalange auf dem Sannin-Gipfel (nahe Zahle)

ausgelöscht würde, welche die Luftwaffe und sogar Boden-Boden-Raketen gegen die gesamte Stadt Zahle einsetzen. Eine wahre Hetzkampagne sollte ein Klima schaffen, das die Entsendung israelischer Soldaten in den Nordlibanon favorisierte.⁶

Moshe Arens, Vorsitzender der Parlamentskommission für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung zögerte nicht zu erklären, daß die Welt „seit dem 2. Weltkrieg“ kein solches Massaker gesehen habe. Israel müsse sich „bewegen“, fügte er hinzu, um die christliche Gemeinschaft zu retten. Für General Ariel Scharon, Landwirtschaftsminister und wohlbekannt für seine harte Position, müßte eine israelische Intervention erfolgen, sobald die Syrer „einen einzigen zusätzlichen Schritt im Libanon machen“.⁷ Der Kandidat des Verteidigungsressorts in einer zukünftigen Arbeiterpartei-Regierung, General Haim Bar-Lev, erklärte seinerseits, daß „die Hilfe für die Christen im Libanon ebenfalls eine direkte Intervention der israelischen Armee im Norden des Landes einschließen könne“.⁸ Zuguterletzt läßt auch General Avigdor Ben Gal, Kommandant der Region Nordisrael und verantwortlich für alle Aktivitäten an der libanesischen Front keine Zweifel aufkommen: „Das christliche Lager hat das gleiche politische Interesse wie wir. Es wäre eine Dummheit, nicht mit ihm zusammenzuarbeiten. Sie möchten sich von der syrischen Besatzung befreien und den christlichen Libanon wiederherstellen. Wir auch. Wenn sich die Christen mit dem Status quo und dem 'Einfrieren' abfinden, schwächen sie sich. Ihre militärischen Initiativen sind gerechtfertigt, und sei es nur aus internen psychologischen und außenpolitischen Gründen. Würde drei Jahre Ruhe herrschen, könnte man die Existenz der Christen vergessen.“⁹ Dieser Logik gehorchend brachen die Phalangisten durch ihre Operation auf der Brücke von Bardani, nahe Zahle, die Feindseligkeiten wieder vom Zaun. Die Unterstützer einer direkten Intervention (Israels) sahen sich durch die kaum verschleierte Appelle seitens der Phalangisten ermutigt, die sie aufforderten, die 30.000 syrischen Soldaten der FAD (Arabische Friedensstreitkräfte; d. Red.) und die palästinensischen Feddayin zu verjagen.

Eine ganze Reihe von Konsultationen und Beratungen lenkten daher die Aufmerksamkeit des politisch-militärischen Establishments von Jerusalem auf sich. Die „libanesisches Lobby“ in der Armee sprach sich für eine militärische Intervention aus; aber andere zeigten ihre Ablehnung eines solchen Projekts. Sowohl die eine als auch die andere Seite stützte sich dabei jedoch auf rein praktische Überlegungen. Von Seiten derer, die den Finger auf dem Abzug haben, werden 8 Gründe vorgebracht:



Palästinensische Verteidiger in Beaufort

● Israel hat von jetzt an einen ausgezeichneten Vorwand moralischer Art um massiv zu intervenieren: die Christen im Libanon zu retten;

● Syrien sei im arabischen Lager isoliert, so daß es möglich sei, ihm den entscheidenden Schlag zu versetzen; weder Jordanien noch der Irak würden ihm zu Hilfe kommen und der Krieg würde nur an einer Front zu führen sein;

● ein Krieg gegen Syrien würde erlauben, die Absichten Präsident Sadats zu testen. Falls er sich an die Seite der Syrer stellen würde — was wenig wahrscheinlich ist —, wäre das das Ende des Friedensvertrages mit Ägypten und der westliche Teil des Sinai müßte nicht mehr evakuiert werden;

● nach Meinung israelischer Experten wird die syrische Armee gegenwärtig in beeindruckender Weise gestärkt und könnte instandgesetzt werden, ab 1985 einen Abnutzungskrieg gegen Israel zu führen: der Moment ist gekommen, es zu schlagen;

● die Gelegenheit sei da, sich der im Libanon befindlichen palästinensischen Organisationen zu entledigen, vor allem im Gebiet südlich Beirut, wo die von ihnen unterhaltene Infrastruktur mit einem Schlag hinweggefegt werden könnte;

● ein von den Phalangisten kontrollierter Libanon wäre völlig von Israel abhängig und man würde einen neuen Verbündeten im arabischen Lager finden, neben den Ägyptern;

● in Wirklichkeit widersetzen sich die Amerikaner nicht der Vertreibung der Syrer und Palästinenser aus dem Libanon;

● schließlich und endlich — aber hier handelt es sich um Vertraulichkeiten — könne ein „guter Krieg“ dem Likud-Block in seinem Wahlkampf helfen, indem er die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von der israelischen Wirtschaftskrise und der galoppierenden Inflation weglenkt.

Andere innerhalb desselben Establishments legen mehr Vorsicht an den Tag und finden eine ganze Reihe von Argumenten, die gegen einen Krieg mit Syrien sprechen:

● wer würde überhaupt glauben, daß Israels Ansprüche einzig von humanitären Beweggründen geleitet sind?

● ein Angriff auf Syrien könnte seine Isolierung aufheben, und Jordanien und Saudi Arabien dazu bewegen, ihm Unterstützung zu leisten. Und vielleicht käme sie sogar vom Irak, der auf diese Weise einen guten Vorwand für eine Beendigung seines ruinösen Krieges mit dem Iran finden könnte. Von neuem würde sich dann die gesamte arabische Welt gegen Israel ausrichten;

● selbst in Ägypten würden starke Kräfte von der Regierung fordern, im Falle eines syrisch-israelischen Krieges entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die gesamten von Präsident Reagan unternommenen Anstrengungen zur Reorganisation der Sicherheit in der Region würden damit in Frage gestellt;

● falls die syrische Militärmacht zerstört würde, würden die Sowjets aufgefordert, sie wie in der Vergangenheit schnellstmöglich wieder aufzubauen;

● wie oft haben die israelischen Militärbefehlshaber nicht schon damit geprahlt, die Feddayin im Libanon liquidiert zu haben? Man kann sicher einen schweren Schlag gegen die palästinensischen Kräfte führen; aber sie erscheinen jedes Mal wieder auf der Bildfläche. Also, „ja“ zu militärischen Aktionen, „nein“ zu einem richtigen Krieg;

● man muß auch die Risiken einer Internationalisierung abwägen. Schon die Gegenwart der „Blauhelme“ im Süden des Libanon erschwert die Aufgabe Israels. Was wäre, wenn eine neue internationale Interventionsstreitmacht im ganzen Libanon verteilt würde?

● kann man jede Gefahr einer sowjetischen Intervention in der Region ausschließen, wenn Syrien, das mit der UdSSR durch einen Sicherheits- und Freundschaftspakt (vom Oktober 1980; d. Red.) verbunden ist, wirklich bedroht würde?

● im Falle hoher Verluste unter den Angreifern würde die Regierung nicht den erhofften Prestigegewinn in der öffentlichen Meinung erhalten. Die Bevölkerung, die sich noch nicht von dem Trauma des Oktoberkrieges 1973 erholt hat, reagiert besonders empfindlich auf jeden Verlust auf ihrer Seite.

Während sich diese Debatte bei verschlossenen Türen innerhalb der Regierung abspielte, gingen die Verantwortlichen aus dem Militär (wie die Generäle Eitan oder Ben Gal) in die Öffentlichkeit, um die Intervention zu predigen. Erst die genaueren Angaben des Generals Yehoshoua Sagui, Chef des militärischen Nachrichtendienstes, konnten die Geister beruhigen. Während einer Pressekonferenz legte er den Akzent darauf, daß die Phalangisten für die Zuspitzung der Situation in Zahle die Verantwortung trügen. Und er zitierte die Zahl der Opfer: 150 Libanesen gegenüber 60 Syrern¹⁰, — was von der angeblichen syrischen Massakrierung einer ganzen Stadt weit entfernt ist.

Ygal Yadin, stellvertretender Premierminister, verurteilte seinerseits öffentlich die Israelis, die versuchten, ihr Land in Operationen großen Ausmaßes im Libanon hineinzuziehen. Er verlangte sogar von der Regierung, die Aktivitäten des abtrünnigen Kommandanten Haddad zu kontrollieren, „der auf die Zivilbevölkerung der Städte Tyr und Saida mit Geschossen israelischer Herkunft schießt“.

Schließlich zeigten sich drei Tageszeitungen in ihren Editorials davon alarmiert, daß eine Intervention in Betracht gezogen werden könne.¹¹ Trotz dieser Zurückhaltung ist die Gefahr, daß Israel die Kämpfe direkt in den Norden Libanons trägt, nicht vorüber. Aber die Amerikaner haben natürlich ein Wort mitzureden.

(Quelle: Le Monde Diplomatique, Paris, Nr. 326/Mai 1981)

Anmerkungen:

- 1) Haaretz, 10.2.1981
- 2) Siehe zu diesen israelischen Zielvorstellungen zuletzt: Le Monde Diplomatique, April und November 1978
- 3) Auszug aus einem unveröffentlichten Kapitel der Enzyklopädie Tsahal, redigiert vom Generalstabschef und veröffentlicht in: Maariv, 17.4.1981
- 4) Als Chamounisten bezeichnet man die vom ehemaligen libanesischen Staatspräsidenten Camille Chamoun geführte Nationalliberale Partei nebst Milizen, die der rechtslibanesischen Allianz Libanesisch Front angehören. Ihnen wurde 1980 in blutigen Auseinandersetzungen von den faschistischen Phalangisten (Miliz Kataeb) deren Alleinführungsanspruch aufgezwungen. D. Red.
- 5) Der Autor spielt hier darauf an, daß die Staatsorgane Syriens von den ebenfalls schiitischen Alawiten dominiert werden. D. Red.
- 6) Al-Hamishmar, 10.4.1981
- 7) Haaretz, 10.4.1981
- 8) Davar, 14.4.1981
- 9) Ebenda, 17.4.1981
- 10) Haaretz, 15.4.1981
- 11) Ebenda, 14.4.1981; Davar, 8.4.1981; Al-Hamishmar, 3.4.1981

Im April d.J. fand in Damaskus/Syrien die 15. Tagung des Palästinensischen Nationalrats des palästinensischen Exilparlaments statt (Ergebnisse der letzten Nationalratssitzung vor zwei Jahren siehe in AIB 3/1979, S. 25/26). Den Rechenschaftsbericht der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) hielt Farouk Kaddoumi, Leiter der Politischen Abteilung der PLO. Der Bericht bezog eingehend Stellung zur Rolle der Reagan-Administration im arabischen Raum: Die USA betrieben eine „feindselige, offensive Politik“ im Nahen und Mittleren Osten, um ihren Einfluß zu erweitern, die Reichtümer zu kontrollieren und ausbeuten zu können. Washington habe vor, so der Bericht weiter, „militärische Blöcke und aggressive Stützpunkte zu bilden, um sich jeder vorgeblichen sowjetischen Gefahr in diesem Gebiet entgegenzustellen“. Die Anfang April d.J. von US-Außenminister A. Haig veranstaltete erste Nahostreise wurde kritisiert als Versuch der USA, eine regionale Militärallianz zu schmieden, der Israel, Ägypten, Saudi Arabien, Jordanien, Oman und die Türkei angehören sollten. Dieses Vorhaben sei aber an der abweisenden Haltung einiger arabischer Länder gescheitert.

Zur westeuropäischen Nahostkonzeption konstatierte der Bericht, daß sie einen gewissen, aber bislang unzureichenden Fortschritt in der Haltung der EG zur Palästinafrage anzeige. Die von der EG 1980 in Venedig (vgl. AIB 7-8/1980, S. 5/6) verabschiedete Nahost-Initiative müsse sich erst einmal von amerikanischer Bevormundung freimachen. Als derzeit einzig gangbaren Alternativweg für eine Lösung des Nahostkonflikts sieht die PLO den von L. Breschnew im Februar 1981 gemachten Vorschlag, eine internationale Nahostkonferenz unter Teilnahme aller Beteiligten und unter der Schirmherrschaft der UNO einzuberufen. Diese und andere prinzipielle PLO-Positionen sind in der hier dokumentierten Abschlusserklärung der 15. Tagung des Palästinensischen Nationalrats zusammengefaßt.

Zu den bemerkenswertesten Resultaten der Tagung zählt der Wiedereintritt der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) unter G. Habbash in das wichtigste PLO-Leitungsorgan, das Exekutivkomitee (die PFLP war 1974 ausgeschieden). Es wurde auf 15 Mitglieder erhöht, wobei Al Fatah mit 3 Vertretern (Y. Arafat, F. Kaddoumi, Abu Mazen) das größte Kontingent stellt. Yassir Arafat wurde in Damaskus als Vorsitzender des Exekutivkomitees bestätigt.

15. Tagung des Palästinensischen Nationalrats Politische Abschlusserklärung

Die 15. Tagung des Palästinensischen Nationalrates fand vom 11. bis 19. April 1981 in Damaskus, der Hauptstadt der Syrischen Arabischen Republik statt. Der Präsident der Syrischen Arabischen Republik, Hafez al-Assad, eröffnete die Tagung. Er unterstrich die enge Verbundenheit des Kampfes des syrischen und des palästinensischen Volkes sowie die Verpflichtung Syriens für den Kampf um die Befreiung Palästinas.

An der Tagung des Nationalrates haben 92 Delegationen aus arabischen Bruderländern und befreundeten Staaten, von nationalen Befreiungsbewegungen und politischen Organisationen einer Reihe von Staaten teilgenommen.

Die Tagung fand zu einer Zeit statt, in der die palästinensische Revolution einen verstärkten Kampf unter Führung der PLO auf allen Ebenen, in den besetzten Gebieten und außerhalb, gegen die kolonialistische, zionistische und imperialistische Aggression, für Befreiung und Rückkehr führt. Diese Aggression hat die verschiedensten Formen angenommen – angefangen bei den täglichen Angriffen der zionistischen Luft-, See- und Landstreitkräfte auf den Südlibanon unter Anwendung der schrecklichsten amerikanischen Waffen bis hin zur Politik der Unterdrückung, des Terrors und der Besiedlung, die die zionistischen Besatzer gegen das palästinensische Volk in den besetzten Gebieten anwenden. Hinzu kommen die Versuche der USA, der arabischen Heimat und den angrenzenden Regionen mit Militärbasen und neuen Militärpakten unter dem Deckmantel der sog. sowjetischen Gefahr ihre Herrschaft aufzuzwingen.

Der Rat bekräftigte die Bildung von Hohen Räten auf demokratischer Grundlage zur Ausarbeitung von Plänen der Institutionen der PLO auf militärischem, informatorischem und finanziellem Gebiet sowie die Kontrolle über deren Verwirklichung. Der Rat betrachtet die Notwendigkeit der nationalen Einheit unter Teilnahme der Abteilungen der Revolution und der nationalen palästinensischen Kräfte in allen

Institutionen und allen Massenorganisationen als Grundlage für die demokratische Einheit.

Der Rat ruft zu einheitlichen militärischen Aktionen unter Verantwortung des Obersten Militärrates und des Exekutivkomitees auf, um der gegenwärtigen gefährlichen Lage entgegenzutreten zu können. Der Rat bekräftigte die Bedeutung der Bildung von Beratungskomitees, die mit den Büros der PLO dort zusammenarbeiten, wo es palästinensische Vereinigungen gibt.

Der Rat beschloß die Verkündung der allgemeinen Alarmbereitschaft für alle Schichten unseres Volkes innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat. Er rief die arabischen und befreundeten Staaten auf, den Palästinensern auf ihrem Territorium zu gestatten, den Streitkräften der palästinensischen Revolution beizutreten.

Der Rat betonte, daß die einzige Alternative zur Regelung des Palästinaproblems die palästinensische Alternative ist. Aus diesem Grund wies der Rat die imperialistischen und zionistischen Aktivitäten sowie die subversiven Umtriebe zurück, die hinsichtlich des Palästinaproblems unternommen worden sind.

Der Rat unterstrich, daß kein Staat das Recht hat, das palästinensische Volk zu vertreten, über seinen Boden, sein Volk und seine Rechte zu verhandeln. Nur die PLO hat das Recht auf eine Alternative zu einer gerechten und umfassenden Regelung, die die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes vollständig gewährleistet.

Der Rat hob die Notwendigkeit einer nationalen palästinensischen Front in der besetzten Heimat hervor – als Basis für die PLO, das nationale Orientierungskomitee und alle Massenorganisationen im nationalen Kampf gegen die Okkupanten und ihre Pläne. Der Rat forderte die Unterstützung der Gewerkschafts-, Studenten- und Frauenorganisationen, der Berufsvereinigungen und der Gemeindevertretungen bei der Stärkung der Standhaftigkeit unseres Volkes auf seinem



PLO-Führer (v. r. n. l.) Y. Arafat, N. Hawatmeh, A. Iyad

Boden, die Festigung seiner Einheit und die Forcierung seines Kampfes gegen die zionistischen Machenschaften und die zionistische Expansionspolitik.

Der Rat unterstreicht die Bedeutung der Bündnisbeziehungen zwischen der Syrischen Arabischen Republik und der PLO als Grundlage für die Standhaftigkeit der arabischen Nation gegen ihre Feinde. Er unterstreicht die Notwendigkeit der Festigung dieser Schicksalsbeziehungen sowie der Schaffung von Mitteln für die Verwirklichung der gemeinsamen arabischen nationalen Kampfbeziehungen.

Der Nationalrat betont die Bedeutung der festen Kampfbeziehungen zwischen dem palästinensischen und dem jordanischen Volk. Er bekräftigt auch seine Unterstützung für die jordanische nationale Bewegung auf allen Gebieten, insbesondere in ihrem nationalen Kampf gegen jeden Versuch, Jordanien zu einem Abweichen von den Beschlüssen der arabischen und islamischen Gipfelkonferenzen zu bewegen. Der Rat unterstreicht die Notwendigkeit der gemeinsamen politischen und militärischen Position der palästinensischen Revolution und der libanesischen nationalen Bewegung sowie aller anderen patriotischen libanesischen Kräfte. Von Bedeutung ist der gemeinsame Kampf gegen alle Versuche, die Kräfte der palästinensischen Revolution auf libanesischer Ebene zu schwächen, den Libanon zu teilen, ihn seines arabischen Charakters zu berauben und seine Sicherheit zu bedrohen.

Der Rat weist auf die Notwendigkeit der sofortigen Einstellung des irakisch-iranischen Krieges hin. Er begrüßt die Anstrengungen der Führung der PLO zur Einstellung dieses Krieges. Es gilt, alle Potenzen der beiden Staaten für den Kampf gegen die imperialistisch-zionistische Aggression in unserer Region sowie für die Befreiung Palästinas und des heiligen Jerusalem einzusetzen. Die Fortsetzung dieses Krieges schadet unserer Sache und dient den Feinden unserer arabischen Nation und der islamischen Völker.

Der Rat erklärt, daß die militärischen Provokationen des Imperialismus im Arabischen Golf und im Roten Meer Bestandteil der imperialistischen Strategie sind, die nationale Befreiungsbewegung zu zerschlagen, die Naturreichtümer unter ihre Herrschaft zu stellen sowie der Region die politische, militärische und wirtschaftliche Abhängigkeit aufzu-

zwingen. Er unterstreicht die Notwendigkeit, diese Region zu einem Gebiet frei von amerikanischer Militärpräsenz, Stützpunkten und militärischen Pakten zu erklären, um das Recht der Staaten dieser Region auf Souveränität und Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Der Rat unterstreicht die Bedeutung des festen Bündnisses zwischen den Kräften der Revolution in der Welt. Er bringt seinen Willen zum Ausdruck nach Festigung der Beziehungen der Freundschaft und Solidarität mit den sozialistischen Staaten, insbesondere der befreundeten Sowjetunion, mit den nationalen Befreiungsbewegungen sowie allen demokratischen und fortschrittlichen Kräften, die in den kapitalistischen Staaten gegen Imperialismus und Zionismus kämpfen. Der Rat begrüßt die Äußerungen Leonid Breschnews auf dem XXVI. Parteitag zur Nahostkrise, in denen er die Rolle der PLO bei der Verwirklichung einer gerechten Lösung der Krise sowie die Verwirklichung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechts auf Gründung eines nationalen unabhängigen Staates auf der Basis der Beschlüsse der UNO zum Palästina-Problem, sowie die Rolle der UNO bei der Regelung dieses Problems hervorhob.

Der Rat bringt seine Wertschätzung für die politische, materielle und moralische Unterstützung zum Ausdruck, die die sozialistischen Staaten der palästinensischen Revolution und dem Kampf des palästinensischen Volkes gewähren.

Der Rat betont, daß die PLO zunehmend internationale Anerkennung findet. Er weist auf die Aktivitäten der Europäischen Gemeinschaft hin und bekräftigt die Pflicht der palästinensischen Revolution, ihre politischen und diplomatischen Aktivitäten auf internationaler Ebene, einschließlich Westeuropas, fortzusetzen. Der Rat beurteilt die Richtigkeit jeder internationalen Initiative danach, ob sie die Vereinbarungen von Camp David (seitens der USA, Israels und Ägyptens im September 1978; d. Red.) als Grundlage für die Regelung zurückweist. Eine solche Initiative muß von der Anerkennung der PLO als der einzigen legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes und von dem Recht des palästinensischen Volkes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Errichtung seines unabhängigen Staates auf seinem nationalen Boden ausgehen.

Der Rat verurteilt auf das schärfste jeglichen Terror, insbesondere den offiziellen und organisierten zionistischen Terror gegen das palästinensische Volk, gegen die PLO und das libanesischen Volk, sowie den Terror des US-Imperialismus gegen die Befreiungsbewegungen in der Welt.

Der Rat unterstreicht sein Festhalten an der UN-Charta, am Völkerrecht, die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes anerkennen.

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 19/1981, S. 25/26)



Vor 60 Jahren, am 11. Juli 1921, siegte die mongolische Volksrevolution unter Führung der Mongolischen Volkspartei, die sich 1924 in Mongolische Revolutionäre Volkspartei (MRVP) umbenannte. Die damalige Proklamation der Volksmacht im Lande Tschingis-Chans durch Suche Bator in der Hauptstadt Urga (später Ulan-Bator) leitete einen jahrzehntelangen Übergangsprozeß ein, während dem die Mongolei aus einem Zustand mittelalterlicher Apathie herausgeführt wurde.

Heute ist die Mongolische Volksrepublik (MVR) ein ansehnlicher Agrar-Industrie-Staat und Bestandteil des sozialistischen Lagers. Die MRVP steckte sich Ende Mai 1981 auf ihrem XVIII. Parteitag für die kommenden fünf Jahre die Aufgabe, die Industrieproduktion um jährlich über 10% und die Arbeitsproduktivität um jährlich 5% anzuheben. Sie kommt damit ihrem großen Ziel der Umwandlung des einst so rückständigen Landes in einen entwickelten sozialistischen Industrie-Agrar-Staat ein weiteres gutes Stück näher. Das soll kein Selbstzweck sein, sondern wird – wie der wiedergewählte Erste Sekretär der MRVP, Jumshagin Zedenbal, zum Abschluß des Parteitages erklärte – von den Erben Suche Bators als Voraussetzung für die weitere kontinuierliche Anhebung des Lebensniveaus des mongolischen Volkes angesehen.

Gelegijn Adjaa, Sekretär des MRVP-Zentralkomitees, bilanziert den vor 60 Jahren eröffneten Revolutionsprozeß, an dessen Anfang Berge von Problemen standen.

Gelegijn Adjaa

60 Jahre mongolische Volksrevolution

Eine entscheidende Wende vollzog sich nach der Oktoberrevolution (1917) in Rußland auch im Schicksal des mongolischen Volkes. Mit dem Sieg der Volksrevolution im Jahre 1921, die unter dem ideologischen Einfluß des Großen Oktober vollzogen wurde, befreite sich unser Volk vom Joch der eigenen Feudalherren und der ausländischen Eroberer, eröffneten sich vor ihm die klaren Horizonte der freien Entwicklung.

Doch damals ging es und konnte natürlich nicht darum gehen, unverzüglich den Aufbau des Sozialismus in der Mongolei in Angriff zu nehmen, hatte doch die Revolution das sehr

schwere Erbe der Vergangenheit angetreten: Die jahrhundertlange ökonomische und kulturelle Rückständigkeit des Landes. In der ökonomischen Entwicklung befand sich die Mongolei im Mittelalter. Es gab keine Industrie-, Landwirtschafts- und andere Betriebe im heutigen Sinne des Wortes. Unwissenheit, Unterdrückung und Analphabetentum ohne Grenzen – das war das Schicksal des einfachen mongolischen Araten (viehzüchtende Bauern bzw. Nomaden; d. Red.). Nur 1% der Bevölkerung konnte schreiben und lesen. Alles das war erstens die direkte Folge der feudalistischen Verhältnisse, die uneingeschränkt sieben bis acht Jahrhunderte lang geherrscht hatten, zweitens der zwei Jahrhunderte währenden kolonialen Versklavung durch die mandchurisch-chinesischen Feudalherren und drittens des sehr starken Einflusses der buddhistischen Religion unter der gesamten Bevölkerung der Mongolei.

Vom Feudalsystem zum Sozialismus

Welch tückischer Methoden sich in jener Zeit die Herrscher Chinas bedienten, um ihre Kolonialpolitik gegenüber der Mongolei durchzusetzen! Nachdem sie verstanden hatten, daß sie die Mongolei nicht mit Waffengewalt unterwerfen konnten, gingen sie zu einer anderen Taktik über und begannen den Buddhismus in der Mongolei zu verbreiten, um mit seiner Hilfe die Selbstvernichtung der Mongolen zu erreichen. Dabei bauten sie auf die bekannten Dogmen der buddhistischen Religion, nach denen es den Lamas (Geistlichen; d. Red.) nicht gestattet war, eine Familie zu gründen. Wozu führte das? Zu dem Fakt, daß 45 % oder nahezu die Hälfte der gesamten männlichen Bevölkerung der vorrevolutionären Mongolei Lamas wurden. Das wiederum bewirkte eine fortschreitende jährliche Verringerung der Bevölkerungszahl. Die chinesischen Herrscher setzten die Taktik der allmählichen Liquidierung der Mongolen ein.

Kurz gesagt, die mongolische Volksrevolution siegte zu einer Zeit, da sich das Land am Rande der Katastrophe befand und dringlichst entschiedener und grundlegender Verände-



Neues Wohnviertel in Ulan-Bator

rungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bedurfte. Völlig klar ist, daß der kapitalistische Weg keinesfalls den Interessen des gerade erst freigewordenen Volkes entsprach, da er es nicht von den Fesseln der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreit hätte. Man durfte auch nicht zulassen, daß durch die Aufstellung der unrealen Losung vom unmittelbaren Übergang zum Sozialismus zu weit vorausgeeilt wurde.

Deshalb proklamierte die Mongolische Revolutionäre Volkspartei (MRVP, gegr. 1921; d. Red.), geleitet von der Lehre Lenins, die Generallinie der Entwicklung zum Sozialismus unter Umgehung des Kapitalismus. Wie die Ergebnisse der darauffolgenden Jahre zeigten, war das der einzig richtige Weg, der voll und ganz den dringenden Interessen der Volksmassen, den Aufgaben der Volksrevolution entsprach.

Unsere Partei, das mongolische Volk brauchten etwa 40 Jahre, um die antiimperialistischen, antifeudalistischen und allgemeindemokratischen Umgestaltungen zu vollziehen, die Grundlagen des Sozialismus aufzubauen und insbesondere solche sozialpolitischen und ökonomischen Schlüsselfragen zu lösen wie die Überwindung der feudalistischen Verhältnisse, die Erringung der ökonomischen Unabhängigkeit, den Aufbau und die Entwicklung neuer Wirtschaftszweige, die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Verwirklichung der Kulturrevolution. Mit der erfolgreichen Lösung dieser Aufgaben wurde der Sprung vom Feudalismus zum Sozialismus vollzogen. Doch dieser historische Sprung hatte nichts



Arbeiterinnen in einer Lederfabrik in Ulan-Bator. Die Aktivistinnen (vorne) tragen rote Käppchen

gemein mit dem maoistischen Abenteuer des „Großen Sprungs“ (1958 von Mao Tsetung proklamierte Konzeption einer beschleunigten Wirtschaftsentwicklung, siehe AIB 5/1979, S. 4ff.; d. Red.).

Der Sprung vom Feudalismus zum Sozialismus, der das Wesen der Politik der nichtkapitalistischen Entwicklung ausmachte, war gleichbedeutend mit weitreichenden und qualitativen Veränderungen im ganzen Leben der Gesellschaft.

Die Struktur der Volkswirtschaft beispielsweise wurde von Grund auf verändert. Anstelle der extensiven Viehhaltung, des einzigen Wirtschaftszweigs der vorrevolutionären Mongolei, entstand ein festgefügtes Volkswirtschaftssystem.

Immer mehr Gewicht erlangt darin die Industrie. Auf die Industrie entfallen heute 41% des gesellschaftlichen Brutto-

produkts sowie mehr als 70% der Gesamtproduktion von Industrie und Landwirtschaft. Das Programm der MRVP, das auf dem XV. Parteitag im Jahre 1966 angenommen wurde, sieht vor, die MVR aus einem Agrar-Industrie-Staat zu einem Industrie-Agrar-Staat zu entwickeln.

Mit dem Sieg der Genossenschaftsbewegung auf dem Lande erfuhr der alte und traditionelle Zweig – die Landwirtschaft – wesentliche Veränderungen, wurden das einheitliche sozialistische Wirtschaftssystem geschaffen und die ökonomischen

Valentin Scharow Auf den Spuren Suche Bators



Denkmal des Revolutionsführers Suche Bator

Als vor 60 Jahren mongolische Revolutionäre heimlich bei Kjachta die sowjetisch-mongolische Grenze überschritten, um in Rußland Verbindung mit der Partei der Bolschewiki aufzunehmen, setzten sie dabei ihr Leben aufs Spiel. Unter ihnen war Suche Bator, früherer Wachtmeister einer MG-Schwadron, Setzer in einer Druckerei von Urga, wie Ulan-Bator, die Hauptstadt der MVR, damals hieß. Eine Zeitlang lebte und arbeitete er in Kjachta, schloß gemeinsam mit seinen Kampfgefährten revolutionäre Gruppen zusammen und gründete die Partei, die im Kampf der Werktätigen für ihre nationale und soziale Befreiung die Führung übernahm. Hier, in Kjachta, begann am 1. März 1921 der erste Parteitag dieser Partei.

Wer die heutige Mongolei kennt, kann sich nicht vorstellen, womit sie die Gestaltung des neuen Lebens beginnen mußte, nachdem im Juli 1921 die Volksrevolution gesiegt hatte. Ich erinnere mich meiner Zusammenkünfte mit Galsan, einem Sohn Suche Bators. Er ist schon über 70, hat sich aber seine militärisch straffe Haltung bewahrt. Er hat lange in der Mongolischen Volksarmee gedient und nahm an den Kämpfen gegen die japanischen Militaristen am Chalchin-Gol (1939), in der Wüste Gobi und im Chingan-Gebirge (1945) teil.

Im Zentrum von Ulan-Bator, auf dem Hof der Schule Nr. 23, zeigte mir Galsan, wo 1920 die Jurte – das Filzzelt – seiner Eltern stand. Damals kam Suche Bator selten nach Haus. Er betätigte sich in tiefer Illegalität. Die chinesischen Militaristen, die damals die Mongolei besetzt hielten, hatten einen Kopflohn von 10 Mio Dollar auf ihn ausgesetzt.

Dann verweilten wir vor dem Hotel Ulan-Bator. Auch an dieses Stadtviertel hat mein Begleiter Kindheitserinnerungen. „Hier stand früher eine Schule, die die Volksmacht nach der Revolution eröffnete“, erzählte er mir. „Ich gehörte zu den ersten 40 Schülern. Damals bestanden in der Mongolei nur diese eine Schule und über 700 buddhistische Klöster.“

Wir streiften lange durch die Stadt, und seine Erzählungen beschworen vor mir die alte Mongolei herauf. Es gab da keinen Betrieb, kein Krankenhaus und keinen Arzt. Auch keinen einzigen Tierarzt noch Tierheilgehilfen in diesem Land mit vorwiegender Viehzucht.

Es gab auch keine allgemeingültige Währung. Die Beamten bekamen ihr Gehalt in gehackten Silberstücken oder in Ziegeltee. Die Viehzüchter mußten für den Unterhalt der keinerlei produktive Arbeit leistenden etwa 100.000 Lamas aufkommen. Der Dichter und Prosaiker der neuen Mongolei Nazagdorsh schrieb über die Zeit vor der Revolution: „Eintönig zog sich tagaus, tagein das Leben in der Steppe hin, finster wie unter einem übergestülpten Kochkessel.“ Das Land mußte ans Licht, auf den sozialistischen Entwicklungsweg geführt werden.

(Quelle: Neue Zeit, Moskau, Nr. 9/1981, S. 10, Ausschnitte)

Mongolei-Daten

Territorium: 1.565.00 qkm (mehr als zwölfwache Fläche der Bundesrepublik Deutschland)

Durchschnittshöhe des zentralasiatischen Binnenlandes ist 1580 m über dem Meeresspiegel. Höchste Erhebung ist der Mönch Chairchan Uul im Mongolischen Altai mit 4363 m

Natürliche Bedingungen: Trockenes Kontinentalklima mit extremen Temperaturschwankungen (+40 Grad C. im Sommer, -50 Grad C. im Winter). 2/3 des Landes werden von Gebirgsmassiven geprägt, 1/3 nimmt die im Süden gelegene Wüstenzone Gobi ein

Bevölkerung: 1,6 Mio (Stand 1979). Jährliches Bevölkerungswachstum 2,9%. Im Zeitraum 1927-79 erhöhte sich der Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 13% auf 51%. Über 87% der Bevölkerung sind Mongolen, 6,5% sind Turkvölker (überwiegend Kasachen), 6,5% andere Nationalitäten

Hauptstadt: Ulan-Bator, mit über 400.000 Einwohnern

Sprache: Mongolisch

Währung: Tugrug (T); 1 T = 0,9 DM (Stand Mai 1981)

Staatsform: Die Mongolische Volksrepublik (MVR) ist gemäß der 3. Verfassung vom Juli 1960 ein sozialistischer Staat der Arbeiter, Genossenschaftsaraten und werktätigen Intelligenz. Die gewählten Hurale (Räte) der Volksdeputierten sind die Volksmachtorgane. Höchste Organe der Staatsmacht sind der alle vier Jahre neugewählte Große Volkshural und das Präsidium des Großen Volkshurals. Sein Vorsitzender ist seit 1974 Jumshagin Zedenbal, der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Mongolischen Revolutionären Volkspartei (MRVP). Höchstes Exekutivorgan ist der Ministerrat der MVR, dessen Vorsitz seit 1974 Shambyn Batmunch innehat

Wirtschaft/Soziales: Die MVR ist heute ein Agrar-Industrie-Staat mit zwei Spezifika, verfügt sie doch über den in der Welt höchsten Prokopfbestand an Vieh und über den in Asien größten Prokopfbestand an Holzressourcen.

1921 besaßen die Feudalherren (weltliche und Klöster) über 57% des Viehbestands, der Ackerbau war so gut wie nicht verbreitet. Damals existierte so gut wie keine Industrie und kaum handwerkliche Produktion. Seit den 60er Jahren ist das staatlich-genossenschaftliche Eigentum durchgängig. Die Industrie erbringt heute 1/3 des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Der relativ hoch mechanisierte Ackerbau (Getreide, Gemüse) trägt nun zum Bruttoprodukt der Landwirtschaft etwa 20% bei. Dominant bleibt dennoch die Viehwirtschaft (Schafe, Ziegen, Rinder, Pferde, Kamele) mit ihrem Anteil von 80% am landwirtschaftlichen Bruttoprodukt und von 50% an den mongolischen Gesamtexporten.

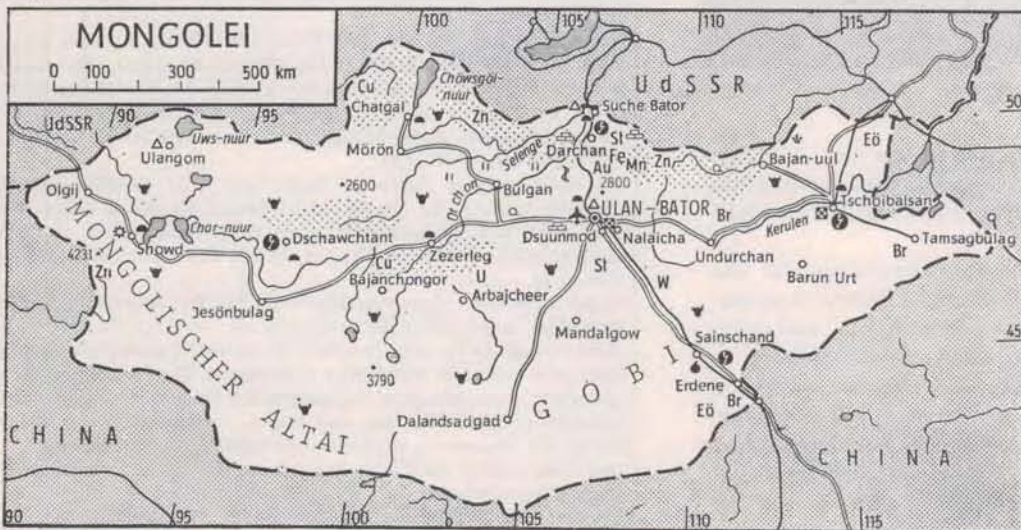
Wichtigste Exportgüter sind Wolle, Felle, Leder, Fleisch, Wodka und Weizen. Über 95% des Außenhandels der MVR wird mit dem sozialistischen Lager abgewickelt. Größter Handelspartner ist die benachbarte Sowjetunion.

An Bodenschätzen sind bedeutend: Braun- und Steinkohle, Wolfram, Mangan, Zinn, Kupfer, Gold, Silber, Flußspat, Graphit, Asbest, Schiefer, Gips und Quarz.

In der MRVP gibt es keine Arbeitslosigkeit, einen 8-Studentag und ein passables Sozialversicherungsnetz. Das Analphabetentum, das 1921 bei 99,5% lag, ist beseitigt. Die Lebenserwartung wurde auf 65 Jahre erhöht

Geschichte:

- 1206 Vereinigung mongolischer Stämme unter Tschingis-Chan
- 13./14. Jhdt Entstehung und Zerfall des mongolischen Weltreiches
- 1579 Annahme des Lamaismus durch Abatai-Chan
- 1691 Die Mongolei wird Vasall des Mandschureiches
- 1903/11 Befreiungsbewegung der mongolischen Araten unter Ajuusch
- 1911 Mongolische Unabhängigkeitserklärung
- 1915 Russisch-chinesisch-mongolisches Abkommen über die Autonomie der Mongolei
- 1919 Aufhebung der mongolischen Autonomie durch China
- Gründung erster revolutionärer Gruppen durch Suche Bator und Tschoibalsan
- 1920 Einfall weißgardistischer russischer Banden unter Ungern-Sternberg
- 1921 Im März Gründungsparteitag der Mongolischen Volkspartei (MVP) und Bildung Provisorischer Volksregierung
- Im Juli Befreiung Urgas (Ulan-Bators) durch die Revolutionäre Volksarmee und die sowjetische Rote Armee. Sieg der mongolischen Volksrevolution
- Im September Erklärung staatlicher Unabhängigkeit
- Im November Freundschaftsvertrag mit Sowjetregierung
- Im Dezember Aufhebung der Leibeigenschaft
- 1924 Proklamierung der Volksrepublik und Umbenennung der MVP in Mongolische Revolutionäre Volkspartei (MRVP)
- Erste demokratische Verfassung
- 1925 Einführung einer nationalen Währung
- 1926 Trennung von Kirche und Staat
- 1927 Gründung von Gewerkschaften
- 1929 Enteignung der weltlichen Feudalherren
- 1938 Konfiszierung des Besitzes höherer Lamas, damit Beseitigung der Feudalherren als Klasse
- 1939 Japanische Aggressoren werden mit sowjetischer Hilfe zurückgeschlagen
- 1940 X. MRVP-Parteitag nimmt Programm zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus an
- Annahme zweiter Verfassung durch Volkshural
- 1945 Teilnahme an Zerschlagung japanischer Armee
- 1946 China erkennt Unabhängigkeit der MVR an
- 1960 Nach Abschluß der Kollektivierung auf dem Land Annahme der dritten Verfassung der MVR
- Aufnahme in die UNO
- 1961 Beitritt zum Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
- 1962 Verlängerung des Freundschafts- und Beistandsvertrages mit der UdSSR um weitere 20 Jahre
- 1966 XVII. MRVP-Parteitag steckt Übergang vom Agrar-Industrie-Staat zum Industrie-Agrar-Staat ab
- Als Antwort auf Chinas Aggression gegen Vietnam schließt die MVR Freundschaftsverträge mit Vietnam und Laos



Eroberer Tschingis-Chan



Mongolische Familie in Volkstracht

mische Grundlage der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen endgültig liquidiert. Eine echte Revolution vollzog sich in der Kultur: Mit dem einstigen allgemeinen Analphabetentum unter der Bevölkerung wurde Schluß gemacht, der starke Einfluß der Religion gehört der Vergangenheit an, Volksbildung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheitswesen wurden umfassend entwickelt.

Diese Veränderungen wirkten sich auf die soziale und Klassenstruktur der Gesellschaft aus: Die Arbeiterklasse und die Volksintelligenz bildeten sich heraus und entwickelten sich, das soziale Antlitz der Bauern hat sich grundlegend geändert. Interessant ist das soziale Bild der heutigen Arbeiterklasse, der vergenossenschaftlichen Aratenschaft und der Volksintelligenz. Als Beispiel soll die Arbeiterklasse dienen, die unter den Bedingungen der Volksmacht entstand, ohne daß ihr Antipode, die Bourgeoisie, vorhanden war, und die deshalb keine Erfahrungen im Klassenkampf hatte. Außerdem ist sie ihrer sozialen Herkunft nach aus der Bauernschaft hervorgegangen und weist deshalb im bestimmten Sinne Wesenszüge der Bauernschaft auf. Davon ausgehend, legt die MRVP in ihrer Erziehungsarbeit unter den Arbeitern den Schwerpunkt vor allem darauf, ihnen solche traditionellen Merkmale der Arbeiterklasse zu vermitteln wie Organisiertheit, Kollektivismus, Diszipliniertheit usw.

Diese ziemlich intensiven Veränderungen sowohl in der Struktur und im Verhältnis der Klassen und Schichten der Bevölkerung in der Gesellschaft als auch in ihnen selbst können unserer Meinung nach zu den Besonderheiten der nichtkapitalistischen Entwicklung gezählt werden.

Für unsere Partei ist der Begriff der Triebkräfte und der sozialen Basis der Volksrevolution daher natürlich nichts Starres, ein für allemal Gegebenes. Während die Triebkräfte in der Volksrevolution von 1921 die werktätigen Araten und die übrigen progressiven Kräfte waren, wirkte bei den allgemeindemokratischen Umgestaltungen nicht die gesamte Klasse der Araten als diese Kraft, sondern dies waren die Klein- und Mittelbauern sowie die im Entstehen begriffene Arbeiterklasse. Beim Aufbau des Sozialismus bildeten dann die Arbeiterklasse, der die Führungsrolle zufällt, die zu Genossenschaften zusammengeschlossenen Araten und die sozialistische Intelligenz die Triebkraft.

Diese dialektische Veränderung der sozialen und Klassenstruktur der Gesellschaft, der Rolle und der Stellung der Klassen und Schichten im gesellschaftlichen Leben wirkt sich auf die Festigung der sozialen Struktur der Partei, die Erhöhung ihrer Kampffähigkeit und letztendlich auf die Entwicklung der Partei selbst aus (siehe Kasten mit J. Zedenbal). Was war nun die entscheidende Kraft, die die Erfolge im Kampf des mongolischen Volkes für die nationale und soziale Befreiung, für den sozialen Fortschritt bewirkte?

Das war vor allem die führende Rolle der Partei, ihre grenzenlose Treue zum Banner des Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus. „Die mongolischen Revolutionäre“, betonte Genosse J. Zedenbal, „die die eng mit der internationalen kommunistischen Bewegung verbundene revolutionäre Partei schufen, gaben den Werktätigen des Landes das, was zuvor gefehlt hatte, um erfolgreich für ihre Befreiung vom Joch ausländischer Kolonialherren und der Feudalherren im eigenen Lande zu kämpfen.“

Die MRVP stellte engen Kontakt zur Komintern (Kommunistische Internationale, 1919-43; d. Red.) und zur Partei Lenins her und vereinte so die nationale Befreiungsbewegung im eigenen Lande mit der internationalen kommunistischen Bewegung, was sich günstig auf die Vertiefung des revolutionären Kampfes in der Mongolei auswirkte.

Die MRVP, die die Ideen des Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die Bedingungen in der Mongolei anwandte und sich auf die ideologische und theoretische Hilfe der internationalen kommunistischen Bewegung stützte, arbeitete die Generalrichtung für die Entwicklung der MVR für die jeweiligen Etappen der Revolution aus und legte die Ziele und Aufgaben sowie die Wege und Mittel fest, mit denen sie verwirklicht wurden.

Aus den Erfahrungen der MRVP ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die Volksmassen ihre revolutionäre Mission erfolgreich erfüllen können, wenn sie die Ziele des Kampfes und die Aufgaben klar sehen, die es zu lösen gilt. Nachdem die Partei in ihrem ersten Programm die Aufgabe der nationalen und sozialen Befreiung des Volkes definiert hatte, leistete sie eine umfangreiche Arbeit, um die Massen auf den kommenden Kampf vorzubereiten und sie aus einer spontan handelnden Masse, die sich gegen die feudalistische und kolonialistische Ausbeutung auflehnte, zu einer organisierten, festgefügten Kraft zu entwickeln, die bewußt für die Klassenziele kämpft.

Enge Verbindung MRVP – Massen

Diese Arbeit unter den Massen verlieh dem Befreiungskampf des Volkes bewußten, zielgerichteten Charakter und festigte die Verbindung zwischen der Partei und den Massen, was ebenfalls den Einfluß und das Ansehen der Partei im Volk stärkte. Eine prinzipielle Frage der MRVP war und bleibt es stets, die Verbindung zu den Massen ständig zu festigen und eine Schwächung dieser Verbindung zu verhindern, nachdrücklich und strikt die kollektiv ausgearbeitete Linie zu verwirklichen und sie gegen jegliche Revisionsversuche zu verteidigen.

Der Aufbau des Sozialismus in der MVR ist durch die Verstärkung der führenden Rolle der Partei gekennzeichnet. Gegenwärtig löst die MRVP die großen und verantwortungsvollen Aufgaben, die sich aus dem Abschluß der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus, aus der Vervollkommnung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Erziehung des neuen Menschen ergeben.

Eine weitere entscheidende Voraussetzung für den Erfolg im Kampf des mongolischen Volkes für die nationale und soziale Befreiung, für den Aufbau der neuen Gesellschaft waren

das Klassenbündnis und die Solidarität, die internationalistische Hilfe und Unterstützung durch die Völker der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder. Es gibt bei uns keinen Volkswirtschaftszweig, der sich nicht mit entscheidender Hilfe des Sowjetlandes entwickelt hätte. Die Geschichte erinnert ständig daran, daß Abspaltung und Isolierung einzelner Abteilungen von der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere von der Welt des Sozialismus, abenteuerlich und die Hauptursache für bittere Niederlagen und Mißerfolge in ihrem Freiheitskampf sind.

Unbestreitbar ist beispielsweise folgende Tatsache: Hätte sich die revolutionäre Mongolei nicht auf die Hilfe und Unterstützung des Landes gestützt, in dem das Proletariat gesiegt hatte, sondern nur auf die eigenen Kräfte, dann hätte sie wahrscheinlich bis heute nicht jene großen Ziele erreicht, die bereits bewältigt sind.

Die komplizierten Aufgaben des Übergangs des Landes vom Feudalismus zum Sozialismus konnten nur durch die enge brüderliche Zusammenarbeit mit dem ersten sozialistischen Land gelöst werden, dessen gesellschaftspolitisches System die Unterjochung schwach entwickelter und rückständiger Völker ausschließt. Die allseitige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, ihre uneigennützig, vielfältige Hilfe spielen auch beim Abschluß des Aufbaus des Sozialismus in der MVR eine entscheidende Rolle.



Araten auf der Weide

Der Hauptteil der sowjetischen Wirtschaftshilfe ist darauf gerichtet, das Land zu industrialisieren, die Landwirtschaft zu intensivieren sowie das Lebens- und Kulturniveau des mongolischen Volkes ständig zu heben. In den mithilfe der Sowjetunion gebauten oder rekonstruierten mongolischen Betrieben werden gegenwärtig 80% der Elektroenergie erzeugt und der Kohle gefördert, 90% der Erzeugnisse der Metallbearbeitung, nahezu 90% des Mehls usw. produziert. Die MRVP verfolgt gegenwärtig die Politik der größtmöglichen Annäherung der MVR an die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft in Politik, Wirtschaft und Kultur.

Als absolut wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Führung des revolutionären Kampfes des Volkes und seines Aufbauwerkes, als ihre dringende Pflicht betrachtet die MRVP das Studium und die Anwendung der welthistori-

schen Erfahrungen der KPdSU. Unsere Partei konnte sich in ihrer 60jährigen Geschichte davon überzeugen, daß die Erfahrungen der KPdSU internationale Bedeutung haben.

In den letzten sechs Jahrzehnten ist unser Land weit vorangekommen. Doch die Erfolge beim Aufbau des neuen Lebens kosteten uns große Anstrengungen im beharrlichen Kampf gegen die unterschiedlichsten Schwierigkeiten, die mit der jahrhundertlangen Rückständigkeit, dem Einfluß der Religion sowie dem Widerstand der inneren und äußeren Feinde verbunden waren.

Als Beispiel soll die ständige Drohung durch China dienen. Peking fügt dem Aufbau des Sozialismus in der MVR Schaden zu, da es ununterbrochen militärischen, politischen und ökonomischen Druck auf unser Land ausübt.

Ständiger Druck Pekings

Peking strahlt ständig antimongolische Rundfunksendungen aus, in denen alles, was die Sowjetunion betrifft, alles, was sozialistisch ist, mit Schmutz beworfen wird, in denen Versuche unternommen werden, die Massen von ihrer Vorhut, der MRVP, loszulösen, und in denen der internationalistische Charakter der Politik der MRVP entstellt wird. Die Spionagetätigkeit gegen die MVR geht weiter. Entlang der mongolisch-chinesischen Grenze werden Sprengarbeiten vorgenommen, Straßen und Verbindungslinien für militärische Zwecke angelegt und andere militärische Objekte gebaut. Die chinesische Führung läßt nichts unversucht, um das Vorwärtsschreiten der Mongolei auf dem Wege des Aufbaus des Sozialismus zu behindern.

Dabei nimmt sie ihre Zuflucht selbst zu solchen Formen der antimongolischen Aktionen, deren sich seinerzeit nicht einmal der japanische Militarismus bedient hat, als er den Nordosten Chinas besetzt hielt. So hat Peking wiederholt versucht, bakteriologische Diversionsakte zu unternehmen. Ich darf ein Beispiel nennen.

Im August 1974 trieben chinesische Grenzsoldaten 134.000 mit einer sehr ansteckenden Krankheit infizierte wilde Steppeziegen über den Ostabschnitt der mongolisch-chinesischen Grenze auf unser Territorium. Was sie damit bezweckten, war völlig klar. Sie wollten unser Vieh mit einer epidemischen Krankheit infizieren. Wir mußten aus diesem Grunde eiligst eine Regierungskommission bilden, Quarantäne verhängen und unsere Viehbestände in das Landesinnere evakuieren.

Auf jedem Lagerplatz ließen diese Wildziegen Zehntausende verendeter Tiere zurück. Den Herbst und Winter über mußte unser Land diese 134.000 verendeten Tiere einsammeln, sie mit Benzin übergießen und verbrennen. Dabei wurde jede Stelle, an der eine tote Ziege gelegen hatte, durch Feuer desinfiziert, damit die Viren im kommenden Frühjahr nicht wieder aktiv werden konnten. Sie können sich vorstellen, welche großen Summen für alle diese Operationen erforderlich waren. Das bedeutet wirklichen Schaden für unsere Volkswirtschaft.

Ich darf noch eine andere Tatsache erwähnen, den Umstand, daß wir an der 4.700 km langen mongolisch-chinesischen Grenze unsere Grenztruppen wieder aufgestellt und verstärkt haben. Diese Truppen sind Mitte der 60er Jahre aufgestellt worden, als infolge der Exzesse der „Kulturrevolution“ in China die Bedrohung unseres Landes durch China zunahm. Das bedeutet aber, daß der Volkswirtschaft eine Menge Arbeitskräfte entzogen werden. Überdies bedarf es umfangreicher Mittel, um diese Truppen zu verpflegen, zu kleiden, auszurüsten sowie kulturell und sozial zu betreuen. Derartige Schäden wird uns in unterschiedlichster Form zugefügt. Die Verluste belaufen sich dabei auf Hunderte Millionen Dollar.

RÖDERBERG-VERLAG



Albert Schreiner
**Vom totalen Krieg
 zur totalen
 Niederlage Hitlers**

Reprint 1939

300 Seiten, Ln. mit Schutzumschlag,
 19,80 DM

Bevor Hitlerdeutschland den Zweiten Weltkrieg begonnen hatte, sagte Schreiner die deutsche Niederlage voraus. Das im Frühjahr 1939 in Paris erschienene Buch zeugt von dem Weitblick Albert Schreiners. Angesichts der damaligen politischen und militärischen Machtverhältnisse schien Schreiners Voraussage vermessen. Sie basierte jedoch auf der Erkenntnis von sich objektiv vollziehenden Prozessen.

Walter H. Seiter
 Alphonse Kahn
**Hitlers
 Blutjustiz**

Ein noch zu
 bewältigendes
 Kapitel deutscher
 Vergangenheit

Mit einer Einführung
 von Prof. Norman Paech
 und einem Nachwort
 von Dr. Heinz Düx
 80 Seiten, kart., 8,— DM

Die Richter des „Volksgeschichtshofes“, dessen Aufgabe die Vernichtung der Gegner der braunen Tyrannei war, sind bisher nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Die Dokumentation widerspiegelt, wie sich diese Richter und Staatsanwälte ihrer Verantwortung entziehen konnten. Die Rolle der bundesrepublikanischen Justiz wird dabei ebenso beleuchtet wie die Bemühungen der antifaschistischen Kräfte um eine Aufarbeitung dieses Kapitels der deutschen Vergangenheit.



Postfach 4129 6000 Frankfurt 1

tat

kräftig
 gegen:
 Neonazismus
 und
 Rechtsgefahr,
 Kriegstreiberei
 und
 Militaristen,
 Verfassungsbruch
 durch
 Berufsverbote,
 Schnüffeleien
 und
 Zensur



weil
 Antifaschisten
 eine
 antifaschistische
 Zeitung brauchen

- Ich möchte kostenlose Probeexemplare
- Ich möchte „die tat“ abonnieren

Postbezug jährlich 0 DM 45,—
 Sonderpreis für Studenten, Schüler,
 Soldaten, ZDL, Auszubildende
 0 DM 30,—

Name: _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an

Röderberg-Verlag

Postfach 4129, 6000 Frankfurt/M.

Jumshagin Zedenbal

Stationen der Mongolischen Revolutionären Volkspartei

Kurz vor dem Sieg der mongolischen Volksrevolution, im März 1921, wurde die Mongolische Revolutionäre Volkspartei (MRVP) gegründet. Sie durchlief eine Reihe von Stationen von einer illegalen Gruppe revolutionärer Intellektueller und Araten zur regierenden proletarischen Massenpartei. Jumshagin Zedenbal, der Erste Sekretär des MRVP-Zentralkomitees und Vorsitzende des Präsidiums des Großen Volkshurals der Mongolischen Volksrepublik, hält Rückschau auf die Kampfjahre der MRVP.

Die Mongolische Revolutionäre Volkspartei (MRVP) entstand mit dem Aufschwung des spontanen Kampfes der mongolischen Araten gegen die inneren und äußeren Unterdrücker. Sie hat ihren Ursprung in den illegalen Zirkeln revolutionärer Araten, die als Reaktion auf die Beseitigung der Autonomie der Mongolei und die Errichtung des brutalen Regimes der chinesischen Militaristen im Lande entstanden. Den Zirkeln gehörten hauptsächlich Soldaten und kleine Beamte aus der Aratenschaft an, d.h. die fortschrittlichsten Vertreter der damaligen mongolischen Gesellschaft, die dem entschiedenen Protest der Volksmassen gegen das unerträgliche Joch der Feudalherren und der ausländischen Okkupanten Ausdruck verliehen. Aktive Teilnehmer dieser Bewegung waren Suche Bator und Tschobalsan, die späteren Begründer der MRVP.

Der Ratschlag Lenins

Ein wichtiger Meilenstein im politisch-ideologischen Reifeprozess der mongolischen Revolutionäre und bei der Konkretisierung der Aufgaben ihres Kampfes war die Reise ihrer Repräsentanten nach Sowjetrußland, das Kennenlernen der Erfahrungen und der Errungenschaften des jungen Sowjetstaates. Vom Führer des Weltproletariats, von Lenin, erhielt die Delegation wertvolle Hinweise auf den Charakter, die Aufgaben und die erforderliche Taktik des Kampfes unter den Bedingungen der Mongolei. Zu den vordringlichen Aufgaben zählte er die Gründung einer politischen Avantgarde der Werktätigen und unterstrich, daß die „Gründung einer Partei der mongolischen Araten die Voraussetzung für den Erfolg ihres Kampfes (ist)“.¹ Konstituiert hat sich die Mongolische Revolutionäre Volkspartei auf ihrem I., dem Gründungsparteitag im März 1921. In dem damals beschlossenen Parteiprogramm wurden als Ziel die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit und die soziale Befreiung der Volksmassen und als nächste Aufgabe die Wiederherstellung des zerschlagenen Staatswesens und die Errichtung der Volksmacht festgelegt. Als Hauptinstrument zur Lösung dieser Aufgabe betrachtete die Partei den bewaffneten Kampf gegen die ausländischen Unterdrücker und die mit ihnen kollaborierenden einheimischen Feudalherren. Die notwendige Voraussetzung für den Sieg der Volksrevolution in der Mongolei und für deren Entwicklung auf dem Wege der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts sah der Parteitag im Bündnis des werktätigen Volkes der Mongolei mit dem siegreichen Proletariat Sowjetrußlands.

In die entscheidende Schlacht zum Sturz der kolonialen und feudalen Macht ging das mongolische Volk also mit einer organisierten politischen Avantgarde an der Spitze. Die Führung durch die Partei, die sich auf die Hilfe des Sowjetlandes stützte, sicherte den Sturz des Kolonialregimes und die Errichtung der Volksmacht. Anfang Juli 1921 wurde die Hauptstadt Urga (heute Ulan-Bator; d. Red.) befreit, die Zentralgewalt ging in die Hände der Volksregierung über, die staatliche Unabhängigkeit der Mongolei proklamiert wurde.

Mit dem Sieg der Volksrevolution wurde die MRVP zur regierenden Partei. Dieser Rolle konnte die MRVP nur gerecht werden, wenn sie als bewußter und organisierter Vortrupp ihrer Klasse erstarkte und sich zu einer Massenpartei neuen Typus entwickelte.

Ein entscheidender Meilenstein beim Übergang der MRVP auf die Positionen des wissenschaftlichen Sozialismus war der III. Parteitag (1924). Dieser erklärte den Kurs auf die Entwicklung des Landes auf nichtkapitalistischem Weg zur Generallinie der Partei.

In dem vom Parteitag gebilligten Thesen „Über die Perspektiven der mongolischen Revolution“ formulierte die MRVP die Hauptaufgaben der nichtkapitalistischen Entwicklung des Landes.



J. Zedenbal, Erster Sekretär der MRVP

Für den nächsten, den IV. Parteitag (1925) arbeitete sie den Entwurf eines neuen Programms aus, das die Generallinie konkretisierte. Der Hauptinhalt des neuen Programms bestand in folgendem: die feudalen Verhältnisse und die Feudalherren als Klasse liquidieren; die kapitalistischen Elemente zügeln und verdrängen; die Einzelwirtschaften der Araten unterstützen und die Voraussetzungen für ihren Übergang auf den Weg des Sozialismus schaffen; die staatliche Souveränität festigen und die ökonomische Abhängigkeit vom Auslandskapital überwinden; die freundschaftlichen Beziehungen, die allseitige Zusammenarbeit mit dem ersten Land des Sozialismus und das Bündnis mit der revolutionären Weltbewegung festigen; einen staatlichen und einen genossenschaftlichen Wirtschaftssektor schaffen, die Kommandohöhen der Wirtschaft in den Händen des Staates konzentrieren; die neue Kultur und Ideologie weiterentwickeln; den dominierenden Einfluß der lamistischen Kirche auf das geistige Leben der Gesellschaft überwinden.

Bei der Verwirklichung dieser Generallinie mußte die MRVP einen beharrlichen Kampf sowohl gegen die Versuche der rechten Opportunisten, den Kurs zu revidieren, als auch gegen dessen Entstellung durch „links“extreme Elemente führen.

Ende der 20er Jahre sabotierten die Rechten, nachdem sie in der Führung von Partei und Staat die Oberhand gewonnen hatten, praktisch die Verwirklichung aller Grundthesen des Parteiprogramms. Besonders schädlich waren in politisch-ideologischer Hinsicht ihre Versuche, die Bande der Freundschaft zur UdSSR zu zerreißen, die brüderlichen Beziehungen zur Komintern und zur Partei Lenins zu untergraben und den Marxismus-Leninismus durch eine „erneuerte“ Ideologie des Buddhismus und die internationalistische Linie durch eine nationalistische zu ersetzen. Die „links“-extremen Elemente, die Anfang der 30er Jahre aktiv wurden, entstellten gräßlich die Generallinie, indem sie den „unmittelbaren Aufbau“ des Sozialismus forcierten, im Verhalten gegenüber den Araten und der Kirche gegen die Linie der Partei verstießen und den konkret-historischen Bedingungen des Kampfes sowie den spezifischen Besonderheiten der Entwicklung des Landes nicht Rechnung trugen.

Die rechte und die „linke“ Abweichung wurden in der MRVP mit der internationalistischen Hilfe der Komintern und der KPdSU(B) überwunden. Hervorragende Bedeutung hatten dabei der VII. Parteitag (1928) und der IX. Parteitag (1934) der MRVP, deren Beschlüsse die Generallinie der Partei in der demokratischen Etappe der Volksrevolution bekräftigten und weiterentwickelten.

In der ersten Zeit war die MRVP eine zahlenmäßig schwache Organisation. Ende 1921 zählte sie 225 Mitglieder, die 3 Parteizellen angehörten. Aber dank der hohen Autorität der Partei gab es zum II. Parteitag (1923) in ihren Reihen bereits 2.500 Genossen, und die Zahl der Grundorganisationen der Partei war auf 100 angestiegen. Mitglieder der Partei wurden vor allem Araten; sie stellten mehr als 90% der Genossen. Doch wurden zu der Zeit, da die Aufgaben der nationalen Befreiung im Vordergrund standen und der soziale Fortschritt gerade erst einsetzte, auch Beamte, Adlige und einzelne Geistliche, die die Ziele der Partei unterstützten, in die Partei aufgenommen.

Die Verbesserung der sozialen Zusammensetzung erlangte mehr und mehr Gewicht für die ideologisch-organisatorische Festigung der MRVP, deren Aufgabe, wie Lenin sagte, es war, „eine Massenpartei zu werden und nicht zuzulassen, daß fremde Elemente sie verunreinigen“.²

Die Notwendigkeit eines festen Klassenstandpunktes bei der Ergänzung der Parteireihen wurde erstmalig in einem Beschluß des II. Parteitages der MRVP festgelegt. Bekräftigt und konkretisiert wurde dieser Beschluß in der Resolution des III. Parteitages, in der hervorgehoben wurde, daß die Hauptstütze der Partei nur die armen und mittleren Araten sind.

Ab Mitte der 30er Jahre zeichneten sich in der Klassenstruktur der mongolischen Gesellschaft wesentliche Veränderungen ab. Die Arbeiterklasse begann sich herauszubilden, eine Volksintelligenz wuchs heran. Neben den werktätigen Araten waren es nun Arbeiter und Vertreter der neuen Intelligenz, die sich in die Partei einreihen.

Auf dem X. Parteitag (1940) wurde das dritte Programm der MRVP – das Programm für den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus – angenommen. Das Hauptaugenmerk galt der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, in erster Linie des staatlichen und des genossenschaftlichen Sektors, der Einführung der Jahres- und später auch der Perspektivplanung und der anderen Grundlagen der sozialistischen Wirtschaftsführung in diesen Sektoren.

Den Araten gegenüber betrieb die Partei eine Politik der Förderung der Arbeitsanstrengungen und der maximalen Nutzung der Möglichkeiten der Einzelwirtschaften bei höchstmöglicher Unterstützung der Produktivgenossenschaften. Die Politik der feinfühligsten, allmählichen Gewinnung der Araten für den Sozialismus triumphierte Ende der 50er Jahre, als die Hauptmasse der Viehzüchter freiwillig diesen Weg beschritt. Wohlhabende Araten wurden ebenfalls zu den allgemeinen Bedingungen in die Produktionsvereinigungen aufgenommen, ohne irgendwelchen ökonomischen Sanktionen ausgesetzt zu sein.

Gewinnung der Araten für den Sozialismus

Mit dem Abschluß des massenweisen genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Aratenwirtschaften hatte das sozialistische Eigentum in der gesamten Wirtschaft gesiegt. In der MVR begann eine neue Periode des sozialistischen Aufbaus, deren spezifische Besonderheit darin besteht, daß wir uns bei der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus in allen Bereichen der Wirtschaft auf sozialistische Produktionsverhältnisse stützen konnten.

Im vierten Programm der MRVP, in dem die Hauptaufgaben dieser Periode festgelegt sind, heißt es, das zentrale ökonomische Problem sei „der Abschluß der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus im optimalen Komplex durch die weitere Industrialisierung des Landes, die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion und die Erhöhung des technischen Ausstattungsgrades aller Volkswirtschaftszweige. Die Partei stellt sich das Ziel, die MRVP in der nächsten Zukunft in ein Industrie-Agrar-Land zu verwandeln...“

In den letzten 20 Jahren hat das mongolische Volk einen guten Teil der vom Parteiprogramm vorgezeichneten Strecke zurückgelegt. Stetig steigt der Anteil der Industrie an der Volkswirtschaft. Während sie 1960 14,6% des Nationaleinkommens produzierte, waren es 1980 29,3%. In der Landwirtschaft entwickelt sich neben der Viehzucht ein neuer Zweig – der hochmechanisierte Feldbau, der den Grundbedarf der Bevölkerung an Getreide deckt.

Mit der raschen Entwicklung der Industrie, des Bau- und des Verkehrswesens hat sich in den letzten 20 Jahren die Zahl der Arbeiter verdoppelt. Von ihnen gehen viele wertvolle Initiativen aus, sie sind in den ersten Reihen des sozialistischen Wettbewerbs, der Aktivisten- und der Rationalisatorenbewegung in der Industrie oder der Bewegung für sozialistische Arbeit zu finden.

Bei der Leitung des politischen Systems der Gesellschaft geht die Partei davon aus, daß der Sozialismus ein riesiges Feld für die Entwicklung der Demokratie, für die Einbeziehung der breiten werk-

tätigen Massen in die Leitung von Staat und Gesellschaft erschließt. Überaus wichtige Marksteine auf diesem Wege waren die Maßnahmen der Partei zur Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates, zur Überwindung von Erscheinungsformen des Bürokratismus, des Administrierens und der Verletzung der revolutionären Gesetzlichkeit wie auch die Demokratisierung des Wahlsystems durch die Einführung allgemeiner Wahlen und die Ersetzung nicht völlig gleicher Wahlen durch gleiche, mehrstufiger durch direkte und öffentlicher durch geheime Wahlen.

In der sozialistischen Entwicklungsetappe unseres Landes haben sich in das System der gesellschaftlichen Massenorganisationen neben dem Mongolischen Revolutionären Jugendverband, der mehr als 190.000 Jugendliche vereint, und den Mongolischen Gewerkschaften mit ihren 387.000 Mitgliedern auch solche Organisationen eingereiht wie die Freundschaftsgesellschaften, die Künstlerverbände und die Komitees der Veteranen des revolutionären Kampfes. Von der politischen Linie der Partei und den Aufgaben des sozialistischen Aufbaus geleitet, setzen sie ihre wachsenden Kräfte zur Lösung jener Probleme ein, die ihrer Spezifik und ihrem Platz im gesellschaftlichen Leben entsprechen.

Die Leitung des sozialistischen Aufbaus stellt, wie unsere Erfahrungen zeigen, auch an die Partei ständig wachsende Anforderungen. Im dritten Programm der MRVP hieß es: Um ihre Aufgaben mit Erfolg lösen zu können, muß die Partei die bestorganisierte und eine hochdisziplinierte Abteilung sein, eine Kampforganisation, die durch bewußte Disziplin, einheitlichen Willen und einheitliches Handeln zusammengeschweißt ist. Hiervon ausgehend, billigte der X. Parteitag der MRVP das neue Parteistatut, das auf der Grundlage der Lehre von der Partei Leninischen Typus und der Treue zu den Prinzipien des demokratischen Zentralismus den organisatorischen Aufbau und die Normen des Parteilebens entsprechend den aktuellen Bedingungen vervollkommnete.

MRVP-Mitglieder zu 32,4% Arbeiter

Große Bedeutung hatten die Abänderungen und Ergänzungen zum Parteistatut, die vom XII. Parteitag der MRVP (1954) beschlossen wurden. Sie sahen die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie und der Kollektivität der Leitung vor, insbesondere die Einführung der geschlossenen (geheimen) Abstimmung bei der Wahl der Parteiorgane. Unterstrichen wurde die Notwendigkeit, eiserne, für alle einheitliche Disziplin zu wahren und die Avantgarderolle der Kommunisten, die Geschlossenheit und Organisiertheit der Parteireihen zu erhöhen.

Wesentliche Änderungen vollzogen sich in der Auffassung über die Kriterien für die Mitgliedschaft in der Partei. Während in der demokratischen Etappe der Revolution vor allem die soziale Herkunft der Antragsteller berücksichtigt wurde, sind in der sozialistischen Etappe das Bewußtsein, die politischen und die Arbeitsleistungen zum Hauptkriterium geworden.

Entsprechend den objektiven Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung auf dem Wege des Sozialismus gilt die besondere Sorge der Partei dem ständigen Wachstum des Arbeiterkerns unter den Mitgliedern. 1940 machten die Arbeiter 64% aller Parteimitglieder und Kandidaten aus, 1961 waren es 26,6% und 1980 32,4%.

Zur Festigung der Reihen der MRVP trug wesentlich der genossenschaftliche Zusammenschluß der Araten bei, der deren Übergang auf die Positionen des Sozialismus bedeutete. Heute sind 17,7% der Mitglieder Genossenschaftsaraten.

Große Aufmerksamkeit wird auch der Aufgabe gezollt, unter den Parteimitgliedern ein richtiges Verhältnis zwischen der älteren Generation und der vom Mongolischen Revolutionären Jugendverband erzogenen Jugend zu sichern und den Anteil der Frauen gemäß ihrer wachsenden Rolle in der Produktion und in der gesellschaftlichen Tätigkeit zu erhöhen.

Gegenwärtig hat die MRVP 74.800 Mitglieder und Kandidaten, d.h. jeder zehnte erwachsene Bürger der MRVP ist Kommunist. Das zeugt von der gewaltigen Autorität der Partei und andererseits von ihren größeren Möglichkeiten, alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens zu beeinflussen. Wir scheuen keine Mühe, um die Avantgarderolle, die Aktivität eines jeden Kommunisten in der Produktion und im gesellschaftlichen Leben zu erhöhen und die Arbeit der Grundorganisationen der Partei als führende Kraft in den Arbeitskollektiven zu verbessern; denn dort wird über die Erfüllung der Parteibeschlüsse und der Pläne entschieden, wird unmittelbar die neue Gesellschaft aufgebaut.

(Quelle: Probleme des Friedens und Sozialismus, Prag, Nr. 3/1981, S. 291-302, Auszüge)

Anmerkungen:

- 1) W.I. Lenin, Werke, Ergänzungsband 1917-1923, S. 372
- 2) Ebenda



Handbaldir Noroventsen

Die allmähliche Emanzipation der mongolischen Frau

Erinnern wir uns: In der vorrevolutionären Mongolei herrschten Feudalverhältnisse. Ihre Begleiterscheinungen waren äußerste sozialökonomische Rückständigkeit, Unwissenheit und Analphabetentum für das Volk.

Hart war das Los der Frauen. Schwerstarbeit hielt sie in tiefster Sklaverei gefangen. Rechtlosigkeit bestimmte ihr Leben. Erst die Volksrevolution von 1921, die unter der Führung der Mongolischen Revolutionären Volkspartei erungen wurde, sprengte die Fesseln der Sklaverei auch für die mongolische Frau.

Unsere erste Verfassung von 1924 besagt, daß alle Bürger des Landes gleiche Rechte genießen. Gesetzmäßig waren damit die gleichen Rechte für uns Frauen verankert. Das war einer der ersten wichtigen Schritte, das mongolische Volk und seine Frauen, die vorher gänzlich aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschaltet waren, aus der Vergangenheit in die Gegenwart, aus dem Dunkel ans Licht zu führen.

Die Mongolische Volksrepublik begann die Lösung der Probleme der geistigen Emanzipation der Frau, indem sie ihr politische Rechte einräumte und die progressiven Frauen in die Aktivitäten zur Realisierung der revolutionären Maßnahmen im Lande einbezog. Niemals wird das mongolische

Volk seine Vorbilder vergessen, wie Suche Bator und seine Kampfgefährtin Yanjima und andere mutige Patrioten unseres Landes.

Seit den ersten Jahren der Volksrepublik nehmen wir Frauen aktiv Anteil an den gesellschaftspolitischen Umwandlungen, beteiligen uns an Wahlen der staatlichen Organe, sind Abgeordnete des Volkes, eignen uns Wissen auf den verschiedensten Gebieten an, vertiefen unsere politischen Kenntnisse, arbeiten in allen Branchen der nationalen Wirtschaft und Kultur, werden in Exekutivorgane gewählt und zu Ministern ernannt, sind tätig in leitenden Funktionen und widmen alle unsere Fähigkeiten und Kenntnisse der Sache des Aufbaus eines neuen Lebens im Lande.

Die Geschichte des Fortschritts und des Wachstums des Bewußtseins unserer Frauen ist untrennbar verbunden mit den Aufgaben, die von Partei und Staat während der verschiedenen Etappen der Volksrevolution gestellt wurden. Wenn man zurückblickt auf den Weg von der demokratischen Etappe der Revolution zu den gegenwärtigen Aufgaben der Beendigung des Aufbaus des Sozialismus, dann ist festzustellen, daß sich die qualitativ gewaltigen Veränderungen im Leben der mongolischen Frauen in den Jahren der Volksmacht vollzogen haben. Es war die Zeit, da wir stolz darauf

sein konnten, gleiche Rechte für die Frauen und ihre Teilnahme am öffentlichen Leben Schritt für Schritt in der Praxis durchzuführen.

Heute haben wir die Genugtuung, daß viele Tausende unserer Frauen aktiv Anteil nehmen an der Arbeit in Fabriken, im Bauwesen, in der Landwirtschaft, den Genossenschaften, in Staatsfarmen, in der Volksbildung und im Gesundheitswesen, in Wissenschaft und Kunst; kurz: in allen Sphären des öffentlichen Lebens.

Gegenwärtig sind in der Mongolischen Volksrepublik 87,3% aller Frauen im arbeitsfähigen Alter berufstätig. 1921 waren es im ganzen Land nur 7%! Frauen stellen 47% aller in der Volkswirtschaft Beschäftigten. Sie sind zu 55,4% in der Industrie und zu 41,5% in der Landwirtschaft tätig. Das ist eine besonders interessante Entwicklung unserer Frauen, die eine beispielhafte Rolle im sozialistischen Wettbewerb zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität spielen und als Erfinder und Neuerer auf den Plan treten.

In einigen Berufszweigen der Wirtschaft sind mehr Frauen als Männer beschäftigt, so in der Textil-, Bekleidungs-, Leder- und pelzverarbeitenden Industrie, wo 80% aller Werkstätigen Frauen sind. Derartige „Frauenbetriebe“ sorgen in bewährter Weise für ausreichende medizinische Betreuung, für Krippen- und Kindergartenplätze, für Dienstleistungen und Betriebsküchen und stellen den Frauen und ihren Familien Ferien- und Erholungsplätze zur Verfügung.

Im Volksgesundheitswesen stellen die Frauen mit 77,1% die überwiegende Mehrheit des medizinischen Personals und sogar Minister. Alle Sozialmaßnahmen, die in unserem Land durchgeführt werden, garantieren den berufstätigen Frauen, die Mutterschaft harmonisch zu verbinden mit ihrer Arbeit und ihren gesellschaftlichen Verpflichtungen bei gleichzeitiger Befriedigung ihrer kulturellen und geistigen Bedürfnisse.

Mütter genießen besondere Privilegien. Es gibt ein dichtes Netz prophylaktischer Maßnahmen zum Schutz von Mutter und Kind. In entlegenen ländlichen Gebieten werden die Frauen heutzutage vor der Geburt in Krankenhäuser aufgenommen. Das garantiert eine gründliche medizinische Betreuung. 99% der Geburten erfolgen jetzt in Kliniken. Auf der Grundlage des 1979 angenommenen Gesetzes zur Verbesserung der Betreuung von Mutter und Kind wurde die materiell-technische Basis der Prophylaxis des Mutter- und Kinderschutzes erweitert. Ausgestattet mit hochqualifiziertem Personal, wurde eine erhebliche Verbesserung der Qualität des medizinischen Dienstes für Mutter und Kind erreicht. Große Familien konnten mit mehr Wohnraum versorgt werden.

Fast 1/3 der Abgeordneten sind Frauen

Die ersten Anfänge zur Beseitigung des Analphabetentums, das 99,9% 1921 betrug, waren schwer. Aber der Drang nach Wissen bei den Frauen beflügelte alle unsere Bemühungen. Frauen selbst – sobald sie des Lesens und Schreibens kundig waren – trugen dazu bei, daß zu Beginn der 50er Jahre das Analphabetentum in der Mongolischen Volksrepublik gänzlich beseitigt war. Seit den 60er Jahren erfaßt die Volksbildung alle schulpflichtigen Kinder, ganz gleich in welch entlegenen und unwegsamen Gebieten unseres Landes sie leben. Wir haben die 8klassige Schulpflicht und stehen kurz davor, obligatorisch die 10-Klassen-Schule einzuführen. Gegenwärtig stellen die Frauen mehr als 56% aller Beschäftigten in der Volksbildung. Der Beitrag unserer Frauen für die Entwicklung der Volksbildung ist unschätzbar. Der Staat fördert in jeder Weise das Streben der werktätigen Frauen, ihre Kenntnisse zu erweitern, und dehnt deshalb das Netz der Abend- und Fernstudienkurse speziell für Frauen weiter

aus. Jede zweite Frau unseres Landes lernt heute an irgendeiner Ausbildungsstätte.

Viele Mädchen, die nach Beendigung ihrer Schulzeit in der Industrie arbeiten, setzen ihre Ausbildung in Betriebs- und Berufsschulen fort, besuchen Kurse der Weiterqualifizierung. Frauen, die ohne ihre Arbeit aufzugeben, lernen, erhalten bezahlten Sonderurlaub für die Vorbereitung und das Ablegen des Examens.

Alle diese und noch viel mehr solcher Maßnahmen schaffen günstige Bedingungen für die Frauen, aktiv am Leben der Gesellschaft teilzunehmen. Mit der Verbesserung der allgemeinen und der beruflichen Ausbildung hat sich der soziale Status der Frau grundlegend verändert und ihr Anteil am politischen, sozialen und kulturellen Leben wächst ständig. Heute sind in der Mongolischen Volksrepublik 23,2% der Abgeordneten im Großen Volkshural, dem Parlament unseres Landes, Frauen. In den örtlichen Volkshurals stellen sie 30%. Sie stellen 1/4 der Mitglieder der Mongolischen Revolutionären Volkspartei und die Hälfte der Mitgliedschaft der Gewerkschaften, die eine wichtige Rolle bei der Verteidigung der Interessen der berufstätigen Frau spielen.


Seit seiner Gründung im Jahre 1924 hat das Komitee der Mongolischen Frauen eine gewaltige ideologische und organisatorische Arbeit unter den Frauen geleistet. Diese Arbeit hat sich bewährt. Heute ist die Mongolische Frauenorganisation eine der größten Massenorganisationen des Landes. Sie trägt durch eine Vielzahl von Maßnahmen dazu bei, die Frauen politisch zu aktivieren, ihre fachliche und berufliche Qualifizierung zu erhöhen, ihre Einbeziehung in Wirtschaft und Gesellschaft zu erweitern, ihren Aufgaben und Pflichten als Mutter noch größere Unterstützung zuteil werden zu lassen.

(Quelle: Frauen der ganzen Welt, Berlin, Nr. 2/1981, S. 24-27; Ausschnitte)

AIB - Sonderhefte



TÜRKEI



Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antimperialistischen Kampf

SH 2/1980 behandelt die Lage in der Türkei nach dem Militärputsch und deckt die Rolle der Westmächte auf. 20 S., 2,- DM

SH 1/1981 gibt einen komprimierten Überblick über die Hauptschauplätze des nationalen Befreiungskampfes heute. 80 S., 4,- DM

- Ich bestelle SH 2/1980.
- Ich bestelle SH 1/1981.
- Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares.
- Ich abonniere das AIB ab Nr.

Name:

Adresse:

Datum und Unterschrift:

Bitte ausfüllen und einsenden an:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1, Tel. 06421/24672



AIB
Antimperialistisches Informationsbulletin

Philip Spillmann **An Ort und Stelle**

Mit einer Gruppe von Journalisten aus dem deutschsprachigen Raum weilte der Schweizer Philip Spillmann kürzlich im Land am Hindukusch. Hier ist ein Situationsbericht.

(...) Für den Asien-Neuling ist das Kabuler Straßenbild ein Erlebnis, selbst in unserem Kino- und Fernsehzeitalter, wo man „alles schon einmal gesehen“ hat. Der chaotische Straßenverkehr, der sich nach völlig undurchschaubaren Regeln abspielt, aber eben doch irgendwie funktioniert, das farbige Gewühl und Gewimmel auf dem Basar, die Staubwolken, der Rauch der Holzkohlefeuer und der Duft des „Kebab“, das andauernde Hupkonzert, die unterschiedlichsten Bekleidungen und Kopfbedeckungen der Menschen, die abenteuerlich bemalten und verzierten Lastwagen, die Esel und Kamele – all das ist so faszinierend, daß man nicht sofort wahrnimmt, was den Besucher aus dem Westen eigentlich am meisten überraschen sollte: Die „besetzte“ Riesenstadt arbeitet und lärmt und brodelt und lebt – völlig friedlich.

Von Straßensperren auf Schritt und Tritt oder von schikaniösen Kontrollen ist nichts zu sehen, überhaupt hat es nur wenig Militär und wenn, dann Angehörige der afghanischen Armee. (...)

Kein barsches Ausspielen der Staatsgewalt

Ein kleines, aber eindruckliches Erlebnis vom ersten Nachmittag in der Hauptstadt der DRA (Demokratische Republik Afghanistan; d. Red.): Da nicht alle in der Gruppe über vorrätige Paßfotos – für den afghanischen Presseausweis – verfügten, klapperten die Betroffenen unter Führung Omars (afghanischer Reisebegleiter und Dometscher der Journalistengruppe; d. Red.) die Fotostudios in der Umgebung des Informationsministeriums ab. Der erste Inhaber sagte, es ginge eine Stunde, die zwei nächsten wiesen auf die bereits wartende Kundschaft. Von jedem von ihnen verabschiedete sich Omar ausgesprochen höflich, ein Umstand, den man als Europäer „in dieser Weltgegend“ nicht unbedingt erwartete. Aber eben: Den anmaßenden Befehlston, das barsche Ausspielen der Staatsgewalt, das gibt es nicht im heutigen Afghanistan. Der Vorfall dürfte mustergültig sein für die Art und Weise, wie die Vertreter der Volksmacht in der zweiten Etappe der April-Revolution mit Privathandel und Gewerbe, mit der Bevölkerung überhaupt umgehen. Und dort ist auch der Grund dafür zu suchen, daß die Bevölkerung der Regierung, den Behörden und der Volksdemokratischen Partei in zunehmendem Maße Vertrauen und Unterstützung entgegenbringt. Das war nicht immer so...

„Im Namen des Fortschritts... aber antifortschrittlich“, so charakterisierte Politbüro- und Regierungsmitglied Frau Dr. Anahita Ratebzad das völlig unrealistische Herangehen der Ende 1979 abgesetzten Amin-Regierung an die Probleme des Landes: „Wenn die Leute nicht bereit sind, eine Lebensweise anzunehmen, dann kann man es nicht mit Gewalt tun, wie wir das in den ersten anderthalb Jahren der April-Revolution taten. Wir taten es mit ungläublicher Gewalt.“

Tatsächlich fällt auf, daß in den Gesprächen die Ära Daud

oder die früher herrschende Monarchie unter Zahir-Schah kaum je erwähnt werden. Hingegen stecken die Mißbräuche und Übergriffe Hafizullah Amins noch tief im Bewußtsein der Leute. Sie reichten von der Beleidigung der Gläubigen über Zwangs-Alphabetisierung (was es bedeutet, in einem derart rückständigen Land Männer und Frauen gewaltsam auf ein und dieselbe Schulbank zu setzen, ist für uns nur schwer nachzuvollziehen) bis zu Folter und Mord an Mullahs. Und nicht nur an Mullahs.

Religion im Radio und Fernsehen

Immer wieder wird deutlich, daß mit der im Westen so verbissen bekämpften zweiten Etappe der April-Revolution (sie wird mit der Regierungsübernahme von Babrak Karmal am 27.12.1979 angesetzt; d. Red.) ein gewaltiges, landesweites Aufatmen durch Afghanistan gegangen ist; in diesem Zusammenhang erweist sich auch die bei uns gerne bezweifelte afghanische Beteuerung, H. Amin hätte bewußt gegen die Revolution gearbeitet, als durchaus glaubhaft, denn da wurden nun wirklich Fortschritt und Sozialismus als Begriffe beim Volk gezielt diskreditiert, indem gerade in deren Namen Religion, Traditionen, Kultur, Bräuche und Überlieferungen auf völlig unverhältnismäßige Art angegriffen wurden.

Zur Situation des Islam und zur Haltung der Geistlichkeit im Lande muß sich Aziz Sadeq, Stellvertreter des Vorsitzenden der Schuun-islami, d.h. des Dachverbandes aller geistlichen Organisationen Afghanistans, von einigen aus unse-



Alphabetisierungskurs im Krankenhaus von Jalalabad

rem Kreis recht schwierige Fragen gefallen lassen. Seine Antworten, meist illustriert mit bildhaften Zitaten und Gleichnissen aus dem Koran, sind denn auch nicht immer einfach zu verstehen.

Der 45jährige Koranglehrte, der u.a. in Indien und in Pakistan studierte und schon sechsmal in Mekka war und der aussieht wie ein Orientale im Bilderbuch (sogar mit Schnabelschuhen!) ist, um zusammenzufassen, nicht der Meinung, daß der Islam fortschrittsfeindlich ist. „Das sagen nur Leute, die nichts vom Islam verstehen.“ Jedoch sei die Religion früher in Afghanistan verkauft, sei damit gehandelt worden, und dasselbe geschehe noch immer in anderen Ländern.

Weiter unterstütze die Geistlichkeit die Alphabetisierungsbestrebungen der Regierung, ebenso die Landreform, da die Ausbeutung des Menschen von Gott verboten sei. Religionsfeindliche Texte würden bei der Alphabetisierungskampagne der Regierung nicht verwendet (auf eine diesbezügliche Frage); im Gegenteil, heute könne man den Islam im Radio und TV verbreiten, was früher nicht der Fall gewesen sei.

Daß die Religion tatsächlich nicht von Staates wegen behindert wird, dessen konnten wir uns am Freitag (islamischer Sonntag) auf dem Platz vor der Blauen Moschee überzeugen, wo viele Tausende in- und außerhalb (wer keinen Platz mehr fand) des heiligen Hauses ihre Feiertagsgebete verrichteten und wo die Leute auch ihre Verstorbenen hinbrachten.

Die Behauptungen der Feinde der April-Revolution, daß nämlich die Regierung den Glauben unterdrücke, müssen einmal mehr ins Reich der Schauermärchen verwiesen werden. Interessant ist, daß sich ausgerechnet Radio Voice of America (Stimme Amrikas; d. Red.) solcherart Dinge verbreitet und sich für den Islam stark zu machen sucht, während gegen die Revolution im Iran eine wilde Hetzkampagne lief und läuft.

Nach den gängigen Berichten über die „armselige“, „selbstgebaute“, „total veraltete“ Bewaffnung der im Westen zu „Freiheitskämpfern“ emporstilisierten Banditen staunt man nicht wenig über die reiche Kollektion des eigens zu diesem Zweck eingerichteten Museums für Beutewaffen in Kabul. Was da den ehemaligen Grundbesitzern und Ausbeutern bzw. deren armen, unwissendem Fußvolk schon abgenommen wurde, hat mit Steinzeitrüstung sehr wenig, mit allermodernstem automatischen Schießgerät jedoch sehr viel zu tun.

Die Kulturbarbarei der „Rebellen“

Da sind nicht nur Hunderte von Sturmgewehren, Karabinern und anderen Handfeuerwaffen, sondern auch veritable Minenwerfer zu sehen. Weiter hat es Granaten, Minen und Munition aller möglichen Arten und selbst Giftgasgranaten: Made in USA. Von dort sowie aus China, Pakistan und Ägypten stammen nicht nur das Kriegsmaterial, sondern auch die Ausbilder in den heute 58 Camps in Pakistan nahe der Grenze zur DRA.

Nicht nur „Freiwillige“, sondern auch gewaltsam zurückgehaltene Angehörige der Nomadenstämme werden dort darin unterrichtet, Dorflehrer und Bewässerungsspezialisten zu ermorden, ganze Dorfbevölkerungen zu vertreiben, Herden zu stehlen, Schulen niederzubrennen, die Bevölkerung zu terrorisieren. Das ist es nämlich, was der afghanische „Widerstand“ dem Land als „Alternative“ zu den Bestrebungen der Volksdemokratischen Partei zu bieten hat: Mord – statt Wissen, Zerstörung – statt Aufbau, Verwüstung – statt Brot.

Davon konnten wir uns auf einem zweitägigen Abstecher nach dem im Osten des Landes gelegenen Jalalabad selber überzeugen. Die Handlanger der traditionellen Exportländer



Ruine des von „Rebellen“ zerstörten Tempelmuseums von Hadda

der Konterrevolution hatten hier nicht „nur“ Millionenwerte an Volkseigentum – so z.B. eine Kornmühle und einen ganzen Park voller z.T. neuer Lastwagen, alles Besitz einer der erst wenigen staatlichen Musterfarmen – gesprengt und verbrannt, sondern waren in einer in ihrem Menschen- und Kulturhaß nur mit dem Hitlerfaschismus und dem Pol-Pot-Maoismus vergleichbaren Manier über die jetzt der Welt für immer verlorenen Kostbarkeiten des berühmten Tempelmuseums von Hadda hergefallen.

Es führte zu weit – sowohl aus Platzgründen als auch, Verzeihung, aus mangelnder Kompetenz – hier darlegen zu wollen, warum aus dem Katalog der von den Menschenrechtsverteidigern angestifteten und ausgeführten Barbareien gerade diese ausgesprochen schmerzhaft ist; es handelt sich im wesentlichen darum, daß gerade hier eine einzigartige „Nahtstelle“ zwischen verschiedenen Kulturen gefunden worden war, d.h. z.B. Buddhastatuen mit der für den Mittelmeerraum, nicht aber für den indischen Subkontinent typischen Faltenkleidung. Von dem Museum sind noch die Grundmauern, von den Exponaten kaum handgroße Klumpen übrig. Vorher war es der Stolz und die bedeutendste archäologische Fundstätte Afghanistans gewesen.

Von Jalalabad aus sind es etwas über 70 km bis an die pakistanische Grenze.

Unmittelbar an der Trennlinie stehend, werfen wir am Grenzort Torkham einen staunenden Blick hinüber in Zia-ul-Haq's Freiheitsparadis (nach Carter oder Brzezinski „letzter Hort der Menschenrechte“ in dieser Weltgegend), wo, wie zu unserer Unterhaltung, soeben irgendeine feiste Lokalgröße aus ihrem Mercedes gequollen ist und nun, gefolgt von seinen drei Frauen, an einer Art Ehrenwache aus drei Soldaten mit bunten Papierfedern auf dem Hut vorbeistolziert, während gleichzeitig diese Wache ein fast nicht zu beschreibendes „Brüllen-und-Stampfen-am-Ort-und-aufs-Gewehrschloß-klatschen“-Zeremoniell aus besterhaltenen britischen Kolonialkulturabfallbeständen vollführt. Das Westminster-Ritual wiederholt sich, als die Persönlichkeit nach einigen Minuten samt Frauen umkehrt und sich wieder zu ihrem Wagen wälzt. Das Dutzend Soldaten (ohne Federn), das den Mercedes begleitet – wo es doch auf der pakistanischen Seite völlig ruhig zu- und hergehen soll – quält sich wieder in den Jeep, und ab geht's.

100 m vor uns erblicken wir wartende afghanische Lastwagen, Front in unsere Richtung. Ein Offizier erklärt uns, daß die Pakistaner niemanden über die Grenze ließen, solange wir Journalisten uns dort aufhalten, jedoch sei an der Grenze ein ständiges Kommando zu verzeichnen. In den letzten sechs Tagen seien 450 Familien nach Afghanistan zurückgekehrt.

Ein seltsames Gefühl beschleicht einen, wenn man an dieser Grenze steht, im Bewußtsein, daß von dort drüben ein uner-



Afghanischer Nomade

klärter Krieg gegen die DRA geführt wird. Zwar vermag das ungeübte Auge nichts Besonderes wahrzunehmen, aber schon hier Gewesene aus unserer Gruppe weisen darauf hin, daß die Grenzsoldaten zwar beieinanderstünden und sich unterhielten, aber jeder auf seiner Seite der Grenzlinie, während sie früher immer auf der einen oder der anderen Seite beim Tee gesessen hätten...

„Der Feind wird uns noch auffressen!“

Auf dem Rückweg von der Grenze befragen wir den Ältesten einer rastenden Nomadenfamilie (wir hatten ihn aus der großen Anzahl der mit ihren Herden der Straße entlang ziehenden oder biwakierenden Menschen ausgewählt) nach seinen Erfahrungen mit den Terrorkommandos: „Sie kommen in der Nacht, bewaffnet, fordern Nahrung, Unterschlupf, stehlen Schafe...“

Man muß unvermittelt an eine Episode denken, die die schon zitierte populäre ehemalige Ärztin Anahita Ratebzad uns beim Interview erzählt hatte: Im letzten Herbst sei sie mit Babrak Karmal zu Gesprächen in Moskau gewesen. Bei der Rückkehr sei ihr Ministerium (sie hatte damals nur das Erziehungsministerium) von Leuten aus entfernten Stammesgebieten richtiggehend belagert worden. Gruppe um Gruppe hätte bei ihr vorgesprochen und alle wollten sie wissen: „Hast Du weitere sowjetische Soldaten angefordert?“ – und auf Anahitas „Nein, das haben wir nicht“: „Warum?“ „Warum sollten wir denn?“ – „Weil wir an der Grenze leben und und die Aggression direkt bei uns erleben. Bitte! Der Feind wird uns noch auffressen, wenn Du nicht um mehr Hilfe bittest!“

Ein weiteres bitteres Zeugnis der Aggression an diesem Nachmittag: Wir halten bei der Ruine einer niedergebrannten Schule. Es ist eine von vielen und auch der Lehrer, der in der Nähe erst vor wenigen Tagen zusammen mit einem Schüler ermordet wurde, ist einer von vielen. Das erzählen uns bewaffnete Angehörige der Dorfmiliz, einfache Menschen, die verschiedenen Arbeiten nachgehen, aber ihre Waffen immer mit sich tragen: Damit sich in Zukunft solches nicht so leicht wiederholen kann. Das ist die Antwort des afghanischen Volkes auf die „Heldentaten“ der CIA-Söldner.

Auskunft über Situation und Perspektive gab uns der Planungsminister und stellvertretende Vorsitzende des Revolutionsrates Sultan Ali Keshtmand. Er betonte, daß die wesentliche Eigenschaft der national-demokratischen Revolution der nichtkapitalistische Entwicklungsweg sei. Das will nun nicht bedeuten, daß der Kapitalismus auf einen Schlag abgeschafft werden soll; seit Beginn der zweiten Etappe der April-Revolution seien keine Enteignungen vorgenommen worden. Wenn der Anteil des staatlichen Sektors in der Wirtschaft im Steigen sei, so sei das darauf zurückzuführen, daß die Regierung eben große Investitionen tätige.

Eine gemischte Wirtschaft

Daß der staatliche und der private Sektor (dazwischen gibt es noch die gemischtwirtschaftlichen Betriebe; ausländische Investoren sind jeweils mit maximal 49% vertreten) noch lange nebeneinander koexistieren werden, zeigt allein schon der gegenwärtige Anteil der Privatwirtschaft in Afghanistan: Im Außenhandel beträgt er über 80%, in der Produktion etwa 50%. Und die Landwirtschaft ist, einige Versuchsgüter des Staates ausgenommen, zu 100% in privater Hand.

Die Afghanen streben ein gutes Verhältnis und gegenseitig nutzbringende Beziehungen auch mit dem westlichen Ausland an, und das obwohl die Handelsbilanz der DRA hier – im Gegensatz zu jener mit den sozialistischen Ländern – negativ ist. Ein Besuch in der Textilfabrik WIP in Pulitsherchi, wo DDR- und BRD-Maschinen neben vorkriegsdeutschen Modellen Wolle waschen, Fäden spinnen und Stoffe oder Teppiche weben, zeigt die wirtschaftliche Verflechtung Afghanistans auch mit Ländern, die zur Zeit glauben, das Land „boykottieren“ zu müssen, sowie die Probleme (stillstehende Maschinen wegen Ersatzmangels), die sich daraus für eines der ohnehin ärmsten Länder der Welt ergeben. Man hofft inständig, daß der gegenwärtige anti-afghanische Kurs von Ländern wie der BRD nur vorübergehender Natur ist, und die Verantwortlichen der Textilfabrik sind denn auch zuversichtlich, daß die westlichen Industrieländer auf kurz oder lang den Geschäftsverkehr im gewohnten Umfang wieder aufnehmen werden.

Wo immer wir hinkommen, sei es beim Interview mit Regierungsmitgliedern, bei der Besichtigung der im Bau befindlichen Olivenölfabrik bei Jalalabad, bei dem mitreißenden Treffen mit Mitglieder der Brigaden der Öffentlichen Ordnung (eine besondere Abteilung des Demokratischen Jugendverbandes) – immer äußern unsere Gastgeber beim Abschied denselben schlichten Wunsch: Wir möchten doch objektiv informieren, schreiben, was wir gesehen hätten, anstelle der Lügen, die über ihr Land verbreitet würden. Man spürt richtig, wie wichtig dieses Anliegen den Afghanen ist, und wie sehr sie darauf hoffen, verstanden zu werden.

Was dieses Land vorerst einmal anstrebt, ist für Europa ein Nichts, aber für Afghanistan ungeheuer viel: Genug zum Essen, Bildung für alle, ein menschenwürdiges Leben. Dazu sollten auch wir unseren Beitrag leisten, und gerade die Linke, gerade die fortschrittlichen Menschen, sollten endlich aus ihrer verstockten Reserve kommen, von der Höhe ihrer „völkerrechtlichen“ Diskussionen um das „Afghanistan-Problem“ heruntersteigen und sich mit dem befassen, was im ganzen Streit zu kurz kommt, ja vernachlässigt wird: Afghanistan.

(Quelle: Unsere Welt, Basel, Nr. 2/Mai 1981)

**Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der
Redaktion und bei der Post bekanntgeben!**

Wolfram Brönner
Afghanistan
Revolution und
Konterrevolution



Marxismus aktuell

Wolfram Brönner
Afghanistan

**Revolution
und Konterrevolution**

Taschenbuch
Umfang 284 Seiten
Preis 14,- DM

Zur Jahreswende 1979/80 erfuhr Afghanistan plötzlich Weltgeltung. Mit „Afghanistan“ rechtfertigten die Herrschenden der westlichen Hauptländer alles und nichts. Was verlieh ausgerechnet diesem bettelarmen, weltabgeschiedenen Land am Hindukusch solche Bedeutung? Was waren die Hintergründe der zählebigen Weltkrise um Afghanistan? Warum sollte Afghanistan zum Stolperstein des Entspannungsprozesses werden?

Diesen und anderen Fragen der internationalen Dimension der Afghanistan-Krise geht dieses Buch nach. Insbesondere wird hierbei der Nachweis geführt, daß die Internationalisierung des Kampfes um Afghanistan längst vor dem 27./28. Dezember 1979, dem Sturz des Amin-Regimes, einsetzte. Genau im Frühjahr 1979 begann demnach unter CIA-Regie die bewaffnete Offensive gegen die afghanische Revolution, hauptsächlich von pakistanischem Boden aus und mit der konzertierten Unterstützung Pakistans, der USA und Chinas.

Doch zu diesem äußeren Interventionismus kam noch ein zweiter maßgeblicher Auslöser der Afghanistan-Krise hinzu, der in diesem Buch ausführlich behandelt wird, die dramatische Zuspitzung der inneren Widersprüche in den Reihen der regierenden Volksdemokratischen Partei Afghanistans. Der Autor untersucht sie auf dem Hintergrund der sozialen Veränderungen in Afghanistan seit der April-Revolution 1978. Er wendet sich gegen Stimmen, die das Vorhandensein eines revolutionären Prozesses in Afghanistan bestreiten.

Das Buch zeigt auf, wie es zum April 1978 kam, was sich unter den Regierungen Taraki, Amin und Karmal zutrug. Es diskutiert Art und Motive des sowjetischen Eingreifens in Afghanistans und die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung des revolutionären Prozesses zu einer „wirklichen Volksrevolution“.

Neben Fotos, Karten und Situationsberichten enthält das Buch zahlreiche erstmals im Ausland veröffentlichter Grundsatzdokumente u. a. der Volksdemokratischen Partei Afghanistans.

Verlag Marxistische Blätter GmbH, Hedderheimer Landstraße 78a, 6000 Frankfurt/Main 50, Telefon (0611) 571051

Verlag Marxistische Blätter

Jürgen Ostrowsky

Kampfansage an die „Republik“



Südafrikanischer Premierminister Botha

Für den 31. Mai 1981 war in Südafrika Feiern verordnet. Der 20. Jahrestag der Proklamation der „Republik Südafrika“ sollte begangen werden, jenes Tages also, an dem die 1948 an die Macht gekommene Nationale Partei mit diesem Akt die endgültige Fixierung der burischen Alleinherrschaft über die Schwarzen, Farbigen und Inder vollziehen zu können hoffte. Der gleichzeitige Austritt aus dem britischen Commonwealth besiegelte nur den Abschied aus jeglicher Bindung an Grundsätze der Humanität und Gesetzlichkeit, der 1948 begonnen hatte.

Feiern – so der „Fröhlichkeitsukas“ (Frankfurter Allgemeine, 30.5.1981) – sollten alle „Bürger“ aller Hautfarben. Doch bis auf wenige Ausnahmen blieben die weißen Herren unter sich. Inder, Farbige und Schwarze sahen keinen Anlaß zum Feiern – Letztere sind rechtlich nach dem Willen der weißen Minderheit nicht einmal Bürger des Apartheidstaates. Der Aufruf zum kollektiven Frohsinn – nur kurze Zeit zudem vor dem fünften Jahrestag des Massakers von Soweto¹ – mußte auf sie wie ein Hohn wirken. So begingen denn fast nur die Weißen mit Pomp, Militärparaden und Sportfesten sowie Auftritten der Wiener Sängerknaben den Jubiläumstag „ihrer Republik“.

Doch nicht einmal sie feierten allesamt, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. In der Provinzstadt Fraserburg etwa lieferten die dortigen Farmer ein lebendiges Beispiel für das, wofür 20 Jahre „Republik“ Südafrika stehen. Alle Feiern wurden abgesagt, weil die Farmer gedroht hatten ihre

Kinder aus der Schule zu nehmen, „wenn diese tatsächlich der Schande ausgesetzt würden, mit den Kindern der Farbigen, wie die Regierung es wünschte, den Feiertag der Republik zu begehen“.²

Insbesondere unter weißen Studierenden kam es zu Protestaktionen gegen die Feiern, die soweit gingen, daß es mitunter zu Schlägereien zwischen „linken“ und die Apartheid bejahenden Studenten kam. An der Witwatersrand-Universität von Johannesburg boykottierten weiße und schwarze Studenten den Unterricht, führten dreitägige Protestaktionen durch und verbrannten Staatsflaggen. An einer Versammlung von etwa 1.000 Studierenden der Universitäten von Natal und Durban-Westville, auf der Nelson Mandelas Tochter Zinzi Mandela sprach und ein Boykott beschlossen wurde, nahm Andrew Boraine, Präsident der weißen Studentenvereinigung NUSAS, teil.

Daß die nichtweiße Bevölkerungsmehrheit keinen Grund zum Feiern finden konnte, leuchtete auch dem Publizisten Leon DuPlessis von der Sunday Tribune ein. Die Afrikaner boykottierten das Fest, „weil sie einfach das Gefühl haben, daß Verhaftungen ohne Gerichtsverhandlungen oder Öffentlichkeit, Verbannungen, Verfahren wegen Paßvergehen, die nationale christliche Erziehung, die vom Gesetz verordnete Rassentrennung, die Ungleichheit der Chancen, das Evangelium der Rassenarroganz nicht geeignet sind, als Grundbestände einer Republik zu dienen, die sie gerne feiern würden“.

Bischof Desmond Tutu, Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, dem das Regime vor wenigen Wochen wegen kritischer Äußerungen im Ausland den Paß entzogen hatte, höhnte in einer Predigt vor seiner schwarzen Gemeinde: „Was sollen wir feiern? Daß wir in unserem Land keinen Landbesitz haben dürfen? Daß wir nicht wählen dürfen in unserem eigenen Land? Deshalb? Also gut – feiern wir, daß wir all das nicht dürfen! Feiern wir die Paßgesetze und



Studentenprotest in Johannesburg: Die RSA-Fahne wird zerrissen

die Verbannungen, Verhaftungen und Zwangsumsiedlungen!"

Angesichts einer solchen Stimmung unter den Afrikanern gab es eine ganze Berufsgruppe, die vom Feiern nicht viel hatte: „Statt mitzujubeln, müssen die Polizisten des Landes an strategischen Punkten und neuralgischen Orten Wache an Straßensperren schieben, um weitere Aktionen der schwarzen Untergrundorganisation ANC, des Afrikanischen Nationalkongresses, zu verhindern, der auf seine Weise, mit einigen Bombenanschlägen, das Fest begangen hat.“³ Das war freilich nicht alles.

Der ANC hatte lange vor der Jubelfeier zum Boykott aufgerufen – mit landesweiter Resonanz. Dem Aufruf folgend und aufgrund eigener Initiative forderten z.B. die Anglikanische Kirche und der Südafrikanische Kirchenrat den Feiern fernzubleiben.

Der Kirchenrat geriet damit unverzüglich ins Visier des Regimes: „Wenn einige Elemente in diesem Kirchenrat sich in politische Angelegenheiten mischen und radikale Elemente unterstützen, die Südafrika unterminieren wollen, dann werden sie mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden“, drohte Premierminister P.W. Botha in einem Zeitungsinterview. Unbeeindruckt von Einschüchterungen verweigerte der Sportausschuß der Universität von Kapstadt unter dem Beifall des Vertreterrates der Studenten die Benutzung der Sporteinrichtungen für die Feiern mit der Begründung: „Wir sind der Auffassung, daß die 20 Jahre seit der Bildung der Republik Südafrika von fortgesetzter Unterdrückung der Bevölkerungsmehrheit gekennzeichnet sind und daß es daher nichts zu feiern gibt.“⁴

In Port Elizabeth, einem Zentrum der Widerstandskämpfe in den letzten Jahren, nahmen über 400 Bewohner an einer Kundgebung der schwarzen Bürgerorganisation PEBCO teil, sangen Freiheitslieder und spendeten den Boykottaufrufen der Redner begeistert Beifall. In einem Inserat forderte ein „Komitee gegen die Republik-Feiern“ deren Boykott; ihm gehören u.a. der weiße Schriftsteller Alan Paton und die Bischöfe Tutu und Manas Buthelezi an. Insgesamt boykottierten über 50 Organisationen mit einer Mitgliedschaft von mehreren Millionen die Feiern.⁵

Bombengeschenke des Umkhonto

Aktiv gegen die Feierlichkeiten traten zum einen die farbigen und schwarzen Schüler auf, so in Johannesburg und in einigen Städten der Kap-Provinz. Brutal von der Polizei auseinandergetrieben und nach Massenverhaftungen formierten sie sich neu und protestierten gegen den Polizeiterror und die Schließung mehrerer Schulen.

Zum anderen antworteten Teile der schwarzen Arbeiterschaft auf den Streikaufruf des ANC. Bei Port Elizabeth riefen die schwarzen Gewerkschaften zur Arbeitsniederlegung auf und in den Niederlassungen von Ford, General Motors, British Leyland und Firestone traten die schwarzen Arbeiter in den Streik, den sie auch nicht unterbrachen, als 1.900 von ihnen entlassen wurden. Diese gewachsene Stärke und dieses Kampfbewußtsein hatten die Belegschaften der Firmen in der Region um Port Elizabeth schon Ende 1979/Anfang 1980 unter Beweis gestellt.⁶

Wie die erhöhte Bereitschaft der Polizei belegt, findet das Regime auch an der Front des bewaffneten Kampfes keine Ruhe mehr, seit der ANC und sein bewaffneter Flügel Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation – MK) im Frühjahr 1979 mit dem Überfall auf die Moroka-Polizeistation in Soweto ihre Aktionen spektakulär steigerten.

Schon am 21. April d.J. hatte eine Bombe erhebliche Schäden in einem Kraftwerk bei Durban angerichtet und Hunderte von Fabriken in Durban lahmgelegt. Am 25. Mai

1981 überfielen Umkhonto-Kämpfer eine unbesetzte Polizeistation bei East London und sprengten sie; anschließend lieferten sie sich ein Feuergefecht mit einer Polizeipatrouille. Binnen kurzem sprengten Umkhonto-Sabotagegruppen dann Bahnlinien bei Soweto/Johannesburg, Durban, Port Elizabeth und im Oranje-Freistaat. Schließlich gelang es ihnen, eine Bombe in einem Rekrutierungsbüro der südafrikanischen Streitkräfte inmitten von Durban zur Explosion zu bringen.

Das dritte Jahrzehnt der „Republik“, das der 80er Jahre, soll nach der Orientierung der südafrikanischen Befreiungsbewegung das der Entscheidung, das letzte also des Apartheidstaates werden. Die Intensivierung der Kampfaktionen zum Zeitpunkt des „Jubiläums“ erhält dabei Symbolcharakter. Schon einmal, am 16. Dezember 1961, nach der Proklamation der Republik, münzte der ANC mit dem Beginn des bewaffneten Kampfes einen burischen „Festtag“, den sog. „Dingaan's Day“, zur Erinnerung an den Sieg der Buren über die Zulu und ihren König Dingaan am Blood River 1838, in einen eigenen Gedenktag, den „Heroe's day“ (Helldentag) um.

Anmerkungen:

- 1) Siehe AIB 6/1981, S. 3 und AIB-Sonderheft 2/1981, S. 4ff.
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 30.5.1981
- 3) Ebenda
- 4) Cape Times, 7.5.1981
- 5) Time, 15.6.1981
- 6) Siehe Interview mit dem südafrikanischen Gewerkschaftsführer Thozamile Botha in: AIB 3/1981, S. 38-40

Südliches Afrika



AIB Nr. 5/1981 befaßt sich schwerpunktmäßig mit der Politik der Frontstaaten im Südlichen Afrika, der Strategie der Befreiungsbewegungen und dem Kriegskurs Pretorias gegen seine Nachbarn.
44 S. 2,50 DM



SH 2/1981 bietet eine fundierte Grundlageninformation über den Charakter des Apartheidstaats, Geschichte und Gegenwart des Befreiungskampfes sowie die Unterstützung Südafrikas durch die BRD.
32 S. 2,- DM

Das AIB ist die meistgelesene Dritte-Weit-Monatszeitschrift im deutschen Sprachraum. Es bringt regelmäßig gebündelte Hintergrundinformationen und -dokumente zu den Befreiungsbewegungen Afrikas, Asiens und Lateinamerika und zur Dritte-Weit-Politik der BRD, der USA und anderer Westmächte. Das AIB kostet im Jahresabo nur 25,- DM (Einzelheft 2,50 DM).

- Ich bestelle SH 2/1981.
 Ich bestelle AIB, Nr. 5/1981.
 Ich abonniere das AIB ab Nr. ...
 Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares.

Name:

Adresse:

Datum/Unterschrift:

Bitte ausfüllen und einsenden an:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1, Tel. 06421/24672



Bischof Desmond Tutu Jetzt ist es Zeit zu handeln



D. Tutu (l.) im März 1981 vor dem UN-Antiapartheidausschuß

Bischof Desmond Tutu, der Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, referierte kürzlich vor Studenten der Universität von Natal zu dem Thema „Die südafrikanische Wirklichkeit“. Bischof Tutu hatte vor wenigen Wochen vor dem Antiapartheidausschuß der UNO in New York wirksame Schritte gegen das Apartheidregime gefordert. Als Repressalie entzog die Botha-Regierung dem anglikanischen Bischof nach dessen Rückkehr den Reisepaß.

Es besteht kein Zweifel daran, daß die meisten Weißen unseres Landes vorbehaltlos für eine Beibehaltung ausländischer Investitionen in Südafrika sind. Es gibt jedoch kaum Weiße, die sich auch nur vorzustellen vermögen, daß eine Einstellung der ausländischen Investitionen in Südafrika ein wirksames Mittel sein könnte, um die politischen Machthaber an den Verhandlungstisch zu zwingen, damit gemeinsam auf ein neues Südafrika, eine gerechtere Gesellschaft hingearbeitet wird, in der Menschen einfach Menschen sind und nicht nach unbedeutenden biologischen Merkmalen und etwas eingeordnet werden, wofür sie weder Lob noch Tadel verdienen – ihrer Hautfarbe.

Sehr wenige Schwarze sind bereit, ihre Ansichten frei zu äußern, denn es gibt Sicherheitsgesetze im Lande, die für etwas, was als Wirtschaftssabotage bezeichnet wird, eine Mindeststrafe von fünf Jahren Gefängnis vorsehen. Auch im Fernsehen – wegen seiner „unparteiischen und gerechten“ Berichterstattung wohlbekannt – sieht man fast nur solche Schwarze, deren Meinungen mit denen der Herrschenden übereinstimmen. Wie Sie jedoch wissen, haben viele Schwarze Organisationen ausländische Investitionen als Mittel zur Förderung eines von den meisten Schwarzen als schändlich und ungerecht empfundenen Systems bezeichnet.

Kein Interesse an Konzessionskrumen

Sehen wir uns die Frage des Wandels einmal näher an. Die Regierung und ihre Handlanger und Anhänger haben uns wissen lassen, daß sie von der Rassendiskriminierung „allmählich Abstand nehmen“. Viele Menschen, insbesondere Weiße, werden bei all dem Wandel, den sie um sich herum sehen, ganz freudig erregt. Seht doch nur, was sich alles ändert – viele können sich vor Staunen kaum noch fassen. Zum Beispiel dürfen Schwarze jetzt in sog. internationalen Hotels und Restaurants gemeinsam mit Weißen essen und trinken. Niemand verliert ein Wort darüber, wie absurd es ist, ein Hotel zu einem internationalen Hotel zu erklären, damit Einheimische dort bedient werden. Seht doch nur, wie rasch die diskriminierenden Schilder und Tafeln verschwinden: Jetzt können wir in Gerichten und Bibliotheken zusammensitzen und versuchen, uns gemeinsam in langen Schlangen im Postamt in Geduld zu üben. Getrennte Aus-

und Eingänge werden abgeschafft. Wir können uns jetzt auf die gleiche Parkbank setzen, ohne daß jemand glaubt, er würde dadurch verseucht, daß ein durch seine Hautfarbe erkenntlicher Angehöriger einer niedrigeren Rasse direkt neben ihm sitzt.

Wir Schwarzen können die Begeisterung leider nicht teilen. Durch diesen vielgepriesenen Wandel wird im wesentlichen nur der Zustand wiederhergestellt, wie er vor 1948 bestand, als die Nationalisten an die Macht kamen und ihren Segregationswahn in die Tat umsetzten. Da blieb es nicht bei halben Maßnahmen. Alles mußte getrennt werden. Jetzt, da diese Politik Spannungen und Reibungen nicht wie vorhergesagt beseitigt und Südafrika in der Welt einen schlechten Ruf eingetragen hat, sollen wir Beifall klatschen, wenn die Regierung diese verhängnisvolle Politik „rückgängig“ zu machen versucht.

Was kann den meisten Schwarzen ohnehin daran liegen, wenn einige ihrer wenigen relativ wohlhabenden Brüder und Schwestern jetzt in teuren Fünfsternehotels essen können, während sie noch in schwarzen Gettos leben müssen und sehr wenige die Annehmlichkeiten des modernen Lebens haben, die die Weißen für selbstverständlich halten – angemessene Straßenbeleuchtung, Bürgersteige neben den geteerten Straßen, Spielplätze für ihre Kinder, Schwimmbäder usw.?

Nein, der Wandel, den wir im Sinn haben, bedeutet eine Teilung der politischen Macht. Wer die politische Macht hat, besitzt auch den Schlüssel zu anderen Formen der Macht – wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, juristischer usw. Alles andere wird nie etwas anderes sein als Konzessionen, die von der Laune des politischen Machthaber abhängen, die diese nach Gutdünken gewähren oder verweigern. Nein, wir sind an den Konzessionskrumen, die vom Tische des Herrn fallen, nicht sehr interessiert. Wir wollen dabei sein, wenn das Hauptgericht zusammengestellt wird.

Was können Sie tun? Ich hoffe sehr, daß Sie auf der Universität – vielleicht zum erstenmal in Ihrem Leben – erkennen, daß die Ausbildung nicht dazu dient, eine Prüfung zu bestehen. Eine Ausbildung ist nicht dazu da, daß man lernt, was man denken soll, sondern wie man denken soll. In diesem Land sind wir in einer so verzweifelten Lage, weil die Menschen derart eingeschüchtert worden sind, daß sie sich regierungskonform verhalten; sie sind dazu erzogen worden, nicht an den Grundfesten der Gesellschaft zu rütteln und sich an die offizielle Politik zu halten; sie würden es nicht wagen, ihre Stimme dagegen zu erheben; sie stellen nicht die Frage, warum alles so sein muß, wie es ist.

Vielleicht lernen Sie hier, kritisch zu denken und kritische Fragen zu stellen, z.B. diese: Warum sollten die ärmeren Bevölkerungsschichten für die lächerliche Ausbildung, die ihnen zuteil wird, bezahlen, während der Schulunterricht für

die Wohlhabenden kostenlos ist? Warum gibt die Regierung soviel für ein weißes Kind und weniger als 1/10 davon für ein schwarzes Kind aus? Warum beträgt die Kindersterblichkeit bei schwarzen Kindern 24%, während sie bei Weißen verschwindend gering ist? Warum gibt es so ungerechte Gesetze? Warum werden Menschen ohne Angabe von Gründen gebannt, und warum werden Menschen ohne Gerichtsverfahren festgehalten? Sollte es einen Grund für die Bannung oder Inhaftierung eines Menschen geben, warum werden die Beweise dann nicht in einem öffentlichen Gerichtsverfahren vorgelegt? Warum müssen Menschen auf dem Bürgersteig schlafen, während das Haus, aus dem sie vertrieben worden sind, leer steht, nur weil sie Inder sind und das Wohngebiet den sog. Weißen vorbehalten ist?

Die Weißen unter Ihnen haben Stimmrecht, und deshalb besitzen Sie Macht. Sie können Ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen, wenn Sie unzufrieden sind. Schon wenige Menschen können Ihren Unmut bekunden, und die Behörden werden davon Notiz nehmen.

Dem nationalen Selbstmord widersetzen!

Es waren Studenten, die sich über den Hunger in der „Dritten Welt“ Sorgen machten und Organisationen gegründet haben. Auf Grund der Proteste von Studenten gegen die atomare Rüstung wurden Gruppen wie die Kampagne für atomare Abrüstung gegründet, auf die auch Regierungen aufmerksam wurden. Vor allem Studenten haben gegen das Kriegseingagement der USA in Vietnam protestiert, was schließlich zum Rückzug der US-Truppen aus Indochina führte. Auch Sie können durchaus etwas tun. Sie können z.B. gegen die Zensur protestieren und auch Ihre Eltern dazu auffordern.

Würden die Behörden Häuser von Schwarzen zerstören, wenn sich weiße Leiber zwischen diese Häuser und die Bulldozer stellten? Sie sollten jetzt beschließen, daß Sie nicht

als Rechtsanwalt tätig werden, wenn die Gesetze so ungerecht sind, wenn der Beschuldigte seine Unschuld beweisen muß, während in demokratischen Ländern der Beschuldigte so lange als unschuldig gilt, bis er für schuldig befunden worden ist. Können Sie sich vorstellen, was passieren würde, wenn Richter, Rechtsanwälte und Notare keine Gesetze mehr beachten, von denen sie wissen, daß sie ungerecht sind? Können Sie sich vorstellen, was passieren würde, wenn alle sog. englischsprachigen Universitäten ihre Tore und ihre Studentenwohnheime allen Rassen öffnen und eine eventuelle Schließung durch die Regierung in Kauf nehmen würden? Würde die Regierung so weit gehen? Zu viele Menschen und Institutionen sind willig oder unwillig an Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung beteiligt, und Sie als Studenten sollten auf ein anderes Südafrika hinwirken.

Sie müssen sich der zu nationalen Selbstmord und Zerstörung führenden Politik widersetzen und ernsthaft für ein neues Südafrika eintreten. Unter den Schwarzen gibt es noch genug guten Willen, daß eine Lösung auf dem Verhandlungswege möglich ist. Noch läßt sich wertvolle Zeit gewinnen, wenn die weiße Regierung dazu bewogen werden kann, bestimmte drastische Änderungen vorzunehmen, die über Nacht ein neues Klima erzeugen und eine Verfassungskonferenz oder dergleichen möglich machen würden. Erforderlich dafür sind:

- gleiche Bürgerrechte für alle Südafrikaner in einem ungeteilten Land. Schwarze werden für ihr Land und ihre Bürgerrechte kämpfen;
- Abschaffung der Paßgesetze;
- Einstellung aller Zwangsumsiedlungen. Ende von Bannsprüchen und Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren;
- ein einheitliches Bildungssystem.

Das wären die ersten Schritte. Jetzt ist die Zeit gekommen zu handeln – morgen könnte es bereits zu spät sein.

(Quelle: Lutherische Welt-Information, Genf, Nr. 13, 14/1981)

frontal

kann man abonnieren



Das sozialistische Studentenmagazin · Verbandsorgan des SHB

frontal berichtet regelmäßig über

- Hochschule
- Sozialdemokratie
- Arbeiterbewegung
- BRD
- Internationales
- Kultur

und über den SHB

■ **Herausgeber:** Bundesvorstand des SHB, Meckenheimer Allee 152, 5300 Bonn 1, Telefon (0 22 21) 65 56 45.
 ■ Was kostet ein frontal-Abonnement? Genau 12,- DM im Jahr einschließlich Versandkosten. Vorauszahlungen werden auf das Konto 1882 15-506 PschA Köln (BLZ 370 100 50) erbeten. Das Abo verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht bis zum 1. Dezember für das darauffolgende Kalenderjahr gekündigt ist.
 ■ Und nicht zu vergessen: Ein frontal-Abo kann man auch zu jeder sich bietenden Gelegenheit verschenken!

Ich abonniere frontal ab Nr.:

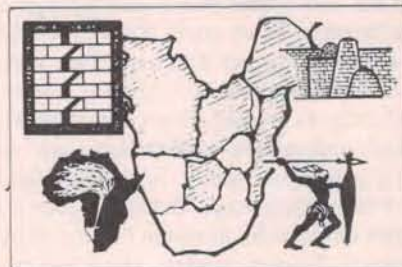
Name	Vorname	Wohnort
_____	_____	_____
Straße	Datum	Unterschrift
_____	_____	_____

Bitte senden an: frontal, Postfach 17 02 03, 5300 Bonn 1

Aufruf

Internationaler Workshop zur materiellen Hilfe für das Südliche Afrika

6.-8. November 1981 in Frankfurt



Vom 6.-8. November 1981 wird das Internationale Komitee gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika (ICSA) in Frankfurt am Main seinen II. Workshop für materielle Hilfe an die Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika durchführen. ICSA ist das Fortsetzungskomitee der Weltkonferenz gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika, die 1977 in Lissabon stattfand. Zu seinen Schirmherren gehören eine Reihe von Präsidenten unabhängiger afrikanischer Staaten, u.a. Samora Machel (Moçambique), Julius Nyerere (Tansania), Kenneth Kaunda (Sambia) und Mengistu Haile Mariam (Äthiopien).

Seit seiner Gründung versteht sich ICSA als Instrument der Befreiungsbewegungen Afrikanischer Nationalkongreß (ANC)/Südafrika und Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO)/Namibia, deren Präsidenten Oliver Tambo und Sam Nujoma zu seinen Präsidiumsmitgliedern gehören, zur Initiierung und Organisation effektiver Solidaritätsaktivitäten vor allem in den USA und den Ländern Westeuropas. So führte ICSA bereits im Juni 1979 in Leiden/Niederlande einen ersten Workshop über materielle Hilfe durch, an dem damals 28 nationale Solidaritäts- und humanitäre Organisationen aus 12 europäischen Ländern und Nordamerika, 8 internationale Organisationen, darunter die UNO, und Vertreter der Befreiungsbewegungen (damals auch noch die für den Sturz des Smith-Regimes in Zimbabwe kämpfende Patriotische Front) teilnahmen.

Der Befreiungskampf in Südafrika und Namibia wird stärker. Infolge der zunehmenden Angriffe auf das Volk von Südafrika durch das Apartheidregime nimmt der Strom der Flüchtlinge ständig zu. Die meisten von ihnen leben in Flüchtlingslagern der SWAPO und des ANC in Angola, Sambia, Tansania, Moçambique und Botswana. Männer, Frauen und Kinder suchen Zuflucht vor Unterdrückung und Unmenschlichkeit, die nach dem Scheitern der Genfer Namibia-Konferenz im Januar 1981 dramatisch zugenommen haben. Viele junge Männer ziehen es vor, vorübergehend ins Exil zu gehen, statt zu den Streitkräften des rassistischen Kolonialregimes in Namibia eingezogen zu werden.

Südafrika stellt weiterhin eine Herausforderung für die internationale Öffentlichkeit dar. Es weigert sich bis heute, den UNO-Plan über eine friedliche Übergabe der politischen Macht an das Volk von Namibia durchzuführen. Ganz im Gegenteil, Südafrika steigert seine Übergriffe gegenüber den Frontstaaten, attackiert ANC- und SWAPO-Flüchtlingslager sowie unbewaffnete angolische Zivilisten und verübt Massaker an Männern, Frauen und Kindern ganzer Dörfer.

In Südafrika selbst wird das System der Apartheid abgesichert und verfeinert, die institutionalisierte Gewalt gegen seine Gegner wird verstärkt. Unausweichlich stößt das Regime so auf größeren Widerstand von seiten des Volkes. Demonstrationen, Boykotte und Streiks nehmen zu. Der bewaffnete Kampf weitet sich aus.

Die UNO hat die Apartheid zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit erklärt. Wenn das verbrecherische Apartheidregime dennoch weiterhin Krieg gegen die Völker im Südlichen Afrika führen kann, so nur, weil es von westlichen Ländern breite Unterstützung erhält. Diese wirtschaftliche, finanzielle, militärische, technologische, diplomatische, sportliche und kulturelle Unterstützung geschieht oft mit stillschweigender oder offener Billigung der Regierungen.

Vor diesem Hintergrund verstärkter Repression, kolonialer Unterdrückung, zunehmender Übergriffe gegen die Frontstaaten und der westlichen Unterstützung des Rassistenregimes muß das Flüchtlingsproblem gesehen werden.

Männer, Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern mangelt es an Wasser, Nahrung und medizinischer Versorgung; sie rufen alle Menschen, die für Werte wie Freiheit und Menschenwürde eintreten, auf, ihnen Hilfe zu gewähren. Zur Zeit lastet die schwere Bürde auf den jüngst erst befreiten

Frontstaaten, die aber nur begrenzte Möglichkeiten besitzen, und auf den Befreiungsbewegungen SWAPO und ANC. Internationale Hilfe wäre eine sehr große Erleichterung.

Der zweite internationale Workshop zur materiellen Hilfe zielt darauf ab, der Bevölkerung Westeuropas erneut eine Möglichkeit zu geben, diesen Flüchtlingen umfassend zu helfen. Dies soll in Form von Unterstützungsprojekten auf dem Gebiet der Ausbildung, der medizinischen Versorgung, der Landwirtschaft sowie der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit geschehen.

Die Ziele des Workshops sind:

1. Die Diskussionen des ersten ICSA-Workshops in Leiden im Juni 1979 sollen fortgeführt, seine Entschlüsse konkretisiert werden.
2. Es soll ein Rahmen für koordinierte Kampagnen zu konkreten Projekten in den westlichen Ländern geschaffen werden.
3. Konkrete Vorschläge und Aktionsprogramme zur Deckung der materiellen Bedürfnisse der Befreiungsbewegungen sollen entwickelt werden.
4. Zusätzlich soll ein Betrag geleistet werden zur Stärkung
 - a) des gemeinsamen Handelns der internationalen Solidaritätsbewegung;
 - b) der bilateralen Beziehungen zwischen den Befreiungsbewegungen und den einzelnen Solidaritätsgruppen;
 - c) der Solidaritätsbewegung in den westlichen Ländern, besonders hinsichtlich der Aktivitäten zur materiellen Hilfe. Er soll ein Anstoß für derartige Aktivitäten in der Zukunft sein.

Damit diese Vorhaben auch ausgeführt werden können, bittet das Vorbereitungskomitee Solidaritätsorganisationen, Anti-Apartheidbewegungen, humanitäre Organisationen, Kirchen, Gewerkschaften, Jugend- und Studentenorganisationen, Frauenorganisationen und andere um Unterstützung und um Mitarbeit und Teilnahme am Workshop.

Der Workshop wird am 6.-8. November 1981 in Frankfurt/M., Bundesrepublik Deutschland stattfinden.

Weitere Informationen sind zu erhalten von ICSA, 30a Danbury Street, London N 1 8Jv – Telefon 359-4640 – Telex 299555 ANCSA G; bzw. beim Sekretariat des Vorbereitungskomitees, c/o Medico International, Homburger Landstr. 455, 6000 Frankfurt/Main, Tel. 0611/232229.

Mit unserer Mittelamerika-Serie steckten wir uns das Ziel, die wesentlichsten Ursachen und Charakteristika der revolutionären Zuspitzung in den Kernländern des zentralamerikanischen Isthmus herauszuarbeiten. An die Darstellung der ökonomisch-sozialen Grundlagen der Krise der Diktaturregimes und ihrer Abhängigkeit vom Yankee-Imperialismus (AIB 4/1981) schlossen sich im 2. Teil die der historischen Traditionen der mittelamerikanischen Befreiungsbewegungen und des Beispiels der Volksrevolution in Nicaragua (AIB 5/1981, S. 26ff.) an. Im abschließenden 3. Teil der Serie findet sich eine Zusammenschau des aktuellen Befreiungskampfes in El Salvador und Guatemala sowie des Gegenfaktors US-Interventionismus.

Wir beschließen in diesem Heft mit Panama auch die begleitenden Ländervorstellungen zu Mittelamerika (El Salvador, Nicaragua, Guatemala, Honduras, Kostarika und Panama, siehe AIB 2/1981 ff.; Mexiko siehe in: AIB 10/1979, S. 16-20).

Hanne Denk/Pia Grund

Krise und Revolution in Mittelamerika (3. Teil)



Militär beherrscht das Straßenbild in El Salvador wie Guatemala

Mit dem Triumph der Sandinistas in Nicaragua im Juli 1979 und der Revolution auf Grenada im März 1979 war im mittelamerikanisch-karibischen Raum eine neue Situation geschaffen worden. Die USA hatten nach dem Karibik-Debakel auf Kuba (1959) die schwerste Niederlage in ihrem „Hinterhof“ hinnehmen müssen. Zugleich bedeutete der Sieg über die Somoza-Diktatur für die Nachbarvölker einen großen Stimulus, der sich in einer revolutionären Zuspitzung vorab in El Salvador und Guatemala niederschlug.

In El Salvador, wo die soziale Polarisierung und der Aufschwung der antidiktatorischen Bewegung zur Zeit des Sturzes von Somoza schon am weitesten gediehen waren, suchten der reformwillige Flügel der herrschenden Kreise und die USA einem zweiten Nicaragua eilig zuvorzukommen. Noch im Oktober 1979 installierten sie durch einen Militärputsch eine sog. Reformjunta. Ähnliches geschah mit einer „Öffnungs“-variante in Honduras im Jahre 1980 (siehe Länder-einschätzung in AIB 5/1981, S. 30-32), nicht aber in Guatemala, wo das militärisch-oligarchische Diktaturregime erst

gar keinen Fußbreit an demokratischem Spielraum zuließ. Für das Lucas-Regime wie für Washington wurde die Reformvariante in El Salvador zum Testballon.

Spannungsgeladen war die Ausgangslage in El Salvador bereits im Sommer 1979. Was waren die Ursachen?

Einen Auslöser für Massenproteste organisierten sich die Militärs und die Oligarchie der 50 Familien selbst mit ihrem zweimaligen offenen Wahlbetrug im Jahr 1972 und 1977. Bereits aus den Präsidentschaftswahlen 1972 war die antidiktatorische Nationale Oppositionsunion (UNO), eine Allianz der Christdemokratischen Partei (PCD, gegr. 1960), der sozialdemokratischen Nationalrevolutionären Bewegung (MNR, gegr. 1965) und der Nationaldemokratischen Union (UDN, gegr. 1968 von Linkssozialisten und der 1930 konstituierten illegalen KP El Salvadors), mit einem Stimmenanteil von 45% als klarer Sieger hervorgegangen; übrigens mit dem Kandidaten Napoleon Duarte. Gekürt aber hatte man den unterlegenen Mann der regimetreuen Partei der Nationalen Versöhnung (PCN), Armando Molina.

Als Anfang 1977 die oppositionelle UNO abermals die Präsidentschaftswahl für sich entschied, putschte sich General Romero (er vereinte 17% der Stimmen auf sich) an die Macht. Auf den sich im ganzen Land erhebenden Proteststurm antwortete die Militärdiktatur am 28. Februar 1977 mit einem Massaker in der Hauptstadt San Salvador.

Enttäuschte Volkshoffnungen

Weite Teile des salvadorianischen Volkes begruben damals schon ihre Hoffnungen auf eine parlamentarische Machteroberung. Viele wandten sich dem bewaffneten Kampf zu und füllten die Reihen der militärischen Widerstandsorganisationen.¹ Im Jahr 1979 zeigten ferner spektakuläre Besetzungsaktionen, ein Generalstreik im Mai und die Schaffung des neuen breiten Oppositionsbündnisses Foro Popular (UDN, MNR, Christdemokraten, 13 Gewerkschaften u.a.) den realen Stärkezuwachs dieses Volkswiderstandes an. Seine Forderungen, darunter die nach Auflösung der paramili-

Eckdaten zu Mittelamerika/Karibik

Land	Bevölkerung (in Mio 1978)	Brutto- Sozial- produkt pro Kopf (in Dollar)	Anteile am Brutto- Inlandsprodukt (BIP) in %				Anteile an den Gesamtbeschäftigten in %				Ärzte je Einwohner		Analphabeten unter Erwachsenen in % (1975)	Lebens- erwartung (1978)
			Industrie 1960	Landwirtsch. 1960	Industrie 1978	Landwirtsch. 1978	Industrie 1960	Landwirtsch. 1960	Industrie 1978	Landwirtsch. 1978	1960	1977		
Guatemala	6,6	910	—	—	—	—	14	20	67	57	4.410	2.490	53	57
El Salvador	4,3	660	19	21	32	29	17	22	62	52	5.660	3.600	38	63
Honduras	3,4	480	19	26	37	32	11	14	70	64	12.610	3.420	43	57
Nikaragua	2,5	840	21	26	24	23	16	15	62	44	2.740	1.670	43	55
Kostarika	2,1	1.540	20	27	26	22	22	27	51	29	2.600	1.390	10	70
Mexiko	65,4	1.290	29	37	16	11	20	26	55	39	1.700	1.820	24	65
Panama	1,8	1.290	21	—	23	—	14	18	51	35	2.700	1.260	22	70
Jamaika	2,1	1.110	36	39	10	9	25	17	39	28	2.600	3.520	14	70
Dominikan. Republik	5,1	910	23	29	27	21	12	16	67	57	—	—	33	60
Haiti	4,8	260	—	—	—	—	6	8	80	70	10.600	5.940	77	51
Kuba	9,7	810	—	—	—	—	22	31	39	25	1.200	1.100	4	72
Kolumbien	25,6	850	26	27	34	31	19	23	52	30	2.400	1.970	19	62
Venezuela	14,0	2.910	22	46	6	6	22	27	35	20	1.430	930	18	66

(Quelle: Weltbank (Hrsg.), Weltentwicklungsbericht 1980, Washington, August 1980, S. 144ff.)

tärischen Banden der Ultrarechten, einer radikalen Agrarreform und Nationalisierung der Schlüsselindustrien, fand Unterstützung auch beim reformwilligen Armee Flügel, der von Oberst Majano repräsentierten sog. Militärljugend.

Als zweiter Auslöser trat die Vertiefung der kapitalistischen Wirtschaftskrise gegen Ende der 70er Jahre hinzu, durch die sich die sozialen Widersprüche in El Salvador vehement verschärften. Einige Faktoren kamen hier zusammen: Der Preisverfall für das salvadorianische Hauptexportgut Kaffee auf dem Weltmarkt, der Verlust des honduranischen Marktes als Folge des sog. Fußballkrieges 1969, die Verteuerung der Erdölimporte, der Investitionsrückgang, der Anstieg der Auslandsschulden (1970-78 vervielfachten sie sich von 126 auf 667 Mio Dollar), schließlich eine Inflationsrate von 50% im Jahr 1979 und 1980 schätzungsweise 35%. Seit Oktober 1979 stiegen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung dank der alarmierenden Kapitalflucht (1979/80 rund 3 Mrd Dollar) und der Landflucht weiter an. Rund 70% der Bevölkerung leben in sozialem Elend. Die Produktion war 1980 um ca. 20% rückläufig.²

Die am 15. Oktober 1979 installierte sog. Reformjunta El Salvadors, der Oberst Majano, sein rechter Gegenspieler Guitierrez, der Gruöbindustrielle Mario Andino, der Rektor der katholischen Universität Mayorga Quiros und der Vorsitzende der Nationalrevolutionären Bewegung Guillermo Ungo angehörten, hatte die Forderungen der Opposition zunächst aufgegriffen. Ihre Reformversprechungen (Agrarreform, Nationalisierung der Schlüsselindustrien, Gewährung des Organisations- und Versammlungsrechts, Auflösung der paramilitärischen Terrorbanden u.a.) klangen verheißungsvoll. Aber sie blieben weitgehend auf dem Papier.

Aus Protest über die Nichtrealisierung der Reformversprechen legten am 2. Januar 1980 die zivilen Kräfte in der Junta und 80% der Kabinettsmitglieder ihr Amt nieder. Die in Aussicht gestellten sozialen Veränderungen blieben aus, wohingegen die Repression ausuferte. Ultrarechte Militärs und ihre oligarchischen Verbündeten rissen im Laufe des Jahres 1980 die ganze Macht wieder an sich, wobei sie den rechtschristdemokratischen Präsidenten N. Duarte als ziviles Feigenblatt für eine vorgeblich „gemäßigte“ Regierung benutzten.

Die versuchte Aufspaltung der anfangs teilweise in der Junta vertretenen antidiktatorischen Oppositionskräfte aber schlug nun ins Gegenteil um. Die progressiven Teile der sog. Reformjunta, wie der ehemalige Landwirtschaftsminister E.

Alvarez Cordova oder Guillermo Ungo, schlossen sich dem revolutionären Kampf an, der 1980 auch einen stetigen Vereinheitlichungsprozeß erfuhr.

Gegenwärtig kann sich die christdemokratisch-militärische Junta nur dank der US-Stützung (swu.) und durch eine beispiellose Massenmordpolitik – nach kirchlichen Angaben wurden 1980 13.000 und im ersten Vierteljahr 1981 über 5.000 Personen ermordet – an der Macht halten. Meldungen über verstümmelte Leichen und Massaker an der Zivilbevölkerung sind endlos. Über 300.000 Menschen aus den ländlichen Regionen flohen vor den Terrorakten der salvadorianischen Juntatruppen und rechten paramilitärischen Banden. Sie drängen sich nun in Flüchtlingslagern im Lande, in Honduras und anderswo.³

... und die Massenmordpolitik der Oligarchien

Ähnlich ist die Handschrift der Militärdiktatur unter Romeo Lucas in Guatemala. Das Regime praktiziert eine systematische Ausrottungspolitik gegen die Oppositionskräfte und die Zivilbevölkerung.

Auch hier forderten wirtschaftliche Krisenerscheinungen – die Ernteergebnisse der Saison 1979/80 wurden durch Unwetter stark beeinträchtigt, der Kaffee als Hauptexportprodukt ging am Gesamtexport von 43,5% (1978) auf 35,4% (1979) zurück, der nach dem Erdbeben 1976 einsetzende Bauboom entfiel u.a.⁴ – in den letzten Jahren eine Verstärkung der Massenaktionen heraus. Davon zeugen ein einwöchiger Generalstreik 1978, Protestaktionen im September 1979 oder der Trauermarsch von Zehntausenden im Januar 1980 in Guatemala-Stadt.

Die Herrschenden, eine dünne, mit den USA eng verknüpfte oligarchische Oberschicht und das Militär, welches selbst über eine breite ökonomische Basis (Privatbank, Besitz von großen Ländereien im an Bodenschätzen reichen Norden des Landes) verfügt, antworteten mit roher Gewalt. Internationales Aufsehen erregte das Botschaftsmassaker vom Januar 1980, das 39 friedlich demonstrierende indianischen Landarbeiter, die Aufklärung über das Schicksal verschwundener Landsleute gefordert hatten, das Leben kostete (vgl. AIB 4/1981, S. 12-13).

Kennzeichnend für das Lucas-Regime bleibt, daß es jegliche Liberalisierungsversuche erstickt und selbst ihre „gemäßigten“ Initiatoren liquidiert. So wurden 1980 wenige Tage

nach der Zulassung der Sozialdemokratischen Partei (PSD) und der populistischen Partei FUR deren Führer Alberto Fuentes Mohr und Manuel Colom Argueta ermordet; der ehemalige Vizepräsident Guatemalas, Villagran Kramer, sah sich gezwungen ins Exil zu gehen. Gewerkschaftsführer, Bauernführer und Priester stehen allesamt auf den schwarzen Listen der paramilitärischen Terrorbanden und sehen sich gezwungen, in den Untergrund oder ins Exil zu gehen. Washington, das Guatemala als erdölreiches und strategisch wichtiges Land im Krisenherd Mittelamerika keinesfalls verlieren möchte, greift nun dem bedrohten Lucas-Regime verstärkt unter die Arme.

Insgesamt hat sich in den letzten Monaten die Krise der oligarchisch-militärischen Regimes Mittelamerikas eher vertieft, die sozialen Widersprüche aber haben nichts an Schärfe verloren.

Revolutionäre Einheit macht ungeahnte Kräfte frei

Die Ursachen für die Krise und die revolutionären Prozesse in dieser Region lassen sich nicht, wie in dem vom State Department im Februar d.J. herausgegebenen Weißbuch (siehe nachstehendes Agee-Interview) behauptet wird, mit einem „kommunistischen“ Revolutionsexport nach El Salvador erklären. Vielmehr handelt es sich um ein im Innern dieser Länder gereiftes soziales und antidiktatorisches Aufbegehren von Bevölkerungsmehrheiten. Der revolutionäre Ansturm der Volksavantgarden El Salvadors und Guatemalas entwickelte sich geradeso wie zuvor im Falle der nikaraguanischen Volksrevolution als interner Prozeß.

Das meint auch der sozialdemokratische Bundesminister Rainer Offergeld: „Wer aus der Tatsache, daß die Guerillos vom Ostblock unterstützt werden, einfach ableitet, daß die Unruhe in El Salvador ein Machwerk der Kommunisten sei, der begeht eine schwere Fehleinschätzung. Ursache dieses Konflikts ist untragbares soziales Unrecht.“⁵ Und die neokolonialistische Vorherrschaftspolitik des Imperialismus, gegen die die Völker aufbegehren, sei hinzugefügt.

Welches sind nun die wichtigsten Stationen und Kampfereignisse der Befreiungsbewegungen El Salvadors und Guatemalas? Welchen Stand hat der Befreiungskampf in diesen Ländern heute erreicht?

In El Salvador hatten sich neben den obengenannten halblegalen Oppositionsparteien, der PCD, MNR und UDN, im Laufe der 70er Jahre relevante Guerillaorganisationen und



Salvadorianische Landarbeiter, zu Tausenden Opfer des ultrarechten Massenmordes

ihnen zugehörige neue linke politische Organisationen herausgebildet. Eine Gruppe um den ehemaligen KP-Generalsekretär Cayetano Carpio gründete 1970 die Volksbefreiungskräfte Farabundo Marti (FPL), die rasch Einfluß in der Arbeiter- und Studentenbewegung gewannen. Aus radikalisierten Christdemokraten und Studenten rekrutierte sich das 1972 entstandene Revolutionäre Volksheer (ERP), aus dem sich wegen seiner Verabsolutierung bewaffneter Aktionen (Kidnapping!) im Jahr 1975 die Streitkräfte des Nationalen Widerstandes (FARN) abgespalteten. Zum ersten großen Sammelbecken einer breiten antidiktatorischen Front wurde 1974 die Gründung der Front der Vereinigten Volksaktion (FAPU), der Massenorganisation der FARN. Abgespaltene Teile der FAPU schlossen sich ein Jahr später zum Revolutionären Volksblock (BPR) zusammen, der sich als Massenorganisation der FPL gegen Ende der 70er Jahre mit rund 100.000 Mitgliedern zur stärksten Kraft im linken Spektrum profilierte. Eine weitere Massenorganisation, die Volksliga 28. Februar (LP-28), formierte sich im Jahre 1978 als politischer Arm der ERP.

Stimuliert durch das Beispiel Nikaraguas tat die revolutionäre Linke im Dezember 1979 einen ersten Schritt hin zur



Januar 1980: Gründung der Revolutionären Koordination der Massen

Aktions- und Kampfeinheit: Die KP El Salvadors, die FPL und die FARN einigten sich darauf, ein gemeinsames Koordinierungsorgan zu schaffen. Als sich ihm im Januar 1980 auch die ERP anschloß, vereinigten sich die Massenorganisationen (BPR, FAPU, LP-28 und UDN) dieser vier politisch-militärischen Untergrundorganisationen zur **Revolutionären Koordination der Massen (CRM)**. Am 23. Januar 1980 manifestierte sie in San Salvador mit einer Demonstration von rund 200.000 Menschen, daß sich hier die bedeutendste politische Kraft des Landes formiert hatte.

Ende Januar 1980 legte die CRM eine Alternativplattform für eine demokratisch-revolutionäre Regierung vor, die als Kernpunkte die Zerschlagung der oligarchisch-proimperialistischen Militärdiktatur, die Beendigung der großkapitalistisch-latifundistischen Vorherrschaft und die Beseitigung der Abhängigkeit von den USA, die Nationalisierung der Großunternehmen, eine grundlegende Agrarreform, die Sicherung demokratischer Volksrechte, die Schaffung eines revolutionären Volksheeres und eine unabhängige Außenpolitik beinhaltete.⁶ Die Plattform gab zugleich eine solide Diskussionsgrundlage ab, um den Dialog der Revolutionären Koordination mit den anderen antidiktatorischen Volkskräften voranzubringen.

Er mündete schließlich im April 1980 in die Gründung der **Demokratisch-Revolutionären Front (FDR)**. In ihr fanden sich die Revolutionäre Koordination der Massen (CRM), die sozialdemokratische Nationalrevolutionäre Bewegung (MNR), die von der Christdemokratie abgespaltene Sozialchristliche Partei (PSC), verschiedene Land- und Industriearbeitergewerkschaften, Studenten- und Bauernverbände,

der Lehrerverband ANDES, Kleinunternehmervereinigungen und Einzelpersonen zusammen. Die Breite dieser antidiktatorischen Allianz symbolisierte die Präsidentschaft des ehemaligen Landwirtschaftsministers und Großindustriellen E. Alvarez Cordova, dessen Funktion – nach seiner Ermordung im November 1980 – der sozialdemokratische Repräsentant Guillermo Ungo übernahm.

Einen entscheidenden Anstoß für die Konstituierung der Front hatte der feige Mord vom 24. März 1980 an Monsignore Romero, dem Erzbischof von San Salvador und „Anwalt der Armen“ gegeben. Er hatte immer wieder die Mordpolitik der Juntatruppen, die fortgesetzte Militärhilfe der USA für sie angeprangert und das Recht des Volkes auf Widerstand verteidigt. Hunderttausende gaben Ende März 1980 in San Salvador dem Märtyrer Romero das letzte Geleit.

Im Mai 1980 taten die Linkskräfte mit der Schaffung eines einheitlichen politisch-militärischen Leitungsorgans, der **Vereinten Revolutionären Leitung (DRU)**, einen weiteren Schritt im Vereinigungsprozeß. Die ersten Sekretäre der vier Organisationen FPL (Cayetano Carpio), KPS (Shafiq Jorge Handal), ERP (Joaquin Villalobos) und FARN (Jovel) bildeten von da an das Oberkommando des bewaffneten Kampfes. Im Oktober 1980 wurde mit der **Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN)** eine aufständische Armee unter DRU-Regie gegründet, der sich im November 1980 die Revolutionäre Partei der Arbeiter Mittelamerikas (PRTC) mit ihrem bewaffneten Arm hinzugesellte.

Die Januaroffensive der FMLN/FDR

Als im August 1980 etwa 500.000 Arbeiter, Angestellte und Kleinunternehmer in einen von der FDR ausgerufenen politischen Generalstreik (Forderungen: Beendigung des Juntaterrors, Generalamnestie, Aufhebung des Streikverbots u.a.) traten, starteten die bewaffneten Volkskräfte erstmalig eine begleitende Offensive. Neben dem Schutz für die streikenden Arbeiter bewirkte sie die Schaffung von nunmehr vier halbbefreiten Zonen, in den Provinzen Morazan, Chalatenango, San Miguel und La Union.

Mit ihrer Generaloffensive am 10. Januar 1981, die von Streikaktionen begleitet wurde, stellte die FMLN ihre militärische Stärke und Mobilität unter Beweis. Wenngleich nicht alle Ziele dieser Januaroffensive eingelöst werden konnten (zur Fehlerdiskussion siehe AIB 3/1981, S. 12-14), gelang es den Volkskräften doch, der Junta die Initiative aus der Hand zu nehmen, politische Pluspunkte zu sammeln und die militärischen Stützpunkte für Aufstandsaktionen deutlich zu erweitern.



Kämpfer der Farabundo-Marti-Front...

Nach eigenen Angaben kontrolliert die Farabundo-Marti-Front heute 12 befreite Zonen.⁷ Und sie fährt damit fort, Ortschaften zeitweilig zu besetzen, um Selbstschutzzomitees der Werktätigen aufzubauen und neue Kräfte in die militärischen Aktionen einzubeziehen. Die vom Gegner zunehmend angewandte Taktik der „verbrannten Erde“ erhöht zwar den Blutzoll vor allem unter armen Bauern und Landarbeitern, vermochte aber der FMLN bislang keine größeren Niederlagen zuzufügen.

Analog ist die FMLN/FDR-Führung bemüht, mit weiteren antidiktatorischen Sektoren vornehmlich des Militärs und der einheimischen Bourgeoisie einen gemeinsamen Nenner zu finden. Mit einer internationalen diplomatisch-politischen Offensive suchte sie ferner die Solidarität mit dem salvadorianischen Befreiungskampf weltweit zu verankern und den US-Interventionismus in El Salvador zurückzudrängen.

Die Volkskräfte haben sich ungeachtet der dabei erzielten positiven Resonanz auf eine u.U. noch langwierige Ausein-



... und Errichtung von Straßenbarrieren durch Volkskräfte

andersetzung eingestellt, deren Ausgang maßgeblich vom Grad des US-Interventionismus abhängen dürfte. Im Gegensatz zu Juntapäsident Napoleon Duarte, der Ende Mai d.J. die Vermittlungsversuche der Sozialistischen Internationale brüsk abwies, Wahlen für 1982 dagegenhielt und für eine Verhandlungsbereitschaft voraussetzte: „Die Guerilla muß zuerst die Waffen niederlegen“,⁸ hat FDR-Präsident Guillermo Ungo die prinzipielle Bereitschaft der Volkskräfte zu Verhandlungen über eine politische Lösung bekundet (siehe nachstehendes Ungo-Interview). Allerdings schränkte G. Ungo dabei ein, „daß ein solcher Weg nur gangbar ist, wenn die faschistischen Elemente aus der Regierung verschwinden“. Und, so ist hinzuzufügen, wenn die Reagan-Administration gezwungen werden kann, von ihrer gegenwärtigen „Vietnamisierung“politik abzurücken.

Nicht zuletzt wird der Verlauf des Entscheidungskampfes in

El Salvador die weitere Entwicklung des Befreiungskampfes im benachbarten Guatemala ganz erheblich beeinflussen. El Salvador als revolutionäres Hinterland würde die Kampfbedingungen des guatemaltekischen Volkswiderstandes außerordentlich verbessern und ihm auch ein Mehr an internationaler Unterstützung (die sich heute auf El Salvador konzentriert) sichern.

Auch in Guatemala ist heute bereits der Vereinheitlichungsprozeß der antidiktatorischen Kräfte ein gutes Stück voran gekommen. Die Gewerkschaftszentrale Nationalkommission der Gewerkschaftlichen Einheit (CNUS, gegr. im März 1976), Motor und Koordinator der meisten Massenaktionen, hatte im Februar 1979 zur Gründung einer **Demokratischen Front gegen die Repression (FDCR)** aufgerufen. 150 Bauern-, Arbeiter-, Studenten- und andere Organisationen wie auch die Parteien FUR und PSD schlossen sich diesem Bündnis an. Nicht zuletzt die endlosen Morde an Oppositionsführern, Priestern (eine wesentliche Stütze im Befreiungskampf stellt der fortschrittliche Teil der katholischen Kirche dar; siehe Kasten zu Exilkirche), und Bauernführern hatten diesen ersten Zusammenschluß der demokratischen Kräfte ermuntert.

Guatemalas Revolutionäres Viererbündnis

Inzwischen entstand eine weitere Massenorganisation, die Volksfront FP-31. Sie vereint das Komitee der Einheit der Bauern (CUC), die Organisation der Elendsviertelbewohner (CDP), die Revolutionären Arbeiterzellen (NOR), die Studentenorganisation FERG und die Revolutionären Christen (CR).⁹ Die Gewerkschaften schlossen sich als legale Organisationen diesem Bündnis nicht an, obwohl sie in ihrer legalen Arbeit ebenfalls zahlreiche Rückschläge, z.B. durch die Ermordung vieler ihrer Kader, hinnehmen mußten.

Dies ist freilich nur ein Ausdruck der Tatsache, daß unter den revolutionären Kräften Guatemalas derzeit eine ernsthafte Diskussion über die Frage des Verhältnisses von legaler und illegaler Tätigkeit im Gang ist. „Alle revolutionären Organisationen müssen in die Illegalität gehen und so die Regierung daran hindern, die demokratischen Kräfte ihrer Führung zu berauben und alle, die dem Regime offenen Widerstand leisten, zu vernichten“, meint Guillermo Toriello Garrido, Vertreter des Viererbündnisses der guatemaltekischen Guerilla. „Wir meinen, daß der Übergang in die Illegalität zur Erhaltung vieler Organisationen und zu ihrem späteren Anschluß an die bewaffnete Bewegung beitragen würde.“¹⁰ Offenbar sieht die Mehrheit der guatemaltekischen Partei der Arbeit (PGT) dies etwas anders. Sie legt den Akzent mehr auf das Ausschöpfen aller legalen bzw. halblegalen Aktionsfelder und deren Kombination mit dem Guerillakampf. Aber dieser Diskussionsprozeß ist für beide Seiten keineswegs abgeschlossen.

Der den bewaffneten Kampf favorisierende Teil der PGT, die PGT-Kern, schloß sich am 20. Oktober 1980 mit der Guerillaarmee der Armen (EGP), der Revolutionären Organisation des Volkes (ORPA) und den Streitkräften der Rebellen (FAR), zum **Revolutionären Viererbündnis** zusammen, dessen Plattform ihr Sprecher G. Toriello Ende Oktober 1980 in Berlin vorstellte (siehe Kasten). Zweifelsohne stellt das Bündnis heute die Avantgarde der guatemaltekischen Befreiungsbewegung dar, die sich auf einen langandauernden Volkskrieg vorbereitet.

Auch wenn der Vereinheitlichungsprozeß in Guatemala noch nicht den Stand der Bewegung El Salvadors erlangt hat, wird sein Vorankommen doch von den verschiedenen revolutionären Kräften des Landes übereinstimmend als vordringliche Aufgabe angesehen. „Die Erfahrungen Nikaraguas

Guillermo Toriello Garrido Abkommen des guatemaltekischen Viererbündnisses



(...) Es ist mir eine große Genugtuung, daß ich dieser großen Konferenz mitteilen kann, daß die vier Organisationen, nämlich die Guerillaarmee der Armen, die Streitkräfte der Rebellen, die Organisation des Volkes unter Waffen und die Führung und Leitung der guatemaltekischen Partei der Arbeit (Kern; d. Red.) einen ernsthaften und bedeutungsvollen Pakt der Einheit geschlossen haben, um die Strategie des Volkskrieges voranzubringen, in dem die Kämpfe aller Schichten des Volkes und aller Demokraten zusammenfließen mit der kämpferischen Selbstverteidigung der Massen und mit der entschlossenen Aktion des Guerillakrieges. (...)

Ich möchte aber auch folgende Punkte darlegen:

Erstens. Das Viererbündnis hat eine Einigung erzielt in den wesentlichen Fragen der politisch-militärischen Strategie und Taktik des Kampfes gegen den inneren Feind und gegen den Imperialismus, der diesen inneren Feind finanziert, unterstützt, bewaffnet und an der Macht hält.

Zweitens. Innerhalb des Viererbündnisses gibt es keine Hegemoniebestrebungen und die Beziehungen beruhen auf der gegenseitigen Achtung und einer reinen, brüderlichen und revolutionären Solidarität.

Drittens. Für das Viererbündnis ist die Organisation und Politisierung der Massen eine wesentliche Voraussetzung für den endgültigen Sieg. Gleiches gilt in bezug auf die unaufschiebbare Einheit der Arbeiter und Bauern in einem engen, kämpferischen, revolutionären Bruderbündnis.

Viertens. Das Viererbündnis sieht eines seiner wichtigsten Ziele darin, zur Einheit aller revolutionären und demokratischen Kräfte beizutragen, die ehrlich und wirklich den bewaffneten Kampf unterstützen, nicht nur in Worten, sondern auch durch wirklich kämpferische Aktionen ihrer Mitglieder. In Anbetracht solcher Ziele hofft das Viererbündnis, daß sich ihm alle die Organisationen anschließen, die noch nicht dazu gehören, denn unter den gegebenen objektiven und subjektiven Bedingungen des guatemaltekischen Volkes und in Anbetracht des nationalen und internationalen Kräfteverhältnisses, das für die Befreiungsbewegung günstig ist, kann kein Revolutionär abseits stehen in diesem Kampf, bei dem das Schicksal unseres Vaterlandes und das Schicksal der lateinamerikanischen Revolution auf dem Spiel stehen.

Fünftens. Das Viererbündnis legt Zeugnis ab von seiner Treue zu den Prinzipien und Forderungen der Weltfriedensbewegung, zu den Prinzipien der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und erklärt, daß sein Kampf antiimperialistischen, anticolonialistischen antineokolonialistischen, antifaschistischen, antizionistischen und gegen Apartheid gerichteten Charakter hat. Zugleich bekräftigt es seine Treue zum Kampf um den Weltfrieden, für die friedliche Koexistenz und die internationale Entspannung.

Sechstens. Das Viererbündnis versichert alle gegen den Imperialismus kämpfenden Befreiungsbewegungen der Welt seiner Solidarität mit der ruhmreichen sozialistischen kubanischen Revolution und mit den beispielhaften und heldenhaften Revolutionen Grenadas und Nikaraguas. Es bringt seine tiefe Überzeugung zum Ausdruck, daß der Sieg der Brüder El Salvadors nahe ist in ihrem Kampf gegen die antichristliche, antidemokratische und massenmörderische Regierungsjunta ihres Landes. (...)

(Quelle: Rede G. Toriello Garridos als Vertreter des Revolutionären Viererbündnisses Guatemalas auf der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz in Berlin vom Oktober 1980, in: AIB-Sonderheft 1/1981, S. 31-32)

Wir sind eine Kirche im Untergrund und Exil



„Das Blut der Märtyrer sei der Same für ein Guatemala der Menschlichkeit und des Rechts.“

Einführung: Tausende von Guatemalteken müssen ihr Land verlassen, angesichts der Verfolgung, Folter und Massaker, die vom Heer und der Regierung Guatemalas verübt werden, als deren einzige Möglichkeit, das System der Ausbeutung, der Ungerechtigkeit und der institutionalisierten Sünde aufrecht zu halten, ein in jeder Hinsicht unchristliches und kriminelles System, um das Volk zu unterdrücken.

Mit Hunderten von Christen, Priestern, Mönchen und Laien, ausgezeichnet durch ihre Verpflichtung, Weihe und Hingabe, sind wir Teil dieses realen Exodus, obwohl von den Medien versucht wird, es im Dienst am Imperialismus zu verschweigen.

Unterdrückung des Volkes:

Das Volk sieht sich durch das Heer und die Regierung in eine Situation von entweder Schweigen oder Tod gedrängt. Seiner zunehmenden Verarmung steht die skandalöse Anhäufung von Reichtümern in den Händen einiger weniger Privilegierter gegenüber, was die Anklage von Puebla bekräftigt: „Im Licht des Glaubens gesehen, betrachten wir die wachsende Kluft zwischen arm und reich als Skandal und als im Widerspruch zum christlichen Wesen stehend. Der Luxus einiger weniger verwandelt sich in eine Beleidigung angesichts der Armut der großen Massen. Diese widerspricht der Absicht des Schöpfers und dem Respekt, den man ihm schuldet.“ (Puebla, N. 17.)

Die Möglichkeiten, den demokratischen Weg zu gehen, sind dem Volk völlig versperrt. Die Parteien, die, obwohl nicht fehlerfrei, eine Alternative hätten aufzeigen können, wurden ihrer Mitglieder und Führer beraubt. Die Gewerkschaftsbewegung, die Volksbewegung und religiösen Bewegungen sahen sich angesichts der massiven Massaker unter ihren Mitgliedern gezwungen, in den Untergrund zu gehen. Jeder Fortschritt in Hinsicht auf Selbstbestimmung seiner Lebensform und seiner Geschichte wurde dem Volk verwehrt, und vom Heer, welches zur Zeit die politische, militärische und wirtschaftliche Situation des Landes beherrscht, für sich beansprucht. Um Teil der herrschenden Klasse zu werden und in Übereinstimmung mit der „Theorie der nationalen Sicherheit“ kontrolliert es praktisch die ganze Nation und hat dem Volk den offenen Krieg erklärt.

Welche Alternativen bleiben dem Volk?

Der Untergrundkampf und der Kampf des Volkes im Landesinnern; die organisierte Exilbewegung im Ausland. Das ist der Grund, weshalb wir diesen Aufruf machen, der an die gesamte Welt und besonders an die Christen gerichtet ist.

Wir erklären uns hiermit als der Teil der guatemalteken Kirche, der sich im Exil befindet.

Unsere Ziele sind:

Gegenüber dem Volk von Guatemala: seinem Freiheitskampf zu entsprechen und ihn zu unterstützen.

Gegenüber den exilierten Guatemalteken: ihnen einmal mehr die Möglichkeit zu bieten, sich zu organisieren und so den aktiven Kampf gegen die Unterdrücker unseres Volkes fortzusetzen.

Gegenüber den Christen in aller Welt: Sie teilnehmen zu lassen am Reichtum des Evangeliums der Befreiung des guatemalteken Volkes und ihre Solidarität für dies Volk zu erbitten.

Immer mit uns sind die Priester, die Märtyrer für Guatemala, Guillermo, Hermógenes, Conrado, Walter, Gran, Villanueva, die ermordeten Führer von Christengemeinden, die Laienprediger und Christen.

Ihr seid unvergessen!

(Quelle: Guatemala Informationen, München, 20.2.1981)

wurden erfolgreich in El Salvador genutzt, wo die fortschrittlichen Organisationen in kurzer Zeit ein Übereinkommen erreicht haben und jetzt überzeugend die Kampfkraft des Volkes demonstrieren. Heute“, so G. Toriello, „steht diese Aufgabe vor uns, den Guatemalteken.“¹¹

Die geeinte Guerilla operiert heute koordiniert, in verschiedene Aktionsgebiete aufgeteilt und ist nunmehr in 17 von insgesamt 22 Provinzen präsent. Die überwiegend indianische Landbevölkerung Guatemalas schließt sich zu Tausenden den bewaffneten Untergrundorganisationen an – ein neues Phänomen, denn zuvor rekrutierte sich die Guerilla vorrangig aus städtischen Kreisen von Mestizen und Weißen. Seit Jahresbeginn 1981 mehren sich ihre Besetzungsaktionen von Landgütern und Dörfern (bei denen man die Informationsarbeit mit der Rekrutierung neuer Kämpfer zu verbinden sucht), Angriffe auf Militärstreifen, Polizeistationen usw. Um den Kampf der salvadorianischen Befreiungsbewegung zu unterstützen, greift die guatemaltekenische Guerilla überdies die Truppen des Lucas-Regimes und die Somoza-Garden an, die im Grenzgebiet zu El Salvador intervenieren.¹²

Auch für die Perspektive des Befreiungskampfes in Guatemala gilt, daß Verlauf und Dauer essentiell vom Ausmaß des US-Interventionismus in Mittelamerika abhängen.

Reagan: Militärintervention „nicht auszuschließen“

Was ist der aktuelle Stand, was die Ausrichtung des Washingtoner Engagements in der Region? Und welche Gegenfaktoren setzen dem Yankee-Zugriff Grenzen?

Die Antwort der Carter-Administration auf die sandinistische Volksrevolution in Nicaragua fiel bereits aus dem Rahmen, wollte doch Z. Brzezinski in der Region „ein neues Nicaragua niemals zulassen, auch wenn wir die schlimmsten Maßnahmen ergreifen müssen...“ Allerdings wandte sich damals eine einflußreiche Gruppierung des Regierungsapparates in einem sog. „Dissent Paper“¹³ gegen ein einseitiges Eingreifen der USA zugunsten der salvadorianischen Junta. Die Verfasser sahen darin das Risiko eines „zweiten Vietnam“, also einer regionalen Kriegeskalation, die in Mittelamerika genauso in einem Debakel Washingtons enden könnte wie einst in Indochina. Eine Ausweitung des US-Militärinterventionismus gegen Nicaragua wie gegen die Befreiungsbewegungen El Salvadors und Guatemalas werde zwangsläufig zu einer Ausdehnung des kubanischen Einflusses, zu einer engeren Anlehnung Nikaraguas an das sozialistische Lager, zu einer generellen Radikalisierung der Oppositionsbewegungen der Region führen. Die „Dissidenten“ der Carter-Administration plädierten daher für eine politische Kompromiß- bzw. Verhandlungslösung in El Salvador, d.h. für eine Regierungsbeteiligung der FDR/FMLN.

Die seit dem 20. Januar 1981 amtierende Reagan-Regierung aber setzt weitaus stärker noch als Carter/Brzezinski auf ein militärisches „Reinmachen“ in El Salvador, auf einen offenen Konfrontationskurs gegen Nicaragua, Kuba und die Befreiungsbewegungen. Mochte Ronald Reagan schon im Oktober 1980 „die Möglichkeit einer direkten militärischen Intervention nicht ausschließen“, so zog Außenminister Alexander Haig Anfang 1981 in seinen gegenrevolutionären Plan eine breite Palette von Maßnahmen gegen Kuba ein, einschließlich einer Seeblockade und anderer Militäraktionen.¹⁴ Zugleich strich Washington die zugesagte Wirtschaftshilfe für Nicaragua. Die Wirtschafts- und Militärhilfe für die mittelamerikanischen Diktaturregimes aber wurde drastisch ausgeweitet.

Mit der Herausgabe eines Sammelsuriums gefälschter Dokumente, dem sog. Weißbuch, im Februar 1981 suchte die

Philip Agee

Der US-Interventionismus soll wieder salonfähig gemacht werden



Philip Agee war als Ex-Agent des amerikanischen Geheimdienstes CIA selbst jahrelang mit Aktivitäten in Lateinamerika betraut. In seinem 1975 erstausgegebenen Buch „CIA intern. Tagebuch 1956-74“ beschrieb die selbst mitausgeführten CIA-Aktivitäten in Mexiko, Ekuador und Uruguay. Hier ging also ein Experte ans Werk, als Ph. Agee sich zu einer Detail-Untersuchung des Weißbuches zu El Salvador, das die Reagan-Administration im Februar 1981 verbreitete, entschloß (siehe auch K. Ege in AIB 6/1981; S. 6-9). Die Studie ist soeben im Konkret-Verlag erschienen. Ihre Ergebnisse faßte der Autor im Gespräch mit dem AIB zusammen.

AIB: Herr Agee, Sie haben sich mit dem im Februar 1981 von der Reagan-Administration herausgegebenen Weißbuch zu El Salvador befaßt. Was ist Ihres Erachtens die Hauptzielrichtung der darin vertretenen Thesen?

PH. AGEE: Die Hauptthese des Weißbuches besagt, daß die revolutionäre Bewegung in El Salvador zu „einem Lehrbuchbeispiel indirekter bewaffneter Aggression kommunistischer Mächte durch Kuba“ geworden sei.

Diese These wird angeblich mit Dokumenten bewiesen, die die Sicherheitskräfte der Militärjunta von der salvadorianischen Guerilla erbeutet haben wollen. Die Dokumente erwecken den Eindruck von Verpflichtungen Vietnams, Äthiopiens und der sozialistischen Länder Europas, die salvadorianische Befreiungsbewegung im Jahre 1980 tonnenweise mit militärischer Ausrüstung zu beliefern, wobei Kuba und Nikaragua als Verschiffungsländer dienen. Außerdem erweckt das Weißbuch den Anschein, als ob Fidel Castro und die Kommunistische Partei Kubas eine Schlüsselrolle bei der Einigung der verschiedenen Guerillagruppen auf ein gemeinsames militärisches Oberkommando innegehabt hätten.

AIB: Das Weißbuch behauptet in seinen Schlußfolgerungen auch eine direkte Intervention seitens der UdSSR. Gibt es in diesem Kontext einen Unterschied zu den Beschuldigungen gegen Kuba?

PH. AGEE: Das Weißbuch klagt in den Schlußfolgerungen des US-Außenministeriums die UdSSR an, die treibende Kraft bei der Unterstützung für die salvadorianische Befreiungsbewegung durch die sozialistischen Staaten zu sein. Dies wird jedoch durch keines der 19 „erbeuteten Dokumente“ erhärtet. Kuba wird nicht beschuldigt, eigene Waffen zu liefern, sondern als logistische Basis zu dienen: das gleiche gilt auch für Nikaragua.

Die im Hinblick auf „ausländische Intervention“ wichtigsten Dokumente betreffen den kubanischen Einfluß bei der Erzielung von Einheitsabkommen der Guerilla-Organisationen Ende 1979 und im Mai 1980 (2 Dokumente) und die Unterstützung aus sozialistischen Ländern durch Schiffslieferungen von Waffen und militärischem Gerät (im wesentlichen 2 Dokumente). Ein anderes Dokument, angeblich als interner Bericht der Guerilla, erwähnt die Gesamtmenge von fast 800 t Ausrüstungsgegenständen, welche der Befreiungsbewegung versprochen worden seien.

Ich glaube, daß sowohl die beiden Dokumente über die Einheitsabkommen als auch die Dokumente über Versprechen von Militärgütern Fälschungen sind.

Altbekannter CIA-Trick – nur schlecht gemacht

In meiner Kritik des Weißbuches, die im Mai 1981 im „Neuen Konkret-Verlag“ veröffentlicht wird, habe ich eine Reihe von Gründen für meine Annahme einer Fälschung angeführt: W. Poelchau, CIA gegen El Salvador – Der Bericht des Exagenten Philip Agee über Praktiken der CIA in Lateinamerika. In dieser Kritik von fast 50 Seiten findet man viele Gründe, die Zweifel an der Authentizität der „erbeuteten Dokumente“ des Weißbuches aufkommen lassen.

Tatsächlich gleicht die ganze Weißbuch-Übung jenen Operationen, an denen ich während der 60er Jahre teilgenommen habe, als gefälschte Dokumente sehr ähnlich denen des Weißbuches für politische Zwecke benutzt wurden, z.B. um kubanische und sowjetische Verbindungen mit revolutionären Organisationen aufzuzeigen.

Als ich meine Analyse des Weißbuches beendet hatte, konnte ich nicht verstehen, wie sie so viele Übersetzungsfehler machen konn-

ten, so viele falsche Schlußfolgerungen ohne Fundierung in den Dokumenten ziehen konnten, und Erfindungen hinzugefügt hatten, die völlig irrig sind. Es ist möglich, daß die Leute um Haig im Außenministerium hofften, daß sich keiner die Zeit nehmen und die Mühe machen würde, eine korrekte Analyse anzufertigen.

Was die vorherrschenden amerikanischen Massenmedien angeht, behielten sie auch recht. Letztlich ist das Weißbuch nichts anderes als eine phantasievolle Propaganda-Übung, die schlecht geplant und armselig ausgeführt wurde. Zugleich ist es aber auch gefährlich, weil es eine Menge Leute gibt, besonders in den USA, die gerne alles das glauben, was das Weißbuch aussagt.

AIB: Zu welchen Ergebnissen bezüglich der Hauptziele des amerikanischen Weißbuches und der gegenwärtig geführten Kampagne gelangen Sie in Ihrem neuen Buch?

PH. AGEE: Obwohl die Behauptungen in der Weißbuch-Analyse nicht durch die „erbeuteten Dokumente“ gestützt werden, ist es wichtig sie zu verstehen, um den wahren Zweck des Weißbuches aufzudecken. Ich meine, daß das Weißbuch ein erster Schritt ist, um in den Vereinigten Staaten das psychologische Klima für erneute amerikanische Militärinterventionen in der ganzen Welt – oder wo immer es nötig und möglich ist – vorzubereiten. Das fängt an mit El Salvador, weitet sich über den Rest Mittelamerikas aus, dann nach Kuba und Grenada, von dort nach Afrika, dem Indischen Ozean und dem Persischen Golf. Darin liegt die Gefahr.

Das Weißbuch ist die klassische Erzlüge, die Angst erzeugen soll, indem das Schreckgespenst des „internationalen Kommunismus“ aufgebaut wird, der sich durch die „Hintertür“ nach Amerika einschleicht. In diesem Sinne bestünde der Zweck des Weißbuches hauptsächlich darin, die Menschen in Amerika zu beeinflussen, indem es sich den Rechtsruck politischer Anschauungen während der letzten Jahre zu Nutze macht. Es kann auf diese Weise mit den Ängsten, Vorurteilen und der Unwissenheit der Menschen spielen. Das oben erwähnte Buch enthält eine Menge historischen Materials darüber, wie der CIA in der Vergangenheit gefälschte Dokumente sowie andere Praktiken benutzt hat, die die Menschen verstehen müssen, um ihnen eine Niederlage zu bereiten.

So hat der CIA z.B. durch eine seiner Frontorganisationen das „Agrarreformprogramm“ der salvadorianischen Junta von Beginn im Jahre 1980 an geleitet, weil der CIA durch Landreformprogramme in der Lage ist, die Repression auf dem Lande zu organisieren, genau wie in Vietnam. Der Mann, der die salvadorianische Landreform organisierte, hat das gleiche in Vietnam getan.

AIB: Würden Sie sagen, daß man das Weißbuch auch im Rahmen der Haig/Reagan-Kampagne gegen Kuba sehen muß?

PH. AGEE: Nach Ansicht von Reagan und Haig sind Befreiungsbewegungen dasselbe wie internationaler Terrorismus und sind beide Verlängerungen des „sowjetischen Expansionismus“. Diese Ansicht übersieht völlig die sozialen und ökonomischen Ungerechtigkeiten sowie die politische Repression als Ursachen für allgemeine Unzufriedenheit und Befreiungskämpfe. Wie jeder weiß, hat sich Kuba zur Unterstützung antiimperialistischer Bewegungen auf der ganzen Welt verpflichtet und diese Verpflichtungen an verschiedenen Stellen, besonders in Afrika, auch eingehalten.

Die amerikanischen Führer sind wütend über die Erfolge der Kubaner und über die Unfähigkeit Amerikas, irgendetwas gegen sie zu tun; daher vereinfachen sie das Problem, indem sie die Kubaner als „Stellvertreter“ der Russen bezeichnen. Natürlich gibt es in der Reagan-Administration einflußreiche Leute, die von einer erneuten bewaffneten Aggression gegen Kuba träumen, und das Weißbuch ist ein erster Schritt, um die Rechtfertigung für solch eine Aggression zu schaffen.

AIB: Welche Beschuldigungen hat die Reagan-Administration gegen Nikaragua erhoben und wie sehen die Tatsachen aus?

PH. AGEE: Die Reagan-Administration hat die Regierung von Nikaragua beschuldigt die salvadorianischen „Terroristen“ als logistische Verschiffungsstelle zu denen und andere Formen der Unterstützung zu stellen. Diese Beschuldigungen finden sich im Weißbuch und sie wurden dazu benutzt, die Aussetzung amerikanischer Wirtschaftshilfe für Nikaragua zu rechtfertigen, obgleich die Wirtschaftshilfe dem privaten Sektor zukam und nicht der Regierung.

Reagan-Administration ihren eigenen verstärkten Interventionismus als Reaktion auf eine unterstellte „kommunistische Einmischung in El Salvador“ (sowjetisch-kubanische Waffenlieferungen, Fidel Castro als Aufstandsführer u.a.m.) zu rechtfertigen. Doch die damit bezweckte Einstimmung der US-amerikanischen Öffentlichkeit wie der Verbündeten in Westeuropa und Lateinamerika auf einen Washingtoner Kriegskurs im mittelamerikanisch-karibischen „Hinterhof“ stieß auf wenig Gegenliebe. Ihr Ineinsetzen sozialer und antidiktatorischer Volksproteste mit vermeintlichen kubanisch-sowjetischen „Machtverstößen in wichtigen Randzonen“, wie ein Präsidentenplan zur neuen US-Mittelamerikapolitik von Ende Mai d.J. simplifizierte,¹⁵ erhöht nicht gerade die Glaubwürdigkeit Washingtons.

Das militärische Engagement der USA auf Seiten der salvadorianischen Junta ist unterdessen weiter fortgeschritten, als es Präsident Reagans Anhebung der offiziellen Militärhilfe von 10 auf 35-40 Mio Dollar vermuten läßt.

Ein Kontingent von US-Militärberatern, das weit mehr als die offiziell angegebenen etwa 50 Mannen umfaßt (die FMNL/FDR-Schätzungen belaufen sich auf derzeit 500-800), drillt salvadorianische Spezialeinheiten im Antiguerrillakampf, den Einsatz von Kampfhubschraubern und Killerpraktiken inbegriffen. Für letzteres bürgen die miteinander geflogenen Einheiten der Green Berets, die sich im Vietnamkrieg durch ihre extreme Grausamkeit hervortaten. US-Offiziere haben heute die Reorganisation, Ausbildung und Einsatzplanung der Juntatruppen in der Hand. Militärische Ausbildungshilfe leisten ferner Argentinien und Chile.

Ferner wurden über die von den USA eingerichtete Luftbrücke zwischen Panamakanalzone und San Salvador Unmengen an neuem Kriegsgerät angeliefert: seit Jahresbeginn täglich 3 t Waffen. Die salvadorianischen Militärs verfügen daher gegenwärtig über die in der Region modernste und reichlichste Ausrüstung, zu der übrigens auch Israel Gewehre, Panzerwagen, Patrouillenboote u.a. im Wert von 50 Mio



US-Offiziere bei der Ausbildung von salvadorianischen Antiguerrillaeinheiten

Dollar beigesteuert haben soll. Flankierend zog man US-Kriegsflottenverbände vor den Küsten Mittelamerikas zusammen.¹⁶

Erhöht hat die Reagan-Administration auch ihre Militärhilfe und Militärberater für die Regimes von Honduras und Guatemalas. Diese sind bereits mit Truppenkonzentrationen und -übergriffen gegen Nicaragua bzw. die salvadorianischen Volkskräfte in Aktion getreten, verstärkt durch Tausende (in Honduras 5.000) ehemaliger Nationalgardisten Somozas, die man in Florida für ihren Wiedereinsatz präparierte. Dank den US-Rüstungslieferungen verfügt nun Honduras im Unterschied zu Nicaragua über moderne Panzer und Flugzeuge. Allein im April d.J. gab es – nach Angaben des nikaraguanischen Außenministers Tinoco – mehr als 100 Angriffe gegen Nicaragua von honduranischer Seite aus. Seit dem Jahreswechsel 1980/81 hat Nicaragua über 100 Todesfälle infolge dieser Übergriffe zu beklagen.¹⁷

Der internationale und interne Druck gegen diesen US-Eskalationskurs aber ist unterdessen mächtig angewachsen. Im Mai d.J. manifestierten in Washington vor dem Weißen Haus 100.000 Menschen ihren Protest – eine Antiinterventionenbewegung wie seit den Tagen des Vietnamkrieges nicht mehr. Das sozialistische Lager, die Sozialistische Internationale, der überwiegende Teil der Regierungen Westeuropas und Japan opponieren gegen Ronald Reagans Mittelamerikapolitik.

Im April d.J. wandten sich die Präsidenten Mexikos und Venezuelas, Lopez Portillo und Herrera Campins, in einer gemeinsamen Erklärung gegen jegliche direkte und indirekte militärische Intervention in der Region. Und sie boten sich als Vermittler an, um eine politische Lösung des Konflikts um El Salvador möglich zu machen. Anfang Mai d.J. sagte L. Portillo dem nikaraguanischen Juntamitglied Daniel Ortega die entschiedene Unterstützung gegen jede Intervention und jeden Druck von außen zu.¹⁸ Das ist auch die Position Panamas. Die vom US-Interventionismus heute akut bedrohten Völker Nicaraguas, Kubas, El Salvadors und Guatemalas stehen also in ihrem Verteidigungskampf¹⁹ nicht allein. Auch Washington wird letztlich nicht an der Einsicht vorbeikommen, daß der revolutionäre Prozeß im mittelamerikanisch-karibischen Raum ebensowenig auszutilgen sein wird, wie jener in Indochina; sei es nun mit oder ohne regionale Kriegseskalation.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Granma Weekly, Havanna, 1.6.1980
- 2) Daten nach: Fichas para Analisis, San Salvador, Nr. 1/Februar 1981; Le Monde (LM), Paris, 19.11.1980; Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe, Zürich, 30.11./1.12.1980; Berliner Rundfunk, 19.1.1981
- 3) Nach: IDES, Berlin-West, Nr. 35/8.5.1981; Kritisches Christentum, Wien, Nr. 48/Mai 1981, S.7
- 4) Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Guatemala. Wirtschaftliche Entwicklung 1979, Köln, August 1980, S. 2f.
- 5) Frankfurter Rundschau, 20.2.1981
- 6) Wortlaut der CRM-Plattform in: AIB 6/1980, S. 30-32
- 7) IDES, a.a.O.
- 8) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 30.5.1981
- 9) Vgl. Guatemala, Berlin-West, Nr. 3/6.3.1981
- 10) Zit. nach: Probleme des Friedens und Sozialismus, Prag, Nr. 3/1981, S. 414
- 11) Ebenda, S. 416
- 12) Vgl. Guatemala, a.a.O.
- 13) Ausführlich siehe: AIB 2/1981, S. 6
- 14) Laut U.S. News & World Report (USNWR), Washington, 6.4.1981
- 15) Nach: FAZ, 5.6.1981
- 16) Vgl. Time, New York, 4.5.1981; Unsere Zeit, 5.3.1981; Neue Zeit, Moskau, Nr. 19/1981, S. 23ff.; Newsweek, New York, 8.6.1981; IDES, a.a.O.
- 17) Granma 26.4.1981; LM, 7.5.1981; Süddeutsche Zeitung, 6.-8.6.1981
- 18) Ebenda, 10. und 28.4.1981; AFP, Mexiko-Stadt, 10.5.1981
- 19) Siehe Positionserklärungen Kubas, Nicaraguas und der FMNL in: AIB 4/1981, S. 18-21



Guillermo Ungo Wir wollen keinen Todesdialog

Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN)/ Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) brachte seit ihrer Januaroffensive 1981 verschiedentlich ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über eine politische Lösung zum Ausdruck. Welche Arten von Bedingungen aber an sie geknüpft werden, darüber gibt es die wildesten Spekulationen. Guillermo Ungo, der sozialdemokratische Präsident der FDR, stellt klar, worum es den salvadorianischen Volkskräften dabei geht und wer für sie als Vermittler zur Diskussion steht.

G. UNGO: Begriffe wie „Dialog“, „Wahlen“, „Demokratie“ oder „Menschenrechte“ haben viele Nuancen, und die Unterdrücker in unserem Lande verstehen darunter etwas ganz anderes als das Volk. Wir müssen sehr vorsichtig sein, denn der Dialog kann auch ein Manöver sein, welches das militärische Programm zur „Endlösung“ nur verschleiern soll. Mit den Wahlen, die wir seit einem halben Jahrhundert alle zwei Jahre gehabt haben, ist es uns genauso gegangen: Sie waren nichts anderes als ein Instrument im Dienste der Repression. Wir haben immer unsere Gesprächsbereitschaft betont, insbesondere seit November vergangenen Jahres, aber wir wollten einen Dialog mit Sinn und Ziel – keinen Todesdialog.

Erst müssen die Faschisten aus der Regierung

Denen, die das Wort „Gesprächsbereitschaft“ im Munde führen, während sie das Volk massakrieren, können wir nicht vertrauen. Unser Vertrauen gilt dem ehrlichen Gespräch, das Frieden und Demokratie wiedergewinnen hilft. Daher halten wir eine Teilnahme der USA an diesem Dialog für unerlässlich, da die USA die einzige politische und militärische Stütze der Regierungsjunta sind. Ohne sie ist es unmöglich, zu einer politischen Lösung zu gelangen. Ohne sie gäbe es doch wieder nur Versprechungen, die in unserem Land noch nie gehalten worden sind. Die FDR sieht eine Vermittlung als ein Instrument an, das Zeugen zuläßt, die dem ehrlichen politischen Willen der Teilnehmer Glaubwürdigkeit verleihen. Wir sind interessiert, gewillt und bereit, eine politische Lösung zu suchen – aber eine politische Lösung, die im Interesse des Volkes liegt: für eine demokratische Regierung und ein demokratisches Regierungsprogramm, das die sozialen Veränderungen durchführt, die das Volk will.

Das direkte Gespräch mit der Junta halten wir, zumindest für den Augenblick, nicht für sinnvoll, da es nur zu einem weiteren Mittel des politischen und ideologischen Kampfes und der Propaganda für beide Seiten werden würde. (...) Wir sind deshalb sehr froh, daß der Vatikan, Monsignore Rivera y Damas, sowie die Regierungen Mexikos, Venezuelas und Panamas ihre Bereitschaft gezeigt haben, in dem Konflikt zu vermitteln. Weitere bedeutende Kräfte wie die internationale Christdemokratie und die Sozialistische Internationale

haben sich ebenfalls in diesem Sinne geäußert.

Wir wären sogar damit einverstanden, daß an der Suche nach einer politischen Lösung nicht nur die FDR, sondern auch Kreise demokratisch gesinnter Militärs und Christdemokraten El Salvadors beteiligt werden. Es muß jedoch klar sein, daß ein solcher Weg nur gangbar ist, wenn die faschistischen Elemente aus der Regierungsjunta verschwinden. Es wäre kindisch zu glauben, die Faschisten seien an einem ehrlichen Dialog interessiert. (...)

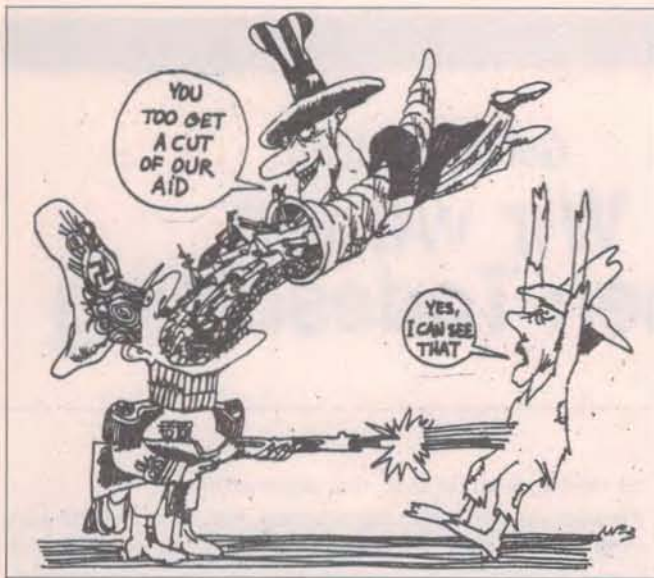
FRAGE: Die FDR besteht also darauf, zunächst einen Dialog mit der Regierung der USA zu führen, um so einen gewissen Druck auszuüben und die salvadorianische Oligarchie auszuschalten?

G. UNGO: Ein Dialog mit den USA könnte mit Hilfe Dritter – internationaler Kräfte oder bestimmter Regierungen – realisiert werden. Was den Dialog mit der Regierung angeht, so könnte auch der über Mittelsmänner laufen. Das wäre eine Möglichkeit zu sehen, ob Napoleon Duarte wirkliche Macht und Handlungsfreiheit besitzt, oder ob er nur eine Art Gefangener der faschistischen Militärs ist. Es würde sich dann zeigen, ob es noch Demokraten in der Regierung gibt. Für uns ist klar, daß das Militär die Regierungsjunta beherrscht und natürlich gegen Dialoge ist, denn genau diese Gruppe würde als erste verschwinden müssen, bevor man zu irgendeiner Einigung gelangen könnte. Zwei Ergebnisse aus jüngster Zeit signalisieren die Position der Militärs. Eines ist der „Wink“ an diejenigen Regierungsmitglieder, die möglicherweise ein Interesse an einem Dialog mit der Opposition haben könnten. In der letzten Woche wurde eine offizielle Mitteilung der Armee veröffentlicht, in der eine Liste von 138 Personen publiziert wurde – einschließlich Priestern, Personen, die bereits tot sind, aller Führer der FDR und der FMLN, sowie Personen, die sich bereits seit langem aus der Politik zurückgezogen haben – die allesamt der Subversion verdächtigt und somit zu Todeskandidaten werden.

Der zweite Vorfall ist das jüngste Massaker – das zum täglichen Morden noch hinzukam – an 24 Menschen, das als „Zusammenstoß mit der Armee“ bezeichnet wurde. Ausländische Journalisten, Verwandte und Bekannte der Ermordeten konnten jedoch nachweisen, daß die 24 gewaltsam aus ihren Häusern geholt und von den Soldaten ermordet wurden.

FRAGE: Gesetzt den Fall, Duarte wäre an Gesprächen mit der FDR interessiert. Glauben Sie, der harte Kern der Militärs könnte in diesem Fall einen neuen Putsch inszenieren?

G. UNGO: Wir können diese Möglichkeit nicht ausschließen. Die jetzige Regierung praktiziert andererseits schon eine Politik der Repression und des Völkermords, so daß ein weiterer Rechtsputsch unnötig ist. Die Rechte ist schon fest an der Macht. Ein weiterer Putsch würde ihr die Schminke vom Gesicht wischen und die Verkleidung vom Leib reißen: die angeblich demokratische Regierung mit Beteiligung von Zivilisten. Das würde weder den USA noch dem intelligenten



Yankeer zum Volk: „Du bekommst auch ein bißchen von unserer Hilfe ab.“ Volk: „Ja, das sehe ich.“

ten Teil der nationalen Oligarchie passen.

Daher glaube ich, daß diese Möglichkeit relativ unwahrscheinlich ist, wäre es doch der politische Selbstmord des faschistischen Regierungssystems in unserem Land. (...)

FRAGE: Sie erwähnten vorhin „demokratisch gesinnte Kreise der Armee“. Beziehen Sie sich da auf Militärs wie den Obersten Adolpho Majano? Welche Verbindungen hat die FDR zu ihm?

G. UNGO: Zwischen der FDR und Majano hat es Kontakte gegeben. Majano hat klar gesagt, daß er nicht zur FDR gehört. Aber er befindet sich in einem Prozeß zunehmender Übereinstimmung mit ihr. Wir haben seine Äußerungen sehr positiv aufgenommen.

Waffen über keine Regierung!

Ausschluß und Diskussionsfeindlichkeit, die alle Regierungen unseres Landes einschließlich der jetzigen Junta praktiziert haben, gab es auch innerhalb der Armee. Sie standen in starkem Kontrast zum Diskussionsprozeß, der innerhalb der Opposition immer ausgedehnter wurde. Oberst Majano ist eines der Opfer der Ausschlußpolitik der Regierung und der Militärs. Er befindet sich jetzt im Ausland. Weitere Informationen haben wir nicht über ihn. (...)

Es wäre verfrüht, Verständigungsmöglichkeiten mit ihm zu sehen. Wir sehen in ihm aber einen Faktor auf militärischer Ebene, mit dem zu reden sein wird.

FRAGE: Könnten Sie sich vorstellen, sich mit Oberst Majano zu treffen?

G. UNGO: Sicher. Oberst Majano hat meiner Meinung nach Fehler begangen, hat zu häufig gezögert. Aber ich meine, er hat demokratisches Interesse und eine demokratische Haltung bewiesen, und er vertritt eine Haltung innerhalb der Armee, die ebenfalls unter der Junta leidet.

G. UNGO: In ihrem denkwürdigen „Weißbuch“ versuchen die USA, sowjetische und kubanische Einmischung im salvadorianischen Konflikt zu beweisen. Die FDR hat diese Behauptungen als Lüge zurückgewiesen. Wir würden gerne etwas eingehender über dieses Thema sprechen.

G. UNGO: Es ist nicht das erste Weißbuch, das eine US-Regierung produziert. Eines veröffentlichte sie vor ihrer Intervention in Guatemala (1954; d. Red.) zu Zeiten von Castillo Armas und ein weiteres vor ihrem Einmarsch in die Dominikanische Republik (1965; d. Red.). In Wirklichkeit sind diese Weißbücher der Berechtigungsschein der USA für eine Intervention.

Das ist eine alte Technik. Das Weißbuch über El Salvador hatte jedoch auf internationaler Ebene keine großen Auswirkungen. In diesem Fall glich die Reagan-Administration dem Berg, der kreiste und eine Maus gebahr. Die Argumentationsbasis dieses Weißbuchs ist falsch, und alle Welt weiß das. Wir haben keinerlei militärische Hilfe von keiner Regierung – ich betone das Wort Regierung – erhalten. Wir haben breite Solidarität empfangen als internationalen Ausdruck des Pluralismus, der in unseren Reihen herrscht. Schon die Konstitution der FDR und der FMLN beinhaltet einen ganzen Fächer verschiedener ideologischer Tendenzen. Wir haben Beweise internationaler politischer, diplomatischer, moralischer, humanitärer und materieller Solidarität von den verschiedensten Kräften erhalten, aus den USA selbst und der Mehrheit der kapitalistischen Länder, mehr als aus sozialistischen Ländern. Die USA könnten ebensogut behaupten – obwohl auch das falsch wäre –, daß sich die Sozialistische Internationale zu unseren Gunsten in den salvadorianischen Konflikt einmischte. Die salvadorianische Volksorganisationen haben in Wirklichkeit ganz allein versucht, sich „Kriegsgerät“ zu beschaffen. Sie haben es hauptsächlich auf dem internationalen Markt bekommen mit Hilfe gewisser Einzelpersonen und politischer Kräfte verschiedener Länder, niemals jedoch mit Hilfe einer Regierung.

FRAGE: Glauben Sie, daß die USA noch direkter militärisch in El Salvador intervenieren könnten, als sie es heute schon tun?

G. UNGO: Die US-Regierung ist da immer zweideutig gewesen. Die Reagan-Administration hat auf die Frage nie eine eindeutige Antwort geben wollen. Wir schließen diese Gefahr nicht aus. Wir wissen nicht, ob es sich dabei nur um eine Drohung oder um Erpressung handelt.

Was wir wissen, ist, daß es den USA immer schwerer fallen wird, noch direkter als bisher in El Salvador zu intervenieren, da sie sich dadurch international isolieren würden. Außerdem wird in weiten Kreisen der amerikanischen Bevölkerung – die Gesamtheit der Kirche, Vereine und Organisationen, Mitglieder der Demokratischen Partei und selbst der Republikanischen Partei – die Vorstellung von einem Einmarsch in El Salvador zurückgewiesen.

Auf jeden Fall aber würde es den USA leichter fallen, in unser Land hinein – als wieder herauszukommen, da eine Invasion den Konflikt unweigerlich auf ganz Mittelamerika ausdehnen würde. Ich glaube, daß die US-Regierung ihr Konzept der „nationalen Sicherheit“ ernsthaft überarbeiten muß, da sie sonst leicht in ihre eigene politische Falle tappt. (Quelle: Processo, Mexiko-Stadt, Nr. 233/20.4.1981)

demokrat

Zeitung demokratischer, antifaschistischer LeserInnen

Der „demokrat“ analysiert

● Probleme der Gewerkschaften aus der Sicht derjenigen, die mit der Politik der Vorstände unzufrieden sind;

● die besorgniserregende politische Entwicklung in der BRD;

● wichtige Bereiche der Erziehung, vor allem der Schule;

● internationale Entwicklungen.

Im „demokrat“ Nr. 16/80:

– Wer schützt Deutschland vor seiner Polizei?

– Hintergrundberichte aus fast allen GEW-Landesverbänden

– Ein bisher unveröffentlichter Beitrag von Joachim S. Hohmann

„Der Mythos von der glücklichen Hand“. Eine Analyse pädagogischer Materialien der Nachkriegszeit

– Die große Atom-Koalition

– Frauen zum Bund?

– Analyse des DGB-Aktionsprogrammes

– Die DGB-Vorstände greifen durch

– Türkische Kollegen über die Hintergründe der Türkei-Krise

Bestellbezeichnet

AN DEMOKRAT Verlags-GmbH
Postfach 10 09 02, 3500 Kassel

● Ich bestelle „demokrat“ Nr. 16/80 für DM 2,50 + –50 Porto und überweise DM 3,-

● Ich aboniere den „demokrat“ (6 Ausgaben = DM 12,- + DM 3,- Porto) und überweise DM 15,-

auf das Konto des DEMOKRAT Verlags Nr. 28 614 bei der Raiffeisenbank Kassel-Oberwehren (BLZ 520 690 56)

Name: _____

Straße: _____

Wohnort: _____

Unterschrift: _____

Rita Cauli

Ein Volk in Alarmbereitschaft



Trauerzug in Leon: Wieder wurden nikaraguanische Milizionäre von Honduras aus ermordet

Der „Große Knüppel“, den die Reagan-Administration gegen alles Antiimperialistische in Lateinamerika schwingt, ist neben El Salvador bislang am härtesten auf Nicaragua niedergelassen. Das nikaraguanische Volk muß, wie Rita Cauli zeigt, an mehreren Fronten zum Abwehrkampf antreten.

„Sie können nur schwer verstehen, daß ein kleines Volk unabhängig sein kann und will. Dies ist der Grund zahlreicher Irrtümer der USA. Sie weigern sich, die lateinamerikanische Wirklichkeit aus lateinamerikanischer Sicht zu sehen. Darin liegt ihre Politik begründet.“ Das bemerkte am 21.4.1981, während einer Zusammenkunft mit drei amerikanischen Vertretern, Kommandant Daniel Ortega, Koordinator der Regierungsjunta des nationalen Wiederaufbaus von Nicaragua.

Daniel Ortegas Anklage

Drei Mitglieder dieser Regierungsjunta, Daniel Ortega, Sergio Ramirez und Rafael Cordoba von der Konservativ-Demokratischen Partei (PCD) empfingen drei amerikanische Senatoren während eines halboffiziellen Besuchs in Nicaragua: Thomas Eagleton, Christopher Todd und Michael Barnes, begleitet vom Botschafter der USA in Managua. Die Atmosphäre des Treffens war zeitweise gespannt, da die Vertreter der Regierungsjunta die amerikanische Beschuldigung kubanischer Einmischung in Nicaragua entschieden zurückwiesen.

Ziel des amerikanischen Besuches war es, den wirklichen Zustand der Revolution in diesem Land kennenzulernen. Kommandant Ortega hat jedoch während des Treffens die Reagan-Administration angeklagt, Aggressionen auf wirtschaftlicher und militärischer Ebene auszuüben: Einstellung von Krediten und Lebensmittelhilfe; Unterstützung der ehemaligen Nationalgarde Somozas, die in Lagern in Florida trainieren. Die Senatoren hielten dagegen, daß das amerika-

nische Recht jedem Bürger erlaubte, ein militärisches Ausbildungslager auf privatem Boden zu errichten.

Außer der Frage der amerikanischen Hilfe, sieht die Regierung von Managua durch die militärische Eskalation und die sich daraus ergebende Gefahr eines bewaffneten Konfliktes den Frieden in Mittelamerika bedroht. Infolge der Verhärtung der US-Politik in der Region sieht sich Managua gezwungen, sich sowohl innen- als auch außenpolitisch mit den verschiedensten Formen des Widerstandes, der sich gegen den Prozeß der Festigung des revolutionären Regimes richtet, auseinanderzusetzen.

Seit dem Sieg im Juli 1979 verfolgt die Regierung von Nicaragua ihre politische Linie der Unabhängigkeit und des Rechts auf Selbstbestimmung. Wirtschaftshilfe jeder Art, die an Bedingungen gebunden ist, wird abgelehnt.

Libyen hat sich kürzlich bereit erklärt Nicaragua einen Kredit von 100 Mio Dollar zu sehr günstigen Bedingungen zu gewähren. Am 22. April d.J. gab die Sowjetunion eine Spende von 20.000 t Weizen an Nicaragua bekannt, die im Mai im Hafen von Corinto ankäme (inzwischen stellten Bulgarien und die DDR ebenfalls Getreidelieferungen bereit; d. Red.). Venezuela führt trotz des amerikanischen Drucks sein Hilfsprogramm weiter, ebenso Kanada und Mexiko. Außerdem werden mit der EG Verhandlungen geführt.

Einer der Gründe, die von der Reagan-Administration angeführt wurden, um die Einstellung der Kredite zu rechtfertigen war bekanntlich der angebliche „Totalitarismus“ der Sandinistas, der, indem die private Wirtschaft in Nicaragua ökonomisch kaputtgemacht werde, jede Initiative kleiner oder großer Privatunternehmen verhindere.

Die Fakten beweisen, daß davon bis heute nicht die Rede sein kann. Nach der Ankündigung der amerikanischen Maßnahmen lud die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) alle politischen Parteien zu einem Tag des nationalen Dialogs ein. Es gab auch Treffen der Front mit den Gewerkschaften, Vertretern der Kirchen und Organisa-

tionen des sozialen Bereichs.

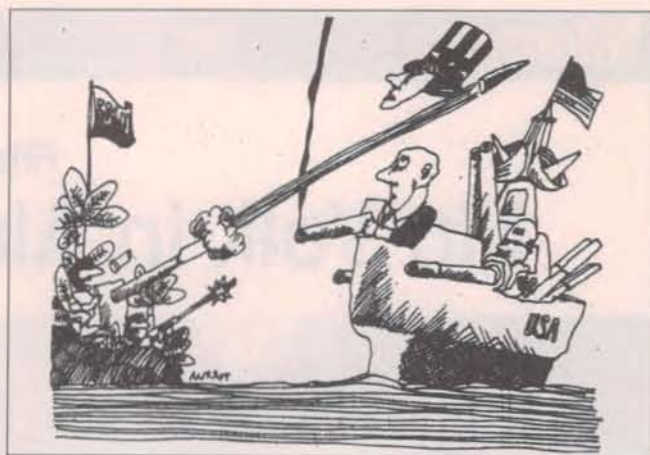
Mit diesen Initiativen wollte die revolutionäre Regierung auch vor der internationalen Öffentlichkeit ihre Bereitschaft signalisieren, im Rahmen der Politik des nationalen Wiederaufbaus das Programm der gemischten Wirtschaftsformen und des politischen Pluralismus fortzusetzen.

Die prinzipiellen Richtlinien, die den von der FSLN angeführten revolutionären Prozeß leiten, betonen den nationalen und antiimperialistischen Charakter des Kampfes. Alle sozialen Klassen werden zur Einigung im Kampf gegen die imperialistischen Aggressionen aufgerufen. Gleichzeitig ist die Notwendigkeit der Verbesserung der sozialen Situation der am meisten benachteiligten Schichten – Arbeiter und Bauern – Schwerpunkt. Eine klare und realistische Einschätzung der schwierigen Lage des Landes nach mehr als 40 Jahren Somoza-Diktatur hat die Verantwortlichen zu einer anpassungsfähigen und dialektischen Politik gezwungen, um so ein Einvernehmen aller wirtschaftlichen Kräfte herzustellen.

Die vorgefundene wirtschaftliche Lage läßt in der Tat nur einen begrenzten Entscheidungsspielraum. Der Prozeß der Vergesellschaftung der Wirtschaft muß notwendigerweise langsam erfolgen. Jede Beschleunigung würde das innere Gleichgewicht der Kräfte in Gefahr bringen. Diese stufenweise Verwirklichung der politischen Linie der Front ist im Grunde, wie auch von verantwortlichen Sandinistas öffentlich erklärt, die „Spielregel“ zur Beibehaltung des gegenwärtigen Gleichgewichtes. Aber, so fragen sie, wird dieses Gleichgewicht nicht durch Aggressionen von außen gestört? Diese Frage beunruhigt die Regierung Nikaraguas in steigendem Maße. Immer häufiger erfolgen Aufrufe zur Wachsamkeit und Einigung über Fernsehen, Radio und in der Presse. Die Opposition versucht dagegen offensichtlich die amerikanische Bedrohung zu verniedlichen und der Regierung die Verantwortung für die Spannungen zwischen Washington und Managua in die Schuhe zu schieben.



Weit über 200 000 Nikaraguaner nehmen seit Anfang 1981 an FSLN-Ausbildungskursen teil



Die Streitkräfte sind seit einiger Zeit in Alarmbereitschaft. Jeden Tag veröffentlichen die mit der Regierung verbundenen Medien Nachrichten über die Existenz großer Militärbasen zum Training der Somoza-Gardisten in Honduras. Die Regierung dieses Landes hat sogar ein neues Gesetz erlassen, das den Manövern dieser Gruppen im Land mehr Spielraum gewährt und so weit geht, ein Vorgehen der Armee im Ausland zu legalisieren.

Militärische Attacken sind längst in Gang

Damit wird offen die Möglichkeit eines Angriffes auf Nikaragua ins Auge gefaßt, davon sind die Verantwortlichen in Nikaragua überzeugt. Schon jetzt wurden mehr als 100 Angehörige der Armee und der Miliz Nikaraguas von Gruppen, die aus Honduras eingedrungen waren, getötet. Die Amerikaner führten vor kurzem große Militärmanöver zu Lande und zu Wasser durch, und zwar gleichzeitig im Süden der USA, an der mexikanischen Grenze und in der Karibik.

Bayardo Arce, Koordinator der Politik der Führung der FSLN, hat kürzlich auf einer Konferenz der Universität Managua über die Außenpolitik der USA unterstrichen, daß die kriegstreiberischen Äußerungen, die Töne des Kalten Krieges, die den Wahlkampf von Reagan begleiteten, nunmehr für Mittelamerika zur Realität wurden, so daß die Gefahr besteht, daß die Region zur „unsicheren Zone“ wird, von der bewaffnete Konflikte ausgehen. Bayardo Arce betonte, daß Nikaragua mehr denn je Hilfe und internationale Solidarität brauche.

Die „Nachrichten-Schlacht“ gehört ganz ohne Zweifel zum antiimperialistischen Kampf, den das Land führt. Vom 27.-30. April d. J. fand in Managua ein internationales Treffen von Journalisten statt, im Anschluß an ein Abkommen, das im Januar 1981 in Quito zwischen der Vereinigung Lateinamerikanischer Journalisten (O/J) und der Union der Journalisten Nikaraguas getroffen wurde. Die Zusammenfassung der Arbeiten der internationalen Journalisten wurde während der Feiern zum 1. Mai auf dem Platz des 19. Juli veröffentlicht, während einer Massenkundgebung, an der Arbeiter aus allen Gebieten des Landes teilnahmen.

Aber die Probleme, besonders auf wirtschaftlicher Ebene, sind noch enorm. Nachdem die Einstellung der amerikanischen Hilfe bekannt wurde, bildete sich im Land eine Bewegung unter dem Leitmotiv „Brot und Würde“. Überall wurden Hunderttausende von Unterschriften unter eine Petition des Volkes von Nikaragua gesammelt, das die amerikanische Erpressung zurückweist und die nationale Würde und Souveränität verteidigt. Die Petition soll den Vereinten Nationen, der Organisation Amerikanischer Staaten und den Nichtpaktgebundenen zugesandt werden.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 239/11.5.1981)



Vor der Kathedrale Managuas strömten im Juli 1979 Hunderttausende zur Feier des Volkssieges über Somoza zusammen. Heute wachen hier Sandino, der General der Freiheit und Milizionäre



Annemarie Salm

Kreuzzug gegen die Unwissenheit

„Ja, es war eine neue Erfahrung und eine Freude für sie. Sie sagten, vorher hätten sie gedacht, sie würden es nie schaffen, lesen zu lernen, zum Beispiel die Zeitungsnachrichten; zu wissen, was woanders passiert. Etwas zu wissen, was nicht erzählt worden ist oder was das Radio gebracht hat. Jetzt aber können sie lesen, was passiert. Und sie fühlen, daß sich etwas verändert hat. Vorher haben sie ja immer mit dem Daumen unterschrieben, mit dem Daumenabdruck. Und das hatte sie natürlich jedesmal gedemütigt. Und jetzt wissen sie, daß sie ihren Namen schreiben können und daß das ihr Name ist, was sie da schreiben. Sie haben gemerkt, daß sie vollwertige Menschen sein können... Eine von den Frauen hat mir gesagt: Das ist, als ob man anfängt zu sehen. Entdecken, was woanders passiert, gerade im eigenen Land. Man kann nicht immer nur hören, was passiert, man muß auch mal nachlesen.“

So beschrieb uns Gladys, Chilenin und Alphabetisatorin in einem Stadtviertel der Hafenstadt Corinto, was es für ihre Schüler bedeutete, Lesen und Schreiben zu lernen. Wir trafen sie Anfang August 1980. Die Alphabetisierungskampagne stand kurz vor ihrem Abschluß.

Viele Lerngruppen hatten ihr Ziel schon erreicht, über Eingangstüren war zu lesen „Vom Analphabetismus befreiter Haushalt“. Überall im Land, in Dörfern, Siedlungen und Stadtteilen wurden Kundgebungen und Feste veranstaltet, um den „Sieg über den Analphabetismus“ zu feiern. Ab Mitte August trafen in Managua täglich Lastwagenzüge mit jungen Leuten ein, die auf dem Land armen Bauern Lesen und Schreiben gelehrt hatten. Sie wurden von begeisterten Menschenmengen in Empfang genommen und wie Helden gefeiert. Am 23. August fand die offizielle Abschlußfeier statt. Die Analphabetenrate war innerhalb von 5 Monaten von über 50% auf knapp 13% gesenkt worden (Analphabeten über 10 Jahre).

Nicht nur der außergewöhnlich kurze Zeitraum, innerhalb

dessen dieser Erfolg erreicht wurde, ist beachtlich, sondern vor allem auch die Art und Weise, wie die Kampagne konzipiert und durchgeführt wurde.

Bereits zwei Wochen nach dem Sieg der Revolution wurde mit der Planung einer landesweiten Alphabetisierung begonnen. Die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) folgte damit dem Vermächtnis ihres gefallenen Gründers, Carlos Fonseca Amador, der gesagt hat: „Y también enseñenles a leer“ („Und lehrt sie auch lesen!“) und dafür sorgte, daß Lesen und Schreiben auch zur Ausbildung der Guerilleros gehörte.

Vielleicht ist es für manchen von uns nicht ohne weiteres einsichtig, warum in einem zerstörten, ausgeplünderten Land die Alphabetisierung eine solche Priorität hatte. Aber für uns ist es so selbstverständlich, lesen und schreiben zu können, daß wir uns kaum vorstellen können, was es bedeutet, diese elementaren Kulturtechniken nicht zu beherrschen. Das heißt ja nicht nur, keine Briefe schreiben und keine Zeitung lesen zu können; das heißt auch, gedemütigt zu werden, abhängig zu sein und kein Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu haben.

Analphabetismus heißt Demütigung

Die meisten Analphabeten konnten nicht einmal Zahlen lesen. Für die Bauern bedeutete das, auf dem Markt übers Ohr gehauen zu werden, weil sie keine Preise vergleichen konnten. Sie konnten auch die Verträge nicht selbst lesen, die sie mit Großgrundbesitzern abschlossen, und mancher Bauer besiegelte mit dem Daumendruck einen Vertrag, der später die Grundlage für die Vertreibung von seinem Land bildete.

„Alphabetisierung ist Befreiung“ heißt es demzufolge auf einem Plakat. Die Befreiung von Analphabetismus und Un-



wissenheit, beides Erbschaften der Diktatur, wurden in Nicaragua der militärischen Befreiung von der Somoza-Diktatur an Bedeutung gleichgesetzt und als „kultureller Aufstand“ bezeichnet. In diesem Sinne ist auch die Verwendung militärischer Begriffe in der Kampagne zu verstehen. Der „Nationale Kreuzzug gegen die Unwissenheit“ (kurz „Cruzada“, d.h. Kreuzzug, genannt) war nach „Fronten“ und Kampfgebieten organisiert, die denen des Befreiungskrieges entsprachen. Es gab Schwadronen und Brigaden, Kommandanten und Brigadeleiter. Und natürlich auch Munition – Hefte, Bleistifte, Lampen usw.

Bewußtmachung für die Revolution

Man könnte hierin eine Militarisierung friedlicher Lebensbereiche sehen; aber das Ziel war genau entgegengesetzt: Das Ansehen des militärischen Befreiungskampfes auszunutzen und auf die friedliche Befreiung von der Diktatur im kulturellen Bereich zu übertragen.

Mit der Befreiung von der Unwissenheit sollte auch der Anfang gesetzt werden für eine Befreiung von Apathie, Resignation und Fatalismus – Eigenschaften, die nur einer Diktatur nutzen.

Fernando Cardenal, Koordinator der Cruzada, beschreibt ihre Ziele so: „Aber es soll nicht nur lesen und schreiben und die Grundlagen der Mathematik gelehrt werden, sondern zentrale Ziele sind auch die Bewußtmachung und die Politisierung der Analphabeten. Im Prozeß des Lernens von Lesen und Schreiben werden unsere Arbeiter und Bauern zugleich ihre Würde kennenlernen, ihre Geschichte, ihr Land, ihre Revolution. Durch diese Bewußtmachung können sie sich aktiv in den Prozeß der Entwicklung und des nationalen Wiederaufbaus integrieren und ebenso ihren Posten stehen als Vorkämpfer im Prozeß der Demokratisie-

rung und der Konsolidierung der Erfolge der sandinistischen Volksrevolution.“¹

Die Alphabetisierung sollte auch in ihrer didaktischen Methode nicht einfach frontale Vermittlung des ABC sein, sondern schon Elemente von Befreiung beinhalten. In diesem Sinne versteht auch Paolo Freire, der brasilianische Pädagoge, seine Alphabetisierungsmethode. Sie geht von den Bedürfnissen und dem Erfahrungsbereich der Schüler aus. Freire erprobte sie in dem Slums Brasiliens und in anderen Ländern, und er lieferte auch den konzeptionellen Rahmen für die Alphabetisierung in Nicaragua. An der Vorbereitung war er persönlich beteiligt. Aber auch die Erfahrungen anderer Länder, vor allem Kubas, konnten einbezogen werden.

Freires „Mentalität des Dialogs“

Nach Freires Methode werden zunächst in Gesprächen mit den zukünftigen Schülern zentrale Themen und Wörter ermittelt, die eng mit ihrer Lebenssituation und ihren Bedürfnissen verbunden sind. Als sog. „Generative Wörter“ werden solche ausgewählt, die zusätzlich gut in einfache Silben aufzugliedern sind.

In Nicaragua wurden diese Wörter allerdings der Einfachheit halber nicht in Gesprächen ermittelt, sondern von der Vorbereitungsgruppe festgelegt. Es handelt sich um Wörter wie „Sandino“, „Revolution“, „Imperialismus“. Man ging davon aus, daß diese Begriffe in der gegenwärtigen Situation von zentraler Bedeutung für die Bevölkerung sind. Im Übungsheft waren diese Wörter 23 Schlüsselthemen zugeordnet, mit kurzen Lesestücken und Bildern.

Die Vorgehensweise im Unterricht, der besser als „Gespräch“ verstanden werden sollte: Der Lehrer zeigt ein Bild, z.B. von Sandino, und regt eine Diskussion über den Inhalt an. Im Gespräch wird dann das zentrale Wort herausgearbeitet. Sein Schriftbild wird gezeigt, die Schüler sollen es sich einprägen. Das Wort wird in Silben aufgegliedert. Aus den einzelnen Silben entstehen „phonemische Gruppen“ (z.B. aus „di“: da – de – di – do – du); die phonemischen Gruppen aus den Silben eines Wortes ergeben die „Erkennungskarte“.

Der erste Lernschritt besteht darin, in der Erkennungskarte die Silben des Wortes wiederzufinden. In einem weiteren Schritt bilden die Schüler aus den Silben der Erkennungskarte neue Wörter. Bei dieser Lernmethode steht also das Entdecken und Kombinieren, und damit die eigene Aktivität und kreative Anstrengung im Vordergrund. Die Schüler sind Subjekt, und nicht Objekt des Lernens. Von den Lehrern wird eine neue Einstellung gefordert, die Freire die „Mentalität des Dialogs“ nennt.

Das Unterrichtsmaterial wurde in zwei Richtungen kritisiert. Die einen witterten in den zentralen Themen Indoktrination, den anderen fehlten Themen wie Klassengegensätze, die mit Rücksicht auf das Regierungsbündnis ausgespart wurden.

Drei verschiedene Organisationen führten die Cruzada durch:

- Auf dem Land das „Volksheer der Alphabetisierung“, bestehend aus Schülern und Studenten ab 12 Jahren,
- in den Betrieben die „Arbeitermilizen der Alphabetisierung“: Arbeiter, die lesen und schreiben konnten, unterrichteten ihre Kollegen im Betrieb, über die Sandinistische Gewerkschaftszentrale wurde gleichzeitig versucht, Produktionsausfälle in der Zeit des Unterrichts durch Mehrarbeit der anderen Kollegen auszugleichen.
- in den Stadtteilen die „Stadtguerilla der Alphabetisierung“, meist Hausfrauen, Lehrer oder junge Leute, die aus irgendwelchen Gründen nicht an der Kampagne auf dem Land teilnehmen konnten. Die „Sandinistischen Verteidi-

gungskomitees" übernahmen organisatorische Aufgaben, zusammen mit anderen Massenorganisationen.

Die Ausbildung der Alphabetisatoren wurde nach dem Schneeball-Prinzip durchgeführt: Eine Gruppe von 80 Lehrern erprobte das Unterrichtsmaterial zunächst auf dem Land und gab dann die Erfahrungen an 560 andere weiter; diese bildeten weitere 7.000 Brigadisten aus, und so wurden schließlich 180.000 Laien-Lehrer in einem 10tägigen Schnellkurs vorbereitet.

Von besonderer Bedeutung war die Alphabetisierung auf dem Land. Schulen und Universitäten wurden für fünf Monate geschlossen, um den jungen Leuten die Möglichkeit zu geben, an der Cruzada teilzunehmen. Die Teilnahme war freiwillig. Auch viele Lehrer gingen als Koordinatoren und Betreuer aufs Land.



Alphabetisierung in Corinto am Pazifik

Die Zählung, die in Vorbereitung der Kampagne durchgeführt worden war, hatte ergeben, daß die Zahl der Analphabeten über 10 Jahre auf dem Land im Durchschnitt etwa 70% betrug, in einigen Gebieten bis zu 90%. Die jugendlichen Brigadisten, viele um die 14 Jahre alt, manche noch jünger, hatten keine leichte Aufgabe vor sich. Sie kamen im allgemeinen aus mittelständischen Familien in der Stadt, denn nur die konnten es sich leisten, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Oft waren sie zum ersten Mal für längere Zeit von zu Hause weg, und das nun für fünf Monate. Besuche bei den Eltern waren nur in Ausnahmefällen möglich.

Diese Jugendlichen waren an eine Lebensweise gewöhnt, die sich in etwa mit unserer vergleichen läßt. Coca Cola, Latzhosen, Fernsehen, Kino und Schlagermusik. Ihre Familien leben in kühlen Steinhäusern mit schönen, blumengeschmückten Innenhöfen. Häufig besorgt ein Dienstmädchen die Hausarbeit. Und nun zogen sie aufs Land, in Gebiete, die oft nur mit Maultieren, Booten oder stundenlangen Fußmärschen über schlammige Wege zu erreichen waren, zu armen Bauern, deren Lebensbedingungen ihnen so fremd waren wie sie es für unsereinen sind: Holzhütten ohne Strom, ohne fließendes Wasser und sanitäre Anlagen; Mahlzeiten, die hauptsächlich aus Maisfladen, schwarzen Bohnen und Reis bestehen; Krankheiten und Ungeziefer. Nachts schliefen sie auf dem Boden oder in Hängematten, tagsüber teilten sie die harte Arbeit der Bauern. Und abends, nach Feierabend, zündeten sie in der Hütte die mitgebrachte Kerosin-Lampe an – ein Symbol der Cruzada – und unterrichteten eine Gruppe von 8-10 Menschen, die oft sehr viel älter waren als sie selbst.

Die Bauern, bei denen sie lebten, wurden zu ihren „Land-Eltern“, und sie zu deren „Stadt-Kindern“. Außer Lesen, Schreiben und Rechnen vermittelten die Brigadisten Informationen über Gesundheitsvorsorge, insbesondere zur Verhütung von Durchfallerkrankungen, und halfen beim Bau

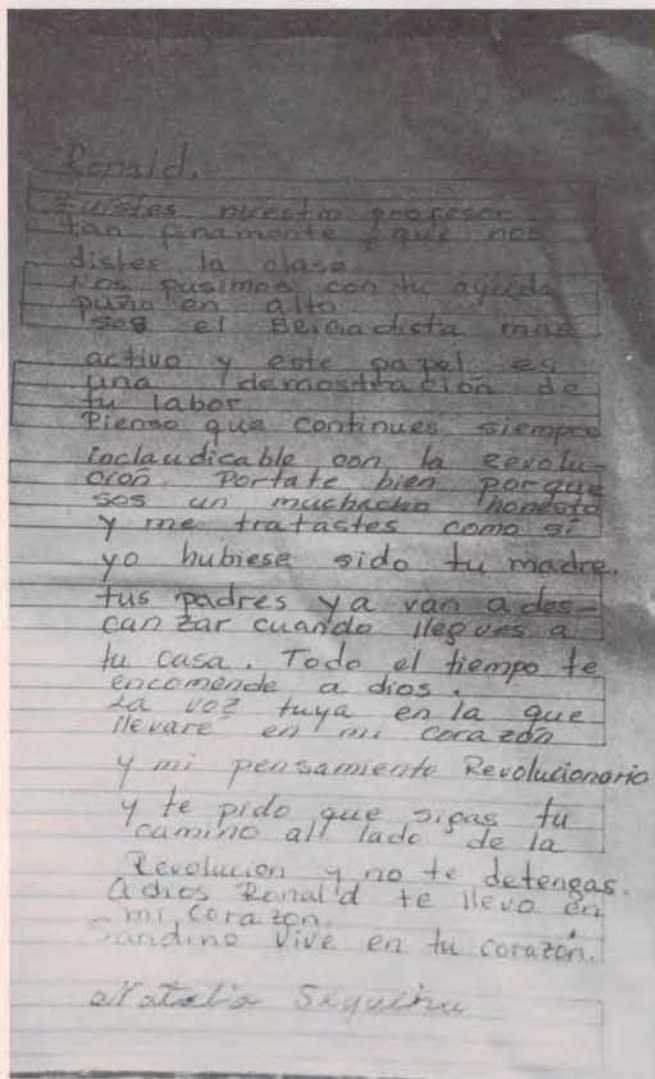
von Latrinen. Und trotz ihrer Jugend wurden sie als Lehrer anerkannt – in dem Maße, wie sie bereit waren, das Leben der Bauern zu teilen und zu verstehen.

Aber die Jugendlichen aus der Stadt lernten auch von den Bauern sehr viel: Sie lernten den Umgang mit der Natur, wie man Mais pflanzt und Tortillas bäckt, und wie man mit einem Maultier umgeht. Sie erlebten, wie mühsam es ist, die Früchte und Gemüse zum Wachsen zu bringen, die es in der Stadt auf dem Markt zu kaufen gibt. In den Gesprächen lernten sie die Erfahrungen der Bauern kennen, ihre Hoffnungen, Wünsche und Befürchtungen, ihre Sicht der Geschichte und der Revolution. Sie hatten den ausdrücklichen Auftrag, das kulturelle Erbe der Bauern zu sammeln, Geschichten, Bräuche, Lieder, die mündliche Überlieferung des Befreiungskampfes.

Es gab natürlich auch Jugendliche, die den Strapazen der Cruzada nicht gewachsen waren und „desertierten“. Aber ihre Zahl war gering.

Das Bedürfnis, Lesen und Schreiben zu lernen, war groß. Die Ankunft der Brigadisten auf dem Land wurde von den Bauern mit Musik und Festen begrüßt. Es war das erste Mal, daß Leute aus der Stadt kamen, um wirklich etwas für sie zu tun. Viele Bauern, vor allem in entlegenen Gebieten, hatten der Kampagne zunächst allerdings mißtrauisch gegenüber gestanden. Zu oft waren früher, unter Somoza, Versprechungen gemacht worden, die nie eingehalten worden waren. Manche Leute hatten daher bei der Zählung nicht zugegeben, daß sie Analphabeten waren, und kamen erst nach und nach dazu, als sie merkten, daß diesmal ernst gemacht wurde.

Ein Lehrer, der am Rio San Juan im äußersten Süden des



Gedicht der Bäuerin Natalia aus Solentiname für ihren Alphabetisator

Landes in der Koordination der Cruzada arbeitete, erzählte uns: „Der Anfang war hier sehr schwierig. Oft haben zuerst nur zwei oder drei Leute mitgemacht, die übrigen haben gewartet, was da passiert. Aber jetzt haben wir die Alphabetisierung schon mit mehr Leuten erfolgreich abgeschlossen, als wir geplant hatten – und die Cruzada ist noch nicht zuende.“

Natalia, 57 Jahre alt, von einer Insel im Nikaraguasee, frisch alphabetisiert: „Wir waren hier völlig abseits, nie haben sich Leute aus der Stadt um uns gekümmert. Jetzt sind die jungen Leute gekommen und sie sind wie meine eigenen Kinder.“ Natalia ist traurig, daß ihre Stadt-Kinder bald wieder zu ihren Stadt-Eltern zurückkehren. Einer ihrer Söhne ist im Befreiungskampf gefallen. Sie zeigt uns ihr Abschiedsgeschenk für die Brigadisten ihrer Insel: handgeschriebene Gedichte.

„Jetzt sind sie meine eigenen Kinder“

So fand durch die Alphabetisierungskampagne nicht nur ein erster Schritt der „Befreiung aus der Unwissenheit“ statt, sondern auch ein Prozeß der Verständigung zwischen Stadt und Land. Ein 17jähriges Mädchen schrieb an ihre Eltern in der Stadt: „Ich weiß, daß ich die ganze Zeit sehr gereift bin... Ich habe verstanden, daß meine Familie das ganze Volk ist, die Armen, die jahrelang betrogen und ausgebeutet wurden... Das hat mich dazu geführt, egoistische Positionen aufzugeben und auch Vorurteile, die in unserem System erzeugt wurden und in der Umgebung, in der wir aufgewachsen sind.“

Eine Alphabetisierungskampagne als Massenbewegung, wie sie in Nicaragua stattfand, ist nur unter den Bedingungen einer Revolution denkbar. Der erfolgreiche Abschluß und die eindrucksvollen „Nebenprodukte“ der Cruzada sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß zur Aufrechterhaltung und Vertiefung des Gelernten weitere große Anstrengungen erforderlich sind. Dies geschieht im Rahmen eines Programms der Erwachsenenbildung.²

Die Betreuung dieser Gruppen und die Verbreitung des Lesematerials ist in entlegenen Gebieten ein großes Problem. Eine besondere Aufgabe ist die Alphabetisierung an der Atlantikküste. Dort leben englischsprachige Schwarze und drei Indianerstämme, die weitgehend ihre eigene Sprache und Kultur erhalten haben.

Die Alphabetisierung in Spanisch erreichte in der Atlantikregion nur einen geringen Teil der Bevölkerung, und stieß teilweise auf heftige Ablehnung. Hier existieren historisch begründete, starke Vorbehalte gegen das „spanische“ Nicaragua. Die Regierung versuchte den Bedürfnissen der Minderheiten mit Alphabetisierungsprogrammen in Englisch und in Miskito, der Sprache des mit Abstand größten Indianerstammes, entgegenzukommen. Im letzten Sommer, während der Cruzada, waren die Unterrichtsmaterialien noch in Vorbereitung, es gab einige Pilot-Projekte. Im Herbst wurde dann mit der breiteren Durchführung begonnen. Für die Miskito-Sprache wurde in diesem Rahmen erstmalig eine Schriftsprache und eine Grammatik erstellt.

Anmerkungen:

- 1) Brigada, Managua, Nr. 3/1980, S. 13
- 2) Siehe Interview mit Fernando Cardenal in: Third World, Mexiko-Stadt, Nr. 6/1980

ERNESTO CARDENAL

Friedenspreisträger
des Deutschen
Buchhandels 1980



„Die Dichtung Ernesto Cardenals ist ein Gang durch die Geschichte seines Kontinents, Erinnerung an Leiden und Hoffnung der Völker und wortgewaltige Mahnung zur Liebe als dem einzigen Element der Veränderung. Sein Werk ist gegründet auf die Hoffnung an die noch nicht entfaltenen Möglichkeiten eines Menschen. Cardenal hat die Kraft eines Poeten, dessen Welterfahrung Wort wird. Er schreibt eine sinnhafte, anschauliche Dichtung, reich an Realität, keinem Dogma verpflichtet und christlich im Sinne einer Humanität, in der gesellschaftliches Engagement und Individualismus einander nicht ausschließen. Als Dichter und Priester ist er Teil der Gesellschaft der Zukunft, die – nach seinen eigenen Worten – im Keim schon überall auf der Erde existiert.“

Peter Hammer Verlag

Postfach 200415
5600 Wuppertal 2

Bitte fordern Sie unser
Gesamtverzeichnis an.

Seine Bücher im Peter Hammer Verlag

Das Evangelium der Bauern von Solentiname.

Gesamtausgabe. 680 Seiten. Leinen. DM 36,80

Die Stunde Null.

Von der Heiligkeit der Revolution/Gebet für Marilyn Monroe/Für die Indianer Amerikas/ Das Buch von der Liebe. Taschenbuchausgabe. 400 Seiten. DM 14,80 (2. Auflage)

Nationallied für Nicaragua. Drei Gedichte. Unveränderte Neuauflage; früherer Titel „Orakel über Managua“. 88 Seiten. Broschiert. DM 12,-

Psalmen.

48 Seiten. Großformat. DM 6,80 (10. Auflage)

In Kuba

Bericht von einer Reise. Mit einem Nachwort von Johann Baptist Metz.

Taschenbuchausgabe, 400 Seiten. DM 16,80

Ufer zum Frieden. Ein Meditationsbuch mit Fotos von Conrad Contzen. 64 Seiten.

Großformat. DM 19,80 (3. Auflage)

Musik, die zum Himmel steigt.

Primitive religiöse Poesie. 112 Seiten. Broschiert. DM 12,80

Unser Land mit den Menschen, die wir lieben.

Gedichte. Mit Bildern aus Solentiname und dem neuen Nicaragua.

64 Seiten. Großformat. DM 19,80

Gespräch mit Omar Torrijos Wir sind ein widerspenstiges Land



Panama, die Nahtstelle zwischen Mittel-(Kostarika) und Südamerika (Kolumbien), war früher so etwas wie die Quasikolonie der USA im karibisch-mittelamerikanischen Raum. Mit dem unter US-Regie betriebenen Panamakanalgebiet (laut Kanalvertrag von 1903) verfügte Washington über den strategischen Knotenpunkt der Region und unterhielt dort die größte Militärbasis und Ausbildungszentrale der US-Streitkräfte (Hauptquartier ihres Südkommandos) in Lateinamerika. Seit dem Aufstand der panamesischen Nationalgarde 1968 und der Errichtung einer nationalprogressiven Regierung (1972-78 unter Omar Torrijos) kam es jedoch zu gravierenden Veränderungen; darunter zu einem neuen Panamakanalvertrag (unterzeichnet 1977, in Kraft seit Oktober 1979) und zu diversen Strukturformen (zu Ablauf und Hintergründen der Ereignisse siehe AIB 1/1978, S. 30-34).

Darüber hinaus spielt Panama bei der revolutionären Zuspitzung in Mittelamerika eine aktive Rolle auf Seiten der antidiktatorischen Volkskräfte. Für die Sandinistas war es 1978/79 eine der wichtigsten äußeren Stützen überhaupt. Heute zählt die Regierung A. Royo im Kampf um El Salvador – neben Nicaragua, Mexiko und Kuba – erneut zu den regionalen Stützpfählern im Kampf für die Zurückdrängung des US-Interventionismus. In seinem ersten Interview überhaupt seit 1979 geht Omar Torrijos, weiterhin Chef der Nationalgarde Panamas, ins Detail.

FRAGE: Wie beurteilen Sie die Entwicklung in Panama in den Jahren nach Ihrem Verzicht auf Teilnahme an der Regierung?

O. TORRIJOS: Die Revolution von 1968 hatte vor allem zwei Ziele: den Kanal zurückzuerlangen und aus einem karibischen Land eine Nation zu machen. Zehn Jahre später war dies erreicht und zur Überraschung vieler veranlaßten wir



die Streitkräfte, die Regeln zu achten und beiseitezutreten. Wir gaben den Streitkräften in Panama eine neue Definition: die Streitkräfte ordnen sich der Politik unter, aber sie haben eine Aufgabe. Sie nehmen teil an einem nationalen Aufbauplan. Offiziere nehmen teil an Kursen in politischer Bildung, die von Vertretern aller politischen Richtungen abgehalten werden. (...)

Und in jenen Jahren haben wir unser Land vorangebracht. Wir haben seine Wirtschaft vorangebracht, einen Plan für das Bildungs- und Erziehungswesen entwickelt, den Menschen ein neues Verständnis von Gesundheit vermittelt – daß Gesundheit nicht das Fehlen von Krankheit ist, sondern ein Zustand allgemeinen Wohlbefindens. Gleichzeitig mit diesem Kampf um die Schaffung einer Nation haben wir Panama eine Stimme auf der internationalen Bühne gegeben. Wir haben der Welt gezeigt, daß wir nicht willens waren, den Sternen auf der US-Flagge einen weiteren hinzuzufügen.

Der Kampf um den Kanal hat sich gelohnt

Im Gegensatz zu dem, was in Peru passierte, als das Militär unter General Velasco Alvarado die Macht übernahm, haben wir uns nicht als „Regierung der Streitkräfte“ präsentiert: bei uns gab es nur einen Oberst im Kabinett – als Landwirtschaftsminister. Keine Gesellschaft wird eine Regierung stützen, die nur aus einer Gruppe besteht, seien es Priester, Journalisten, Professoren oder Militärs; denn in einer solchen Regierung gibt es keinen Austausch und keinen Kampf der Ideen, keine Kreativität.

FRAGE: Und der Kanal?

O. TORRIJOS: Wir haben die Kanalzone ohne soziale Kosten in die Geographie der nationalen Würde zurückerhalten, aber wir mußten einen gewissen Preis zahlen – an Geduld. Ich hatte im Sinn, sie dort herauszubomben...

FRAGE: Wäre das möglich gewesen?

O. TORRIJOS: Der Kanal ist so schutzlos wie ein neugeborenes Kind – sie hätten gegen den Willen unseres Volkes nichts unternehmen können – aber es wäre keine „politische“ Lösung gewesen.

FRAGE: Was sind die wirtschaftlichen Vorteile aus der Wiedergewinnung der Souveränität über den Kanal?

O. TORRIJOS: Niemand gibt seine Privilegien freiwillig auf. Der Kampf war um die Souveränität geführt worden – und er hat sich auch ausgezahlt. Vor den Verträgen bekam Panama 2 Mio Dollar pro Jahr für den Kanal, aber unsere Regierung wies das zurück, um der Welt zu zeigen, daß wir besetzt und nicht gemietet waren. Es war eine de-facto-Besetzung. Vor zehn Jahren stoppten wir die Geldannahme, aber dieses Jahr haben wir als Ergebnis der Verträge 74 Mio Dollar in bar durch den Kanal verdient. Er ist zudem eine Einkommensquelle unter verwandten Gesichtspunkten wie z.B. für Dienstleistungen, Häfen, Flughäfen und Zölle usw. an der für den Welthandel so wichtigen Stelle, wo Atlantik und

Pazifik nur 80 km auseinander liegen.

FRAGE: Kürzlich gab es hier Wahlen. Wie boten sie sich dar für Sie vom Kommando der Nationalgarde?

O. TORRIJOS: Keine Wahl ist völlig einwandfrei – es ist ein wenig Karneval, patriotischer Karneval. 19 Sitze standen zur Wahl und die Regierungspartei, die Demokratische Panamesische Partei, gewann 10 davon. Eine gute demokratische Übung. Einen der 9 Sitze der Opposition gewann die Kommunistische Partei. Das ist gut so, denn wenn die Linke eine Stimme im Parlament hat, braucht sie nicht zur Untergrundarbeit Zuflucht zu nehmen, wie in der Vergangenheit.

FRAGE: Würden Sie sagen, daß die Wahlen völlig frei waren?

O. TORRIJOS: Nun – ich weiß, wen ich gewählt habe; aber ich weiß nicht, wen meine Frau und meine Kinder gewählt haben. Was die Streitkräfte angeht, so war es das erste Mal, daß sie ohne Befehl zur Wahl gingen. Ihnen wurde gesagt: „Wählt so wie Ihr es für richtig haltet.“

FRAGE: Glauben Sie, daß die Tradition von Staatsstreich in Mittelamerika in Panama völlig überwunden ist?

O. TORRIJOS: Ja, das glaube ich. Die Streitkräfte sind jetzt ein Teil des nationalen Entwicklungsplanes und haben daher keinen Grund mehr, zur Gewalt zu greifen.

FRAGE: Wie können Sie die unabhängige Haltung Ihrer Streitkräfte für gesichert halten trotz der Tatsache, daß die militärischen Trainingslager der USA nur sozusagen um die Ecke in der Kanalzone liegen? Erklärt sich die Veränderung aus Ihrem Charisma als Führer?

O. TORRIJOS: Nein, das ist es nicht – es liegt an der Tatsache der Besetzung. Ein besetztes Land ist ein widerspenstiges Land. Und wir haben einen Widerwillen dagegen, daß uns das US-Kommando Süd stets gegen unser eigenes Volk benutzte.

Von daher hat sich eine neue Denkweise entwickelt. Sie versuchen einen zu „cocacolisieren“, einem die Identität zu nehmen. Aber nun müssen sie erkennen, daß sie die Dinge nicht mehr unter Kontrolle haben. (...)

Aber entsprechend den Verträgen (von 1977; d. Red.) werden die Trainingslager in 5 Jahren verschwinden. Ich würde sagen, es gibt keine schlechten Schulen, nur schlechte Programme, schlechte Ergebnisse.

Nikaragua – disziplinierteste aller Revolutionen!

FRAGE: Bitte sagen Sie uns etwas zur Rolle Panamas im Kampf des Volkes von Nicaragua gegen Somoza.

O. TORRIJOS: Die politische Geographie von Mittelamerika hatte einen Punkt erreicht, wo Veränderungen unvermeidbar geworden waren. Die Streitkräfte waren seit langer Zeit an der Macht und das konnte nicht so weitergehen.

Das Pentagon und das Weiße Haus erkannten das und begannen, sich von ihrer Rolle als Urheber dieser Streitkräfte zurückzuziehen. Die Jugend von Nicaragua hat sich in drei oder vier Fronten organisiert und hat den damaligen Präsidenten von Kostarika, Daniel Oduber, dazu bewegen können, ihnen Zuflucht zu gewähren. Zur gleichen Zeit gab es in zwei anderen Ländern der Region Führer, die sich mit dem Kampf des Volkes von Nicaragua identifizieren konnten: Carlos Andrés Pérez von Venezuela und mich. Ferner gab es Rodrigo Carazo von Kostarika, als dort die Regierung wechselte.

Und natürlich stand das Volk von Nicaragua völlig dahinter und opferte 50.000 Menschen. Trotz der großen Opfer war es eine sehr besonnene, die disziplinierteste aller Revolutionen. Als jeder dachte, die jungen Sandinistas würden immer radikaler werden, handelten sie ganz anders und machten eine Revolution unter Achtung der Bürgerrechte. Stellen Sie sich das vor! (...)



Die Sandinistas (l. Humberto Ortega) ehrten Omar Torrijos 1979 in Managua für seine Unterstützung ihres Befreiungskampfes

FRAGE: Gibt es nicht Druck der Nachbarländer auf die nikaraguanische Regierung?

O. TORRIJOS: Druck natürlich. Die nikaraguanische Revolution wird nicht exportiert, aber sie gibt ein Beispiel. Sie ist durchaus noch gefährdet, besonders, wenn sich die Dinge in Honduras, El Salvador und Guatemala nicht verändern. Mit einem feindlichen Nachbarn kann man leben; aber man darf nicht schlafen.

FRAGE: Sie glauben also, daß das Schicksal der Revolution in Nicaragua parallel läuft mit dem der Völker Mittelamerikas insgesamt?

O. TORRIJOS: Was in jenen Nachbarländern passiert, insbesondere in El Salvador und Guatemala, ist ziemlich entscheidend.

Für El Salvador den Dialog vermitteln

El Salvador erlebt im Augenblick einen heftigen Klassenkampf. Beide Seiten sind bewaffnet und beiden fehlen die nötigen Führer, die einen Waffenstillstand anordnen könnten. Was wir beobachten, ist krankhaftes Verbrechen. Es würde mich nicht wundern, wenn die UNO – nicht nur die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten; d. Red.) – intervenieren müßte, um einen Waffenstillstand anzuordnen. Denn die Situation dort ist sehr ernst geworden – sie entwickelt sich wie im Libanon, ein lateinamerikanischer Libanon. Und zuzulassen, daß ein Volk sich gegenseitig unterschiedslos umbringt und nichts dagegen zu unternehmen, ist gegenüber der Zukunft des amerikanischen Kontinents völlig verantwortungslos.

Aber man bemerkt wirklich mehr Organisation und mehr Wunsch nach Gesprächen auf der Linken. Panama hat im Sinne eines Dialogs mit den Streitkräften vermittelt.

Panama-Daten

Territorium: 77.082 qkm (nahezu 1/3 der Fläche der BRD)
Bevölkerung: 1,8 Mio Einwohner (1979). Etwa 2/3 der Bevölkerung sind Mestizen, 14% Afroamerikaner und Mulatten, 10% Weiße (Kreolen), 10% Indios

Hauptstadt: Panama, mit 452.360 Einwohnern (1979)

Sprache: Spanisch ist Amtssprache

Religion: 93% rechnen sich zum römisch-katholischen Glauben, 4% sind Protestanten

Währung: Balbao (B); 1 B = 0,02 DM (Stand Mai 1981)

Politisches System: Laut Verfassung von 1972 ist Panama Republik, deren Präsident als Staats- und Regierungschef in einem fungiert. Der derzeit amtierende Präsident, Dr. Aristides Royo Sanchez, wurde im Oktober 1978 von der Nationalversammlung gewählt; ab 1984 soll eine Direktwahl des Präsidenten erfolgen.

Die 1969 für aufgelöst erklärten politischen Parteien befinden sich aufgrund einer Verfassungsänderung im Jahre 1978 in einem Prozeß der Legalisierung: Revolutionär-Demokratische Partei (PRD), gegründet 1978 von Anhängern der Generals O. Torrijos zur Festigung der Massenbasis für den nationalprogressiven Reformprozeß; Breite Volksfront (FAP), gegründet 1978 als Partei der progressiven Intelligenz; Partei des Volkes Panamas (PPP), 1930 gegründete marxistisch-leninistische Partei. In einem Neuformierungsprozeß finden sich weiter sechs meist großbürgerliche Parteien, darunter die Liberale Partei, die Panama-Partei und die Sozialdemokratische Partei

Wirtschaft/Soziales: Kapitalistisches Agrarland mit sich entwickelnder Industrie. Die Landwirtschaft trägt einen 16%-Anteil zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei, der industrielle Sektor 20,6%, der Dienstleistungssektor (internationale Banken, Panamakanal!) 62,7%. Infolge des neuen Kanalvertrags mit den USA (1977) erhöhten sich seit 1979 die staatlichen Einnahmen aus dem Panamakanalbetrieb auf ca. 70 Mio Dollar jährlich. Der Großgrundbesitz wurde seit 1968 deutlich zurückgedrängt, beherrscht daher nur noch 15% der panamesischen Ackerfläche. Die Regierung Royo verfißt eine Erweiterung des staatlichen und kooperativen Sektors. Letzterer, in dem die Mittelbauern überwiegend vertreten und tonangebend sind, produziert ca. 1/3 des landwirtschaftlichen Bruttoprodukts. Die Plantagen des US-Bananenkonzerns United Brands und die gesamte Zuckerindustrie wurden verstaatlicht.

Größter Kapitalinvestor (Banken!) und Haupthandelspartner sind die USA. Wichtigste agrarische Ausfuhrüter sind Bananen, Rohrzucker, Kaffee und Kakao. Panama verfügt über reiche Fischbestände. Große Waldbestände bieten zahlreiche Nutzholzarten. An Bodenschätzen weist Panama Kupfer, Quecksilber, Bauxit, Eisen, Erdöl u.a. auf.

Panama hat trotz Schulpflicht noch immer eine Alphabetenrate von 80%. Die Arbeitslosigkeit beträgt 30%. Die jährliche Inflationsrate lag in den 70er Jahren im Schnitt bei 17%

Geschichte:

- 1501 Nach der Entdeckung durch den Spanier Bastidas wird Panama spanische Kolonie
- 1821 Unabhängigkeitserklärung und Anschluß an Großkolumbien
- 1903 Panama löst sich von Kolumbien. Neuem Staat wird von Washington der Hay-Bunau-Varilla-Vertrag aufgenötigt, der den USA für „ewige Zeiten“ Pachtrecht, Souveränität über die Kanalzone und ein Interventionsrecht in Panama zuspricht
- 1914 Eröffnung des Panamakanals
- 1964 Massaker der US-Truppen an demonstrierenden Studenten führt zu Abbruch der bilateralen Beziehungen und Forderung eines neuen Vertrages
- 1968 Staatsstreich der Nationalgarde unter Oberstleutnant Omar Torrijos. Torrijos übernimmt Leitung der Nationalgarde
- 1969 Installation kleinbürgerlich-nationalistischer Regierung unter D.B. Lakas
- 1971 Erste Enteignungen von Großgrundbesitz
- 1972 Wahlen zur Nationalversammlung bringen demokratische Mehrheit (PPP 14%), die neue Verfassung verabschiedet und General Torrijos als neuen Regierungschef mit Sondervollmachten (Kanalverhandlungen u.a.) betraut
- 1977 Torrijos und Carter unterzeichnen in Washington neuen Panamakanalvertrag, wonach Panama bis 1979 70% der Kanalzone zurückhält, restliche 30% bis 1999. Die US-Stützpunkte sind zu reduzieren
- 1978 Wahlen zur Nationalversammlung. Dr. Aristides Royo Sanchez wird neuer Regierungschef und Staatspräsident, O. Torrijos bleibt Chef der Nationalgarde
- 1979 Panama unterstützt Sandinistas beim Sturz Somozas
Neuer Panamakanal tritt am 1. Oktober in Kraft

FRAGE: Wie sehen Sie die Rolle der Christdemokraten?

O. TORRIJOS: Sie haben eine harte Zeit hinter sich. Wahr ist, daß sie um den Preis ihres Ansehens versuchen, die Rolle jener Friedenskraft zu übernehmen.

Wir können sie nicht leichten Herzens kritisieren. Alle ihre Führungskader sind ausgelöscht worden. Zumindest haben sie die Rechten dahin gebracht, bei der Vernichtung von Kadern der Linken zurückhaltender zu sein. Aber sie haben die Macht übernommen, ohne sie wirklich zu haben. Die eigentliche Macht ist in den Händen des Verteidigungsministers Oberst Guillermo Garcia.

FRAGE: Gibt es einen Teil der Streitkräfte, der gesprächsbereiter ist?

O. TORRIJOS: Die niederen Ränge neigen dazu, aber ihr Führer, Oberst Majano, ist ein Mann, der sich nie entschließt.

FRAGE: Und Panamas Vermittlung?

O. TORRIJOS: Sie zum Gespräch zu bringen – jede Seite dazu bringen, daß sie der anderen Raum zum Gespräch gibt. Panama kann sich nicht heraushalten, weil die jungen Offiziere gewisser mittelamerikanischer Streitkräfte der Nationalgarde Panamas vertrauen – auch linke Gruppen tun das. Die Linke sollte verstehen, daß die Streitkräfte existieren und die Streitkräfte sollten verstehen, daß die Linke existiert. Das Militär muß erkennen, daß eine Revolution durch keine Feuerkraft zum Schweigen gebracht werden kann; die Linke, daß zwar eine Revolution ohne die Streitkräfte gemacht werden kann, die sozialen Kosten aber hoch sind – so hoch, daß, selbst wenn man gewinnt, nur eines wirklich sicher ist, nämlich das Fehlen von Führern, denn die wichtigen Führer wären alle umgebracht worden.

Das ist in Nicaragua der Fall, wo nur ein paar Dutzend junge Leute übrig geblieben sind, die Dinge zu organisieren. Das große Problem ist im Augenblick der Mangel an Kadern.

Alles für den Sieg der Sandinistas eingesetzt

FRAGE: Während des Bürgerkriegs in Nicaragua schien es manchmal, als würden das Pentagon und Somozas Freunde eine Intervention provozieren und als könnte sich diese Intervention auf Panama ausdehnen. War das eine reale Gefahr?

O. TORRIJOS: Ja, so war es. Das Kommando Süd wurde verstärkt. Panama hatte lange Diskussionen mit dem US-Außenministerium. Carlos Andrés Pérez, Carazo und Panama machten ihnen klar, daß der Prozeß unumkehrbar war. Carter selbst rief mich an und sagte mir, ich solle meine Hände von Mittelamerika lassen.

FRAGE: Und was haben Sie geantwortet?

O. TORRIJOS: Daß wir alle unsere Hände davon lassen sollten.

FRAGE: In genau diesen Worten?

O. TORRIJOS: Genau so. Aber er war nicht zufrieden. Danach haben wir noch einige Gespräche geführt. Einmal rief er mich morgens um 5 Uhr an. Carlos Andrés Pérez und ich hatten eine Operation geplant und nach dem Gespräch wurde Carter in den Plan eingeschlossen.

FRAGE: Carter, Carlos Andrés Pérez und Sie?

O. TORRIJOS: Ja, sicher. Und wenn man einen Plan zusammen mit dem Weißen Haus macht, muß er gelingen. Die Revolution in Nicaragua wäre mit oder ohne Carter gemacht worden, aber die Zahl der Toten wäre viel größer gewesen ohne Carter.

Es gab schwierige Augenblicke. Carazo rief mich gelegentlich an und sagte: „Omar, die Schlacht ist verloren.“ Die Verluste an der Südfront und die Kriminalität von Somozas Nationalgarde waren ungeheuer. Aber genau so groß war die Kühnheit dieser Generation von Sandinistas, ohne Waffen,



Galun-Schleuse des Panamakanals

schlecht ausgerüstet und schlecht ausgebildet.

Wir wußten, wenn man einen Diktator herausfordert, der 40 Jahre an der Macht ist und so viele Mio Dollar besitzt, dann muß man alles für den Sieg einsetzen. Wenn sie verloren hätten, hätten die Folgen für Kostarika und Panama fatal sein können. Wir hatten ein besseres Gefühl, als Carlos Andrés Pérez Einheiten der venezolanischen Luftwaffe nach Kostarika und Panama verlegte.

FRAGE: Stimmt es, daß Panama aktiv wurde, um die verschiedenen Richtungen der Sandinistas zu vereinen?

O. TORRIJOS: Einige Monate vor dem Sieg brachten wir am Landsitz unserer Nationalgarde in Rio Noto, einer alten Militärbasis, alle Gruppen der Sandinistas zusammen. Wir saßen um einen Tisch und aßen zum Abschluß gemeinsam zu Abend. Vier von den 14 Kommandanten, die kamen, wurden später umgebracht. Jedesmal, wenn einer dieser jungen Leute starb, zerriß es mich. (...)

FRAGE: Wer war bei dem Treffen anwesend?

O. TORRIJOS: Tomás Borge, Edén Pastora, Dalton, die Gebrüder Ortega, Germán Pomares, Wheelock, Dora María, Kommandant „Dos“... Auch der Kommandant des Widerstandes in Managua, der in Leon starb. (...)

FRAGE: Stimmt es, daß jemand, der Ihnen sehr nahe steht, an den Kämpfen in Nikaragua teilnahm?

O. TORRIJOS: Ich habe einen Sohn, Martin, der seinen eigenen politischen Aktivitäten nachgeht. Er hat an Versorgungsoperationen von Panama aus teilgenommen. Damals war er 15.

Eines Tages fragte mich seine Mutter: „Wo ist Martin?“ Ich sagte, daß ich es nicht wußte. Das war drei Wochen vor dem Sieg. Martin war an der Südfront mit Edén Pastora.

FRAGE: Wie sehen Sie Mexikos Position im Hinblick auf Mittelamerika?

O. TORRIJOS: Mexiko wird in Mittelamerika höher geachtet, als es selbst glaubt. Es wünscht, daß jene Völker ihre Länder selbst gestalten, so daß es ihnen wirtschaftlich helfen kann.

Kostarika, Nikaragua, Panama und andere Länder kommen heute in den Genuß eines großzügigen Planes von Anleihen für die Erforschung bzw. Lokalisierung von Ersatzstoffen für

Erdöl und Wasserkraftwerke. Auch Venezuela beteiligt sich an dem Plan. Mexikos Mitarbeit auf diesem Gebiet ist sehr positiv, aber wegen seiner geopolitischen Lage kann es einschichtigerweise andere Aufgaben nicht übernehmen.

FRAGE: Wie sehen Sie die Zukunft Mittelamerikas in den 80er Jahren?

O. TORRIJOS: Der Prozeß des Wandels ist unumkehrbar, obwohl es einige vorübergehende Rückschläge geben könnte. Mittelamerika verändert sich von Tag zu Tag, und keine Macht kann das aufhalten. Die Kraft unserer Völker kann nicht eingedämmt werden. Wir müssen hart daran arbeiten, daß das Volk wohlüberlegt handelt, wenn es die Macht übernimmt – daß es Gespräche gibt.

FRAGE: Glauben Sie, daß die „Domino-Theorie“ in Mittelamerika zutrifft?

O. TORRIJOS: Die Domino-Theorie ist ein normales operatives Prinzip – aber was haben die Nordamerikaner gemacht? Sie waren gerissen genug, das Domino zu stützen, damit es sie nicht trafe, wenn eines nach dem anderen fällt. Aber ich glaube sie sind bereit, eine gewisse politische Neuordnung zu akzeptieren. (...)

(Quelle: Third World, Mexiko-Stadt, Nr. 7/1981, S. 18-22)

Commonwealth und Dritte Welt: Afrika und Karibik (gulliver 8)

192 Seiten: 15,50 DM (Stud. 12,80 DM)

Zunehmend kämpfen die englischsprachigen Gesellschaften der »Dritten Welt« um wirtschaftliche und kulturelle Eigenständigkeit.

Die Beiträge dieses Bandes umfassen — am Beispiel postkolonialer Länder Afrikas und »Westindiens« — Analysen zur Sozialstruktur, Berichte über nationale Befreiungsbewegungen und Stellungnahmen zum Status der Creole-Sprachen und ihrer Erforschung. In mehreren Aufsätzen wird die Darstellung der aktuellen kulturpolitischen Debatte in Roman und Lyrik kommentiert; eine Unterrichtseinheit zu Jamaica sowie Konferenzberichte und Rezensionen ergänzen den Themenschwerpunkt.

ARGUMENT-Verlag, Tegeler Str. 6, D-1000 Berlin 65, Tel. 030/4619061

Peter Garcia

Indios auf dem „Kriegspfad“ für ihre Rechte



Indiofrau bei der Auslese von Kaffeeirschen

Kolumbien – Heimat des legendären Indio-Königs El Dorado, des Vergoldeten. 1538 drangen die Spanier auf der Suche nach Gold in das Chibcha-Reich ein und zerschlugen es völlig. Noch bis ins 18. Jahrhundert erhoben sich die Indios auf dem Territorium des heutigen Kolumbien gegen ihre Eroberer. Und dann schien es, als hätten sie sich mit ihrem Schicksal abgefunden. Aber das neu erwachende indianische Bewußtsein hat auch an den Grenzen dieses südamerikanischen Landes nicht Halt gemacht.

Die Gesamtzahl der kolumbianischen Indios wird auf 350.000 geschätzt. Kleinere Gemeinschaften sind über das ganze Land verstreut. Über die Hälfte der Indios konzentrieren sich im Departement Cauca. Von den 850.000 Einwoh-

nern Cauca gehören ca. 210.000 den verschiedenen Indianer-Völkern an. Fast alle Indios sind in der Landwirtschaft tätig.

Ihre Lebensgewohnheiten tragen den Stempel derselben rückständigen und halbfeudalen sozialökonomischen Struktur, die auch das Leben der anderen kolumbianischen Bauern bestimmt. Neben den grundsätzlich gemeinsamen Merkmalen gibt es aber auch solche, die die Indios als eine besondere Gruppe innerhalb der Bauernschaft charakterisieren. Der Lebensstandard der Indios entspricht allgemein dem Lebensstandard der ärmeren Bauern- und Landarbeiterschichten. Nehmen wir als Beispiel das Cauca-Gebiet: 64% der Indios haben überhaupt kein Land oder zuwenig für eine eigene Existenz, 60% sind Analphabeten, 95% haben keine ärztliche Betreuung.

Landraub der Latifundistas

Daneben sind sie eigenen Formen der Unterdrückung ausgesetzt. Das bezieht sich nicht so sehr auf Rassismus: Die Vermischung der Rassen hat nach beiden Richtungen stattgefunden. Die Angriffe richten sich vor allen Dingen gegen die drei Faktoren, die den größten Anteil an der Wahrung der eigenen Identität durch die Jahrhunderte hindurch hatten: die noch aus spanischer Kolonialzeit stammenden Reservationen, die Sprache und die Cabildos (die Stammesräte).

Heute gibt es kaum noch eine intakte Reservation. Trotz urkundlich verbriefter Rechte haben Großgrundbesitzer die besten Ländereien an sich gerissen. Am Drama der letzten 30 Indianer-Familien von La Betulia wird die Skrupellosigkeit der Latifundistas besonders deutlich. Durch Landraub wurde die Ausdehnung der Reservation auf 2 ha verringert, zu wenig, um 30 Familien Nahrung zu geben. Damit nicht genug: Zusätzlich verweigern die landräuberischen Großgrundbesitzer, also die Schuldigen an ihrer Misere, den Indios jegliche Arbeit, und damit jegliche Verdienstmöglichkeiten auf ihren früheren Feldern.

Die nationalen Sprachen der Indios werden vom kolumbianischen Staat ignoriert, sowohl in den Reservationsschulen als auch in den Behörden. Es wird darauf hingezielt, beim Unterricht usw. ihre Muttersprachen durch Spanisch zu ersetzen. Auch die Missionarstätigkeit der protestantischen US-Sekten und der Kapuziner-Mönche hat die Zerstörung der eigenständigen Kultur zur Folge.

Den Einfluß der Cabildos versucht man dadurch zu schwächen oder ganz auszuschalten, daß parallel zu ihnen den politischen Strukturen Kolumbiens angepaßte Organisationen aufgebaut werden, wie z.B. die Juntas der Kommunalen Aktion.

Die Indios sind zur Verteidigung ihrer Rechte dazu übergegangen, sich auf breiterer Ebene zusammenzuschließen. Als

großes Plus für die Cauca-Indios hat sich die vor 10 Jahren erfolgte Gründung des CRIC (Regionalrat der Cauca-Indios) erwiesen, der verschiedene Völker auf regionaler Ebene zusammenfaßt.

Diese Organisation hat ein festes Kampfprogramm, dessen erster Punkt bereits verwirklicht werden konnte. Heute arbeitet kein Indio mehr für einen Hungerlohn auf den geraubten Ländereien innerhalb der Reservationsgrenzen. Die Erfüllung der zweiten Forderung ist weit schwieriger: Die Wiederherstellung des Besitzrechtes der Indios am geraubten Land. Dabei können sich die Indios auf das Gesetz 89 von 1890 berufen, mit dem die kolumbianische Regierung das Recht der Indios auf das innerhalb der Reservation gelegene Land bestätigt. Zur Erreichung ihres Zieles setzen die Indios das Kampfmittel der gewaltlosen Landnahme ein. Gewaltlos allerdings nur von ihrer Seite; die Großgrundbesitzer lassen das Militär kommen oder schicken ihre Killer.

Indiozusammenschluß auf breiter Ebene

Unmittelbare Verantwortung für die Verfolgung der Indios tragen höchste Persönlichkeiten der kolumbianischen Gesellschaft. Einer der erbittertsten Feinde des CRIC ist ein gewisser Víctor Mosquera Chaux, vom Präsidenten Turbay Ayala dazu berufen, ihn während seiner Abwesenheit in den USA zu vertreten. Der Blutzoll des CRIC für die kompromißlose Verteidigung der Indio-Rechte ist hoch: Allein 30 ermordete Führer gehen auf das Konto der Mosqueras und der mit ihnen verbündeten Latifundistas. Seit einem Jahr ist das Cauca-Gebiet außerdem noch militarisiert.

Trotzdem ist es den Indios auf diese Weise gelungen, mehr als 12.000 ha Land zurückzuerhalten. Auf dem Land wur-

den Genossenschaften gegründet. Ein weiterer Erfolg sind 25 Gemeinschaftsunternehmen und 50 Gemeinschaftsläden. Im Januar 1981 erschlugen Indios im Departamento Meta drei kolumbianische Siedler, also landlose Bauern. Potentielle Bündnisgenossen, die dieselben Feinde haben wie die Indios, die genauso arm sind. Ein Widerspruch also? Die bürgerliche Sensationspresse hat jedenfalls ihr Bestes getan, um eine Anti-Indio-Stimmung zu erzeugen.

Sicher nicht ohne Hintergedanken fördert die kolumbianische Regierung seit Jahren die Ansiedlung von landlosen Bauern auf dem Gebiet von Indianer-Reservationen. Diese Entwicklung hat ihre ideologische Entsprechung im neuen Eingeborenen-Statut (Estatuto Indigenista), das zur „Eingliederung“ der Indios in die kolumbianische Gesellschaft beitragen soll, also zur Zerschlagung der kulturell und wirtschaftlich selbständigen Indiogemeinschaften. Es ist unter diesem Aspekt zu erklären, warum besonders bei isolierten Stämmen die Erbitterung in gewaltsame Aktionen gegen die armen Siedler umschlägt.

Es handelt sich aber hier nur um Einzelfälle. Je bewußter und organisierter der Kampf der Indios ist, desto klarer werden die Gemeinsamkeiten mit den anderen unterdrückten Bevölkerungsschichten erkannt.

Der CRIC versteht sein Verhältnis zu den kolumbianischen Bauern in diesem Sinn. Wörtlich: „Der CRIC ist als indianische Bauernorganisation auf das Engste mit allen anderen Ausgebeuteten auf dem Land verbunden und unterstützt deren Kampf. Als Kolumbianer stehen wir in einer Reihe mit allen Unterdrückten des Landes.“

(Quellen: 1) Informe del CRIC al Segundo Foro por los derechos humanos, Bogotá 1980; 2) Informe sobre la situación campesina e indígena en el país, Bogotá 1980; 3) Conclusión de la Comisión Séptima sobre la situación campesina e indígena, Bogotá 1980)



Das steht u. a. in der Juli/August-Ausgabe:

- Reagans Außenpolitik
- Interview mit ehem. Pentagon-Experten Ellsberg
- Bob Marley
- 6 Seiten über die bundesweite Studentendemo in Bonn
- Degenhardt-Porträt
- Der Aufstand der Schüler
- Behindertsein in der Bundesrepublik
- Frankreich: Tendenzwende oder Strohfeuer?
- 16 Seiten Beilage: 10 Jahre Spartakus – Geschichte, Porträts, Stellungnahmen, Presse

Für 2,- DM erhältlich bei jedem Spartakisten

jetzt abonnieren!

Jeder neue Abonnent kann sich ein Buchgeschenk nach eigener Wahl aus dem Angebot der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verlage auswählen. Bis zum Preis von 14,80 DM.

denn jeder Neue

bekommt

ein Buchgeschenk



J. E. Sanchez

Interview mit Juan Emilio Sanchez ... und jetzt geht General Meza

Der bolivianische Präsident General Garcia Meza, der im Juli 1980 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war, kündigte im Mai d.J. seinen Rücktritt an. Ein Nachfolger soll von den Streitkräften bis Anfang August 1981 bestimmt werden. Versuche Mezas durch eine Kabinetttumbildung – der Innenminister und Erziehungsminister wurden durch Mitglieder der ultrarechten Banzer-Partei ADN ersetzt – seinen Kopf zu retten, fruchteten offenbar nicht. Inzwischen hat auch Expräsident General Banzer sich von Garcia Meza distanziert.

Über diese aktuellen Ereignisse und andere Fragen zum Thema Bolivien sprachen Elfi Wernz und Michael Weber für das AIB mit dem bolivianischen Generalkonsul im Widerstand, Juan Emilio Sanchez.

AIB: Herr Generalkonsul, vor einigen Monaten hatten Sie dem AIB schon einmal ein Interview gegeben (siehe AIB 5/1981, S. 34-35). Damals schilderten Sie die Schwierigkeiten, die Ihnen von seiten der bundesrepublikanischen Behörden gemacht wurden. Welche neuen Entwicklungen hat es in dieser Hinsicht gegeben?

J.E. SANCHEZ: Dank der Solidarität der politischen Parteien und insbesondere der Solidarität des Hamburger Senats und des zurückgetretenen Bürgermeisters Klose haben wir es erreicht, uns bisher mehr als 10 Monate, in denen wir die Militärdiktatur bekämpft haben, halten zu können. Wir haben die Hoffnung, daß wir das weiterhin tun können, weil wir in die demokratischen Kräfte der Bundesrepublik großes Vertrauen haben.

Unser Kampf ist gerecht: ein Kampf für das Leben, für Freiheit und Demokratie – das ist das Recht des bolivianischen Volkes. Wir würden es als sehr unmoralisch erachten, wenn bundesdeutsche Politiker mit der zynischsten Diktatur in Lateinamerika, die ihre Hände mit dem Blut des bolivianischen Volkes besudelt und einen starken Geruch nach Kokain hat, in direkte Verbindung treten würden.

Ein neues Gesicht für Reagan und die EG

AIB: Garcia Meza hat bei seiner Machtübernahme im Juli 1980 erklärt, er wolle 20 Jahre an der Macht bleiben. Nun hat es in den letzten Wochen zwei Putschversuche gegeben und General Meza hat für den 17. Juli 1981 seinen Rücktritt erklärt. Wie sehen Sie das Kräfteverhältnis in den Streitkräften?

J.E. SANCHEZ: G. Meza hatte erklärt, daß er 20 Jahre an der Macht bleiben würde, und jetzt geht er. Aber man kann den Worten der korrupten bolivianischen Militärs nicht trauen, denn die Militärdiktatur versucht mit diesen Manövern die Diktatur zu verewigen; lediglich ein neues Gesicht ist erforderlich, um von der Reagan-Regierung und den Staaten der Europäischen Gemeinschaft die Auslandsschulden noch einmal gestundet zu bekommen. Die jetzige Auslandsverschuldung hat die 5-Mrd-Dollar-Grenze erreicht.

G. Meza hatte erklärt, er wäre der Präsident des Wiederaufbaus, aber innerhalb eines Jahres hat er nichts anderes getan, als das Land zerstört. Aufgrund der letzten Wirtschaftsmaßnahmen ist das Volk vor eine sehr kritische Situation gestellt worden. Durch diese Maßnahmen wird das bolivianische Volk mehr Armut und Hunger ertragen müssen.

Die Militärs benutzen den Kommunismus als Vorwand, um das Volk zu unterdrücken. Es werden weiterhin Leute gefoltert. Im Augenblick kennt man die Liste der Toten und Verschwundenen nicht. Wir wissen, daß auch KZs existieren. Die Ausgangssperre existiert weiter von 23.00 bis 6.00 Uhr früh.

Es stimmt, daß die Streitkräfte untereinander zerstritten sind, aufgrund der persönlichen Rivalitäten. Die zuletzt stattgefundenen Putschversuche sind nicht in der Absicht gemacht worden, eine demokratische Öffnung herbeizuführen, sondern in der Absicht, eine neue Diktatur zu etablieren. Ein Großteil der Militärs will die Privilegien, die man immer gehabt hat, nicht aufgeben.

Es gibt Ausnahmen: es gibt ehrenvolle Militärs, die Demokraten sind, aber in diesem Augenblick haben sie leider keine einflußreiche Position. Die Mehrheit jedoch versucht durch schmutzige Geschäfte mit dem Kokain und durch Machtausübung eine schnelle Karriere zu machen. Die bolivianische Armee hat ihre Waffen bisher immer nur gegen die eigene Bevölkerung gerichtet, nie nach außen. Doch Bolivien bracht keine Kanonen und Panzer, sondern Pflüge und Traktoren. Wir brauchen keine Militärberater, sondern Lehrer.

Wir sind ein rebellisches Volk

AIB: Wir hören in der Bundesrepublik sehr wenig über die Widerstandsfront der oppositionellen Kräfte in Bolivien. Wie sieht Ihren Informationen zufolge die Situation in den verschiedenen Widerstandsbereichen aus?

J.E. SANCHEZ: Es ist so, daß der bolivianische Fall nicht mehr aktuell ist; es sind andere Geschehnisse, die die Aufmerksamkeit der Bevölkerung in der Bundesrepublik erwecken. Dies ist auch der Grund, warum hier über den Widerstand in Bolivien wenig informiert wird.

Das bolivianische Volk ist ein sehr rebellisches Volk. Der Widerstand wird in erster Linie in der Arbeiterbewegung organisiert, vor allem in den Bergbaugebieten. Hier wird der „passive Widerstand“ praktiziert. Dies ist der Grund für den Rückgang der Bergbauproduktion in Bolivien gewesen. Bolivien ist dadurch vom zweiten Zinnproduzenten der Welt zum vierten Erzeuger herabgesunken.

Dank der Kampfkraft der Minenarbeiter hat das bolivianische Volk viele soziale Errungenschaften durchsetzen können.

Bericht vom ASK-Lateinamerika-Seminar

Am 9./10. Mai 1981 hatte das Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) zu einem Lateinamerika-Seminar in die Fachhochschule der Frankfurter Nordweststadt eingeladen. Es kamen mehr als 100 Teilnehmer, vornehmlich Aktivisten aus der Solidaritätsbewegung.

Um einen offenen Meinungsaustausch zu gewährleisten, hatte sich das ASK im Zuge der Vorbereitung des Seminars um die Mitträgerschaft weiterer Organisationen und Initiativen bemüht. Ihre Mitwirkung hatten schließlich die folgenden Gruppierungen zugesagt: die Informationsstelle El Salvador (München), die Informationsstelle Lateinamerika (Bonn), die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, die Initiative Internationale Christliche Chile-Solidarität und das Wuppertaler Nikaragua-Büro.

Das Themenspektrum war breit gestreut. Beleuchtet werden sollten einmal neue Erscheinungen im politischen Prozeß des Kontinents in den letzten fünf Jahren, ihre sozialökonomisch-strukturellen Hintergründe und die aktuelle Explosivität des Befreiungskampfes, besonders in Mittelamerika. Zum anderen sollte eine Bestandsaufnahme der Lateinamerika-Politik der USA im Lichte der Neuorientierungen unter der Reagan-Administration versucht werden. Schließlich standen die Rolle der Bundesrepublik oder der gestiegenen Aktivität der Sozialistischen Internationale in Lateinamerika zur Diskussion, und die Aufgaben hiesiger Solidaritätsarbeit. Es versteht sich, daß in dem vorliegenden Bericht nur einige Aspekte dieser Themenpalette herausgegriffen werden können. Andere Fragen – etwa die aktuell-politische Entwicklung des Befreiungskampfes in Mittelamerika – finden derzeit ohnehin im AIB breite Berücksichtigung (siehe unsere Mittelamerika-Serie).

Diktaturen – Exekutoren eines tiefen Umbruchs

Erwähnt werden muß vor allem das von Prof. Dr. Dieter Boris gehaltene Hauptreferat, das sich mit **Aspekten der ökonomischen Entwicklung Lateinamerikas** in den 70er Jahren auseinandersetzte. D. Boris ging davon aus, daß die Heraufkunft von rechten oder faschistischen Militärdiktaturen in einer Reihe von Ländern keinesfalls nur als zufälliger Ausdruck des Ausgangs politischer Kämpfe betrachtet werden können. „Sie müssen meiner Meinung nach als die Exekutoren eines für die weitere kapitalistische Entwicklung notwendigen, tiefen Umbruchs gesehen werden, eines Umbruchs, der möglicherweise viel längerfristige Perspektiven in sich birgt, als das von vielen bislang angenommen und gewünscht worden war.“

Die Wirtschaftspolitik, die diese Regimes vor allem in Chile, Argentinien und Uruguay, in abgemildeter Form auch in Peru, Kolumbien und anderen Ländern durchführen, charakterisierte D. Boris als einen Versuch, zum „trationellen Export-Import-Modell der Periode 1880 bis 1930 zurück-



zukehren, wobei in einigen Fällen Modifikationen derart angestrebt werden, daß bestimmte ausgewählte Bereiche der verarbeitenden Industrie in das Exportsortiment der jeweiligen Länder miteinbezogen werden sollen. Zentral aber erscheint die Hauptlinie der neuen Orientierung, die nicht mehr in einer 'Entwicklung nach innen' ('Desarrollo hacia adentro') besteht, sondern in einer Konzeption des 'Desarrollo hacia afuera', d.h. einer verstärkten bzw. vollständigen Öffnung zum Weltmarkt. In der Zurücknahme protektionistischer Schranken und einem Zurückziehen des Staates aus der Ökonomie können die wesentlichen Elemente dieses neoliberalistischen Modells gesehen werden.“

Mit der Durchsetzung dieser Tendenz wird das Scheitern des „Modells“ der importsubstituierenden Industrialisierung, das seit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre für die meisten lateinamerikanischen Länder bestimmend gewesen war, offenkundig, was D. Boris an verschiedenen Momenten der Wirtschaftsentwicklung aufzeigte. Er verwies vor allem auf das permanente Handels- und Zahlungsbilanzdefizit, auf die chronische Stagnation des Agrarsektors mit ihren negativen Auswirkungen auf die Binnenmarktentwicklung, die auch aufgrund der relativ geringen Investitionsquote und relativ kapitalintensiver Investitionen in einigen Branchen nicht positiv beeinflusst werden konnte.

Vor dem Hintergrund dieser Krisenmerkmale putschten sich die Militärs an die Macht. Ihre schockartig angewandte Wirtschaftspolitik (Liberalisierung des Außenhandels, Einschränkung der Staatsausgaben, Reprivatisierung staatlicher Unternehmen, Preisliberalisierung, Reduktion der Lohnkosten durch staatliche Lohnvorgaben und Repression gegen die Arbeiterbewegung, restriktive Geld- und Kreditpolitik) hatte zunächst einmal eine weitere Vertiefung der Krise zur Folge, vor allem eine fast katastrophale Verschlechterung der Lebenslage der Massen.

Der Redner verwies allerdings auch auf die „reinigende“ Funktion dieser Konsequenzen: „Der unmittelbare Zweck dieser Maßnahmen, die kurzfristige und langfristige Verbesserung der kapitalistischen Verwertungschancen wurde auf verschiedene Weise erreicht: einmal durch die Umgruppierung und Restrukturierung des Kapitals in Richtung auf eine wachsende Zentralisierung, Konzentration und Monopolisierung; zum zweiten dadurch, daß über den Verkauf staatlicher Betriebe an Privatunternehmer zu sehr niedrigen Preisen auch hier die Ausgangsbedingungen für eine günstige Verwertung geschaffen wurden; und drittens schließlich durch die Senkung des Wertes der Arbeitskraft durch Reallohnreduktion, Verlängerung des Arbeitstages, weitgehenden Wegfall sozialer Leistungen und Sicherungen.“

Wengleich für die internationalen und nationalen Großkonzerne im Einzelfall höchst profitabel, so birgt der neue Kurs nach D. Boris dennoch gravierende Konsequenzen für die weitere widerspruchsvolle Entfaltung des abhängigen Reproduktionsprozesses der Länder Lateinamerikas. In diesem Zusammenhang verwies der Referent auf eine Tendenz zur Desindustrialisierung, vor allem in Chile und Argentinien.

Zugleich stoße das Bemühen um eine stärkere Einbindung in den Weltmarkt über eine exportindustrielle Orientierung auf Schranken, „die letztlich auf eine mangelnde und interne Verknüpfung der Industrie zurückgehen und erhebliche Teile von Inputs und Vorproduktion noch von der Einfuhr abhängig machen.“ Damit wiederum in engem Zusammenhang stehe die in letzter Zeit bei nahezu allen lateinamerikanischen Ländern zu beobachtende „Tendenz zur Passivierung der Handelsbilanz“ und zur bedrohlich angewachsenen Auslandsverschuldung. Immer stärker laufe die Entwicklung darauf hinaus, daß eine Reihe von Ländern weder in der Lage sind, ihre Importrechnungen noch ihre Schuldendienstverpflichtungen zu bezahlen.

Abschließend verwies D. Boris noch auf vier mögliche Konsequenzen für die Entwicklung der Klassenverhältnisse, die weiter studiert und untersucht werden müßten: erstens die



Nebeneinander von Slums und Konzernfilialen in Sao Paulo

Wirkung eines relativen Aufschwungs aus der Situation eines absoluten Tiefs auf die Bewußtseinslage der Werktätigen; zweitens die unmittelbaren Konsequenzen für die Konzentration und Organisierbarkeit der Arbeiterbewegung angesichts der Reduktion der städtisch-industriellen Arbeiterklasse (als Konsequenz der Desindustrialisierungstendenz), der Existenz einer großen industriellen Reservearmee und der großen Mobilität und Fluktuationen der Arbeitskräfte zwischen Sektoren und einzelnen Industriezweigen sowie der Rotation innerhalb der Betriebe; drittens gewisse Neigungen zu einer neuen Konsummentalität, die durch das bloße Vorhandensein von Luxuskonsumgütern und die schwache Aussicht, diese in einer gewissen Zukunft vielleicht einmal zu erwerben; viertens die Abschwächung solidarisch-kollektiver Verhaltensweisen und die Zunahme individualistischer Überlebensstrategien im Kampf ums schiere Überleben.

Es war zu bemerken, daß auf die hier knapp wiedergegebenen Ausführungen im Verlauf der weiteren Diskussion nur vereinzelt Bezug genommen wurde. Es ist dies wohl ein Zeichen dafür, daß es einerseits immer noch sehr große Vermittlungsschwierigkeiten der universitären sozialwissenschaftlichen Lateinamerikaanalyse (auch der linken) gibt, während andererseits für die in den letzten Jahren neu belebte Lateinamerika-Solidaritätsbewegung ein gewisser theoretischer Nachholbedarf zu registrieren ist.

Widersprüchliches zur Sozialdemokratie

Je unmittelbarer die auf dem Seminar diskutierten Themen mit der Praxis eben dieser Bewegung in Zusammenhang standen, desto lebhafter wurde auch die Debatte. Dies war z.B. der Fall im Anschluß an ein von Willi Huismann gehaltenes Referat über die Politik der Sozialistischen Internationale (SI) in Lateinamerika und die Bedingungen einer „Sozialdemokratisierung“ des Kontinents, das im Anschluß an diesen Bericht wiedergegeben ist.

So wies u.a. Rainer Falk unter Bezugnahme auf die Lateinamerikapolitik des BRD-Imperialismus darauf hin, daß die Aktivitäten der SI oder auch der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lateinamerika keinesfalls „getrennt von der offiziellen Regierungspolitik zu betrachten (sind); sie stehen vielmehr in einem arbeitsteiligen Zusammenhang“. Sicherlich seien die Perspektiven einer „Sozialdemokratisierung“ Lateinamerikas angesichts zugespitzter sozialer Widersprüche und eines eingeschränkten materiellen Spielraums nicht von vorneherein günstig, ja, eine solche Politik könne unter Umständen gewisse positive Auswirkungen auf die revolutionäre Dynamik (entgegen ihrer programmatischen Absichten) zeitigen. Dennoch gelte es bei der Analyse der heutigen Lateinamerikapolitik speziell der westdeutschen rechtssozialdemokratischen Führung zu beachten, daß diese als integrierter Bestandteil des monopolkapitalistischen Systems auch nach außen hin über die Entfaltung integrationistischer Mechanismen einen effektiven Beitrag zur Erhaltung des neokolonialistischen Systems zu leisten habe. Bleibe Effizienz im Sinne dieser neokolonialistischen Systemsicherungsfunktion aus, so gerate die sozialdemokratische Führung gleichsam in Gefahr, ihre „Attraktivität“ als eine Variante bzw. Option im Rahmen neokolonialistischer Strategien einzubüßen.

Die Diskussion über dieses komplizierte Thema zeigte, wie notwendig es ist, hier weitere theoretische und empirische Analysen anzustellen, da auch in Zukunft mit wachsenden Aktivitäten der SI zu rechnen ist. Einigkeit bestand indessen darin, daß es allzu simpel und politisch falsch sei, die sozialdemokratische Dritte-Welt-Politik lediglich als eine raffiniertere Variante imperialistischer Herrschaftsausübung zu betrachten.



Präsident Willy Brandt vor dem SI-Kongreß 1976

Willi Huismann

Die lateinamerikanische Offensive der Sozialistischen Internationale

Aus der Verflechtung der europäischen Sozialdemokratie mit dem Monopolkapital kann man nicht den Schluß ziehen, daß die Politik der Sozialdemokratie Instrument und strategische Reserve des Imperialismus ist. Trotz der Funktion einiger Mitgliederparteien der Sozialistischen Internationale (SI) als Garant des Überlebens des Kapitalismus bleibt die Grundtatsache bestehen, daß die Sozialdemokratie Teil der Arbeiterklasse und Teil der Arbeiterbewegung ist.

Als Arbeiterbewegung mit weltweitem politischen Einfluß ist die SI eine antiimperialistische Kraft, die mehrere Gesichter hat. Sie ist kein monolithischer ideologischer und politischer Block, sondern eine Sammelbewegung von Parteien und Bewegungen, die einen ideologischen Minimalkonsens gefunden haben, aber ein breites Spektrum der Arbeiter- und Befreiungsbewegung repräsentieren: von rechtssozialdemokratischen Parteien bis hin zu revolutionärdemokratischen Gruppen. Die innere Entwicklung der letzten Jahre, nicht zuletzt aufgrund der Ereignisse in Lateinamerika, geht nach links.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die SPD nach wie vor die einflußreichste Mitgliedspartei ist. Sie erbringt 60% des Finanzbudgets der SI, sie stellt den Präsidenten und sie verfügt über ein so wirkungsvolles ideologisches Instrument wie die Friedrich-Ebert-Stiftung, die allein in der internationalen Abteilung über 300 Mitarbeiter hat, die dutzende von Tochterinstituten in der Dritten Welt betreibt, die die Gründung von Parteien organisieren kann und über einen gewaltigen Haushalt verfügt, der den der SI bei weitem übersteigt. Alle diese Instrumente der SI und der SPD, aber auch

die speziellen Aktivitäten vor allem der schwedischen, der spanischen und der portugiesischen Sozialdemokratie wurden in den letzten Jahren in Lateinamerika massiert eingesetzt, um die „Sozialdemokratisierung“ des Kontinents einzuleiten.

Den imperialistischen Stallgeruch abgestreift

Nicht unerwähnt bleiben darf dabei die ideologische Zeitschrift des Demokratischen Sozialismus für Lateinamerika, die Nueva Sociedad (Neue Gesellschaft), die unter der Leitung eines Friedrich-Ebert-Stiftung-Spezialisten, Karl-Ludolf Hübner, in Caracás erscheint. Diese Zeitschrift ist zu einem der wichtigsten Organe der Diskussion in der lateinamerikanischen Linken über die Frage des Entwicklungsweges geworden, die ein breites Spektrum von Standpunkten umfaßt. Ziel der ganzen Offensive der SI ist es: Über die Sozialdemokratisierung alter bürgerlich-reformistischer Parteien, über die Kontakte zu revolutionärdemokratischen Bewegungen, über die Beeinflussung der Arbeiterklasse die gesellschaftliche Basis für einen sozialdemokratischen „Dritten Weg“ zwischen Reaktion und Kommunismus zu schaffen. Oder einfacher ausgedrückt, den Weg zu finden „zwischen Regimes von Pinochet und Videla und dem System von Castro“ (François Mitterand).

Sozialdemokratisierung ist also im Fall Lateinamerikas in der Tat ein Prozeß von außen und innen, wenn er natürlich auch nicht beim Nullpunkt anfängt: Es gibt in Lateinamerika eine lange Tradition bürgerlich-reformistischer Par-

teien und eine Tradition sozialistischer Parteien, die aber beide aus unterschiedlichen Vorbehalten heraus nichts mit der europäischen Sozialdemokratie zu tun haben wollten. Das Verhältnis hat sich seit Anfang der 70er Jahre gründlich geändert. Die Sozialdemokratie und ihre Ideologie des „demokratischen Sozialismus“ haben an Attraktivität gewonnen, was undenkbar wäre, hätte sich nicht die SI selber „reideologisiert“, den Kampfbedingungen Lateinamerikas angepaßt und sich vor allem aus der sklavischen Gefolgschaft gegenüber den USA in Fragen Kalter Krieg und in der Frage der sog. Allianz für den Fortschritt (von US-Präsident J.F. Kennedy 1961 begonnene neue Lateinamerikastrategie einer sozialreformistischen Integration; d. Red.) befreit. Die SI hat in Lateinamerika längst ihren imperialistischen Stallgeruch überwunden. Die Tatsache beispielsweise, daß die SI in Chile bis 1970 auf die Christdemokratie setzte und die Sozialistische Partei wegen ihrer Aktionseinheitspolitik verurteilte, gehört der Vergangenheit und einer überholten Strategie an.

Der neue Kurs kommt 1976 mit der Konferenz von Caracás zum Ausdruck. Auf Initiative von Willy Brandt lädt die Demokratische Aktion Venezuelas (AD) die Führer der wichtigsten Reformparteien Lateinamerikas zu einem Erfahrungsaustausch mit den wichtigsten Führern der europäischen Sozialdemokratie ein. Es geht dabei um die Entwicklungschancen und um die Analyse der Kräfte des „Demokratischen Sozialismus“ in Lateinamerika und der Karibik. Eines der Ergebnisse der Konferenz ist die Gründung einer Kontaktgruppe, bestehend aus den Parteivorsitzenden der venezolanischen AD, der mexikanischen Regierungspartei PRI, der SPD und der portugiesischen PS.

Auf dem folgenden Kongreß der SI 1977 in Genf werden die dominikanische PRD und die Partei der Nationalen Befreiung (PLN) Kostarikas Mitglieder der SI. Zwei Lateinamerikaner – Daniel Oduber und Anselmo Sule (Radikale Partei Chiles) werden zu Vizepräsidenten gewählt. Im September 1977 veranstaltet die SI in Rotterdam ihre Chile-Sonderkonferenz, auf der die Perspektiven Chiles gemeinsam mit allen Parteien der Unidad Popular diskutiert werden.

Auf einer Bürositzung im Oktober 1977 wird dann das Lateinamerikakomitee der SI gegründet, das heute wichtiges Sprachrohr der lateinamerikanischen Mitgliedsparteien ist. Im Oktober 1978 wird mit der Konferenz von Lissabon der Dialog von Caracás fortgeführt.

Auf dem XIV. Kongreß der SI 1978 in Vancouver steht die Entwicklung in Lateinamerika und die Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung im Mittelpunkt. Zwei weitere Lateinamerikaner werden zu Vizepräsidenten gewählt: Michael Manley (Jamaika) und Gonzalo Barrios (AD Venezuela).

Im März 1980 findet in der Dominikanischen Republik die erste Regionalkonferenz der SI für Lateinamerika statt, an der auch die Sandinistische Front für die Befreiung Nikaraguas (FSLN) teilnimmt. Diese Konferenz führt zu einer erhöhten Bedeutung des Lateinamerikakomitees.

Ursachen der Offensive sind zusammengefaßt:

- Im Interesse der Bewältigung der Krise des Neokolonialismus übernimmt die regierende Sozialdemokratie Europas die Funktion des weltweiten Krisenmanagers und versucht auf die Schaffung von der Neuordnung der Weltwirtschaft adäquaten gesellschaftspolitischen Modellen hinzuwirken.
- Durch die Rückschläge der revolutionären Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte der 70er Jahre, durch das Scheitern der Allianz für den Fortschritt, durch den damit verbundenen Niedergang der alten populistischen und nationalrevolutionären Bewegung Lateinamerikas entsteht eine politische Lücke, die die Sozialdemokratie füllen kann und will.

- Die Erfahrungen der SI mit ihrer entscheidenden Rolle im Demokratisierungsprozeß in Portugal, eingeschränkter auch in Spanien, ermutigt sie, dieses Vorbild als Alternative zur Revolution auch in Lateinamerika umzusetzen. „Es gibt nützliche Erfahrungen in Latein-Europa, von denen wir uns vorstellen können, daß sie in Lateinamerika zur Hoffnung Anlaß geben.“¹

- Die Wahl Willy Brandts zum Präsidenten der SI führt zu einer Umwandlung der SI in ein organisatorisch gefestigtes und schlagkräftiges politisches Instrument.

- Das Aufkommen einer bedeutenden antiimperialistischen Solidaritätsbewegung für Vietnam und für Chile in den Reihen der Sozialdemokratie, das mit einer Stärkung der linken Flügel in diesen Parteien einhergeht, drängt die SI zu einer antiimperialistischen Profilierung.

Ideologische Wandlungen: Von der Unidad Popular...

Die ideologischen Positionen der SI und der lateinamerikanischen Mitgliedsparteien zu Fragen des antiimperialistischen Kampfes sind stark beeinflusst von dem wechselvollen Geschick der revolutionären Bewegung in den letzten Jahren. Eine einschneidende Erfahrung ist auch für die SI die kurze Periode der Regierung Allende in Chile.

D. Boersner faßt die Erwartung der SI an die Unidad Popular so zusammen, daß Chile und Peru „für die sozialreformistische oder sozialrevolutionäre Linke die wichtigsten Vorbilder“ darstellen.² Mit der Kennzeichnung der UP-Regierung als „linkssozialdemokratischen Regierung“³ wird die Hoffnung der SI ausgedrückt, Allende auf ein Modell des „demokratischen Sozialismus“ im Rahmen der bürgerlichen Demokratie und unter Beibehaltung des Mehrparteiensystems festlegen zu können. In einer offiziellen Erklärung sanktioniert die SI zum ersten Mal die Zusammenarbeit einer ihrer Mitgliedsparteien (der Radikalen Partei Chiles) mit der Kommunistischen Partei auf Regierungsebene.

Auch in einer anderen zentralen Frage des antiimperialistischen Kampfes wird Neuland betreten. Auf der Beratung der SI Anfang 1973 in Santiago de Chile wird angesichts der Drohung der Konterrevolution das Recht auf Enteignung und Nationalisierung der nationalen Ressourcen ausdrücklich gutgeheißen. In dem Beschluß heißt es, „daß sich die grundlegenden Ressourcen eines Landes im nationalen Besitz befinden müssen und nicht länger eine Quelle des Profits für private Gesellschaften und Unternehmen in den reichen Ländern bleiben dürfen“.⁴

Parallel zu der chilenischen Erfahrung verläuft die Erfahrung mit der progressiven Militärregierung in Peru. Die SI akzeptiert zum ersten Mal die bedeutende Rolle, die progressive Militärs an grundlegenden gesellschaftlichen Reformen haben können.

Nach dem Putsch in Chile am 11. September 1973 verurteilt die SI diesen als „faschistischen Putsch“ und verurteilt die Rolle des US-Imperialismus bei der Putschvorbereitung. Viele Mitgliedsparteien der SI nehmen aktiv an der weltweiten Solidaritätsbewegung für Chile teil. Trotzdem gibt es auch in der Haltung zu Chile tiefe Widersprüche in der Haltung der SI-Mitgliedsparteien. Während der Regierungszeit Allende bleibt die Solidarität verbal, ohne praktische Folgen. Einzelne Parteien, wie die SPD, tragen durch die Sperrung der Entwicklungshilfe anläßlich der DDR-Anerkennung durch die UP und durch ihre negative Haltung in den internationalen Kreditinstitutionen sogar zum Sturz der Regierung Allende bei. Nach dem Putsch ist es ebenfalls die Bundesregierung, die im Gegensatz zur Labour-Regierung die Umschuldung der Junta bei den Pariser Umschuldungsver-

handlungen im Jahre 1974 durchsetzt. Übrigens in Verantwortung von Bundesminister H. Matthöfer, der ansonsten diese Junta als „Mörderbande“ bezeichnete.

Eine der Lehren der chilenischen Erfahrungen besteht auch für die Sozialdemokratie „in dem klaren Begreifen derjenigen Konservativen und Reaktionäre, die dann, wenn ein System durch ein anderes ersetzt wird, bereit sind, die Waffen zu gebrauchen, die Folter und Konzentrationslager einzusetzen... Für diese Leute verläuft die Kampflinie nicht zwischen Demokratie und Diktatur, sondern zwischen Sozialismus und Kapitalismus“.⁵

Weise gesprochen. Aber diese Erkenntnis führt keineswegs zu einer endgültigen Loslösung von reformistischen Illusionen, eher im Gegenteil. Nach der Niederlage der UP, nach der Erosion des revolutionären Experiments in Peru konzentriert die SI ihre Erwartungen auf neue, reformistische Projekte, die von Parteien in der Regierung verantwortet werden, die entweder Mitglied der SI sind oder konsultativen Status bei der SI haben: **Venezuela, Kostarika, Jamaika**, später auch die Dominikanische Republik. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die AD Venezuelas und die PLN Kostarikas keine sozialistischen Ambitionen haben, eher bürgerlich-reformistische Parteien sind. Anders die PNP Jamaikas, die eindeutig linkssozialdemokratisch ist und als Regierungspartei dann auch endgültig mit den kapitalistischen internationalen Finanzierungsinstituten bricht, als diese sie erpressen wollen.

Das Konzept dieser sozialdemokratisch orientierten Projekte ist es, „Reformmaßnahmen durchzuführen, ohne dabei allzu sehr die Interessen der in- und ausländischen besitzenden Kreise anzutasten“.⁶ Also friedliche Koexistenz mit dem Monopolkapital, soziale Reformen, keine Einkommensverbesserung der proletarischen Schichten durch Umverteilung des Reichstums, sondern durch ökonomisches Wachstum, was durch staatliche Eingriffe beschleunigt werden soll. Dazu gehört vor allem die Nationalisierung des Erdöls in Venezuela. Venezuela scheint der beste Ansatzpunkt für das sozialdemokratische Wachstums- und Vermögensbildungsmodell zu sein.

Aber alle drei genannten Regierungen scheitern bei den Wahlen und durch vorhergehende Destabilisierungsmaßnahmen des Imperialismus. Sie scheitern an der Inkonsequenz ihrer Reformen, die die Grundlagen der Ausbeutung und die Grundlagen des bürgerlichen Staatsapparates nicht begreifen. Selbst bescheidene Reformansätze werden vom Großkapital durch Kapitalflucht und Destabilisierung beantwortet. Der Spielraum für eine reformistische Variante des Kapitalismus erweist sich als zu klein. Dasselbe Schicksal wird die Regierung in der Dominikanischen Republik ereilen, die heute schon gegen die Mehrheit der eigenen, enttäuschten Partei regiert.

...zum Sandinista-Sieg in Nicaragua

Das Scheitern der sozialdemokratischen Regierungen ist für die SI ein schwerer Rückschlag, führt zu ideologischer Ratlosigkeit, aber auch zu der Suche nach anderen Alternativen, zu innerer Differenzierung, zu größerer Flexibilität gegenüber revolutionären Entwicklungswegen und schließlich auch zu einer Stärkung antiimperialistischer und linker Positionen innerhalb der Organisation.

Nachdem schon aufgrund der chilenischen Erfahrungen ideologische Konzessionen in den Fragen Aktionseinheit und Nationalisierung gemacht wurden, wird mit der Unterstützung des Befreiungskampfes in Nicaragua eine weitere heilige Kuh sozialdemokratischer Dogmen geschlachtet: der „parlamentarische“ oder „legale“ Weg zum „Demokratischen Sozialismus“. Zum ersten Mal unterstützt die SI be-

Land	Mitgliedsparteien	mit Konsultativstatus	informell liiert
Argentinien	PSP-Sozialistische Volkspartei		Radikale Bürgerunion (UZR) MPM-Monteneros
Barbados	BLP-Arbeiterpartei Barbados		
Brasilien	Arbeiterpartei Brasiliens		PTB
Bolivien			MNRI und MIR PS-MAS
Chile	PR-Radikale Partei		
Dom.Republ.	PRD-Revolutionäre Partei		
El Salvador	MNR-Nationalrevolutionäre Bewegung		
Ecuador			PID
Grenada			New Jewel (NJM) FUR, PSD und PRI
Guatemala			
Jamaika	PNP-Nationale Volkspartei		
Kostarika	PLN-Partei der Nationalen Befreiung		
Mexiko			PRI
Paraguay		PFR (Febristen)	
Venezuela		Demokratische Aktion und MEP	
Panama			PRD, PS, MID
Peru			APRA
Puerto Rico			PIP
Uruguay			Frente Amplio
Nicaragua			FSLN

dingungslos, politisch, materiell und sogar militärisch eine bewaffnete Befreiung in Lateinamerika. Das Lateinamerikakomitee erhebt diese Position in seiner Resolution vom 30.9.1980 zum Beschluß: „Wir verteidigen das Recht der Völker auf den bewaffneten Aufstand, wenn die Mittel des friedlichen Weges nicht vorhanden oder ausgeschöpft sind.“⁸

Auch als die Nationalrevolutionäre Bewegung El Salvadors (MNR), Mitgliedspartei der SI, die Regierungsjunta verläßt und sich der Befreiungsfront FDR anschließt, wird dieser Schritt von der SI unterstützt. Alle Parteien der SI stehen voll hinter den Forderungen und Kampfformen der FDR — mit Ausnahme der AD Venezuelas und der PLN Kostarikas, die beide eigene kompromißlerische Positionen erklärt haben.

Auch im Fall **Bolivien**s hat die SI sich mit der vorbehaltlosen Unterstützung des Kandidaten aller Linksparteien, Siles Zuazo, das Vertrauen der Linken erworben.

Die Suche nach Verständigung mit den revolutionären Kräften Lateinamerikas zeigt sich auch in den Bemühungen, die Kontakte zum ersten sozialistischen Land Lateinamerikas, zu Kuba, zu vertiefen. Unter anderem wurde Fidel Castro in seiner Funktion als Präsident der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zur Regionalkonferenz der SI nach Santo Domingo eingeladen. Wischniewski stimmte bei seinem Besuch im April 1981 in Havanna die Positionen der SI mit denen Kubas in Bezug auf eine politische Lösung in El Salvador ab.

Pierre Schori, Vertreter der sozialdemokratischen Partei Schwedens formuliert die neue Haltung der SI gegenüber Kuba: „Laßt uns nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen, die viele gegenüber Kuba machten, das heißt radikale Revolutionen gegen Ungerechtigkeiten und ausländische

Ausbeutung zu isolieren oder zu negieren. Wir können heute sagen, das unsere Internationale diesen Fehler im Fall Nikaragua vermied. Wir unterstützten nicht nur die Opposition gegen Somoza, sondern die Sozialdemokraten gewähren auch dem bewaffneten Kampf konkrete Solidarität. So muß unsere Solidarität sein: ohne Bedingungen und den Weg unterstützen, den die Völker selbst wählen, um ihre wirtschaftliche und politische Befreiung zu erreichen... Wir kritisieren den Mangel an politischen Freiheiten in Kuba, ja, aber wir denken nicht, daß Kuba ein Feind ist im Kampf gegen Unterentwicklung und ausländische Ausbeutung. Kuba exportiert heute seine Revolution nicht mehr in Form bärtiger Guerilleros. Kuba kann heute dagegen die Früchte seiner sozialen Revolution exportieren, d.h. Lehrer und Ärzte als Hilfe für die anderen Völker Lateinamerikas und der Karibik."9

Bedingungen für eine „Sozialdemokratisierung“ Lateinamerikas?

Die lateinamerikanische Solidaritätsbewegung mit dem Volk von Nikaragua hat zu einer neuen Qualität und zu einer nie gekannten regionalen Breite der antiimperialistischen Einheit geführt. In dieser regionalen Front für eine Demokratisierung und gegen die US-Intervention in Zentralamerika hat die sozialdemokratische Bewegung einen wichtigen Platz, gerade weil sie enge Bindungen zu Europa hat. Sie setzt ihr internationales Gewicht gegen die Kriegspläne Washingtons ein und solidarisiert sich offen mit authentisch revolutionär-demokratischen Befreiungsbewegungen, auch dann noch, wenn diese die politische Macht erobert haben, wie in Nikaragua.

Das alles als neue und raffinierte Taktik einer Agentur des Imperialismus zu betrachten, wäre undialektisch und politisch unklug. In der Wandlung der lateinamerikanischen Sozialdemokratie und der SI spiegelt sich der reale Aufschwung der kontinentalen Volksbewegung wider.

Die Frage, ob sich in Lateinamerika eine soziale und gesellschaftspolitische Entwicklung durchsetzt, die das sozialdemokratische Modell des reformierten, demokratischen Kapitalismus ermöglicht, hängt nicht von der Initiative der SI ab und auch nicht von der Option einzelner Reformpolitiker der Region. Ausgehend von einem wissenschaftlichen Reformismus-Begriff bedarf es für die massenhafte Verbreitung sozialdemokratischer Ideologie in der Arbeiterklasse objektiver Voraussetzungen:

- Die Arbeiterklasse ist die soziale Basis des Reformismus und die gesellschaftlich bestimmende Klasse geworden.
- Für das Entstehen einer breiten Arbeiteraristokratie ist zumindest ein mittleres Entwicklungsniveau der Produktivkräfte und die Existenz monopolkapitalistischer Strukturen Voraussetzung.

Nur eine kleine Anzahl von Ländern hat in Lateinamerika einen derartigen Stand der ökonomischen Entwicklung erreicht, der die Integration der Arbeiterklasse durch Umverteilung der Monopolprofite ermöglicht. Diese Länder sind vor allem: Brasilien, Mexiko, Venezuela, Argentinien und Chile. In einigen dieser Länder gibt es auch Traditionen der Sozialpartnerschaft. Gerade die Arbeiter in Monopolesellschaften sind gegenüber der Masse der Landarbeiter und der Halbproletarier relativ privilegiert. Es gibt auch eine Tradition sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaften, die in der Vergangenheit an der US-amerikanischen AFL/CIO orientiert waren. In diesen Gewerkschaften hat die Sozialdemokratie in den letzten Jahren wichtige Schlüsselpositionen erobert.

Im entwickeltsten kapitalistischen Land Lateinamerikas, in Brasilien, setzt die Sozialdemokratie große Hoffnungen auf

die Entwicklung der Brasilianischen Arbeiterpartei (PTB) zu einer sozialdemokratischen Massenpartei mit Arbeiterbasis. Die Friedrich-Ebert-Stiftung beteiligt sich aktiv an den Versuchen, verschiedene sozialdemokratische und sozialistische Gruppen in Brasilien unter dem Dach einer Partei zu vereinen, die den größten Teil der sich in Auflösung befindenden Oppositionsgruppen MDB aufnimmt.

Es gibt also in Ansätzen Bedingungen für eine Sozialdemokratisierung der Arbeiterbewegung, für eine längerfristige Klassenzusammenarbeit im Rahmen eines sich entwickelnden abhängigen Kapitalismus. Trotzdem ist nicht anzunehmen, daß sich die Geschichte der westeuropäischen Arbeiterbewegung von Anfang des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika in modifizierter Form wiederholt. Denn auch wenn es objektive Parallelen im Reifegrad des Kapitalismus gibt, gibt es keinen automatischen Prozeß der Sozialdemokratisierung. Auch in Rußland waren am Anfang des Jahrhunderts ähnliche Bedingungen für das Entstehen des Opportunismus vorhanden. Trotzdem entwickelte sich vor allem der revolutionäre Teil der Arbeiterbewegung. Wenn Rußland damals dasjenige imperialistische Land war, in dem alle ökonomischen und sozialen Widersprüche des Imperialismus am ausgeprägtesten waren, so sind es heute im Weltmaßstab diejenigen Länder Lateinamerikas, die schon eine monopolkapitalistisch bestimmte innere Struktur haben.

Dazu kommt der Hauptwiderspruch dieser Länder gegenüber dem US-Imperialismus und dazu kommt die Existenz einer Masse von Menschen – Halbproletarier, Slumbewohner, Landarbeiter –, die keinerlei Aussichten haben, irgendwann einmal in die Arbeiteraristokratie aufgenommen zu werden. Insgesamt gesehen muß auch bezweifelt werden, daß der lateinamerikanische Kapitalismus aufgrund seiner abhängigen Stellung auf dem Weltmarkt und aufgrund seiner Disproportionen überhaupt in der Lage ist, diejenigen Ressourcen zu mobilisieren, die notwendig sind, um breite Schichten der Arbeiter zu korrumpieren. Der lateinamerikanische Kapitalismus ist ein schwaches Glied in der Kette des Weltkapitalismus und wird es auch noch lange bleiben. Er hat zwar alle negativen Seiten hervorgebracht, die der Kapitalismus auf sozialem Gebiet überhaupt hervorbringen kann, ist aber gleichzeitig zu schwach, um die ökonomischen Mittel für die sozialpartnerschaftliche Integration hervorzubringen.

Neben objektive Faktoren, die eine Sozialdemokratisierung unwahrscheinlich machen, treten subjektive, die mit den



Lula, Repräsentant der brasilianischen SI-Hoffnung PTB



Venezolanischer AD-Vorsitzender und Expräsident Perez

reichen revolutionären Kämpfen in Lateinamerika zu tun haben, die zwar häufig unter kleinbürgerlich-radikalen Vorzeichen stattfanden, aber immer auch eine stark antiimperialistische Komponente aufwiesen. Ein Beweis für die mangelnde soziale Integrationsfähigkeit des Kapitalismus sind nicht zuletzt auch die gescheiterten Regierungen unter sozialdemokratischer Führung.

In den agrarisch bestimmten Ländern Lateinamerikas sind die Voraussetzungen noch schlechter: Die ökonomischen Bedingungen fehlen ganz, die Alternative scheint hier wirklich Diktatur der Oligarchie oder revolutionärdemokratische Volksmacht mit sozialistischer Orientierung zu sein. Denn trotz der Unterentwicklung der Produktivkräfte besteht in allen diesen Ländern eine allgemeine revolutionäre Krise, die ein langes Hinausschieben der angesammelten scharfen sozialen Probleme nicht erlaubt. Diese Erkenntnis hat auch für die Sozialdemokraten Konsequenzen, die sich zunehmend vor die Entscheidung gestellt sehen: Mit der Oligarchie oder mit der Revolution. Für die unterentwickelten Länder vor allem Zentralamerikas ist also ein „Dritter Weg“ noch unwahrscheinlicher.

Für eine Sozialdemokratisierung der sozialen Basis bestehen ungünstige Voraussetzungen. Anders sieht es mit der politischen Sozialdemokratisierung kleinbürgerlicher und nationalrevolutionärer Parteien aus, die eine lange Tradition des nationalen Reformismus haben und im eigentlichen Sinne des Wortes keine Arbeiterparteien sind, auch wenn sie, wie die APRA in Peru, die AD in Venezuela, oder die PRI in Mexiko die Arbeiterklasse nach wie vor ideologisch orientieren und führen. In der Phase ihres historischen Niederganges beginnen sich die populistischen und nationalrevolutionären Bewegungen von dem Vorbild USA zu lösen und sich an der internationalen Sozialdemokratie zu orientieren. So ist es kein Zufall, daß die der SI zugeordneten Parteien vor allem aus dieser Tradition kommen.

Die informell liierten Parteien sind Parteien, die an Konferenzen der SI teilgenommen haben oder ansonsten eng mit ihr zusammenarbeiten. Trotz ihres informellen Status haben sich einige dieser Parteien sehr stark auf die SI ausgerichtet (APRA Peru, PRI Mexiko oder AD Venezuela).

Die in der Liste aufgeführten kleinbürgerlich-radikalen Parteien und Bewegungen haben sich bei ihrer Orientierung auf die Sozialdemokratie oft von bürgerlich-reformistischen Positionen gelöst und sich dabei nach links entwickelt. Gleichzeitig bemühen sie sich in den 70er Jahren, ihre soziale Basis auf die Arbeiterklasse auszudehnen. Die Sozialdemokratisierung des Reformismus in Lateinamerika bedeutet de facto eine Vereinigung des bürgerlichen mit dem Sozialreformismus.

Trotz der vorhandenen Instrumentalisierungsversuche gegenüber dem Reformismus Lateinamerikas durch die Sozialdemokratie an der Regierungsmacht ist die in Lateinamerika bestimmende Richtung der Klassenaueinandersetzung die des Fortschritts. Voreilige Beurteilungen der Rolle der Sozialdemokratie in diesem Prozeß der Aufwärtsentwicklung der Volksbewegung sind gefährlich, etwa die, daß eine Stärkung der Sozialdemokratie in Lateinamerika notwendigerweise zu einer Lähmung des Schwungs der Volksbewegung führen müsse. Die Stärkung der Sozialdemokratie in gewissen Etappen des Kampfes kann auch Vergrößerung der Kampfkraft bedeuten. Die Frage ist nämlich: Auf wessen Kosten wird die Sozialdemokratie stärker, auf Kosten bürgerlicher oder auf Kosten revolutionärer Positionen?

Die sozialdemokratische Sammelbewegung ist innerhalb der Dynamik der gesellschaftlichen Prozesse in Lateinamerika in innerer Bewegung und in Bewegung auf ihre realen oder potentiellen Bündnispartner zu. Die Bewegungsrichtung dabei ist eindeutig antiimperialistisch. Die Methoden des Antiimperialismus haben den Rahmen des Verbalen längst gesprengt. Die Sozialdemokratie hat sich an wichtigen Brennpunkten des Kampfes praktisch auf die Befreiung verpflichtet.

Wie kann sie den Weg zurück antreten ohne einen gewaltigen Autoritätsverlust? Die Haltung der Sozialdemokratie darf auch nicht an Fragen gemessen werden, die heute nicht im Mittelpunkt der Klassenaueinandersetzung stehen, wie der Frage: Charakter der sozialistischen Staatsmacht oder vollständiges Eigentum des Volkes an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln. Die Frage „Faschismus oder Sozialismus“ steht heute als Frage nicht. Deshalb wird die Frage der Gestaltung des Sozialismus in Lateinamerika ein Problem der längerfristigen Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiter- und Volksbewegung sein.

Kernfragen: Antiimperialismus, antidiktatorisches Engagement

Heute sind andere strategische Aufgaben lösbar, vor allem der Hauptwiderspruch zum Imperialismus und die Niederschlagung des Faschismus und der Militärdiktatur mit dem Ziel einer fortgeschrittenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie, einer Demokratie vom Charakter der revolutionären Volksmacht. Wenn akzeptiert wird, daß Zwischenlösungen auf dem Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft notwendig sind, daß die authentisch-revolutionären Kräfte allein zu schwach sind, dann wird die Frage „Mit wem welche strategischen Aufgaben lösen?“ die Hauptfrage der Entwicklung des Kampfes. Die weitere Geschichte Lateinamerikas wird diese Frage endgültig beantworten. Aber alles scheint darauf hinzudeuten, daß die Sozialdemokratie in Lateinamerika in Lebensfragen der Region eine gemeinsame Sprache mit den Revolutionären findet und daß sie so, und nur so, ihre Bedeutung als politische Bewegung erhöhen kann.

Anmerkungen:

- 1) W. Brandt, Eröffnung der Lateinamerikakonferenz. Lissabon, 30. September 1978, Redemanuskript, S. 23
- 2) D. Boerscher, Zum Beispiel Chile und Peru, in: Neue Gesellschaft, Bonn, Nr. 8/1971, S. 428
- 3) Ebenda
- 4) W. Kowalski u.a., Die Sozialistische Internationale, Berlin 1977, S. 251
- 5) H. Matthöfer, in: Nueva Sociedad, Caracas, Januar-Februar 1975, S. 67
- 6) H.U. Bünger, in: Neue Gesellschaft, Nr. 8/1974, S. 665/666
- 7) Siehe Länderanalysen in: AIB 3/1979 (zu Venezuela), AIB 6/1981 (zu Kostarika) und AIB 1/1981 (zu Jamaika)
- 8) In: Nueva Sociedad, Nr. 50/1980, S. 213
- 9) Ebenda, Nr. 48/1980, S. 123

Heinrich Werner

Thesen zur Rolle der Kirche im lateinamerikanischen Befreiungsprozeß

1. Kein anderer Kontinent ist so stark und eindeutig von einem Glaubensbekenntnis geprägt wie Lateinamerika: mehr als 90% der Bevölkerung sind Katholiken. (Die protestantischen Kirchen Lateinamerikas spielen eine geringe Rolle. Es handelt sich bei ihnen im wesentlichen entweder um Einwandererkirchen oder um Ableger US-amerikanischer Missionstätigkeit.)

2. Die katholische Kirche Lateinamerikas hat seit einigen Jahren ihre traditionelle Rolle, die bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse ideologisch abzusichern bzw. von ihnen zu profitieren aufs Ganze gesehen aufgegeben. Sie reagierte damit auf die gesellschaftliche Bewußtwerdung der gläubigen Kirchenmitglieder auch aus den unteren sozialen Schichten.

3. Die veränderte Bewußtseinslage in der lateinamerikanischen Kirche ist eine Folge der Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte, die ihre Verschärfung durch das Anwachsen nationaler Befreiungsbewegungen seit dem Ende des 2. Weltkriegs erfahren hat. Die aktuelle Lage wird als Ausbeutung durch die multinationalen Konzerne erfahren, die ihren Hauptsitz in den USA haben und von jeweiligen nationalen Oligarchien als Nutznießer unterstützt werden. Die Verarmung und Verelendung breiter Massen der Bevölkerung wird als Folge dieses Ausgeliefertseins an in- und ausländische Ausbeuter erlebt.

4. Unter dem Druck der Verhältnisse besinnen sich die bewußten Christen unter den lateinamerikanischen Katholiken auf die Wurzeln ihres Glaubens. Sie haben die Botschaft des Evangeliums, die auf Gerechtigkeit und Freiheit von Ausbeutung zielt, neu entdeckt und wollen sie in die Praxis umsetzen. Der Anstoß von marxistischen und sozialistischen Gruppierungen hat sie dazu geführt, von den eigenen Wurzeln aus im Bündnis auch mit anderen Kräften gegen die institutionalisierte Gewalt anzugehen und nach einer Gesellschaft der Gerechtigkeit und Freiheit zu suchen.

5. Das gilt selbstverständlich nicht für alle Teile der katholischen Kirche in Lateinamerika. Vielmehr ist ein weitgefächerter Differenzierungsprozeß zu beobachten. Dabei geht das Spektrum etwa von dem Erzbischof von Bogotá, Muñoz Duque, der zugleich General ist, bis hin zu dem Mönch Ernesto Cardenal, bekanntlich Kulturminister der Sandinistischen Regierung Nikaraguas.

Dabei ist jedoch zu konstatieren, daß der Einfluß der reaktionären Kräfte in der lateinamerikanischen Kirche an Bedeutung verliert. So ist es ihnen – trotz gewaltiger Kraftanstrengung – nicht gelungen, bei der letzten lateinamerikanischen Bischofskonferenz (Anfang 1979) in Puebla die Ergebnisse der vorangegangenen in Medellín (1968) in ihrem Sinne zu revidieren. Vielmehr hat die Konferenz von Puebla die Ergebnisse von Medellín festgeschrieben und konkretisiert. Das zielt auf die Parteinahme der Kirche für die Entrechteten und Ausgebeuteten.

Die Folge ist, daß in einer Reihe lateinamerikanischer Länder, in denen Militärregimes herrschen, die Kirche die einzige „legale“ Stimme der Unterdrückten ist. Deshalb wird die Kirche, insbesondere der niedere Klerus, auch immer stärker zu einem Angriffsziel der Reaktion. (Bis hin zum Mord an Erzbischof Romero in El Salvador.)

6. Die Kraft dieser Bewegung ist nicht in erster Linie abhängig von der Haltung der jeweiligen Bischöfe usw. Die Dyna-



mik dieser christlichen Befreiungsbewegung entwickelt sich vielmehr aus einer breiten Basisbewegung, in der sich Christen in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich zusammenfinden, um in der Auseinandersetzung mit der christlichen Botschaft ihre eigene Lage zu bestimmen und von daher Wege der Veränderung zu gehen. Es ist keine Bewegung von Intellektuellen oder sonstigen Randgruppen. Es ist eine Volksbewegung.

7. Europäische Solidaritätsbewegungen müssen sich mit dieser lateinamerikanischen Gegebenheit auseinandersetzen – besser gesagt: sie haben diese Bedingungen im lateinamerikanischen Befreiungsprozeß zu akzeptieren.

Bestimmte, auch kirchliche, Kräfte in unserem Land haben die Bedeutung der Entwicklung wohl erkannt; sie tun alles, um sie zu bremsen oder gar zurückzuentwickeln. Die These von der „marxistischen Unterwanderung“ kirchlicher Bewegungen hat hier eine wichtige Funktion. Finanzielle und ideologische („theologische“) Einflußnahme ist an der Tagesordnung.

8. In Lateinamerika sind christliche und nichtchristliche Initiativen zur Befreiung vielleicht zu unterscheiden, aber nicht zu trennen. Sie haben das gleiche Ziel und den gleichen Gegner.

In der Solidaritätsbewegung in der BRD muß selbstverständlich das gleiche Prinzip gelten.

Jürgen Ostrowsky

„Gebt den Kampf nicht auf!“ Bob Marley, Reggae und der Rastafari-Mythos

Am 11. Mai dieses Jahres starb, 36jährig, an einer unheilbaren Krankheit Bob Marley, Star der Superlative des Musik-Business, Kultfigur einer Nation und der Anhänger der Reggae-Musik.

Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß Bob Marley der bislang größte Star der sog. Dritten Welt gewesen ist. Die Feier seiner Beisetzung füllte das Nationalstadion in Kingston, Jamaika. Der erzkonservative Premierminister Edward Seaga¹ nutzte die Stunde um seiner Popularität voran zu verhelfen und leitete die Trauerfeier.

Bob Marley hat wesentlichen Anteil daran, daß der Reggae, der sich in den späten 60er Jahren zur jetzigen Form entwickelte, heute eine der populärsten modernen Musikformen – und ein gewaltiges Geschäft ist.

Die Ursprünge des Reggae lassen sich auf afrikanische Musiktraditionen der Sklaven auf Jamaika, auf Tanzmusikspielweisen wie den „Ska“ der frühen 60er Jahre, unterschiedliche Calypso-Formen sowie nicht zuletzt auf Anleihen aus dem US-amerikanischen Rhythm & Blues zurückführen. Das Wort Reggae selber bleibt hinsichtlich seiner Herkunft im Dunkel. Mal wird es auf das englische „ragamuffin“ zurückgeführt (was soviel wie „zerlumpter Kerl“, „Straßenrowdy“ bedeutet), mal auf die Verbindung mit den „einfachen“ (im



Reggae-Idol Bob Marley

jamaikanischen kreolischen Dialekt auf Englisch und zahlreichen afrikanischen Wörtern und Wendungen „regular“) Menschen.

Toots Hibbert von der Gruppe Toots and the Maytals: „Reggae bedeutet von den Menschen kommend, verstehen Sie? Wie eine alltägliche Sache. Wie aus dem Getto. Von der Mehrheit. Eine Alltagsangelegenheit, die die Leute wie Essen verwenden – wir tun bloß Musik dazu und machen einen Tanz daraus. Reggae bedeutet einfache Menschen, die leiden und nicht haben, was sie verlangen.“²

Reggae ist Volks-Musik im besten Sinn. Tag und Nacht ertönt aus Transistor-Radios in den Slum-Vorstädten der überbevölkerten Hauptstadt Kingston (ca. 700.000 Einwohner bei einer Gesamtbevölkerung Jamaikas von etwa 2,2 Mio) der typische meist schleppende, vom kraftvollen Baß-Rhythmus dominierte Klang; zahllose Jugendliche versuchen sich als Sänger und Instrumentalisten in der Hoffnung durch Schallplattenaufnahmen aus ihrer Elendssituation entfliehen zu können.

Reggae – die Musik der Slums, Gettos...

Reggae ist die Musik der Gettos und Slums, in welchen die Mehrheit der zu 90% von afrikanischen Sklaven abstammenden Bevölkerung in einem Kreislauf aus Arbeitslosigkeit, sozialer Not und Kriminalität lebt. Insbesondere unter den jugendlichen Kriminellen, den „rude boys“ – vergleichbar z.B. den „Tsotsis“ in den schwarzen Gettos des rassistischen Südafrika, aber auch Jugendlichen-Banden in den Slums von New York (Harlem) oder Los Angeles (Watts) und London (Brixton, wo im Frühjahr 1981 soziale Spannungen zur Revolte der dort lebenden jamaikanischen Einwanderer führten) – fand der Reggae in den 60er Jahren begeisterte Aufnahme. Reggae ist Musik der Revolte und Rebellion und „outlaw“-Musik. Bob Marleys „I shot the sheriff“ („Ich erschoss den Sheriff“) z.B. geht auf diesen Zusammenhang zurück.

Wie derzeit keine andere populäre Musik ist der Reggae damit Träger kollektiver Empfindungen – Frustration der Unterdrückten und Ausgebeuteten, Enttäuschungen und Verzweifeln, Haß, aber auch von Hoffnungen –, vergleichbar damit, wenn auch nur entfernt, den Spirituals und dem Blues als der Musik der Sklaven und ihrer Nachfahren in den USA.

In ihren Themen ähneln sie sich teilweise: Liebe und Bürgerlichkeit bilden häufige Motive der Reggae-Texte; Gewalt und Frieden, Elend und Rebellion sowie schließlich als ein Kernthema „Afrika“ kehren immer wieder. Damit ist deutlich, daß Reggae weitaus mehr ist als nur eine weitere Pop-Modewelle – so wie auch Bob Marley nicht nur „Star“, sondern zugleich Prediger, Verkünder einer Sache war.

Reggae ist Musik der Auflehnung gegen die unerträglichen sozialen Verhältnisse und die Ideologie dieser Auflehnung ist die der Rastafari-Bewegung, der „Rasta-men“. „Organisa-

torisch" ist die Bewegung der Rastafarier schwer faßbar, ihre auf etwa 75.000 geschätzte Anhängerzahl gehört keiner festen Organisation an. Selbst äußerliche Kennzeichen, die als solche der Rastafarier bezeichnet wurden, sind keineswegs allgemein verbindlich.

Die Entstehung der Rastafari-Bewegung geht auf die Jahre um 1930 zurück – weltweit die Zeit der Weltwirtschaftskrise – und ist verbunden mit zwei Namen. Der erste ist der des gebürtigen schwarzen Jamaikaners Marcus Garvey, der ab 1916 in den USA – anknüpfend an schwarze Theoretiker der USA wie Booker T. Washington – Forderungen zur Emanzipation der Schwarzen proklamierte wie die Förderung von Kleinkapitalien, „self reliance“ (etwa: Bewältigung der gesellschaftlichen Prozesse aus eigenen Mitteln) und zu diesem Zweck gar die Bildung von separaten Enklaven-Republiken der Schwarzen in den USA mit eigener Armee usw. Den nachhaltigsten Einfluß seiner Ideen übte jedoch die im Gefolge der von ihm aufgegriffenen Forderung „Afrika den Afrikanern!“ entwickelte These und Prophezeiung aus, die Nachfahren der Millionen schwarzer Sklaven in der neuen Welt würden in ihre wahre Heimat Afrika zurückkehren – allein dort sei ihre wirkliche Befreiung erreichbar – und dieser Tag des „Exodus“, des Auszuges ins „gelobte Land“ entsprechend der Bibel also (Titel auch eines Bob-Marley-Songs), werde kommen, wenn in Afrika ein schwarzer König gekrönt werde.

Diese Prophezeiung schien sich zu erfüllen am 2. November 1930. An diesem Tag wurde in Äthiopien Ras Tafari Makonnen zum Kaiser gekrönt und nahm den Titel Haile Selassie I. an sowie die Bezeichnungen „Löwe von Juda“ und „König der Könige“ („Negus Negesti“). In ihm erblickten Anhänger Garveys den angekündigten Messias, den Sendboten Gottes, in Äthiopien das Ziel der Rückkehr (wobei Äthiopien vielfach für Afrika überhaupt steht). Die äthiopischen Farben (Grün-Gold-Rot) wurden zu denen der Rastafarier, die ihren Namen aus dem Vornamen Makonnens herleiteten.

Äthiopien wurde zum Identifikationspunkt, Haile Selassie zur Verkörperung des Messias, „Jah“ in der eigentümlichen Sprache der Rastafarier (nach dem hebräischen Jahwe für Gott) ungeachtet der sozialen und politischen Realitäten, ungeachtet der Tatsache, daß mit Haile Selassie ein Despot regierte, dessen Verantwortung für den Hungertod von Hunderttausenden Äthiopiern 1974 Anlaß zu seinem Sturz war.

Rastafari: Blick aufs „gelobte“ Afrika

Die Gründe hierfür sind dennoch ersichtlich. Äthiopien ist das einzige schwarzafrikanische Land, das niemals Kolonie war. Die Mehrheitsreligion des Landes ist das koptische Christentum, die Sippe der Makonnen leitet ihren Ursprung vom jüdischen Herrscher Salomon und der Königin von Saba (Sheba) ab. Die Sklavennachfahren auf Jamaika sind ihrerseits seit etwa dem späten 18. Jahrhundert großteils Anhänger von Missionskirchen und „afro-christlichen“ Kulturen, die meist auf einer einfachen und fundamentalistischen Bibelauslegung (vor allem des Alten Testaments) beruhen. Unter diesen nimmt die Auffassung breiten Raum ein, an die Stelle des gegenwärtigen Elends werde das „(tausendjährige) Reich Gottes“ treten, wie es in der Offenbarung Johannis prophezeit wurde – weshalb derartige Bewegungen als „Millenarismus“ (damit verwandt „Chiliasmus“) bezeichnet werden. Hauptgrund der Anziehungskraft des Mottos „zurück nach Afrika“ freilich ist der Umstand, daß den verschleppten Sklaven und ihren Nachfahren erstmals eine Identifikationsmöglichkeit gegeben wurde, daß mit dem Hinweis auf die kulturelle Tradition Afrikas erstmals ein Gefühl des Stolzes und des Selbstbewußtseins in den ihrer



Äthopiens Haile Selassie – „Messias“ der Rastafarier

Identität durch den Kolonialismus Beraubten entstehen konnte. Ein Besuch Haile Selassies in Jamaika 1966 wurde folgerichtig zu einem Triumphzug.

Die „Ideologie“ der Rastafari-Bewegung ist in wenigen Worten beschrieben. „Programmatische“ Aussagen sind kaum vorhanden, in Liedtexten und individuellen Äußerungen findet sich vielfach ein geradezu abenteuerlich-krauses Weltbild, dessen Fixpunkte freilich die teils historischen, teils mythischen Themen namentlich des Alten Testaments sind. Gemäß ihrer Verheißung gilt den Anhängern der Rastafari-Bewegung Jamaika als „Babylon“, sie selbst – die Schwarzen insgesamt – sind die dorthin verschleppten „Israeliten“. Beide Begriffe tauchen auch immer wieder in Liedtexten auf. Meinte „Babylon“ – ursprünglich die Gefangenschaft eines Teils des jüdischen Volkes dort – in der Bibel später vor allem Rom, das Römische Reich, so steht es für die Rastafarier für das „System“ Jamaikas (Bob Marley: „Babylon System“): Gewalt, Polizeiwillkür, Korruption, Elend, Unterdrückung. In dieser „Knechtschaft“ harren die „Kinder Israels“ („children of Jah“) der Befreiung und Rückführung ins eigene, „unserer Väter Land“, des „Exodus“ (2. Buch Mosis) also zum „Berg Zion“ (=Afrika) durch den ersehnten Messias.

In der Verkündung dieser Botschaft sehen die Rastafarier eine Hauptaufgabe. Bob Marley in einem Interview: „Wir alle sind Christenmenschen; eine Botschaft zu verkünden haben wir alle, und das können wir nicht zurückhalten.“³ Allerdings ist der Glaube an die reale Rückkehr nach Afrika im Rückgang begriffen,⁴ der Begriff „Afrika“ wurde mehr zum Symbol für eine geistige Heimat. Obwohl eine politisch kämpferische Praxis der Rastafari-Bewegung nicht erkenn-

bar ist, nimmt neben der Thematik des „Exodus“ usw. die Beschreibung der realen Situation auf Jamaika und die Formulierung militanter Rebellionslosungen breiten Raum ein. Am berühmtesten wurde Peter Tosh's Komposition (interpretiert von Bob Marley) „Get up, stand up“ („Erhebt euch, steht auf“). Und auch bezüglich Afrikas werden Texte häufiger, die konkrete Solidarität ausdrücken – z.B. Bob Marleys „Zimbabwe“.

In der Rastafari-„Ideologie“ stehen neben der eher mystischen Religiosität Elemente politischen Engagements. Diese Zwiespältigkeit ergibt sich aus der Existenz einer Heilserwartungsbewegung („millenaristisch“), welche die Rastafari-Bewegung ihrem Wesen nach ist, in einer spezifischen historischen Situation eines Dritte-Welt-Landes wie Jamaika.

Heilserwartungsbewegungen – meist in Form von Sekten – traten in allen Klassengesellschaften Europas und des vordeutschen Orients (und in ihren Religionen) immer wieder auf. Typisch für sie ist die religiöse Verkleidung zumeist sehr irdischer, weltlicher Beweggründe und Ziele, die in den materiellen/sozialen Verhältnissen, und zwar der Verelendeten, Versklavten und Unterdrückten zu suchen sind. Insbesondere in Situationen des sozialen Umbruchs – und damit der Zuspitzung von Klassengegensätzen – bildeten sich Bewegungen, die statt der Befreiung auf Erden diejenige im Jenseits propagierten, vor allem aber die konkrete Lage der Erniedrigung und Armut mit der Utopie einer besseren Welt konfrontierten.

Als eine solche Sekte zunächst der Ärmsten entstand auch das Christentum unter der römischen Herrschaft. Daß es an die Stelle zahlloser anderer Kulte usw. treten konnte, verdankte es der Tatsache, daß es zum einen keinerlei Kastenbildung bei der Ausübung der Religion kannte (im Unterschied zum Priestertum anderer, schließlich auch der jüdischen Religion(en)), zum anderen eben diese traditionellen Religionen usw. durch die Eroberung durch Rom und durch die Zerstörung der sozialen Grundlagen ihre Basis verloren. Das Christentum entwickelte sich vor allem als Religion in der „Diaspora“ (der Zerstreuung eines Volkes in alle Welt) und nach dem Scheitern mehrerer Aufstände des jüdischen Volkes gegen die römischen Eroberer.

Eine vergleichbare Situation – Verschleppung und Zerstreuung, Zerstörung der traditionellen Gesellschaften – bestand und besteht für die Afroamerikaner, also die Sklaven und ihre Nachfahren auch auf Jamaika. Unter ihnen nahm der Einfluß teilweise rückwärts gewandter, „romantischer“ Theorien wie schließlich diejenige Garveys vor allem nach dem Scheitern großer Aufstände der Sklaven und ihrer formell freien Nachfahren 1831 und 1865 zu.

Der Aufstieg der Rastafari-Bewegung fällt vor allem in die Zeit nach dem 2. Weltkrieg, als Jamaika – bis dahin ein

reiner Agrarstaat (Zuckerrohr, Rum, Bananen) – nach der Erschließung gewaltiger Bauxit-Vorkommen sich zu einem von der Bergbauindustrie dominierten Land entwickelte und die Landflucht rasant zunahm – mit den in der Dritten Welt vorherrschenden Folgen: Slumbildung, Massenarbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit, Gettokriminalität. Der Rastafari-Kult heutiger Prägung ist teilweise die Jamaika spezifische „Antwort“ auf diese Bedingungen (verschärfend kommt hinzu die Enttäuschung der Massen nach der Unabhängigkeit des Landes; vgl. Anmerkung 1).

Jamaikas Rasta-men stehen damit keineswegs allein. Vergleichbare Erscheinungen prägen auch das Bild sowohl der „Black Power“-Bewegung in den USA in den 60er Jahren (so taucht auch dort die Losung „zurück nach Afrika“ auf, bildete diese aber auch einen wichtigen Markstein für die Entwicklung eines neuen Selbstbewußtseins der Schwarzen,⁵ als auch bestimmter Teile der „Bewegung des schwarzen Selbstbewußtseins“ („Black Consciousness Movement“) in Südafrika.

„Erhebt Euch, steht auf!“

Jamaikas Rastafari-Bewegung und ihre Musik, der überwiegende Teil der Reggae, sind bei allen Zwiespältigkeiten und fragwürdigen Elementen Ausdruck einer Auflehnung, deren spezifische Züge nicht zuletzt durch das Fehlen einer wirklichen Alternative – einer revolutionären Bewegung – gekennzeichnet sind. Dennoch finden sich in ihr Elemente revolutionärer Ideologie – und sei es in der Form der Utopie, die stets auch Bestandteil revolutionärer Bewegungen sind. Zwar dominieren die Momente, die Ausdruck der Lage verelendeter, subproletarischer Bevölkerungsschichten sind, und vermischen sich mit kleinbürgerlich-nationalistischen Auffassungen, die anzeigen, daß auch Angehörige dieser und sogar der Schichten des Bürgertums inzwischen Anhänger des Rasta-Kultes sind.

Dennoch stellt der Reggae nach wie vor in erster Linie eine Musik der Rebellion dar, ist er realistische Musik, wo er sich mit den Verhältnissen in Jamaika befaßt, geprägt vom Zorn gegen die Verhältnisse und die Unterdrücker (letzteres kommt z.B. in Gedichten von Rastafari-Poeten wie Sam Brown zum Ausdruck). Die Widersprüchlichkeiten zu erkennen und kritisch aufzunehmen darf nicht dazu führen, zu verkennen, daß der Reggae eine wichtige musikalische Form des Ausdrucks von Auflehnung und Hoffnung in großen Teilen der Dritten Welt darstellt. Als auf der Karibikinsel Grenada das reaktionäre Regime gestürzt wurde, spielte der von der Revolutionären eingenommene Rundfunksender den ganzen Tag lang Reggae-Musik.

Bob Marleys Version von „Get up, stand up“ ist in ihren Aussagen eindeutig:

„Man kann einige Menschen einige Zeit täuschen
aber nicht alle Menschen alle Zeit
und nun, da wir das Licht sehen
stehen wir auf und kämpfen.
Erhebt euch, steht auf
steht auf für eure Rechte
erhebt euch, steht auf
gebt den Kampf nicht auf!“

Anmerkungen:

- 1) Zur Entwicklung Jamaikas in der jüngeren Zeit siehe: AIB 1/1981, S. 12-14
- 2) Nach: S. Davis/P. Simon, Reggae Bloodlines. In Search Of The Music And Culture Of Jamaica, London 1979, S. 17
- 3) Interview mit Bob Marley, Westdeutscher Rundfunk, 3. Programm, 22.8.1980
- 4) Vgl.: L.E. Barrett, The Rastafarians, Kingston – London 1979, S. 238
- 5) Vgl. hierzu AIB 2/1980, S. 23



„Rasta-men“ auf Jamaika

Vom 26.-30. April 1981 fand in Havanna/Kuba der 2. Kongreß der „Vereinigung der Ökonomen der Dritten Welt“ statt, dessen Eröffnungsrede der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro hielt. Die Vereinigung wurde im Februar 1976 in Algier auf Anregung des verstorbenen Houari Boumediene gegründet und hat sich seither zu einem Zentrum des progressiven wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Denkens entwickelt. Während die Teilnehmerzahl noch auf dem 1. Kongreß in Algier nur etwas mehr als 200 betrug, kamen in Havanna etwa 650 Ökonomen und Soziologen aus 102 Ländern sowie weitere 400 Wirtschaftswissenschaftler zusammen.

Das Selbstverständnis der Vereinigung ergibt sich daraus, daß in ihr dem Statut zufolge all jene Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler Mitglied werden können, „die sich tief und persönlich dem revolutionären Prozeß der Befreiung und Verteidigung ihrer Völker sowie der Durchführung der Strategie zur Erlangung ihrer politischen Unabhängigkeit und zur Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung — die die Negation der gegenwärtigen imperialistischen Arbeitsteilung ist — verpflichtet fühlen“. Dies macht auch für progressive Wissenschaftler aus entwickelten kapitalistischen und sozialistischen Ländern die Mitarbeit in der Organisation möglich. „Wo immer wir auch arbeiten“, formulierten die Kongreßteilnehmer in ihrer Allgemeinen Erklärung in Havanna, „wir müssen die Wege und Methoden zur wahren Entwicklung unserer Völker ausfindig machen und vorantreiben. Der einzige Weg dies zu erreichen, besteht darin, an den Kämpfen der Arbeiter und Bauern, der breiten Volksmassen teilzunehmen, so daß sich unser wissenschaftliches Denken im Einklang mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten der Dritten Welt befindet.“ Es versteht sich, daß sich dieses Wissenschaftsdenken radikal von jenen bürgerlichen Ansätzen unterscheidet, die sich mehr oder weniger an den kurz- oder langfristigen Erfordernissen neokolonialistischer Herrschaftssicherung orientieren. „Sei es durch die Trugbilder der Interdependenz oder durch die Konstruktion nicht vorhandener gegenseitiger Interessen zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten“, so heißt es in der Erklärung von Havanna weiter, „der Imperialismus verfolgt lediglich seinen traditionellen Weg... Gegenwärtig gibt es Versuche — die sich graduell unterscheiden, aber alle der gleichen Absicht folgen — der Dritten Welt angeblich geeignete Modelle zur Überwindung der Rückständigkeit und der Unterentwicklung anzubieten. Eines davon ist die Anwendung ultraliberaler Wirtschaftspolitiken monetaristischer Art, die in der Praxis die Unterordnung der Wirtschaften dieser Länder unter die Diktate der transnationalen Konzerne bedeuten.“

Im Mittelpunkt der Diskussion standen in Havanna die Auswirkungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise auf die Länder der Dritten Welt. In Arbeitsgruppen und Rundtischgesprächen wurden ferne die akuten Fragen der Entwicklung und des Kampfes um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung diskutiert. Besonderes Gewicht wurde dabei auf den unauflösbaren Zusammenhang zwischen demokratischen Umgestaltungen im weltwirtschaftlichen Bereich und radikalen Strukturveränderungen im Innern der Entwicklungsländer gelegt.

Der Nobelpreisträger und schwedische Ökonom Gunnar Myrdal, wohl der prominenteste westliche Teilnehmer an dem Forum in Havanna unterstrich dies neben vielen anderen: „Was die Dritte Welt tun muß, ist, für strukturelle Veränderungen zu kämpfen, derer unterentwickelte Länder heute bedürfen; zu kämpfen für die Hebung des Bildungsstands, darum, das Nationaleinkommen gleicher zu verteilen, Agrarreformen durchzuführen und die öffentliche Gesundheitsversorgung auszubauen; kurz: zu kämpfen für eine wahrhaftige ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung und gegen die Transnationalen sowie gegen die Vorherrschaftspolitik der westlichen Mächte.“ Und G. Myrdal war auch nicht der Einzige, der konkretisierte, wie dieses Konzept zu verwirklichen sei: „Wenn mich jemand fragte, wo es Entwicklungserfolge gegeben hat, würde ich ihm sagen: Schauen Sie auf Kuba.“

Rede Fidel Castros auf dem 2. Kongreß der Vereinigung der Dritte-Welt-Ökonomen Das Dilemma unserer Zeit

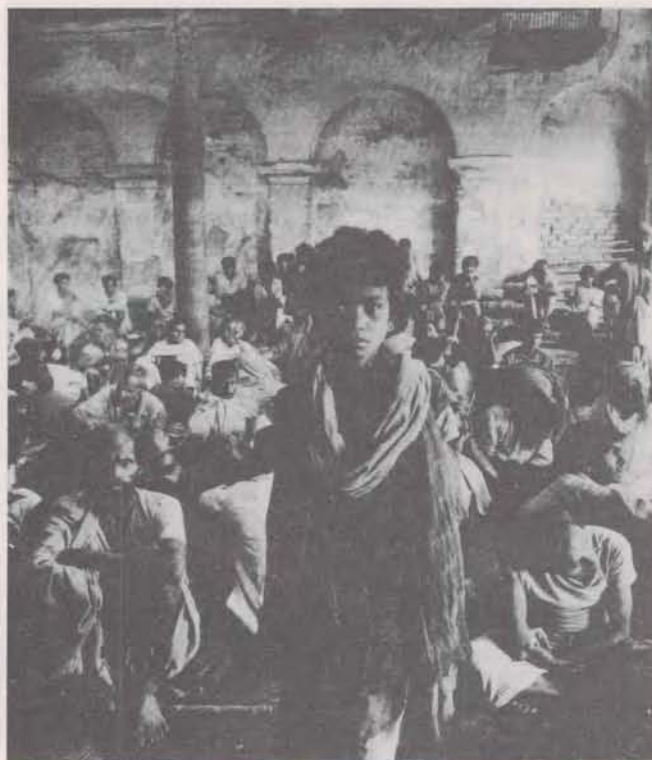
(...) Wir müssen die Erfahrungen aller Völker, die sich selbst von imperialistischer Vorherrschaft und kolonialer Unterdrückung befreit haben, berücksichtigen, unser eigenes Denken entwickeln und uns frei machen von der pseudowissenschaftlichen Bevormundung durch direkte oder indirekte Vertreter der transnationalen Monopole.

In der letzten Dekade entstand die Theorie des sog. Nord-Süd-Dialogs. Ihr zufolge verhandelt der wohlhabende Norden mit dem verelendeten, verarmten und rückständigen Süden.

Die Nord-Süd-Theorie will verschleiern

Es ist nicht schwer zu erkennen, daß geographische Begriffe das Wesen der Beziehungen zwischen jenen Ländern verschleiern sollen, die große Reichtümer besitzen, und denen, die dieser beraubt wurden. All das dient dazu, die Vergangenheit vergessen zu machen, die Gegenwart zu entstellen und die Zukunft in rosigen Farben zu malen.

Einige sind darum bemüht, den Begriff „Norden“ auf die sozialistischen Länder auszudehnen, die mit kolonialen, neokolonialen und imperialistischen Praktiken weder etwas zu tun hatten noch haben. Für uns ist „der Norden“ vollkommen gleichbedeutend mit den früheren Kolonialländern, die — allgemein gesagt — zu neokolonialistischen und imperialistischen Praktiken übergegangen sind und noch immer



Slum in Bombay, symptomatisch für das Massenelend in Indien

die Wirtschaften vieler Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika – dem symbolischen Süden natürlich – beherrschen.

Die sozialistischen Länder verfügen weder über transnationale Unternehmen noch besitzen sie Rohstoffquellen, Öllagerstätten oder Fabriken jenseits ihrer Grenzen. Kein einziges sozialistisches Land beutet einen Arbeiter oder Bauern in einem anderen Land aus. Die Wahrheit über den Nord-Süd-Dialog besteht darin, daß der Norden über ökonomische Macht verfügt, die sich in seiner entwickelten Industrie, seinen großen finanziellen Reserven und seiner Kontrolle der fortgeschrittenen Technologien manifestiert, während der Süden – allgemein gesagt – über beträchtliche Mengen von Rohstoffen und billiger Arbeitskraft verfügt, aber außerordentlich stark bei den Finanzinstitutionen des Nordens verschuldet ist.

Die Wirtschaftskrise des Kapitalismus ist jetzt in eine chronische Phase getreten. Seit 1973 hat sich die Situation noch weiter verschlechtert, und es gibt kein Anzeichen dafür, daß die Probleme kleiner werden oder gar verschwinden.

Die Wirtschaften der entwickelten kapitalistischen Länder bieten ein Bild der Stagnation. Ihre gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate lag 1980, verglichen mit 1979, bei nur 1%. So geht ihr wirtschaftlicher Abschwung weiter.

Die Inflation, das andere allgegenwärtige Phänomen, stieg nach den Angaben der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 1980 auf 13,9%. Die gleichen Symptome dauern gegenwärtig an. Die Arbeitslosigkeit – eine wirtschaftliche Tatsache und ein soziales Gebrechen gleichermaßen – wurde zu einem Massenphänomen. Über 5% der Arbeitskräfte in diesen Ländern sind ohne Arbeit, und ein großer Teil, der in den offiziellen Statistiken nicht auftaucht, arbeitet nur zeitweilig oder saisonal. (...)

In scharfem Kontrast dazu erwirtschaften die transnationalen Monopole wachsende Dividenden und akkumulieren beeindruckende Finanzmittel. Lassen Sie uns einige Zahlen aus der offiziellen internationalen Literatur, in diesem Fall der UNCTAD, nennen.

Z.B. betrug die Gesamtsumme der Direktinvestitionen dieser Monopole in der Periode 1970-78 42.000 Mio Dollar. Im selben Zeitraum führten die transnationalen Unternehmen 100.218 Mio Dollar als repatriierte Profite in ihre Heimatländer zurück. Das bedeutet, daß während der betreffenden Periode für jeden neuen Dollar, der in den unterentwickelten Ländern investiert wurde, im Durchschnitt 2,4 Dollar in Form repatriierter Profite herausgezogen wurde.

Raub der Transnationalen an der Dritten Welt

Während derselben Periode stiegen die US-Investitionen in der Dritten Welt auf 8.701 Mio Dollar, und nach ihren Angaben wurden 39.685 Mio Dollar als Profite retransferiert. Das bedeutet für die US-Zahlungsbilanz durchschnittlich ein Plus von 4,5 Dollar für jeden in den unterentwickelten Ländern neuinvestierten Dollar.

Es kann festgestellt werden, daß der Löwenanteil, der an die US-Konzerne geht, 40% der gesamten Monopolprofite beträgt. Mehr noch, die Rentabilität des US-Kapitals war nahezu doppelt so hoch wie die des Kapitals ähnlicher Unternehmen anderer Länder.

Transnationale üben eine beeindruckende Kontrolle über den Rohstoffhandel aus. Sie vermarkten 50-60% bei Zucker und Phosphaten, 70-75% bei Bananen, Reis, Gummi und Rohöl, 75-80% bei Zinn, 85-90% bei Kakao, Tee, Kaffee, Tabak, Weizen, Baumwolle, Jute, Nutzholz und Kupfer, 90-95% bei Eisenerz und Bauxit.

Eine korrekte Wirtschafts- und Sozialpolitik muß den Men-

schen in den Mittelpunkt stellen und sich auf ihn konzentrieren. Wenn die Politik diese Prinzipien nicht beachtet, wird es keine Entwicklung, ja nicht einmal Frieden geben. In vielen unserer Länder ist es wesentlich, daß die Verhältnisse auf dem Land umgestaltet werden. Vielerorts blieben archaisch-feudale Fesseln und imperialistische Vorherrschaft erhalten, und die Landgüter sind im Besitz nationaler oder transnationaler Monopole. Das Land muß denen gehören, die es bebauen, seien sie Landarbeiter in Staatsfarmen, Genossenschaftsbauern oder Einzelbauern, die die Arbeit anderer nicht ausbeuten. In vielen unserer Länder, wo die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land lebt, bedeutet eine Agrarreform oder -revolution, Millionen von Menschen ein neues Leben zu geben, die notwendigen Nahrungsmittel und Rohstoffe zu produzieren und den einheimischen Markt zu erweitern, was seinerseits den industriellen Fortschritt voranbringt. Es kann keine wirtschaftliche und soziale Befreiung geben ohne die Befreiung der ländlichen Massen und ohne die Beseitigung der traditionellen Produktionsverhältnisse auf dem Land.

Entwicklung bedeutet auch Industrialisierung. Aber wir müssen uns fragen, welche Art der Industrialisierung? Es ist überflüssig zu erwähnen, daß die Errichtung von Industrien lange Zeit in Anspruch nimmt, besonders wenn es diversifizierte Industrien sind. Jedes Land hat und wird seine eigene Industrialisierungspolitik verfolgen. Das hängt von wirtschaftlichen, sozialen und Bildungsfaktoren ab.

Nein zur neokolonialen Scheinindustrialisierung!

Wenn wir von Industrialisierung in Entwicklungsländern sprechen, kommt die Rede sofort auf „industrielle Verlagerungen“. Dies ist ein raffinierter Schachzug und bedeutet, daß große Transnationale darüber zu befinden haben, wo die Industrialisierung vorangetrieben wird, während die neokolonialen Bindungen in den Ländern, in die verlagert wird, noch enger und auf diese Weise die „Privatinitiative“ gestärkt wird.

Über Verlagerungen wird eine bestimmte Art neuer internationaler Arbeitsteilung errichtet, die den rückständigen Süden in einen Standort von Industrien verwandelt, die von relativ niedrigem technologischen Niveau und besonders arbeitsintensiv sind, sowie von Industrien, deren Schäden für die Umwelt von den Völkern der betreffenden Metropolen nicht länger toleriert werden. Auf diese Art und Weise wird vor allem die im Überfluß vorhandene billige Arbeitskraft ausgebeutet. Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan usw. sind konkrete Beispiele dieser deformierten Scheinindustrialisierung. Das ist natürlich nicht die Industrialisierung, die wir anstreben.

Um Zugang zu den modernen Methoden der Produktion und zu den wichtigsten fortgeschrittenen Technologien zu bekommen, ist es unverzichtbar, Männer und Frauen auszubilden, die mit ihnen arbeiten können, ihr Wissen auf eben diesen Gebieten zu heben und sie mit der nötigen sozialen, patriotischen und internationalistischen Bewußtheit auszustatten. Diese muß sie sowohl dazu befähigen, nationale wirtschaftliche und soziale Projekte auszuführen, als auch dazu, zur Entwicklung der Unterprivilegierten, die an den Folgen der kolonialen Vergangenheit noch akuter zu leiden haben, beizutragen. (...)

Wenn die Entscheidungsgewalt eines Staates und einer Gesellschaft nicht in der Hand der großen Mehrheit der Werktätigen liegt, wird keine dieser Voraussetzungen für die Entwicklung zu verwirklichen sein. Die Art der sozialökonomischen Politik, die wir brauchen, kann nur von einer politischen Führung verfolgt werden, die die tatsächlichen Interessen des arbeitenden Volkes vertritt.

Es ist illusorisch zu glauben, daß die lokalen politischen Vertreter der transnationalen Oligarchien und der feudalen Ausbeuterminderheiten diese Schritte in Richtung auf eine Veränderung unternehmen würden. Deshalb ist die Demokratisierung die Hauptvoraussetzung für jeden Wandel und die Entfaltung des Entwicklungswillens. Die politische Macht muß aus der Hand einiger weniger in die Hände der schöpferischen Mehrheiten übergehen. Und dies beinhaltet offensichtlich auch, der Diskriminierung der Frauen und dem nicht zu tolerierenden Übel der Rassendiskriminierung ein Ende zu setzen. (...)

Jahrzehntlang und besonders in den letzten Monaten strapazieren die Vertreter der internationalen Reaktion die Theorie, daß Revolutionen das Resultat hinterlistiger Manöver gewisser internationaler Agenturen seien. Schenkt man diesen Vertretern Glauben, so sind diese Agenturen so geschickt, daß ihnen das Wunder gelungen ist, Millionen zur Revolte zu bringen und ganze Völker davon zu überzeugen, gegen Unterdrückung Widerstand zu leisten, und zwar entgegen ihrer ureigensten nationalen und sozialen Bestrebungen, gegen Hunger, Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit und Unwissenheit zu kämpfen. Diese lächerlichen Erklärungen werden endlos wiederholt.

Aber wer von Ihnen, den Ökonomen und Soziologen der Dritten Welt, die Sie so gut informiert sind über Ihre Länder und Regionen, könnte diesen imperialistischen Fabeln über die Ursachen nationaler Befreiungskriege und Revolutionen Glauben schenken und würde diese nicht als gerechte Antwort unserer Völker auf die permanente Verletzung der elementarsten und geheiligsten Rechte der menschlichen Gesellschaften ansehen?

Wenn wir ein klares Bild von der harten Realität in den sog. Dritte-Welt-Ländern bekommen wollen, reicht es, darauf hinzuweisen, daß die Weltbevölkerung jetzt fast 4,4 Mrd Menschen zählt, wovon 75% in den unterentwickelten Ländern leben.

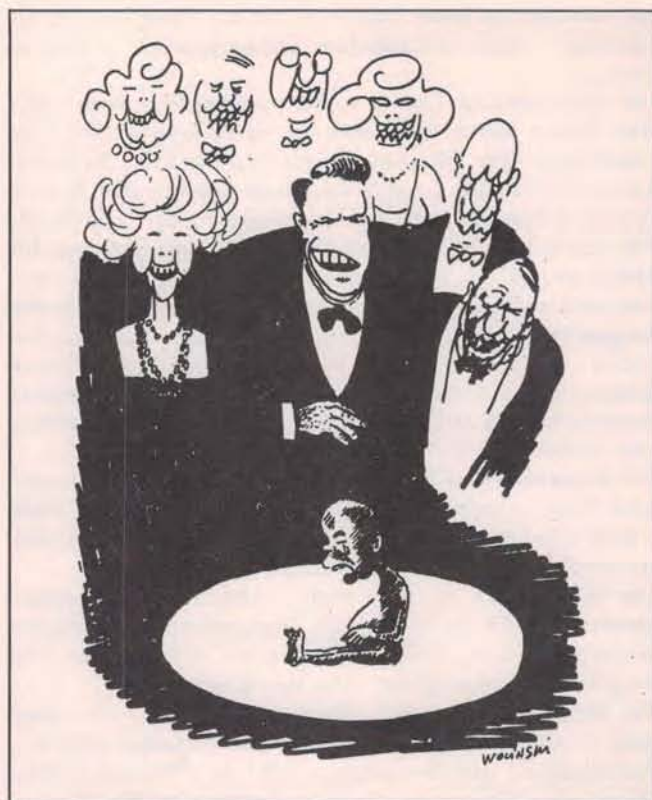
Die Kluft wird immer größer

Gleichwohl verfügen die entwickelten Länder, in denen 25% der Weltbevölkerung leben, über 83% des Bruttosozialprodukts der Welt. Sie verbrauchen 75% der Energie und 70% des Getreides. In diesen Ländern sind 92% des gesamten Industriepotentials und 95% der technologischen Mittel der Erde konzentriert. Sie verbrauchen bis zu 89% der insgesamt auf der Welt für Zwecke der Erziehung ausgegebenen Geldmittel.

Der Pro-Kopf-Verbrauch an tierischen Proteinen ist in den entwickelten Ländern achtmal höher als in den Entwicklungsländern. Zwischen 400 und 500 Mio Menschen in den unterentwickelten Ländern leiden an Hunger. Und wir dürfen nicht vergessen, daß die Weltbevölkerung bis in 20 Jahren – in anderen Worten: bis zum Ende dieses Jahrhunderts – auf 6,5 Mrd angewachsen sein wird, von denen dann 80% in den heute unterentwickelten Ländern leben werden. Und die Kluft ist weit davon entfernt geringer zu werden, sie wird immer größer.

Die Vermarktung dieser Produkte bringt immense Profite; Zehntausende von Millionen fließen in die Taschen der Transnationalen, während die unterentwickelten Länder nur noch mehr beraubt und dekapitalisiert werden.

Die Intensivierung der Konzentration, Zentralisation und Internationalisierung des transnationalen Kapitals in den letzten 20 Jahren hatte eine außerordentliche Stärkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zur Folge, d.h. der Vereinigung der großen Monopole mit dem Staatsapparat der kapitalistischen Länder. Die allgemeine Politik dieser Staaten, und besonders die Wirtschaftspolitik, wird auf der



Basis der Interessen dieser Monopole formuliert.

Ein herausragendes Beispiel ist die Festsetzung der Preise für Rohstoffe durch diese Monopole in den unterentwickelten Ländern, die den ungleichen Handel, die Hauptursache für die Verschuldung dieser Länder, weiter vertiefen. Die unterentwickelten Länder werden durch diesen ungerechten Handel weiterhin ausgeplündert. Auf der anderen Seite burden die entwickelten kapitalistischen Länder durch den Verkauf ihrer Industrieprodukte zu inflationären Preisen der Dritten Welt auch die steigenden Energiekosten auf. Solche Handelsbeziehungen stellen einen Teufelskreis dar, aus dem es unter den gegenwärtigen Bedingungen kein Entkommen gibt. (...)

In den letzten Jahren ist das Bedürfnis nach einer **Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung** noch dringlicher geworden, wenn auch die Meinungen nicht in allen Einzelfragen einheitlich sind. Gleichwohl sollte das Wesen dieser neuen Ordnung darin bestehen, unsere Länder in die Lage zu versetzen, echte ökonomische Unabhängigkeit zu erreichen und solche materiellen und geistigen Voraussetzungen zu schaffen, unter denen der Lebensstandard der Bevölkerung entsprechend den gegenwärtigen wissenschaftlichen und technologischen Errungenschaften angehoben werden könnte.

Weil wir das Modell der überentwickelten Gesellschaften, der sog. Konsumgesellschaften, zurückweisen – das im Grunde genommen oberflächlich, verschwenderisch und absolut ungeeignet für die Dritte Welt ist – müssen wir zu dem Schluß kommen, unsere eigenen Gesellschaften auf der Basis der Arbeit und der sozialen Gleichheit zu schaffen.

Ich glaube, wir alle stimmen darin überein, daß – zuallererst – die natürlichen Ressourcen unserer Länder der Nation gehören und dem Volk dienen müssen.

Zweitens muß der Handel mit den entwickelten kapitalistischen Ländern oder der Austausch dieser Ressourcen gegen ihre Industrieprodukte zu fairen Bedingungen, die ungleiche Behandlung und ungleichen Handel ausschließen, erfolgen, damit die gegenwärtige Verschlechterung der Terms of Trade (Mißverhältnis von Export- und Importgüterpreisen; d. Red.) gestoppt wird.

Bei einer früheren Gelegenheit sagte ich, daß es keinen Frieden ohne Entwicklung geben könnte. Das bedeutet, daß der

Kampf für Frieden Kampf für die Entwicklung ist und daß es keinen Frieden und keine Entwicklung geben kann ohne die breiteste Zusammenarbeit zwischen allen Nationen, auf der Basis der Achtung für die freie Entscheidung eines jeden Volkes bei der Wahl des Gesellschaftssystems, in dem es leben möchte. (...)

Wenn die Völker in den unterentwickelten Ländern nicht für die Entwicklung arbeiten, wird es keine Entwicklung geben. Entwicklung ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine soziale Angelegenheit. Es kann eine verzerrte oder abhängige Entwicklung geben, aber sie dient weder diesem Ziel, noch führt sie zu den gewünschten Ergebnissen.

Entwicklungsmodelle – eine soziale Angelegenheit

Das sind die Konsequenzen aus Jahrhunderten kolonialer, imperialistischer und neokolonialistischer Ausbeutung. (...) Viele schätzen die nächsten beiden Dekaden als den Zeitraum ein, der für die Zukunft der Menschheit von lebenswichtiger Bedeutung ist. Ohne zu dramatisieren oder in Katastrophenprophezeiungen zu verfallen, können wir angesichts der Tatsachen und der Zahlen sagen, daß die Zukunft höchst ungewiß ist und uns Katastrophen drohen könnten, sollte der gegenwärtige Kurs beibehalten werden. Diese Katastrophen würden sicherlich für die Armen am schlimmsten werden, aber auch die Länder des wohlhabenden Nordens würden ganz sicher ihre schrecklichen Folgen zu spüren bekommen.

Die Welt von heute hat ihr Gesicht verändert. Die internationalen Verbindungen sind unauflösbar geworden. Kein Land kann sich dem entziehen; kein Problem auf diesem Gebiet kann mehr von einem ausschließlich nationalen Standpunkt untersucht werden. Die Wirtschaft wurde internationalisiert, und dieser Trend schreitet in schnellem Tempo voran. In der unmittelbar vor uns liegenden Zukunft und auch später wird man keine Lösungen finden, wenn man diese Voraussetzungen nicht beachtet. Das ist die Wahrheit, und diese wird mehr und mehr von jenen anerkannt, die sich mit sozial-ökonomischen und politischen Problemen beschäftigen.

Wir leben in einer Zeit des demokratischen Kampfes im Kontext der weltweiten Zusammenarbeit zwischen den Nationen. Es gibt keine andere gültige oder rationale Alternative. Jede dem entgegengesetzte Politik führt zu einem Weltkrieg, dessen vorhersehbarer Ausgang in der Vernichtung tausender von Millionen Bewohner dieses Planeten und in der Zerstörung der meisten Zentren der Zivilisation und der heutigen Produktivkräfte bestehen würde. Science-Fiction-Schriftsteller könnten vielleicht vorhersehen, wie das Leben der Menschheit nach einer solchen Entwicklung aussähe. Deshalb glauben wir, daß eine Lösung der gegenwärtigen Übel der Dritten Welt nicht aus Halbheiten bestehen kann. Geeignete und umfassende Maßnahmen müssen ergriffen werden. Es handelt sich nicht nur um Währungs-, finanzielle, kommerzielle Probleme oder Probleme im Zusammenhang mit energetischen, bevölkerungsmäßigen, ökologischen oder Umweltfaktoren; noch sind diese ausschließlich durch sozialökonomische und politische Veränderungen verursacht. Sie bilden ein integriertes Ganzes, das in seiner Gesamtheit eingeschätzt werden sollte. Dieses Ganze muß darüber hinaus innerhalb des Rahmens der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit dem Rest der Welt gesehen werden.

Das ist das Dilemma unserer Zeit, bei dessen Lösung wir alle helfen müssen. Weiterführende Konzepte, diskussionswürdige Ideen, die Formulierung angemessener Thesen und Theorien stellen einen sehr effektiven Beitrag zur Öffnung des Weges zum Fortschritt dar. (...)

(Quelle: Granma. Weekly Review, Havanna, 10.5.1981)

Zeitschriftenschau

Forum, Nr. 42/Juni 1981

Diskussion: Kaffee-Aktion zu El Salvador, Guatemala-Kaffee der GEPA, Lebensstil • Magazin: Ökologie contra Sozialismus, Kolumbien, Indio-Organisation MITKA im Kreuzfeuer • Koordination: Pharma-Brief, Frauen in der Dritten Welt, Kampuchea • Zeitschriften, Neuerscheinungen, Rezensionen, Kleinanzeigen
Einzelpreis 3 DM, Abo 12 DM bzw 20 DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Lateinamerika Anders, Nr. 15/März 1981

Surinam: Schwierigkeiten nach 300 Jahren Kolonialherrschaft • Jamaika: Wahlsieg der Konservativen • Grenada: Zusammenfassung neuerer Berichte • Haiti: Haitis Sklaven befreien sich selbst; Unterdrückung und Flüchtlingsprobleme • Paraguay: Vertreibung der Toba-Maskoy-Indianer • Die „neue internationale Informations- und Kommunikationsordnung“ • Buchbesprechungen • Aus der Solidaritätsbewegung • Zeitschriftenschau • Gedicht aus Bluefields
Einzelpreis 3 DM, Abo 12 DM
Bezug: IGLA, Münzwardeinstr. 2, A-1060 Wien

Paraguay-Rundbrief, Nr. 28/Februar 1981

Die letzten Monate des Anastasio Somoza • Der Tod Somozas und seine Auswirkungen • Materialliste für Schule und Öffentlichkeitsarbeit • Presseecho • Meldungen • Meinungen • Leserbriefe und Diskussion
Einzelpreis 2 DM, Abo 10 DM
Bezug: Inge Gräfe, Sandbergstr. 45, 6100 Darmstadt

blätter des iz3w, Nr. 92/März 1981

Themenschwerpunkt: China nach Maos Tod – Die Entwicklung der letzten sechs Jahre • Nachrichten und Berichte: Iran – Der Krieg bedroht die Versorgung • BRD-Waffenexporte • El Salvador – das Zuckerbrot zur Peitsche • Chile – Todesstrafe für politische Gefangene gefordert • Frauen in Nicaragua
Einzelpreis 4 DM, Abo 25 DM bzw. 35 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

ila-info, Nr. 46/Juni 1981

Haiti: Ein Volk befreit sich und kann sich doch nicht erheben • Belize, ein Land am Rande der Welt • Argentinien: Zwei bittere Anklagen • VW do Brasil: Weitere 5000 Entlassungen zu erwarten • Chile: Kann das noch lange so weiter gehen? • Mexiko: Seine verschiedenen Gesichter • Ländernachrichten: Bolivien, El Salvador, Guatemala, Kolumbien, Peru • Berichte aus der Lateinamerika-Solidaritätsbewegung
Einzelpreis 2,50 DM, Abo 25 bzw. 30 oder 35 DM

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 93/Mai 1981

Nicaragua: Ein Elektriker erzählt; Nicaragua und die Menschenrechte; „Die marxistische Gefahr in Mittelamerika“ (Studie der US-Heritage-Stiftung); Bücher für Nicaragua • Bolivien: Gerangel um die Macht • Brasilien: Attentatswelle; Neuer Prozeß gegen Gewerkschafter; Gewalt auf dem Land • Chile: Christdemokratie verurteilt Gewalt gegen Pinochet; Die Gurus der „freien“ Gesellschaft • Belize: Auf dem Weg zur Unabhängigkeit • Grenada: Weitere US-Destabilisierungsmaßnahmen • Kolumbien: 6. Kongreß der CRIC • El Salvador: Wirtschaftskrise stärkt Oligarchie; Projekt Morazan; Interview mit Guillermo Ungo • Kostarika: IWF-Politik und Arbeitskämpfe: Religiöse Subversion oder subversive Religion • Guatemala: Ein Brief aus Guatemala
Einzelpreis 3 DM, Abo 35 DM
Bezug: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

Nicaragua Aktuell, Nr. 12/Juni 1981

Militärische Aggression gegen Nicaragua • Somoza-Söldner in den USA • Interview mit Philip Agee • Auch Kostarika braucht seine Revolution • 20 Jahre Aggression gegen Kuba • Solidaritätsarbeit • Buch- und Filmbesprechungen • Kurzmeldungen • Zeitschriften
Einzelpreis 2 DM, Abo 12 bzw. 20 DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Vor 10 Jahren: Numeiris „Abrechnung“ im Sudan



Kontrahenten Hashim al-Atta (l.) und Gafaar al-Numeiri

Khartum, Hauptstadt des Sudan, 19. Juli 1971: Eine Gruppe linksgerichteter Offiziere unter Führung von Major Hashim el-Atta beginnt einen unblutigen Putsch gegen das Regime General Gafaar el-Numeiris. Die Leichtigkeit der Verhaftung Numeiris, die spontane Massenunterstützung in der Hauptstadt wiegen die Aufständischen in allzu großer Sicherheit. Numeiri kann sich am 22. Juli 1971 befreien. Libysche Jagdflugzeuge kapern ein britisches Linienflugzeug, und Oberst Ghaddafi läßt zwei Passagiere, die Mitglieder des neuen Revolutionäres Babiker an-Nur und Osman Hamadalla, an Numeiri ausliefern. Ägyptische Transportmaschinen befördern 2000 sudanesisch Fallschirmjäger vom Suezkanal nach Khartum.

Am Abend des 22. Juli 1971 ist die Erhebung niedergeschlagen. Numeiri ruft über Radio Omdurman zur „Jagd auf alle Kommunisten“ (Der Spiegel, Nr. 31/1971), die angeblichen Urheber des Putsches auf.

Numeiris Abrechnung ist ein Blutbad. Innerhalb weniger Tage werden die Putschführer sowie die prominenten Kommunisten Abdel Khalik Mahgoub (Generalsekretär der KP Sudans), Shafia Ahmad al-Sheik (Vorsitzender des Sudanesischen Gewerkschaftsbundes) und Joseph Garang (Minister für die südlichen Landesteile) und mindestens 20 weitere angebliche Verschwörer in unwürdigen Blitzverfahren zum Tode verurteilt und hingerichtet, etwa 1.500 Personen, namentlich Kommunisten und Gewerkschafter, verhaftet.

Teile der Bevölkerung machen blutige „Jagd“ auf Kommunisten und wen sie dafür halten. Die genaue Zahl der Opfer des Terrors ist bis heute unbekannt. Die vier Tage des Aufstandes und seiner Erstückung erhalten die Bezeichnung „Khartumer Kommune“.

War der Putsch vom 19. Juli ein „kommunistischer Aufstand“?

Die politische Macht im Sudan lag nach der Unabhängigkeit am 1. Januar 1956 zunächst in den Händen reaktionärer Gruppen der Bourgeoisie und feudaler Kräfte. Zudem etablierte die britische Kolonialmacht mit dem krassen Entwicklungsgefälle zwischen dem arabisch-moslemischen Norden und dem von afrikanischen Völkern besiedelten Süden einen Dauerkonflikt, der die Form eines Bürgerkrieges annahm, den das rechte Regime ausschließlich militärisch zu „befrieden“ versuchte. 1964 wurde das Regime durch den Druck von Massenaktionen zumal der starken linksorientierten Gewerkschaften und progressiver Offiziere (Gruppe „Freier Offiziere“) gestürzt. Das provisorisch gebildete nationaldemokratische Regime konnte jedoch der Gegenbewegung der Rechten nicht widerstehen; 1965 war diese wieder allein an der Macht, die KP Sudans wurde verboten, ihre 11 Parlamentsmandate wurden eingezogen.

Wirtschaftliche Stagnation, zunehmender Einfluß des Neokolonialismus, ständige Machtkämpfe der Fraktionen der Rechten und die fortgesetzte militärische „Befriedungspolitik“ des Südens verschärfen die Situation erneut, so daß am 25. Mai 1969 unter Führung der „Freien Offiziere“ das Aboud-Regime gestürzt wurde. Die Regierung übernahm ein Revolutionäres Kommandorat (RKR) unter General Numeiri. Die traditionellen Parteien wurden verboten, das Parlament aufgelöst, Anhängern des gestürzten Regimes Machtbefugnisse entzogen. Erste Maßnahmen zur Überwindung der Stammesordnung wurden eingeleitet, die regionale Autonomie für die Südpfeiler verkündet, außenpolitisch enge Verbindungen zu den sozialistischen Ländern aufgenommen. 1970 folgten umfangreiche Nationalisierungen ausländischer und teilweise auch einheimischer Firmenbesitzes; ein Fünfjahrplan sah die Entwicklung einer unabhängigen nationalen Volkswirtschaft vor. Die regionale Autonomie des Südens sollte durch ein Programm seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ergänzt werden. Verantwortlicher Minister wurde Joseph Garang.

Das neue Regime bestand vornehmlich aus Vertretern des „progres-

siven, antiimperialistischen Kleinbürgertums, das eine der Klassen darstellt, die an der Erreichung der Ziele der nationaldemokratischen Revolution interessiert sind“, stellte die KP Sudans (KPS) in einer Resolution im August 1970 fest. Bereits 1969 hatte die Partei darauf hingewiesen, daß sich unter den höheren Offizieren nach wie vor reaktionäre Elemente befanden, während die radikalen jüngeren Offiziere nationalistische, arabisch-sozialistische (in der Tradition Nassers) und kommunistische Orientierungen repräsentierten. Der unvermeidliche Differenzierungsprozeß innerhalb dieser Kräftegruppierung setzte rasch ein. Zum Scheidepunkt wurde die Kernfrage des revolutionären Prozesses selbst: Würde die demokratische Revolution fortgesetzt und der Weg zum Sozialismus geöffnet? Oder würde sie gebremst und die Entwicklung des Sudan auf eine kapitalistische Orientierung fixiert (Jack Woddiss, *Armies and Politics*, S. 110/11)?

Die Linke im RKR verlangte die konsequente Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen. Der nationalistische Flügel um Numeiri behielt indessen die Oberhand und steuerte einen zunehmend autoritären Kurs. Im November 1970 wurden an-Nur, Hamadalla und al-Atta aus dem RKR ausgeschlossen, 13 weitere Offiziere aus der Armee entfernt; KPS-Generalsekretär Mahgoub zeitweilig festgenommen. Die Weigerung der KPS, sich – ohnehin immer noch illegal – völlig zugunsten einer von Numeiri (nach ägyptischem Vorbild) geplanten Sudanesischen Sozialistischen Union aufzulösen, wurde zum Haupthindernis für Numeiris Formierungskurs. Im Februar 1971 kündigte er an, er werde die KPS „zermalmen und zerschlagen“ (Frankfurter Rundschau, 13.2.1971). Die Gelegenheit kam am 22. Juli 1971.

Zweifel an der Urheberschaft der KPS am Putsch meldeten bereits 1971 z.B. konservative Organe wie der Pariser Figaro (27.7.1971) an. Vor allem stützt die Politik der KPS eine solche These nicht.

Dreimal – bei der Erhebung von 1964, dem Putsch von 1969 und eben 1971 – stand die Partei vor der Frage, wie sie sich zu verhalten habe. 1964 hatte sie den Aufstand, der von den Massen getragen war und in dem die Armee großteils auf dessen Seite stand, von Anbeginn unterstützt. 1969 hatte sie das Ersuchen der „Freien Offiziere“ um Unterstützung mit dem Hinweis auf die negativen Seiten der Gesamtsituation, vor allem das Fehlen einer revolutionären Massenstimmung, zunächst abgelehnt. Als diese dennoch losschlügen und ihre antiimperialistischen Ziele klar gemacht hatten, setzte sich die KPS für sie ein, da das neue Regime neue Möglichkeiten für eine fortschrittliche Entwicklung eröffnete. Sie behielt aber ihre Skepsis gegenüber der Gesamtgruppe der jüngeren Offiziere bei – zu Recht, wie sich zeigen sollte.

Numeiris Schwenk in restaurative Bahnen

Vor einer ähnlichen Situation stand die KP 1971. Vom Putsch überrascht, konnte sie schlecht allgemeine Erklärungen zu ihren Prinzipien abgeben und sonst passiv bleiben. Vor dem Hintergrund der Repressionspolitik Numeiris bewogen die verbreitete spontane Unterstützung der Offiziere und al-Attas programmatische Versicherungen, einen konsequent demokratischen Kurs einzuschlagen, die Partei zur Unterstützung der Offiziere. Von ihrem Vorbehalt gegen Putschismus ging sie damit nicht ab, das Scheitern des Aufstandes vom 19. Juli widerlegt gleichzeitig nicht die Richtigkeit ihrer nachträglichen Beteiligung.

Der Restaurationskurs Numeiris, der mit der progromartigen Vernichtung der KP Sudans – der stärksten in Afrika – seines Hauptgegners ledig war, erhält seine volle Dimension durch die Parallelen mit jener Wende, die in Ägypten der von Gamal Abdel Nassers Tod an (vgl. Rückblick AIB, Nr. 9/1980) durch dessen Nachfolger Anwar al-Sadat eingeleiteten Wende. Die im Mai 1971 erfolgte endgültige Ausschaltung der nasseristischen Linken – am 22. Juli wurde in Kairo das Gericht bestellt, das mit Sadats Hauptgegner Ali Sabri abrechnete – leitete die sog. „Korrekturbewegung“ ein, die Ägypten wieder auf einen kapitalistischen Kurs zurückführte: Reprivatisierung, „Politik der offenen Tür“ für das Auslandskapital und damit auch Anlehnung an die USA und deren Verbündete, innenpolitische Repression.

Eine fast identische Rückentwicklung oktroyierte Numeiri dem Sudan auf. Sie gipfelte außenpolitisch in der Unterstützung für das Sadat-Begin-Komplott und im Angebot von Stützpunkten für das US-Militär. Innenpolitisch „versöhnte“ Numeiri sich ab 1977 mit den Kräften der bourgeoisen und muslimischen Rechten – mit jenen bürgerlich-feudalen Mächten, die im Mai 1969 gestürzt worden waren.

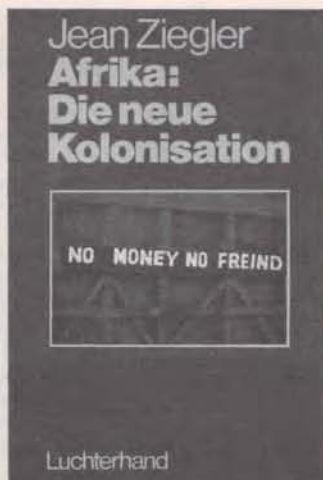
J. Ostrowsky

Herrschaftsstrukturen in Afrika

An dieser Stelle sollen zwei Bücher kurz besprochen werden, die zwar bereits im Herbst letzten Jahres anlässlich der Internationalen Buchmesse in Frankfurt/Main (sic stand unter dem Motto „Afrika“) erschienen sind, die aber die Afrika-Diskussion in der Bundesrepublik über dieses konkrete Datum hinaus mitprägen dürften:

Franz Nuscheler und Klaus Ziemer in Zusammenarbeit mit Erfried Adam und Leonhard Harding, **Politische Herrschaft in Schwarzafrika**. Geschichte und Gegenwart, Verlag C.H. Beck, München 1980, 200 Seiten, 18,80 DM

Jean Ziegler, **Afrika: Die neue Kolonisation**, Hermann Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1980, 288 Seiten, 28 DM



Der Band von F. Nuscheler u.a. ist ziemlich repräsentativ für eine bestimmte Richtung der bundesdeutschen Politikwissenschaft, die sich in den letzten 10-15 Jahren in kritischer Auseinandersetzung mit der US-amerikanischen Modernisierungstheorie und allzu oberflächlicher Kolonialpolitik an den Universitäten herausbildete und – gleichsam als Pendant zur Durchsetzung reformistischer Positionen in der staatlichen Entwicklungspolitik – in verschiedenen Forschungseinrichtungen Fuß gefaßt hat.

Im Bemühen um eine aufgeklärtere Sicht der politischen Prozesse in Afrika vor, während und nach der Periode der imperialistischen Kolonialherrschaft wird ein realistischeres Afrikabild gezeichnet, das – vor allem angesichts der in der Phase des Hinüberwachsens der nationalen in die soziale Befreiung verstärkt auf Afrika übergreifenden Systemkonkurrenz – gleichwohl mit mannigfaltigen Inkonsistenzen behaftet bleibt. Andererseits ermöglicht dieses Afrikabild doch die Formulierung politischer Forderungen, die, jedenfalls in der vorgetragenen Allgemeinheit, mit dem Grundanliegen der fortschrittlichen Kräfte Afrikas in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes übereinstimmen. So schreiben die Autoren: „Politische Stabilität und legitime Herrschaft beruhen eben nicht auf der Stärke von Polizei und Armee, sondern zuvörderst auf sozialen Fortschritten... 'Friedenspolitik' bedeutet auch für Afrika eine Entwicklungspolitik, die unmittelbar die Strukturen und Mechanismen sowohl des Neokolonialismus als auch des internen Kolonialismus, also die sich vermehrenden und verstärkenden Ursachen von Unfrieden zu beseitigen versucht.“ (S. 161/162)

Das Buch behandelt die politischen Entwicklungsprobleme des afrikanischen Kontinents so umfassend wie dies auf knapp 160 Textseiten möglich ist. Als ein „in den Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen verwurzelter und fortwirkender Bestandteil des nachkolonialen Afrika“ (S. 10) werden zunächst Herrschafts- und Gesellschaftsformen des vorkolonialen Afrika dargestellt. Dann geben die Autoren einen Abriss der Kolonialpolitik Frankreichs und Großbritanniens, um in Anschluß die Formierung politischer Befreiungsorganisationen und aktuelle Gegenwartsprobleme zu behandeln. Analysiert werden die Hypothesen der kolonialen Klassen- und Wirtschaftsstrukturen, Startprobleme der „afrikanischen Demokratie“, politische Herrschaftsformen wie Einparteiensysteme und Militärdiktaturen, um schließlich den Versuch einer theoretischen Bestimmung des Staates in Afrika zu unternehmen.

Die Lektüre der einzelnen Kapitel vermittelt den Eindruck, daß die größten Schwachstellen der Analyse immer noch in der klassentheo-

retischen Bestimmung der unterschiedlichsten Herrschaftsformen liegen. Die Autoren verwerfen sowohl den elitetheoretischen (bürgerlichen) Ansatz, als auch die marxistische Klassentheorie (der eine „grobmaschige Gegenüberstellung von Bourgeoisie und Proletariat“ unterstellt wird), und nehmen dann Zuflucht zu jener in letzter Zeit in Mode gekommenen Staatsklassentheorie, eine „Klasse“, die in fast absoluter Loslösung von den sonstigen Klassenverhältnissen in einen nicht enden wollenden Verteilungskampf um Beuteanteile verstrickt sei und alles der Stabilisierung ihrer Herrschaft unterordne.

Nur konsequent ist es, wenn dann die einzelnen Regimes des postkolonialen Afrika – unabhängig von ihrer konkreten politischen und gesellschaftlichen Orientierung – über einen Kamm geschoren werden: „Für die Leidtragenden war es bislang ziemlich belang- und folgenlos, wer in diesem Kampf siegte: zivile oder militärische, konservative oder 'progressive' Oligarchien.“ (S. 160) Illusionen über die Handlungsspielräume dieser „Oligarchien“ und auch gegenüber der westlichen neokolonialistischen Strategie (übrigens auch Inkonsistenzen im eigenen Denkmodell) werden sichtbar, wenn an die Stelle der Bedeutung der Kämpfe der Volksmassen der bloße Appell an den „guten Willen“ der Herrschenden tritt: „Bei allen kolonialen Strukturvorgaben und neokolonialen Zwängen hätten sie die Chance, andere Entwicklungsprioritäten zu setzen und Organisationsformen zu entwickeln, die mehr politische Teilnahme und soziale Teilhabe ermöglichen. (Genau dies widerspricht doch den Interessen der „Staatsklassen“, wie sie von den Autoren definiert werden! D. Verf.) Sie könnten sogar die westlichen OECD-Länder bei Wort und Inhalt der 1977 proklamierten 'Grundbedürfnisstrategie' nehmen...“ (S. 58) Wahrlich eine naive Sicht, wenn man den neuen Konfrontationskurs der Reagan-Administration gegenüber der Dritten Welt betrachtet!

In diesem Zusammenhang sind die Thesen von Jean Ziegler interessant, der bereits in den 60er Jahren die Afrikawissenschaften mit radikalen Thesen beeinflusst hat. Sein neues, in französischer Sprache bereits 1978 erschienenes Buch fußt vom Material her zu großen Teilen auf seiner 1966 publizierten „Politischen Soziologie des Neuen Afrika“, das aber im Lichte der aktuellen Entwicklungen, vor allem vor dem Hintergrund des wachsenden neokolonialistischen Interventionismus in Afrika (Zaire) und des Fehlschlags progressiver Versuche (Nkrumahs Ghana, Lumumbas Kongo und Nassers Ägypten), neu interpretiert wird.

J. Zieglers Leitthese, die gleich zu Anfang entwickelt und dann später vertieft wird, lautet: „In den meisten entkolonialisierten Staaten herrschen entweder Militärdiktaturen oder gekaufte Zivilregierungen. Die Unabhängigkeit dieser Staaten ist im großen und ganzen fiktiv. Ich nenne die Gesellschaftsform, die heute Dreiviertel des Kontinents beherrscht, **Protonation**. Mit dem Wort **Protonation** bezeichne ich... eine 'nationale', rudimentäre, in ihrem Aufbau begrenzte Gesellschaft, die nur von denen abhängt, die sie von außen organisieren (griechisch protos: primitiv, rudimentär). Sie ist vor allem eine Schöpfung des Imperialismus. Ihre Souveränität ist nur fiktiv, die Abhängigkeit ihrer Wirtschaft vom Mutterland fast total. An den lokalen Schalthebeln sitzen Statthalter, die mit Geschick einen 'nationalistischen und desorientierenden' Ton anschlagen (Frantz Fanon), der den Bestand der Protonation sichert...“ (S. 9).

Wenngleich ich mich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß J. Ziegler mit dieser Begriffsbildung jenem Modetrend verfallen ist, nach dem die Reputation eines Wissenschaftlers davon abhängt, ob er fähig ist möglichst viele neue Wörter zu erfinden, ja, bei dem zuweilen aus einem neuen Begriff gleich eine neue Theorie gemacht wird, und wenngleich mir die Darstellung der politischen Entwicklung Afrikas in der Tendenz zu pessimistisch geraten ist, habe ich sein Buch mit Spannung gelesen. Es ist ein Buch, das trotz aller Schwächen im Einzelnen getragen ist von der leidenschaftlichen Solidarität mit der Sache der Unterdrückten.

R. Falk

Adressenänderungen
bitte rechtzeitig bei der Redaktion
und bei der Post bekanntgeben!

Pharmakampagne

Schon lange fordert die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Pharmakonzerne sollten insbesondere in der Dritten Welt nur reine Substanzen mit einem einzelnen Wirkstoff vertreiben. Nur in Ausnahmefällen (Schüttellähmung u.ä.) sei die Verabreichung von Kombinationspräparaten angebracht. Anstelle der von der WHO aufgeführten 230-250 Basiswirkstoffe setzen die Unternehmen aber Zehntausende von Präparaten ab, davon gerade in der Dritten Welt andernorts längst verbotene oder Versuchspräparate. Die bundesdeutschen Pharmakonzerne, die immerhin über einen Weltmarktanteil von 1/4 verfügen (Bayer, BASF, Knoll/Hoechst, Boehringer, Schering, Merck usw.), mischen kräftig mit. Für den **Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)** war dies Anlaß genug, um sich im Jahr 1981 schwerpunktmäßig mit dem Thema „Pharmakonzerne in der Dritten Welt“ zu beschäftigen. Mit der Kampagne soll exemplarisch das Verhalten multinationaler Unternehmen aufgezeigt werden – dort und hierzulande.

Interessenten bzw. Aktionsgruppen mögen sich wenden an: Pharma-Aktion, c/o Dritte Welt Haus, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1, Tel.: 0521/62802 (Jörg Schaaber). Seit April d.J. erscheint monatlich ein **Pharma-Brief** mit Artikeln, Aktionshinweisen und Material-Besprechungen. Er ist dem FORUM, der Monatszeitschrift (Rundbrief) des BUKO beigeheftet. Ein Probeexemplar des FORUM ist kostenlos, ein Jahresabonnement kostet 36 DM. Bestellungen bitte an: FORUM, c/o Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1.

Unterschriften für El Salvador

Am 20. Mai d.J. gab der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing auf einer Pressekonferenz in Bonn bekannt, daß die Initiative für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von El Salvador seit Jahresbeginn 7.000 Unterschriften für die Beendigung des Interventionismus in El Salvador gesammelt hat.

In der Solidaritätserklärung der Initiative wird die Bonner Regierung aufgefordert, in diesem Sinne auf Washington einzuwirken. Die USA, Honduras und Guatemala sind des Militärinterventionismus bezichtigt. Der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) und der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) wird die Unterstützung im Kampf für das Selbstbestimmungsrecht des salvadorianischen Volkes zugesichert.

Indianerlage in Guatemala/Paraguay

In letzter Zeit sind verschiedentlich interessante Materialien zur Lebenslage, Verfolgung und zum Widerstand der Indianer Lateinamerikas erschienen. Auf zwei exemplarische Länderstudien sei hier verwiesen.

Mit der Situation der indianischen Bevölkerungsmehrheit Guatemalas beschäftigt sich ausführlich Heft 3/1981 der Guatemala Nachrichten (Informationsstelle Guatemala e.V., Maistr. 29, 8000 München 2). Neben Informationen zur Geschichte der Mayas in der vorkolonialen als auch Kolonialzeit und der Lage der Indianer bis zum Ubico-Regime in den 30er Jahren unseres Jahrhunderts behandelt die Broschüre auf 60 S. auch den gegenwärtigen Widerstand der Indianer Guatema-

las, ihre Eingliederung in den Befreiungskampf.

Die Bischofskonferenz Paraguays verurteilt jüngst die Völkermordpraktiken des Strössner-Regimes an den noch lebenden Indianerstämmen des Landes. Worum es dabei im einzelnen geht, ist einer spanischsprachigen Dokumentation, die bei der IGLA, Postfach 697, A-1061 Wien erhältlich ist, zu entnehmen.

Z. B. südkoreanische Arbeiter

Die jüngst publizierte Dokumentation Koreanische Bergarbeiter Gruppe für Menschenrechte in der BRD (Hrsg.), **Menschenrechte. Südkoreaner im Ruhrbergbau**, Essen 1981 (65 Seiten, 3 DM) gibt Aufschluß über die Lage der von 1965-77 angeworbenen 6.000 südkoreanischen Bergarbeitern in der BRD. Bestellungen an: ESG, Universitätsstr. 2, 4300 Essen 1.

Aktuelle Buchhinweise

Aktuell gehaltene Hintergrundinformationen zur Türkei, zum Putsch der türkischen Generalität im September 1980, zu dessen strukturellen Ursachen und den Verwicklungen der BRD, USA und der NATO, schließlich zu den Auseinandersetzungen mit den Grauen Wölfen und sonstigen ultrarechten Kräften bietet das Buch von

Jürgen Roth/Kamil Taylan, **Die Türkei – Republik unter Wölfen**, Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten, März 1981, 224 Seiten, 9,80 DM.

Als politischer Mittelamerika-Reader versteht sich das im Mai d.J. erschienene Taschenbuch von

R. Jokisch (Hrsg.), **El Salvador. Freiheitskämpfe in Mittelamerika, Reihe rororo aktuell**, Hamburg 1981, 250 S., 7,80 DM.

Dargestellt werden in diesem Band die politischen Organisationen, die Stellung der Kirche, der Widerstand der salvadorianischen Bevölkerung, die Wirtschaft und die US-Politik in den Ländern El Salvador, Guatemala und Honduras.

Die AAB – nicht einzuschüchtern

Vom 8.-10. Mai d.J. führte die Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und Berlin-West (AAB) ihre 8. ordentliche **Mitgliederversammlung** in Bonn durch. Das gewachsene Gewicht der AAB und die Anerkennung ihrer Arbeit fanden Ausdruck in Grußansprachen des künftigen Vertreters des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Bonn, Tony Seedat, sowie des Botschafters der Republik Zimbabwe, Ariston Chambati, an die Versammelten. Der Rechenschaftsbericht konnte neben etlichen erfolgreichen Aktionen darauf verweisen, daß die Mitgliederzahl inzwischen auf über 450 angewachsen ist, stellte aber zugleich selbstkritisch noch vorhandene Schwächen in der Arbeit fest. Die Hauptarbeit der bis zu 80 anwesenden Mitglieder konzentrierte sich auf die Arbeitsgruppen, in denen zu Themen wie wirtschaftliche bzw. militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika, politische Gefangene, Namibia oder zur weiteren Arbeit mit dem Informationsdienst Südliches Afrika diskutiert und praktische Schritte erarbeitet wurden.

Die Mitgliederversammlung beschloß, die Kampagnen für die Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika (gegen die jüngsten Todesurteile in Namibia und Südafrika sammelte die AAB inzwischen jeweils rund 3.500 Unterschriften) und für den Boykott solcher Banken, die den Krüger-Rand verkaufen, fortzusetzen. Die Solidarität mit dem Freiheitskampf der SWAPO in Namibia soll verstärkt, die AAB-Wirkungsmöglichkeiten auf publizistischer und gewerkschaftlicher Ebene sollen verbessert werden.

Protestaktionen führten Mitglieder der AAB anläßlich des 20. Jahrestages der Gründung der „Republik Südafrika“ am 1. Juni d.J. vor der südafrikanischen Botschaft in Bonn durch. Die Polizei agierte im Sinne der Apartheid-Republik-Repräsentanten. Als sich die Geschäftsführerin der AAB, Ingeborg Wick, weigerte ihr Transparent „Keine Zusammenarbeit mit den Mördern von Mahlangu“ (angeblich beleidigenden Inhalts) auszuliefern, wurde sie von Polizisten zu Boden gezerrt und zur Polizeiwache gebracht. Ein Strafverfahren ist angedroht. Die AAB hat dazu aufgerufen, gegen dieses Vorgehen der Bonner Polizei zu protestieren.



Unser Ziel 1981/82: Tausend neue Abonnenten!

Gegenwärtig hat das AIB etwa 4500 Abonnenten. Die Standardauflage liegt – je nach der Brisanz des Schwerpunktthemas der Hefte – bei 5000 bis 8000 Exemplaren. Wir sind damit die meistgelesene Monatszeitschrift zur Dritten Welt in der Bundesrepublik. Ein gutes Ergebnis, meinen wir, aber dennoch kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Wir wollen mehr. Mehr Leser. Und vor allem: Mehr Abonnenten! Denn ein kontinuierlicher Abonnentenzuwachs ist die wichtigste Grundlage für die Fortsetzung der erfolgreichen Aufwärtsentwicklung unserer Zeitschrift. Die positive Entwicklung der Abonnentenzahlen in den ersten Monaten 1981 hat uns veranlaßt, uns ein ganz konkretes Ziel zu stecken: Tausend neue AIB-Abonnenten bis zum Sommer 1982!

Appell an unsere Leser: Helft mit – werbt neue AIB-Abonnenten!

Wir wissen: Ohne die tatkräftige Mithilfe unserer Leser werden wir dieses hochgesteckte Ziel nicht erreichen können. Denn wir verfügen weder über einen umfangreichen Werbeetat noch über einen Stamm finanzkräftiger Inserenten. Auch einen kostspieligen Vertrieb über die kommerziellen Kiosknetze könnten wir uns nicht leisten, ohne den Verkaufspreis drastisch zu erhöhen. Deshalb unser Appell: Helft mit! Verbreitet das AIB in Eurem Bekanntenkreis! Bringt das AIB bei Aktionen im Freiverkauf unter die Leute! Werbt neue Abonnenten für das AIB!

Es lohnt sich, AIB zu lesen

Was das AIB taugt, können unsere Leser am besten beurteilen. Sie sind folglich auch am besten dazu in der Lage, andere davon zu überzeugen: Es lohnt sich, AIB zu lesen! Viele unserer Leser sind dieser Meinung. Wir wissen das aus den Ergebnissen unserer Leserumfrage von Ende 1980.

Wer AIB liest,

- weiß, was los ist an den Brennpunkten der Weltpolitik;
- verfügt über authentische Hintergrundinformationen und Dokumente zum Befreiungskampf in Afrika, Asien und Lateinamerika;
- ist informiert über die neokolonialistische Politik der Westmächte, Fragen der Unterentwicklung usw.

Unser Angebot:

Gratishefte für Neuabonnenten!

Ab sofort erhält jeder, der das AIB für mindestens ein Jahr abonniert, unser Sonderheft 1/1981 „Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf“ zur Berliner Konferenz gratis. Damit spart er 4 DM! Das Sonderheft gibt anhand von Originalbeiträgen einen zusammenhängenden Überblick über die Positionen nationaler Befreiungsbewegungen und revolutionärer Parteien in Entwicklungsländern.

Buch- und Schallplattenprämien für die Werber!

Gleichzeitig läuft unsere Aktion „Abonnenten werben Abonnenten“ (siehe Beiheftung in der Mitte dieses Heftes) weiter. Das heißt: Jedem AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, stellen wir kostenlos eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl zur Verfügung. Oder auch das Sonderheft 1/1981. Wir können dies, weil die meisten bei uns inserierenden Verlage einen Teil der ihnen entstehenden Anzeigenkosten durch die Lieferung von Büchern bzw. Schallplatten aus ihrem Angebot begleichen.

Den Yankees Saures geben – das AIB stärken!



WHO - Nestlé

Für ein Werbeverbot für Babytrockenmilch in Ländern der Dritten Welt entschied sich am 20.5.1981 in Genf die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit 93:3 Stimmen. Der Kodex verbietet den internationalen Konzernen (angeführt von Nestlé/Schweiz, Jahresumsatz 24 Mrd DM) Werbung und Verkauf von Babytrockenmilch, Verteilung von Gratismustern, Mißbrauch von Spitalern für Werbung und Arbeit von Säuglingsschwestern der Konzerne im Gesundheitssystem der Entwicklungsländer.

Seit 1975 weist die Berner Arbeitsgruppe 3. Welt darauf hin, daß jährlich 1 Mio Babys an tödlichen Infektionen infolge mangelnder Hygiene bei der Verwendung von Trockenmilch oder an Mangelernährung sterben. Im Urteil in einem Prozeß wegen übler Nachrede, den der Multi Nestlé gegen die AG 3. Welt angestrengt hatte, mußte sich dieser scharfe Kritik an seinen Werbemethoden gefallen lassen. Seit 1977 betreibt in den USA eine Gruppe mit Unterstützung des Nationalen Kirchenrats und der größten Autogewerkschaft den Boykott von Nestlé-Produkten. Auch immer mehr Regierungen mißtrauen offensichtlich den Konzernen: Algerien, Papua-Neuguinea, Peru, Spanien und Brasilien haben Kampagnen gegen Trockenmilch gestartet und zum Teil die Werbung völlig verboten.



Pakistan

Waffenbrüderschaft schlossen F.J. Strauß und Pakistans Diktator Zia ul-Haq Anfang Mai d.J., als der bayerische Ministerpräsident in diesem - so seine Hauspostille Bayernkurier vom 9.5.1981 - „Schlüssel-land der Weltpolitik“ gastierte: Die beiden „Weltpolitiker“ tauschten Revolver aus.

Daß F.J. Strauß am 3.5.1981 gegenüber Bild am Sonntag das Zia-Regime einen „Freund“ nannte, dem auch mit Waffen geholfen werden müsse, hat noch andere Gründe. F.J. Strauß, der sich u.a. dem Nürnberger Rüstungsfabrikanten Diehl freundschaftlich verbunden fühlt, sondierte nämlich für bundesdeutsche Waffenexporte nach Pakistan. Zur Disposition stehen offenbar über Argentinien angelieferte TAN-Panzer sowie OTRAG-Raketen nebst Gefechtsköpfen (Lieferant Diehl).



F. J. Strauß im pakistanischen Jagdrevier

Im übrigen bemühen F.J. Strauß und die Reagan-Administration deckungsgleich die besondere „geopolitische Bedeutung Pakistans“, um die Ausweitung der westlich-chinesischen Hilfe für das Zia-Regime zu legitimieren. „Hilfe ist“, so der Bayernkurier weiter, „unter diesen Umständen auch immer politisch-militärische Hilfe. Das weiß Peking. Die Chinesen gehören logischerweise ebenfalls zu jenen, für die der Staat Pakistan gegen sowjetisches Expansionsstreben ist.“ Folgerichtig sagte Ronald Reagan Anfang Mai d.J. dem pakistanischen Außenminister Agha Shahi 2,5 Mrd Dollar an Wirtschafts- und Militärhilfe für die nächsten 5 Jahre zu. Die nächste Runde gegen Afghanistan ist eingeläutet...

Bangladesh

Im Zusammenhang mit einem gescheiterten Putschversuch unter Leitung des Generalmajors Manzur Ahmed wurde am 30. Mai d.J. der Präsident Bangladeshs, Ziaur Rahman, ermordet. Kurze Zeit später kam unter bis heute nicht geklärten Umständen auch der Putschistenführer ums Leben.

Zia kam 1975 nach der Ermordung des Führer der Unabhängigkeitsbewegung, Mujibur Rahman, an die Macht. Er hat das zu den 6 ärmsten Ländern zählende Bangladesh seither verstärkt auf den kapitalistischen Entwicklungsweg orientiert. Kernstück seines technokratisch angegangenen sozialökonomischen Programms („friedliche Revolution“) waren drei Zielsetzungen: die Verdoppelung der Nahrungsmittelproduktion, Geburtenkontrolle und eine Reduzierung des Analphabetentums, verbunden mit einer außenpolitischen Öffnung gegenüber den Westmächten und der Weltbank. Zwar hat die Regierung Zias so eine gewisse Steigerung der Nahrungsmittelproduktion erreicht, nicht aber an den Ursachen der Massenarmut gerührt; eine Agrarreform fand nicht statt.

Bei den bevorstehenden Wahlen werden die alte Awami-Liga Mujibur Rahmans und die von seinem Nachfolger geschaffene, programmatisch wenig profilierte Nationalistische Partei Bangladeshs (BNP) favorisiert.

Sri Lanka

Aus den Anfang Juni d.J. veranstalteten Kommunalwahlen ging die regierende großbourgeoise Vereinigte Nationalpartei (UNP) zwar als Sieger hervor. Aber die Tamalische Befreiungsfront (TULF), die größte Oppositionspartei im Parlament, konnte immerhin 5 der 24 Bezirke für sich entscheiden. Die Sozialistische Freiheitspartei, die unter Führung S. Bandaranaikes 1970-77 die Regierung stellte (siehe AIB 7-8/1979, S. 31-33), hatte die Wahlen boykottiert.

Motiv des Wahlboykotts ist die Fortdauer des Ausnahmezustandes und rigider Verfolgungspraktiken seitens der Regierung J.R. Jayawardene. Nach einer Wahlkundgebung der TULF in der Provinz Jaffna hatte es Tode gegeben. Die Bewegung für die Verteidigung der demokratischen Rechte in Sri Lanka berichtet von im März d.J. beschlossenen Einschränkungen des Presserechts und fordert die Regierung auf, gewählten Parlamentsmitgliedern ihre Sitze einzuräumen.

Kampuchea

Nachdem bereits im März d.J. die ersten Wahlen (von Dorf- und Distriktkomitees) nach dem Sturz des Pol-Pot-Regimes stattgefunden hatten, gingen am 1. Mai d.J. rund 3,5 Mio Kampucheaner erstmalig zu einer landesweiten Abstimmung zu den Urnen. Diesmal ging es um die Zusammensetzung einer neuen Nationalversammlung (117 Sitze). Schon die Tatsache, daß 97,82% der Wahlberechtigten an der Abstimmung teilnahmen, zeigt an, wie „echt“ die Freiwilligkeit und vielfache „Begeisterung“ der Bevölkerung waren (so die Financial Times, 8.5.1981), wie weit ihr Vertrauen in die Nationale Einheitsfront zur Rettung Kampuchees - auf ihrer Einheitsliste kandidierten 147 Personen - gediehen ist. Das gilt namentlich für die Führungmitglieder des Revolutionären Volksrates, die in Phnom Penh mit 99,75% (Vorsitzender Heng Samrin) bzw. 99,63% (Vizevorsitzender Pen Sovan) gewählt wurden.

Als die Führungskraft der Volksrepublik Kampuchea trat vom 26.-29. Mai d.J. in Phnom Penh die Revolutionäre Volkspartei Kampuchees (RVPK, gegr. 1951) hervor. Ihr 4. Parteitag bestätigte Pen Sovan als Ersten Sekretär des RVPK-Zentralkomitees (es zählt 19 Mitglieder, darunter Heng Samrin und Außenminister Hun Sen). In einem programmatischen Beschluß des Parteitag es heißt es: „Die gemeinsame Aufgabe der ganzen Partei und des gesamten Volkes in der gegenwärtigen Phase der Revolution ist es, die nationale Unabhängigkeit entschlossen zu verteidigen, das Vaterland in einer Übergangsperiode wieder aufzubauen und Schritt für Schritt dem Sozialismus entgegenzugehen.“

Vietnam-China

„China hält die Initiative“, charakterisierte die Hongkonger Far Eastern Economic Review am 29.5.1981 die zugespitzte Lage an der chinesisch-vietnamesischen Grenze. Gemeint waren anhaltende Artillerie- und Infanterieüberfälle Chinas, das entlang der 250 km langen Grenze zu Vietnam 390.000 Soldaten einmarschbereit hält. Im Mai. d.J. fanden dabei über 300 vietnamesische Soldaten den Tod.

Nordjemen

In den letzten Monaten klebte dem saudischen Königshaus im Bemühen, seinen traditionell mächtigen Einfluß auf die nordjemenitische Exekutive wiederherzustellen, das Pech an den Stiefeln.

Im Frühjahr 1981 hatte Riad zunächst seine beiden „Trojanischen Pferde“ in der Regierung in Sanaa eingebüßt: Nachdem der pro-saudische Innenminister Mohammed Khamis einem Mordanschlag erlag, wurde am 23. März 1981 der vormalige Außenminister Abdallah el-Asnag verhaftet. Ihm werden enge Kontakte zu den wahabitischen Rechtsmilizen nachgesagt, die zum Jahreswechsel in der Grenzregion zu Saudi Arabien die militärischen Auseinandersetzungen eskaliert hatten. Ihr Ziel: Sie wollen den von Staatspräsident Ali Abdallah Saleh verfolgten Kurs der Wiedervereinigung mit dem Südjemen und der Aussöhnung mit der nordjemenitischen progressiven Nationaldemokratischen Front (siehe AIB 6/1981, S. 48-49) mit allen Mitteln hintertreiben.

Ali Abdallah Saleh ging im April d.J. noch einen Schritt weiter, als er in einer Rede Saudi Arabien anklagte, es habe dem Nordjemen angedroht, ihn sich einzuverleiben (vgl. Afrique Asie, Paris, Nr. 239/11.5.1981). Um der damit erhöhten Gefahr eines saudischen Gegencoups, d.h. eines offenen Krieges oder erneuten Präsidentenmordes (Salehs Vorgänger waren 1977 bzw. 1978 beide mysteriösen Attentaten erlegen, als sie sich zu Wiedervereinigungsverhandlungen mit dem Südjemen anschickten) entgegenzuwirken, soll der nordjemenitische Präsident den Irak um politisch-militärische Rückendeckung und um eine ausgleichende Finanzhilfe ersucht und eine positive Antwort erhalten haben.

Zypern

Aus den Parlamentswahlen der griechisch-zypriotischen Bevölkerung vom 24.5.1981 ging als Sieger die Partei des Werktätigen Volkes Zyperns (AKEL) mit 32,8% der Stimmen und damit 32 Parlamentssitzen hervor. Die Demokratische Partei (DEKO) des Präsidenten der Republik Zypern, Spyros Kyprianou, erhielt 19,5% (8 Sitze) und die Sozialistische Partei (EDEK) unter Lyssarides 8,2% (3 Sitze). Bei einer Wahlbeteiligung von 93% stimmte so die große Mehrheit für die Forderungen dieser Parteien nach Unabhängigkeit, Souveränität, territorialer Integrität und Nichtpaktgebundenheit der seit 1974 geteilten Insel, für die Fortsetzung der innerzyprischen Gespräche, für die Entmilitarisierung und die Einberufung einer repräsentativen internationalen UN-Zypernkonferenz.

Auf der Gegenseite dazu verbuchte die rechtskonservative Demokratische Sammlung 31,9% (12 Sitze) unter Glafkos Klerides, die für die militärischen „Lösungspläne“ der NATO steht. Seit dem Putsch griechisch-zyprischer Nationalgardisten, den 1974 die damalige Athener Militärjunta und NATO-Kreise inspiriert hatten, und der darauf folgenden Invasion der Türkei halten 25.000 türkische Soldaten und 15.000 türkisch-zyprische Milizionäre 40% der Insel besetzt. Und sie sorgen für Konfliktstoff.

Die Anfang Juni d.J. erfolgte Mandatsverlängerung der 2.381 Mann starken UN-Sicherheitstruppen bis zum 15.12.1981 hingegen trägt zur Entschärfung der Lage bei.

Angola-USA

Mitte Mai d.J. war dem südafrikanischen Außenminister „Pik“ Botha ein demonstrativ freundlicher Empfang durch R. Reagan, A. Haig usw. in Washington beschieden. Dem Antrag der Reagan-Administration auf Aufhebung des sog. Clark-Amendments aus dem Jahr 1974, das der US-Regierung jede offene oder versteckte militärische Aktivitäten gegen Angola untersagte, aber war zuvor kein Erfolg beschieden.

Nach einmonatigen Beratungen hatte am 27.4. d.J. der zuständige Untersuchungsausschuß des Repräsentantenhauses für Afrikanische Angelegenheiten ohne Gegenstimme die Aufhebung des Clark-Amendments abgelehnt. Noch während der Beratungen hatte die Reagan-Regierung dreist erklärt, das Clark-Amendment habe beispielsweise ohnehin keine Gültigkeit für Moçambique und schließe geheime Unterstützungspraktiken der angolanischen Banden UNITA und FNLA nicht aus.

Immerhin mußte ein geplanter Washington-Besuch von UNITA-Chef R. Savimbi erst einmal verschoben werden. Andere Geheimdienst-Operationen aber wurden wieder aufgenommen: Der CIA-Agent und FNLA-Chef Holden Roberto wurde in Paris durch einen Agenten der dortigen US-Botschaft zwecks Verstärkung seiner Aktivitäten kontaktiert. Anfang Mai d.J. wurde schließlich bekannt, daß die angolanischen Streitkräfte den US-Bürger und CIA-Agenten Harrison Taylor als Piloten eines CIA-Flugzeuges verhaftet hatten, und zwar während eines von Namibia ausgehenden Einsatzes zur Lieferung von Waffen an die UNITA.

Südafrika

An die 750 Delegierte – darunter allein von 124 Regierungsabordnungen – tagten vom 20. bis 27. Mai im UNESCO-Gebäude in Paris anlässlich einer Internationalen Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika. Sie verabschiedeten eine Deklaration, in der erneut zum internationalen Boykott des Rassistenregimes und zu entsprechenden Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft, von Regierungen, staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen aufgerufen wird.



Grenada

Auf den Druck der Reagan-Administration hin wurden von einem 51-Mio-Dollar-Kredit, den der Internationalen Währungsfonds (IMF) für umfassende Entwicklungspläne der karibischen Republik bereits zugesagt hatte, bislang nur 18 Mio Dollar ausgezahlt. Washington blockte mit dem abgelutschtem Argument, hier entstünde ein „kubanisches Sprungbrett nach Afrika“.

Hintergrund ist das Projekt eines internationalen Flughafens, der als Basis für ein alternatives (auf einheimische Kräfte und Ressourcen sowie auf nationale Kontrolle gestütztes) Tourismus-Konzept ist. Nach zehnjähriger Kreditrückzahlung soll der Tourismussektor Grenada jährlich mindestens 17 Mio Dollar Gewinn einbringen.

41 Mio Dollar von den für den Flughafenbau insgesamt erforderlichen 71 Mio Dollar haben mittlerweile Kuba, Venezuela, Syrien, Libyen, Algerien und der Irak der Regierung Maurice Bishop zugesichert. Nigeria und skandinavische Länder haben weitere 27 Mio Dollar zugesagt, so daß die Bauarbeiten fortgesetzt werden können.

Chile

Sechs der insgesamt acht Gewerkschaftsvereinigungen der staatlichen Kupfermine von El Teniente brachen am 1. Juni d.J. einen 41tägigen Streik ab; die anderen Gewerkschaften mußten am 3. Juni nachziehen. Statt der ursprünglich von den 10.500 Arbeitern und Angestellten geforderten 18%-Lohnerhöhung und Verbesserung ihrer sozialen Absicherung kam jetzt lediglich eine Lohnanhebung von 2% zuzüglich einer einmaligen Zahlung von umgerechnet rund 875 DM heraus. Am 31. Mai d.J. verweigerten die 11.000 Beschäftigten der Kupfermine Chuquicamata dem Angebot des Managements, die Löhne um 0,42% anzuheben, die Zustimmung. Allerdings verbietet ihnen das Pinochet-Regime ausdrücklich Streikaktionen, da Chuquicamata als strategisch wichtig deklariert wird. In Santiago traten aus Protest gegen diese Druckpolitik der Junta drei Patrioten in den Hungerstreik.

Uruguay

Im Gefolge der Referendum-Schlappe der uruguayischen Militärs Ende November 1980 (2/3 Gegenstimmen) mehren sich die Krisenzeichen innerhalb der Armeespitze. Im Zusammenhang mit der Versetzung zweier hoher Offiziere in den vorzeitigen Ruhestand gab Heeresbefehlshaber Queirolo im Mai d.J. Unstimmigkeiten innerhalb der Streitkräfte über den neuen Fahrplan zur verfassungsmäßigen „Normalisierung“ zu. Umstritten ist weiter, wie mit der Nachfolge des am 1.9.1981 aus dem Amt scheidenden zivilen Staatspräsidenten Aparicio Mendez verfahren werden soll. Die Ultras im Militär fordern, ein General müsse neuer Präsident werden.

Unterdessen verdichtet sich der internationale Druck auf die uruguayische Diktatur. Ende Mai d.J. forderten die Generalsekretäre der Sozialistischen Internationale, der Liberalen Internationale und der Weltunion der Christlichen Demokraten in einem gemeinsamen Aufruf in Mexiko-Stadt die Rückkehr zur Demokratie in Uruguay.

AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Friedrich-Ebert-Stiftung: Südafrikaboykott nicht empfehlenswert

Boykott nicht empfehlenswert, so könnte die Quintessenz eines Positionspapiers der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung zum Verhalten gegenüber dem südafrikanischen Apartheidregime lauten. Das Papier, das in der Frankfurter Rundschau vom 27.5.1981 dokumentiert ist, wurde erstmals auf einem im Mai d.J. veranstalteten internationalen Symposium vorgelegt. Binnen Jahresfrist war dies bereits das dritte Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zu Südafrika. Nach der jahrelangen Funkstille woher dieses plötzliche Interesse?

Man kam in der FES und damit wohl auch in der bundesdeutschen Sozialdemokratie, wenn auch verspätet, zu der Einsicht, daß sich in Südafrika revolutionäre Dinge zusammenbrauen. Solcherart aufgeschreckt war dies den Sozialdemokraten immer Anlaß genug, daran zu gehen, im letzten Moment noch das „Schlimmste“ zu verhüten. Und wenn hier vom Schlimmsten gesprochen wird, denkt man in der FES zunächst einmal betriebswirtschaftlich: „Die Kosten einer Konfliktlösung nach einem Bürgerkrieg sind entsprechend höher.“ Der aber scheint aufgrund der unnachgiebigen Haltung der Weißen in Südafrika fast unausweichlich.

Doch sind es nicht allein die höheren Kosten eines Bürgerkrieges, die das Schlimmste befürchten lassen. Die Interessen der Bundesrepublik sind betroffen und die sind allemal gewichtiger. Vor allem ist eine „nachhaltige Störung“ oder gar die „völlige Unterbrechung“ der Handelsbeziehungen und der Rohstofflieferungen zu erwarten. Möglicherweise droht ein Ölboykott von Ländern wie Nigeria, Algerien und Libyen. Und „ein in der Politik nicht eben häufiger Fall“: die Realisierung der konkreten ökonomischen Interessen ist mit dem politischen Verhalten der BRD aufs engste verknüpft.

Die Bundesrepublik ist demnach in einem Dilemma. „Setzt sie sich nicht für Rassengleichheit ein, stützt sie automatisch die Apartheid.“ Eine wirtschaftlich wie politisch verhängnisvolle Entwicklung, hätte sie doch die Verringerung des bundesrepublikanischen Einflusses im gesamten Afrika zur Folge. Stattdessen würde die Sowjetunion triumphieren, zumal – man höre und staune – der Kommunismus „den Widerstand gegen das Apartheidssystem eindeutig unterstützt“. Das stimmt nachdenklich.

Weißer Mann, wer braucht Deine doppelte Moral?

Unter diesen Umständen gilt es für die Friedrich-Ebert-Stiftung rasch zu handeln, will man nicht wichtige außenpolitische und außenwirtschaftliche Interessen der BRD gefährden (wessen Interessen sind das eigentlich?). Freilich von konsequenten Wirtschaftsanktionen oder einer Blockade möchte die FES Abstand nehmen. Praktische Gründe sprächen dagegen. Diese Praxis ist bekannt. Schließlich war es noch immer die BRD im Bündnis mit den anderen Westmächten, die verbindliche Wirtschaftssanktionen im UN-Sicherheitsrat blockierten.

Aber was ist gegen das Argument einzuwenden, ein weiteres volkswirtschaftliches Wachstum Südafrikas gäbe den nötigen Spielraum für Reformen und Umverteilung ab, ja dies schaffe erst die Voraussetzung für das Entstehen einer bewußten artikulierten Schicht von Schwarzen. Also „Wandel durch Handel“?

Man fragt sich unmittelbar, so sich die Schwarzen in Soweto, in den letzten Streikwellen oder im Anschlag auf die Kohleverflüchtungsanlage SASOL nicht genügend artikuliert haben, oder ist vielleicht eine andere Form der Artikulation erwünscht? Fest steht jedenfalls, daß die von der FES propagierte Konzeption des „fried-



Yankee: „Laß uns unsere Bande enger knüpfen.“

lichen Wandels“ seit ihrer Verkündung Mitte der 70er Jahre nichts an Veränderung bewirkt hat. Dabei wird es auch bleiben, denn die Quelle der Extraprofite ist die Apartheid und nicht ihre Verhinderung. Die empfohlene Anhebung des externen Drucks auf das Regime in Pretoria wird vor dieser Tatsache bestehen müssen.

Ganz gewiß hat sich der Verhaltenskodex der EG für ausländische Unternehmen in Südafrika, dessen konsequente Weiterführung die FES an erster Stelle fordert, nicht als geeignetes Mittel erwiesen. Er ist wohl eher in den Bereich der Besäftigungsstrategie und der Verzögerungstaktik einzuordnen. Sicherheitshalber hält das Positionspapier selbst weitere Maßnahmen bereit. Die Skala vom Stopp der Hermes-Bürgschaften bis zum Verbot von Neuinvestitionen und der Unterstützung eines Ölboykotts, von der Kündigung des Kulturabkommens bis zur Überprüfung der gegenwärtigen Abstimmungspraxis der Bundesrepublik in der UNO.

Die Crux dieser Vorschläge liegt einfach darin, daß ihre Anwendung nicht unmittelbar gefordert wird, sondern lediglich „vorstellbar“ ist und dann auch nur schrittweise. Sind Sanktionen nach allen Erfahrungen teilbar? Das seit 1977 bestehende verbindliche Waffenembargo gegen die Republik Südafrika spricht Bände, nicht nur was Boykottverstöße angeht. Solange industrielle Anlagen nach Südafrika exportiert werden dürfen, wird die Waffenproduktion einfach verlagert. Daran können nur umfassende und bindende Sanktionen aller Mitgliedsstaaten der UNO etwas ändern. Genau das möchte das FES-Positionspapier aber vermeiden.

Vermeiden möchte man im übrigen auch, daß die vielfältigen Verwicklungen der Bundesrepublik (siehe AIB 6/1981, S. 40-43) allzu deutlich zur Sprache kommen. Die militärisch-nukleare Zusammenarbeit findet an keiner Stelle des Papiers Erwähnung. Das stimmt mit der „betonten Zurückhaltung im politisch-diplomatischen Kontakt mit Südafrika“ überein. Betont inkonsequent ist man bei der Aufnahme von Beziehungen zu Befreiungsbewegungen. Anerkennung ihrer legitimen Interessen: ja; Gewaltanwendung: nein. So, meint man in sozialdemokratischen Kreisen, könnte man die Unterdrückten zufriedenstellen und den Herrschenden nicht zu sehr weh tun. Das ist ein Irrtum. Wie sagt doch der Südafrikaner James Matthews in einem seiner Gedichte: Weißer Mann, wer braucht Deine doppelte Moral?